

DIE RECHNUNGSLEGUNG VON EINZELKAUFLEUTEN
UND PERSONENHANDELSGESELLSCHAFTEN NACH DEM
PUBLIZITÄTSGESETZ
- EINE EMPIRISCHE UNTERSUCHUNG -

Wolfgang Sprißler

1976

DIE RECHNUNGSLEGUNG VON EINZELKAUFLEUTEN
UND PERSONENHANDELSGESELLSCHAFTEN NACH DEM
PUBLIZITÄTSGESETZ

- EINE EMPIRISCHE UNTERSUCHUNG -

Inaugural - Dissertation

zur Erlangung des akademischen Grades eines
Doctor rerum politicarum (Dr. rer. pol.)
an der Ludwig-Maximilians-Universität München

vorgelegt

von

Wolfgang Sprißler

1976



Referent: Prof. Dr. K. v. Wysocki

Korreferent: Prof. Dr. Dr. h. c. E. Heinen

Promotionsabschlußberatung: 23. Februar 1976

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
<u>Erstes Kapitel : GRUNDLAGEN DER UNTERSUCHUNG</u>	
A. PROBLEMSTELLUNG	1
I. Anlaß der Untersuchung	1
II. Zielsetzung der Untersuchung	3
III. Gang der Untersuchung	8
B. MIT DEM PUBLIZITÄTSGESETZ VERFOLGTE INTENTIONEN DES GESETZGEBERS	10
C. PRÄSENTATION DES EMPIRISCHEN FELDES	13
I. Zugrunde liegende Erhebungsmethode	13
II. Schichtungsmerkmale des empirischen Feldes	16
1. Rechtsformen und Stichtage der Abschlüsse	17
2. Branchenzugehörigkeit	18
3. Unternehmensgröße	19
4. Versandungsbereitschaft	22
5. Veröffentlichungsdauer	23
6. Vor dem Publizitätsgesetz ausgeübte Publizität	24
7. Wirtschaftsprüferwahl	24
<u>Zweites Kapitel : DIE RECHNUNGSLEGUNG DER EINZELKAUF- LEUTE UND PERSONENHANDELSGESELL- SCHAFTEN NACH DEM PUBLIZITÄTSGESETZ - EINE BESTANDSAUFNAHME</u>	26
A. UMFANG DER RECHNUNGSLEGUNG	26
I. Verbot der Aufnahme von Privatvermögen in den Jahresabschluß (§ 5 Abs. 3 PublG)	26
1. Privatvermögen - Betriebsvermögen beim Einzelkaufmann	29
a) Die Wesensart eines Vermögensgegenstandes als Zuordnungs- kriterium zum Betriebsvermögen	29
b) Der "Wille" des Kaufmanns als Zuordnungskriterium zum Betriebsvermögen	30
c) Die Übernahme steuerlicher Klassifizierungskriterien	30

2. Privatvermögen - Betriebsvermögen bei Personenhandels- gesellschaften	34
3. Empirischer Befund: Hinweise auf Privatvermögen	38
4. Kritische Würdigung des § 5 Abs. 3 PublG	39
II. Gliederung und Inhalt des internen und externen Jahresabschlusses	41
1. Gliederung und Inhalt der internen Jahresbilanz	42
a) Gliederung der Bilanz	42
a1) Gesetzliche Regelung	42
a2) Empirischer Befund	44
b) Inhalt der Bilanz	46
b1) Gesetzliche Regelung	46
b2) Empirischer Befund	48
2. Gliederung und Inhalt der internen Gewinn- und Verlustrechnung	51
a) Gesetzliche Regelung	51
b) Empirischer Befund	53
3. Erleichterungen für Einzelkaufleute und Personenhandelsgesell- schaften im externen Jahresabschluß	56
a) Möglichkeit der Veröffentlichung des Jahresabschlusses nach Gewinnverwendung (§ 9 Abs. 4 Nr. 1 PublG)	57
a1) Gesetzliche Regelung	57
a2) Empirischer Befund	59
b) Möglichkeit der Zusammenfassung sämtlicher Kapitalkonten zum Posten "Eigenkapital" (§ 9 Abs. 4 Nr. 2 PublG)	60
b1) Gesetzliche Regelung	60
b2) Empirischer Befund	64
c) Möglichkeit zur Veröffentlichung eines "Anhangs" (§ 9 Abs. 4 Nr. 3 PublG)	67
c1) Gesetzliche Regelung	67
c2) Konkretisierung der angabepflichtigen Posten	68
c21) Umsatzerlöse	68
c22) Erträge aus Beteiligungen	69
c23) Personalaufwand	70
c24) Zahl der Beschäftigten	70
c3) Empirischer Befund	71
d) Publizitätserleichterungen und Prüfungspflicht	73
d1) Gesetzliche Regelung	73
d2) Empirischer Befund	75
e) Kritische Würdigung der Publizitätserleichterungen	76

B. <u>BERICHTERSTATTUNG OBER DIE BEWERTUNGS- UND ABSCHREIBUNGS-</u> <u>METHODEN EINSCHLIESSLICH WESENTLICHER ÄNDERUNGEN</u>	79
I. Vorbemerkung	79
II. Bewertungsrecht für Einzelkaufleute und Personenhandelsgesellschaften nach Publizitätsgesetz	79
1. Gesetzliche Grundlagen	79
2. Bewertung nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung (GoB)	81
3. Bewertung nach "den für ihr Unternehmen maßgebenden Bestimmungen"	87
4. GoB und aktienrechtliche Bewertungsgrundsätze - Problem der Bildung stiller Reserven	88
5. Ausgewählte Bilanzierungsprobleme und GoB	93
III. Berichterstattung über die Bewertungs- und Abschreibungsmethoden einschließlich wesentlicher Änderungen	96
1. Das gesetzliche Soll der Berichterstattung	96
a) Problematik der Intensität der Berichterstattung	96
b) Problematik der analogen Anwendung des § 26 a Abs. 2 KWG	98
2. Platz der Berichterstattung	99
a) Gesetzliche Regelung	99
b) Empirischer Befund	99
3. Zur Auswahl der empirisch erfaßten Berichterstattungstatbestände	100
a) Operationalisierungsprobleme	100
b) Die Indikatorensysteme	102
b1) Kriterien der Indikatorenauswahl der Gesetzeseinhaltung	103
b11) Grundsatz der Materiality	103
b12) Grundsatz der Nachprüfbarkeit	105
b13) Grundsatz der Generalisierbarkeit	106
b2) Kriterien der Indikatorenauswahl der Publizitätsfreudigkeit	107
b21) Grundsatz der Materiality	107
b22) Grundsatz der Nachprüfbarkeit	109
4. Die Indikatoren im einzelnen	109
a) Die Indikatoren der Gesetzeseinhaltung	109
a1) Berichterstattung über die planmäßigen Abschreibungen	110

a11) Gesetzliche Regelung	110
a12) Empirischer Befund	111
a2) Berichterstattung über die Bewertung der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe (RHB)	115
a21) Gesetzliche Regelung	115
a22) Empirischer Befund	115
a3) Berichterstattung über die Zusammensetzung der Herstellungskosten der fertigen und der unfertigen Erzeugnisse	117
a31) Gesetzliche Regelung	117
a32) Empirischer Befund	119
a4) Berichterstattung über den Deckungsgrad der Pensionsrückstellungen	120
a41) Gesetzliche Regelung	120
a42) Empirischer Befund	121
b) Die Indikatoren der Publizitätsfreudigkeit	122
b1) Angabe von Vorjahreszahlen	123
b2) Globalangabe der angewandten Bewertungskonzeption	123
b3) Veröffentlichung einer Gewinn- und Verlustrechnung	125
b4) Veröffentlichung eines Jahresabschlusses vor Gewinnverwendung	125
5. Verschmelzung der Indikatoren zum Gesamturteil	126
a) Indexprobleme	126
b) Gewichtung der einzelnen Indikatoren	127
c) Die "Profile"	129
c1) Profil der Gesetzeseinhaltung	129
c2) Profil der Publizitätsfreudigkeit	130
d) Die Gesamturteile	130
d1) Die Gesetzeseinhaltung	130
d2) Die Publizitätsfreudigkeit	132
e) Würdigung der Ergebnisse	133

<u>Drittes Kapitel :</u>	<u>EINFLUSSFAKTOREN DER INFORMATIONSGABEBEREITSCHAFT - ANSATZE EINES HYPOTHESENSYSTEMS ZUR GESETZEINHALTUNG UND ZUR PUBLIZITÄTSFREUDIGKEIT</u>	136
A. INSTRUMENTARIUM DER EINFLUSSFAKTORENBESTIMMUNG		138
I. Struktur der Hypothesen		138
II. Die Bestimmung der abhängigen Variablen		139
III. Bestimmung des Meßniveaus der Indizes		140
IV. Angewandte Testverfahren		142
B. DIE GENERALISIERBARKEIT DER EINFLUSSFAKTORENBESTIMMUNG		145
I. Grundsätzliche Probleme der Generalisierbarkeit		145
II. Die Vergleichsstudien		147
III. Empirischer Befund		148
C. ANALYSE DER EINFLUSSFAKTOREN DER GESETZEINHALTUNG UND DER PUBLIZITÄTSFREUDIGKEIT		151
I. Vorbemerkung		151
II. Die Einflußfaktoren im einzelnen		152
1. Die Unternehmensgröße als Einflußfaktor		152
2. Die Rechtsform als Einflußfaktor		155
3. Der Wirtschaftszweig als Einflußfaktor		157
4. Der Abschlußprüfer als Einflußfaktor		160
5. Laufend ausgeübte Publizität als Einflußfaktor		164
6. Versendungsbereitschaft als Einflußfaktor		166
7. Berichterstattungsbereich als Einflußfaktor		168
8. Uniformitätsstreben als Einflußfaktor		170
III. Zusammenfassung und Würdigung der Einflußfaktorenbestimmung		172

<u>Viertes Kapitel: ZUSAMMENFASSUNG DER WICHTIGSTEN</u>	
<u>ERGEBNISSE</u>	174
Anhang	177
A. Berichterstattung über Bewertungs- und Abschreibungsmethoden	178
B. Das statistische Instrumentarium, dargestellt an Beispielen	191
C. Verzeichnis der nach Publizitätsgesetz erstmalig publizitäts- pflichtigen Einzelkaufleute/Personenhandelsgesellschaften	197
Tabellenverzeichnis	199
Abkürzungsverzeichnis	202
Literaturverzeichnis	204
Lebenslauf	

"Erkenntnisfortschritt heißt, daß wir von den realen Phänomenen, die uns interessieren, immer mehr über die Struktur der Wirklichkeit sagen können".

bert (Verfall 1971), 189.

Erstes Kapitel : GRUNDLAGEN DER UNTERSUCHUNG

A. PROBLEMSTELLUNG

I. Anlaß der Untersuchung

Das "Gesetz über die Rechnungslegung von bestimmten Unternehmen und Konzernen"¹⁾ vom 15. August 1969 - besser bekannt als "Publizitätsgesetz" (PublG) - unterwirft Unternehmen bestimmter Rechtsformen erstmalig einer öffentlichen Rechnungslegung, wenn sie an drei aufeinanderfolgenden Abschlußstichtagen mindestens zwei der drei folgenden Schwellenwerte überschreiten²⁾:

1. Bilanzsumme größer als 125 Mio. DM
2. Jährliche Umsatzerlöse größer als 250 Mio. DM
3. Jahresdurchschnittliche Arbeitnehmerzahl größer als 5.000

Um den speziellen Gegebenheiten des Bankenwesens Rechnung zu tragen, müssen Kreditinstitute an drei Bilanzstichtagen ein Geschäftsvolumen von mindestens 300 Mio. DM aufweisen, damit eine Rechnungslegungspflicht ausgelöst wird (§ 1 Abs. 3).

Diese öffentliche Rechnungslegungspflicht umfaßt die Aufstellung eines Jahresabschlusses (Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung) und eines Geschäftsberichtes (§ 5), die Pflicht zur Prüfung durch einen Abschlußprüfer (§ 6), die Einreichung von Jahresabschluß und Geschäftsbericht zum Handelsregister (§ 9) sowie die Bekanntmachung des Jahresabschlusses im Bundesanzeiger (§ 10).

Für Einzelkaufleute und Personenhandelsgesellschaften gilt eine eingeschränkte Publizitätspflicht; sie sind nicht dazu verpflichtet, einen Geschäftsbericht zu erstellen (§ 5 Abs. 1 letzter Satz) und brauchen lediglich eine mit einigen Pflichtangaben versehene Jahresbilanz zu veröffentlichen (§ 10 Abs. 1 i.V.m. § 9 Abs. 4).

1) BGBI. I 1969, 1189-1199. Falls nicht ausdrücklich vermerkt, beziehen sich im folgenden angeführte Paragraphen auf dieses Gesetz.

2) vgl. § 1 Abs. 1 Nr. 1-3.

Das PublG bricht mit der alten Übung, die Auslösung einer Publizitätspflicht von einer bestimmten Rechtsform, einem bestimmten Geschäftszweig oder einer bestimmten Konzentrationsform¹⁾ abhängig zu machen. Mit diesem Gesetz wurde der entscheidende Schritt zu einer hauptsächlich auf die Unternehmensgröße bezogenen öffentlichen Rechnungslegung getan²⁾. Gleichzeitig wurde dadurch vom Gesetzgeber ein vorläufiger Schlußstrich gezogen unter die mit großer Leidenschaft geführte, sich über mehr als ein Jahrzehnt erstreckende Diskussion hinsichtlich des Für und Wider einer auf Größenkriterien fußenden Rechnungslegungspflicht³⁾.

Für die einen ist das PublG im positiven Sinne ein Meilenstein, "der nur mit der im Jahre 1884 eingeführten Publizitätspflicht für Aktiengesellschaften verglichen werden kann"⁴⁾, eine gesetzgeberische Entwicklung, "die nicht mehr gesellschaftsrechtlich, sondern primär unternehmensrechtlich orientiert ist"⁵⁾ oder einfach ein "verheißungsvoller Kompromiß"⁶⁾; für andere ist die Ausdehnung der Publizitätspflicht auf Großunternehmen im negativen Sinne ein

-
- 1) vgl. Castan (Einführung 1968), 191, der einen Überblick über bisher bestehende Publizitätspflichten gibt.
 - 2) vgl. Biener (Gesetz 1969), 1097. Allerdings gibt es bereits nach geltendem Recht Publizitätspflichten, die hinsichtlich ihrer Intensität von Größenkriterien abhängen, vgl. z.B. § 33 Abs. 3 Satz 3 GenG, § 53 Abs. 1 VAG, § 157 Abs. 4 AktG, sie wandeln jedoch - wie die Begründung zum Regierungsentwurf des PublG mit Recht feststellt - "das auf der Rechtsform beruhende Publizitätssystem des geltenden Rechts nur in Randbereichen ab" (Begr. z. RegE/BT-Drucks. V/3197), 1.
 - 3) Ohne Anspruch auf Vollständigkeit seien folgende Beiträge genannt: Hornef (Publizitätspflicht 1958), 253 ff.; Barz et al. (Publizitätsgespräch 1962); Kraske (Publizitätspflicht 1962); Greiffenhagen (Rechnungslegungspublizität 1964), 621 ff.; Kronstein (Publizität 1964), 1055 ff.; (Konzentrations-Enquete/BT-Drucks. IV/2320), 69 ff., 98; Rittner (Gutachten/Juristentag 1964); o.V. (Sitzungsbericht/Juristentag 1965), Teil F; Ernst (Publizitätspflicht 1965), 693 ff.; Kruk (Publizität 1967), Nr. 109; Krahen (Publizität 1967), Nr. 251; Kruk (Familienkonzerne 1968), Nr. 171; Arntz (Entwurf 1968), 134 ff.; Castan (Einführung 1968), 191 ff.; ders. (Publizitätspflicht 1968), 515 ff.; Van Delden (Fehlkonstruktion 1968), Nr. 46, 32; Fischer (Beurteilung 1968), 558 ff.; Gessler (Entwicklungstendenzen 1968), 717 ff.; Greiffenhagen (Problematik 1968), 113 ff.; Scherrer (Ausweitung 1968); Wegmann/Hölscher (Geheimniskrämerei 1968), Nr. 49, 33 f.; Brüning (Auswahl 1969), 36 ff.; Jungblut (Schweigen 1969), Nr. 5; Prühs (Regierungsentwurf 1969), 173 ff., 218 ff.
 - 4) Henniger (Bilanz-Debütanten 1972), Nr. 294.
 - 5) Kunze (Bemerkungen 1971), 48.
 - 6) Grobe (Kompromiß 1969), Nr. 27, 12.

"gravierender Einbruch in unsere gesamte Wirtschaftsordnung"¹⁾, eine "Aushöhlung unternehmerischen Denkens"²⁾ oder - etwas weniger pointiert - "die Sanktionierung der Neugierde des Staatsbürgers"³⁾. Dieses so ambivalent aufgenommene neue Gesetzeswerk gibt den Anlaß, eine umfassende empirische Untersuchung vorzunehmen.

II. Zielsetzung der Untersuchung

Untersuchungsobjekt der vorliegenden Arbeit sind die Rechnungslegungs- bzw. Publizitätsgepflogenheiten der dem PubLG unterliegenden Einzelkaufleute und Personenhandelsgesellschaften. Diese Arbeit umfaßt also nur einen Teil der vom PubLG betroffenen Rechtsformen. Sie ist deshalb in engem Zusammenhang mit einer weiteren am Institut für Wirtschaftsberatung und Revisionswesen der Universität München angefertigten Dissertation ⁴⁾ zu sehen, die die Rechnungslegung der verbleibenden Rechtsformen nach dem Publizitätsgesetz zum Untersuchungsgegenstand hat. Während des Entstehens der Arbeiten erfolgte unter den Verfassern in jeder Phase eine enge Abstimmung in verfahrenstechnischer Hinsicht, um in jedem Falle vergleichbare Ergebnisse zu gewährleisten und um vor allem eventuelle Unterschiede in der Rechnungslegung bzw. im Publizitätsverhalten zwischen den verschiedenen Rechtsformen aufzuspüren. Damit ist gleichzeitig eine Hauptfrage angesprochen, die die vorliegende Untersuchung beantworten soll: In welchem Umfange, mit welcher "Qualität" haben sich die betroffenen Unternehmen ihrer erstmaligen öffentlichen Rechnungslegungspflicht entledigt, den ersten Schritt in die "unbekannten Zonen"⁵⁾ des PubLG getan?

Eine Zielsetzung der Arbeit ist also eine Art "Inventur", nämlich die Feststellung des Istzustandes in der Anwendung der gesetzlichen Vorschriften durch die Praxis.

1) o.V. (Rundblick 1968), 960.

2) Muthesius (Publizität 1963), Nr. 185.

3) Thomä (Diskussionsbeitrag 1962), 136.

4) vgl. Adler (Rechnungslegung).

5) Brinkmann/Reichardt (Konzernrechnungslegung 1971), 2417. .

Um diesen Istzustand beurteilen zu können, bedarf es einer präzisen Festlegung des vom Gesetzgeber gewünschten "Solls". Zwangsläufig sind deshalb bei der Auslegung der einzelnen Vorschriften des PublG für offen gebliebene oder nachträglich entstandene Zweifelsfragen Lösungsansätze zu entwickeln, um die Einzelergebnisse der Bestandsaufnahme daraufhin untersuchen zu können, "ob sie zu einer sachgerechten Rechnungslegung und Berichterstattung führen"¹⁾.

Da das PublG im wesentlichen Neuland darstellt, ist deshalb des öfteren eine gesetzesauslegende Kommentierung der Einzelkaufleute und Personenhandelsgesellschaften betreffenden Rechnungslegungsvorschriften erforderlich.

Hinsichtlich dieser Zielsetzung - Bestandsaufnahme der Rechnungslegungs- und Berichterstattungsgepflogenheiten der Praxis mit anschließendem "Soll-Ist-Vergleich" - ähnelt diese Untersuchung einer Reihe von vor allem in jüngster Zeit veröffentlichten Arbeiten²⁾, deren (zumindest implizites) Bestreben darin liegt, Beiträge zu einer empirischen Theorie der öffentlichen Rechnungslegung zu leisten.

Eine so verstandene, realwissenschaftliche Bilanztheorie³⁾ beschäftigt sich primär mit der "Frage nach dem tatsächlichen Informationsgehalt veröffentlichter Jahresberichte bzw. alternativer Formen der Rechnungslegung"⁴⁾; sie interessiert sich nicht in erster Linie für das, "was logisch zwingend ist und möglicherweise sein sollte, sondern für das, was tatsächlich in einem bestimmten Bereich der Wirklichkeit vorgeht"⁵⁾.

1) v. Wysocki (Konzernrechnungslegung 1969), 1.

2) vgl. z.B. Havermann (Publizitätsfreudigkeit 1963), 193 ff., 226 ff., 263 ff.; v. Wysocki (Konzernrechnungslegung 1969); Castan (Erläuterung 1969), 269 ff., 315 ff.; Seemann (Befolgung 1970); v. Wysocki (Jahre 1970), 97 ff., 124 ff.; v. Wysocki et al. (Berichterstattung 1971), 308 ff.; Jäger/Vogelgesang (Konzernrechnungslegung 1973), 389 ff., 421 ff.; Haas/Osthoff (Konzernrechnungslegung 1973), 573 ff., 597 ff.; Jäger (Bankenpublizität 1975); Haas (Berichterstattung 1975).

3) vgl. dazu u.a.: Hauschildt (Entwicklungslinien 1971), 335 ff.; Kappler (Informationsverhalten 1972); ders. (Ansätze 1973), Nr. 2-3, 37 ff.; Coenenberg (Jahresabschluß 1974), 452 ff.; Heinen (Handelsbilanzen 1974), 36 ff.

4) Coenenberg (Jahresabschluß 1974), 452.

5) Heinen (Handelsbilanzen 1974), 36 f.

Eine so definierte Theorie muß jedoch über eine rein deskriptive Darstellung des tatsächlichen Rechnungslegungs- bzw. Publizitätsverhaltens hinausgehen. Sie hat dieses Verhalten zu "erklären und zu begründen"¹⁾, also Ursachen bzw. Beweggründe für unterschiedliches Verhalten herauszufiltern und diese Ergebnisse soweit möglich durch anerkannte Statistiken abzusichern. "Verhalten" in dem hier zu untersuchenden Zusammenhang meint dabei eine bestimmte Ausprägung an Informationsabgabebereitschaft. Diese Bereitschaft kann sich dabei in einer "Informationsfeindlichkeit, -reserviertheit, Gleichgültigkeit gegenüber Informationsabgaben, aber auch als Informationsbereitschaft oder -freudigkeit zeigen"²⁾.

Die individuelle Informationsabgabebereitschaft des einzelnen Unternehmens kommt - für Außenstehende deshalb nur indirekt abprüfbar - in einer bestimmten "Publizität" zum Ausdruck. Unter Publizität soll dabei im folgenden die Gesamtheit der Mitteilungen verstanden werden, "die eine Unternehmung an einen bestimmten Empfängerkreis über Tatbestände bekanntgibt, die zur Beurteilung ihrer wirtschaftlichen Lage, des Erfolgs ihrer Geschäftstätigkeit und/oder ihrer Entwicklung von Bedeutung sind"³⁾. Bossard bezeichnet Publizität demnach folgerichtig als "Information gegen außen"⁴⁾.

Diese mit der h.M. übereinstimmende Definition der Publizität⁵⁾ wird für die folgende Untersuchung insofern konkretisiert, als hierunter die "Mitteilung des Jahresabschlusses und aller derjenigen Informationen, die ihn erläutern"⁶⁾, gemeint sind.

Die Publizität zeigt sich in zwei Ausprägungen: Zum einen in der gesetzlich vorgeschriebenen Publizität, nämlich der "Zwangsinformation der Öffentlichkeit durch Unternehmungen auf der Basis gesetzlicher Bestimmungen"⁷⁾, zum anderen in der freiwilligen Publizität, die über das vom Gesetzgeber verordnete Publizitätsminimum hinausgeht.

1) Heinen (Handelsbilanzen 1974), 37.

2) Seemann (Befolgung 1970), 9.

3) Loitsberger (Publizität 1967), 270.

4) Bossard (Information 1969), 261.

5) vgl. z.B. Mayer (Publizität 1960), Sp. 4510; Wiethölter (Publizitätsinteressen 1962), 48; Dober (Publizität 1966), 13; Steinmann (Publizitätszweck 1966), 191; Schindler (Publizitätsvorschriften 1967), 3; Moxter (Publizität 1970), Sp. 1478.

6) Loitsberger (Publizität 1967), 270.

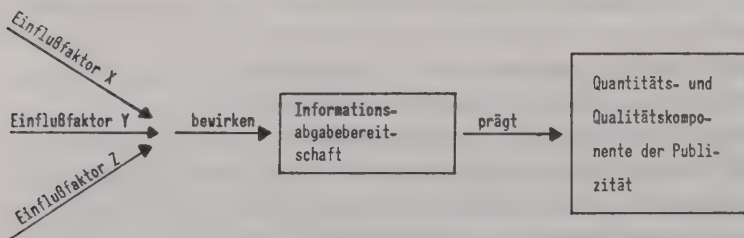
7) Moxter (Publizität 1970), Sp. 1478.

Primäres Anliegen des zweiten Hauptteils dieser Untersuchung ist es, den Einflußfaktoren für unterschiedliche Intensitätsgrade der Informationsabgabebereitschaft nachzugehen, wobei deren Identifikation zwangsläufig über die operationalisierte Form dieser Bereitschaft, nämlich die Quantität und Qualität der publizierten Unternehmensdaten erfolgen muß.

Wenn also in diesem Teil der Arbeit Hypothesen über das "Publizitätsverhalten" formuliert werden, so steht das stellvertretend für die Behauptung eines Zusammenhangs zwischen einem bestimmten Einflußfaktor und einem bestimmten Maß an Informationsabgabebereitschaft.

Solche Hypothesen aufzustellen und sie der Bewährung durch die Empirie auszusetzen, ist demnach die zweite Zielsetzung dieser Arbeit¹⁾. Es wird also neben der deskriptiven Forschung auch verifizierende Forschung betrieben²⁾.

Diese Vorgehensweise kann wie folgt schematisiert werden:



Einer so verstandenen Ursachenforschung wurde bisher in Deutschland im Gegensatz zum angelsächsischen Sprachgebiet³⁾ wenig Beachtung geschenkt. Es gilt deshalb auch, die weit verstreuten Literaturhinweise zu diesem Problemkreis, die sich in den meisten Fällen

1) Da auch Aussagen über Strenge bzw. Ausmaß der Einflußfaktoren gemacht werden sollen, kann diese zweite Hauptaufgabe der Arbeit auch als "Property-Space-Analyse" bezeichnet werden; vgl. zu diesem terminus technicus Hauschildt (Entwicklungslinien 1971), 347 ff.; Friedrichs (Methoden 1973), 91 f.

2) vgl. zu diesem Begriffspaar: Mayntz/Holm/Hübner (Einführung 1972), 28 f.

3) vgl. u.a.: Neumann (Auditing 1968), 1 ff.; Copeland/Fredericks (Extent 1968), 106 ff.; Stringer (Discussion 1970), 133 ff.; Frishkoff (Investigation 1970), 116 ff.; Singhvi/Desai (Analysis 1971), 129 ff.; Dies. (Quality 1972), 585 ff.; Moore/Buzby (Quality 1972), 581 ff.; Gosman (Characteristics 1973), 1 ff.; Cushing/Deakin (Firms 1974), 104 ff.; Gosman (Reply 1974), 112 ff.; Buzby (Disclosure 1974), 423 ff.; Goldman/Barlev (Auditor 1974), 707 ff.; Chandra (Study 1974), 733 ff.

lediglich als unbewiesene Vermutungen darstellen, zu sammeln, in eine Form zu bringen, die eine Überprüfbarkeit an der Empirie ermöglicht, und dort, wo auf kein Vorwissen zurückgegriffen werden kann, eigene abprüfbare Aussagen beizusteuern.

Da - wie schon erwähnt - eine empirisch motivierte Theorie der externen Rechnungslegung sich in Deutschland noch in den Anfängen befindet, müssen bereits an dieser Stelle hochgespannte Erwartungen enttäuscht werden. Es wird sicher nicht gelingen, ein in sich geschlossenes, logisch miteinander verbundenes, widerspruchsfreies System von Aussagen zu entwickeln, um damit den strengen Anforderungen an eine "Theorie" Genüge zu tun¹⁾. Der Verfasser sieht seine Zielsetzung dann erfüllt, wenn es gelingt, weitere Mosaiksteine für eine so verstandene Theorie zu liefern; insofern ist es auch besser, von "Ansätzen zu einer empirischen Theorie der öffentlichen Rechnungslegung" zu sprechen²⁾.

Das Material zur Bewältigung der beiden gestellten Aufgaben wird mit dem Instrument der Inhaltsanalyse³⁾ erhoben, wobei aus der Natur der Aufgaben heraus das Augenmerk auf den Jahresabschluß und die ihn begleitende Berichterstattung zu richten ist. Einer solchen Analyse werden deshalb die Jahresbilanz, die Pflichtangaben im Anhang zur Jahresbilanz, eine anstelle eines Anhanges veröffentlichte Gewinn- und Verlustrechnung sowie ein evtl. freiwilliger Erläuterungsbericht unterworfen.

Auf die Einbeziehung des Lageberichts bzw. sonstiger freiwilliger Veröffentlichungen wird verzichtet, da vor den Schwierigkeiten einer Operationalisierung dieser Fakten bewußt kapituliert wird. Darüber hinaus ist eine solche Aufgabenausweitung auch nicht notwendig, da zu interessanten Quervergleichen mit dem Publizitätsverhalten von Aktiengesellschaften bereits vorliegende Untersuchungen⁴⁾ sich ebenfalls mit der Rechnungslegung in dem hier definierten Sinne beschäftigen.

1) vgl. z.B. Opp (Methodologie 1970), 50 und die dort zitierten Autoren.

2) vgl. im Ergebnis ebenso: Friedrichs (Methoden 1973), 60 ff.; Witte (Theorie 1974), 189.

3) vgl. zu Voraussetzungen, Stärken und Schwächen von Inhaltsanalysen: Scheuch (Analyse 1967), 667 ff.; Silbermann (Inhaltsanalyse 1967), 571 ff.; Mayntz/Holm/Hübner (Einführung 1972), 151 ff.; Hartmann (Sozialforschung 1972), 138 ff.; Friedrichs (Methoden 1973), 314 ff.

4) vgl. Castan (Erläuterung 1969), 269 ff., 315 ff.; v. Wysocki et al. (Berichterstattung 1971), 308 ff.

Aus den beiden dargestellten Zielsetzungen der Arbeit - Bestandsaufnahme der Rechnungslegung und Berichterstattung von Einzelkaufleuten und Personenhandelsgesellschaften nach PublG sowie der Versuch der Identifikation von Einflußfaktoren des Publizitätsverhaltens - ergibt sich zumindest implizit, was nicht Gegenstand der Ausführungen ist:

Es ist von einem verabschiedeten, lange und eingehend diskutierten Gesetz auszugehen; dieses Gesetz bildet ein Datum, den Ausgangspunkt der folgenden Bemühungen¹⁾.

Es wird also im folgenden nicht das Für und Wider einer auf Größenkriterien basierenden Rechenschaftslegung²⁾ erörtert; desgleichen erfolgt keine Diskussion über die Zweckmäßigkeit der Auswahl, Höhe und insbesondere der Ermittlung der fixierten Größenmerkmale³⁾. Das PublG wird demnach nicht von vornherein in Frage gestellt.

Sehr wohl muß jedoch kurz auf die mit dem PublG verfolgten Intentionen des Gesetzgebers eingegangen werden. Sie bilden den notwendigen Raster für die abschließende Frage, ob mit dem verabschiedeten Gesetz diese Ziele überhaupt zu erreichen waren, bzw. auf welchen Zielerreichungsgrad die empirischen Ergebnisse hindeuten⁴⁾.

III. Gang der Untersuchung

Einführend werden in einer kurzen Zusammenfassung die mit dem PublG verfolgten Ziele des Gesetzgebers wiedergegeben. Daran schließt sich eine Darstellung des den weiteren Ausführungen zugrunde liegenden empirischen Feldes an.

1) vgl. ebenso: Seemann (Befolgung 1970), 1.

2) vgl. S. 2, Fußn. 3

3) vgl. dazu u.a.: Zimmermann (Bestimmung 1960), 157 ff., 218 ff.; Arntz (Entwurf 1968), 136; Van Delden (Publizitätsgesetzesentwurf 1968), 383; Hellner (Publizitätsgesetz 1969), 338 ff.; Prihs (Rechnungslegung 1969), 375 ff.; ders. (Probleme 1970), 516 ff.; Biener (Fragen 1972), 1 ff., 85 ff.; Goerdeler (Probleme 1972), 169 ff.; Forster (Wandel 1972), 158 ff.; ders. (Fragen 1972), 469 ff.; ders. (Erläuterungen 1973), 694 ff.; Scherrer (Größenpublizität 1973), 89 ff.; Adler/Spröbler (Rechnungslegung 1973), 799 ff.

4) vgl. ähnlich: Seemann (Befolgung 1970), 1 f.

Der erste Hauptteil der Arbeit ist dann der Bestandsaufnahme der Rechnungslegungs- bzw. Berichterstattungsgepflogenheiten gewidmet; falls nötig werden hier offen gebliebene Fragen des PublG einer Lösung zugeführt. Er endet mit einem Gesamturteil über die "Qualität" der Gesetzesbefolgung in bezug auf die zwingend vorgeschriebene Berichterstattung bzw. den Grad der Publizitätsfreudigkeit. Bei letzterem handelt es sich dabei um eine Gesamtwürdigung jener Informationen, die über das vom Gesetzgeber geforderte Minimum hinausgehen.

Im zweiten Teil der Untersuchung stehen die Bestimmungsfaktoren der individuellen Informationsabgabebereitschaft im Vordergrund. Hier wird versucht, Gesetzmäßigkeiten im Publizitätsverhalten zu erkennen.

Das abschließende Schlußkapitel dient der kritischen Würdigung der wesentlichsten Ergebnisse.

B. MIT DEM PUBLIZITÄTSGESETZ VERFOLGTE INTENTIONEN DES GESETZGEBERS

Aus der amtlichen Begründung zum Regierungsentwurf des Publizitätsgesetzes lassen sich im wesentlichen drei Hauptfunktionen einer Publizität des Jahresabschlusses von Großunternehmen ableiten: Gläubigerschutz, Information der Öffentlichkeit und mittelbare Kontrolle¹⁾.

Die Gläubigerschutzfunktion wird in der Begründung besonders hervorgehoben; dabei wird betont, daß dies nicht nur ein aktienrechtlicher Gesichtspunkt sei:

"Aus dem veröffentlichten Jahresabschluß sollen sich vorhandene und potentielle Gläubiger über die Lage ihres Schuldners und das ihnen haftende Vermögen unterrichten können ... In welchem Maße der Schutz vorhandener oder künftiger Gläubiger die Offenlegung des Jahresabschlusses erfordert, hängt nicht von der Rechtsform, sondern von der Größe des Unternehmens ab"²⁾.

Hinsichtlich der Informationsfunktion trennt die Regierungsbegründung (zumindest implizit) in ein mikro- und ein makroökonomisch (gesamtwirtschaftlich)³⁾ begründetes Unterrichtsbedürfnis der Öffentlichkeit.

Die Interessen weiter Bevölkerungskreise werden durch die Entscheidungen eines Großunternehmens tangiert, wobei oft auch ihre Existenz in Frage gestellt wird⁴⁾. Arbeitnehmer, gegenwärtige und zukünftige Lieferanten, Abnehmer, Geldgeber, sonstige private und öffentliche Stellen haben ein berechtigtes Interesse daran, sich über die derzeitige Situation und künftige Entwicklung des Unternehmens zu informieren:

"Denn das Interesse dieser vielen Beteiligten und damit der Allgemeinheit, Unterlagen für die Beurteilung des Unternehmens zu erhalten, wiegt schwerer als etwa dagegen sprechende Belange seiner Eigentümer"⁵⁾.

1) vgl. (Begr. z. RegE/BT-Drucks. V/3197), 2 f.

2) ebenda, 2.

3) vgl. zu dieser Terminologie: Prühs (Regierungsentwurf 1969), 176.

4) vgl. (Begr. z. RegE/BT-Drucks. V/3197), 2.

5) ebenda, 3.

Makroökonomisch begründet die Regierung die Informationsfunktion insofern, als sie angesichts der gesamtwirtschaftlichen Bedeutung der Unternehmen ein generelles öffentliches Interesse daran bejaht, "daß ihre Geschäfte mit kaufmännischer Sorgfalt geführt werden"¹⁾. Diese Verpflichtung zur Unterrichtung einer nicht näher konkretisierten Öffentlichkeit wird auch ausdrücklich damit verteidigt, daß bei Zusammenbrüchen sehr oft staatliche Mittel eingesetzt werden müssen:

"Öffentliche Rechnungslegung ist aber das angemessenste und zugleich schonendste Mittel ... zur Sicherung einer ordnungsmäßigen Geschäftsführung"²⁾.

Die Begründung zum PublG läßt erkennen, daß mit der Verpflichtung zur Unterrichtung der Öffentlichkeit auch eine mittelbare Kontrollfunktion erfüllt werden soll:

"Das Gebot, die finanzielle Lage des Unternehmens offenzulegen, erschwert kaufmännisch fragwürdige Verhaltensweisen. Der Zwang, sich der Kritik der Wirtschaftspresse und damit der Öffentlichkeit zu stellen, veranlaßt zu besonderer Sorgfalt bei ungewöhnlichen Investitions- und Finanzierungsentscheidungen..."³⁾.

Es wird des weiteren in diesem Zusammenhang besonders darauf hingewiesen, daß die meisten großen Insolvenzfälle der Nachkriegszeit nicht publizitätspflichtige Unternehmen betrafen⁴⁾. Daraus kann geschlossen werden, daß durch die Verpflichtung zur Veröffentlichung des Jahresabschlusses und der damit einsetzenden mittelbaren Kontrolle möglichen Insolvenzen prophylaktisch entgegengetreten⁵⁾ oder -wie Moxter interpretiert- zumindest eine öffentliche Kontrolle der Schuldendeckungsfähigkeit der betreffenden Unternehmen erreicht werden soll⁶⁾.

1) (Begr. z. RegE/BT-Drucks. V/3197), 3.

2) ebenda, 3.

3) ebenda, 3.

4) vgl. ebenda, 3.

5) Skeptisch gegenüber einer solchen "Insolvenzenprophylaxe" z.B. Muthesius (Publizität 1963), Nr. 185; Greiffenhagen (Problematik 1968), 118. Die prophylaktische Wirksamkeit bejahend: Fischer (Beurteilung 1968), 568; Castan (Einführung 1968), 195; Gessler (Entwicklungstendenzen 1968), 722.

6) vgl. Moxter (Bilanzlehre 1974), 421 ff.

Die Empirie scheint den Verfassern der Begründung zum PublG nur bedingt recht zu geben. Eine Zusammenstellung der in der BRD vertretenen Unternehmensrechtsformen in bezug auf ihre Insolvenzenanfälligkeit über einen Zeitraum von fünf Jahren (Tab. 1) läßt zwar erkennen, daß publizitätspflichtige Rechtsformen (AG, KGaA) prozentual weniger Insolvenzfälle zu verzeichnen hatten als nicht publizitätspflichtige. Bei einer statistischen Überprüfung zeigen sich jedoch diese Unterschiede bei einem Signifikanzniveau von 5 % als nicht signifikant¹⁾.

Tab. 1: Rechtsformen und ihre Insolvenzenanfälligkeit

	Einzelkaufleute			OHG, KG			GmbH			AG, KGaA		
	Gesamt	Insolv.	in %	Gesamt	Insolv.	in %	Gesamt	Insolv.	in %	Gesamt	Insolv.	in %
1967	192 000	655	0,3411	120 000	588	0,4900	62 389	611	0,9793	2 317	6	0,2590
1968	193 000	470	0,2435	123 000	391	0,3179	67 416	483	0,7164	2 328	5	0,2148
1969	193 000	440	0,2279	127 000	349	0,2748	73 701	519	0,7042	2 317	3	0,1295
1970	193 000 ¹⁾	492	0,2549	127 500 ¹⁾	461	0,3616	80 146	593	0,7399	2 304	14	0,6076
1971	193 000 ¹⁾	443	0,2326	128 000	485	0,3789	88 483	699	0,7900	2 295	4	0,1743

1) Zahlen geschätzt

Quellen: Peter (Gesellschaftsverträge 1971), 65; Reisch (Unternehmensrecht I 1973), 171; Statistisches Bundesamt (Jahrbücher 1969/1971/1973), 361/365/381.

Zusammenfassend und bei den weiteren Ausführungen immer im Auge behaltend, kann man festhalten, daß das PublG den verschiedensten Interessengruppen einen Einblick in die wirtschaftliche und finanzielle Lage und die künftige Entwicklung gewähren soll, was auch einen Überblick über das haftende Vermögen einschließt.

1) Zur Überprüfung wurde der Chi-Quadrat-Test benutzt.

C. PRÄSENTATION DES EMPIRISCHEN FELDES

I. Zugrunde liegende Erhebungsmethode

Das sonst bei empirischen Untersuchungen meistens angewandte Verfahren der repräsentativen Stichprobenauswahl erwies sich für das vorliegende Forschungsprojekt von vornherein als wenig sinnvoll:

- (1) Es war ziemlich eindeutig, daß sich die zu erwartende Grundgesamtheit an Einzelkaufleuten und Personenhandelsgesellschaften in einem solch kleinen Rahmen bewegen würde, so daß eine "erforderliche" Stichprobe sich umfänglich kaum von dieser Grundgesamtheit unterschieden¹⁾ und damit keine wesentliche Arbeitserleichterung gebracht hätte.
- (2) Da nur sehr unklare und divergierende Meinungen über die mögliche Anzahl der neu publizitätspflichtigen Unternehmen bestanden, war es zweckmäßiger, eine Vollerhebung vorzunehmen, um damit zu exakten Zahlen der vom PubLG betroffenen Unternehmen zu gelangen.

Große Schwierigkeiten waren naturgemäß bei der Erhebung einer relativ unbekannten Grundgesamtheit²⁾ zu erwarten. Die Untersuchung wurde aus diesem Grunde zweigleisig konzipiert:

-
- 1) Über den Zusammenhang von Grundgesamtheit und notwendigem Stichprobenumfang vgl. z.B. Kellerer (Theorie 1963), 62 ff.
 - 2) Gessler (Entwicklungstendenzen 1968), 721, der sich auf Erhebungen des Bundesjustizministeriums und des Bundeskartellamts berief, und Heinemann (1. Beratung RegE 1968), 6, nannten 81 insgesamt neu publizitätspflichtige Unternehmen (Einzelkaufleute, Personengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung), an anderer Stelle wurden 70-100 Unternehmen erwartet, vgl. o.V. (Kompromiß 1968), Nr. 21; o.V. (Publizität 1972), 48. Vergleichsweise hoch lag die Schätzung von Schmidt (Jahresbericht 1970), 3, der von 126 neu publizitätspflichtigen Unternehmen ausging. Bei den genannten Autoren ist jedoch nicht zweifelsfrei zu erkennen, ob damit nur Einzelabschlüsse oder auch Konzernabschlüsse gemeint sind.

- (1) Anschreiben von "offiziellen Stellen"¹⁾ und Durchsicht der bereits bestehenden Literatur zum PublG, um zu Namen von Unternehmen zu gelangen, die voraussichtlich publizitätspflichtig würden.
- (2) Da von diesem relativ planlosen "Sammeln" keine allzu validen Ergebnisse zu erwarten waren, wurde ab 2.1.1972 bis zum 31.7.1974 der Bundesanzeiger auf neu veröffentlichungspflichtige Unternehmen hin überprüft. Dieser Zeitraum wurde deshalb so groß gewählt, um auch Unternehmen mit abweichendem Bilanzstichtag - also erstmalig publizitätspflichtig zwischen 31.12.71 und 31.12.72 - noch zu erfassen und darüber hinaus auch wirklich alle "Nachzügler"²⁾ noch in die Grundgesamtheit zu bekommen.

Dem PublG unterliegende Unternehmen haben nach § 10 ihre Jahresabschlüsse im Bundesanzeiger bekannt zu machen. Es muß demnach erwartet werden, daß alle betroffenen Unternehmen dieser Pflicht nachkommen werden. Die Ergebnisse der Bundesanzeigeruntersuchung haben deshalb eine so hohe

-
- 1) Angeschrieben mit der Bitte um Übersendung einer Liste voraussichtlich publizitätspflichtiger Unternehmen wurden: Deutsche Bundesbank, Bundeskartellamt, Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen, Deutscher Gewerkschaftsbund, Bundesministerium für Wirtschaft und Finanzen, Bundesministerium der Justiz sowie die Wirtschaftsredaktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung - allerdings mit geringer "Erfolgsquote", was beweist, daß auch offizielle Stellen kaum Vorstellungen über die Anzahl neu Publizitätspflichtiger besaßen.
 - 2) Die Untersuchung der Konzernrechnungslegungsgepflogenheiten von v. Wysocki ließ einen so großen Untersuchungszeitraum angeraten erscheinen, da dort nahezu 12 % der erfaßten Grundgesamtheit erst nach 10 Monaten, teilweise sogar erst nach 18 Monaten ihre Jahresabschlüsse im Bundesanzeiger veröffentlichten, (Jahre 1970), 16 f.

Validität¹⁾, da sie die endgültige Kontrollinstanz für Zugehörigkeit bzw. Nichtzugehörigkeit zur publizitätspflichtigen Grundgesamtheit darstellen; nur publizitätspflichtige, nicht freiwillig publizierende Unternehmen sind bekanntlich Objekt der weiteren Betrachtungen.

Diese auf gegenseitiger Kontrolle beruhende Erhebungsmethode verschaffte Informationen über Anzahl bzw. Namen publizitätspflichtiger Unternehmen und ermöglichte ein individuelles Anschreiben mit der Bitte um Überlassung des Jahresabschlusses bzw. eines evtl. freiwillig erstellten Geschäftsberichtes.

Das Anschreiben der 45 erstmalig publizitätspflichtigen Einzelkaufleute und Personenhandelsgesellschaften führte zu folgenden Rücklaufquoten:

	abs.	%
<u>1. Anschreiben</u>		
a) positiv	23	
b) Verweigerung der Übersendung von Unterlagen	<u>1</u> 24	53,3
<u>2. und weitere Anschreiben</u>		
a) positiv	12	
b) Verweigerung der Übersendung von Unterlagen	<u>3</u> 15	33,3
<u>3. Keine Reaktion</u>	6	13,4
	45	100,0

1) Es ist wenig plausibel, daß Unternehmen, die auf freiwilliger Basis irgendwelche Veröffentlichungen herausgeben, ohne die Größenkriterien erfüllt zu haben, sich auch dem gesetzlichen Zwang der Bundesanzeigereintragung unterwerfen, obwohl es natürlich nicht mit völliger Sicherheit ausgeschlossen werden kann. So könnte es durchaus vorkommen, daß bereits bei erstmaligem Überschreiten der Schwellenwerte eine Bundesanzeigerveröffentlichung vorgenommen wird, ohne dazu verpflichtet zu sein.

Auf der anderen Seite kann es möglicherweise Unternehmen geben, die publizitätspflichtig sind, für die jedoch aus irgendeinem Grunde die Bundesanzeigerveröffentlichung unterblieben ist; vgl. hierzu z.B. Prühs (Probleme 1970), 518; o.V. (Verlage 1973), Nr. 39, 69; insbesondere aber die Erhebung von Adler (Rechnungslegung).

Insgesamt betrachtet ist diese von der Quantität her gesehene, überaus positive Reaktion überraschend. Einige wiesen in Begleitschreiben besonders darauf hin, daß sie schon in Vorjahren einige Zahlen über die geschäftliche Entwicklung zur Verfügung gestellt hätten¹⁾ oder äußerten reges Interesse an der vorliegenden Untersuchung²⁾.

Von den Unternehmen, die eine Übersendung der geforderten Unterlagen verweigerten, wurde u.a. darauf verwiesen, daß solche Geschäftsberichte "nur für unsere Gesellschafter und nicht zur Veröffentlichung bestimmt"³⁾ seien bzw. nur "befreundeten Bankinstituten"⁴⁾ zur Verfügung gestellt würden.

II. Schichtungsmerkmale des empirischen Feldes

Die Befunde von empirischen Untersuchungen können bezüglich ihrer Reichweite bzw. ihrer Bedeutsamkeit erst dann zuverlässig beurteilt werden, wenn die die Untersuchung begrenzenden Rahmendaten bekannt sind. Aus diesem Grunde wird das der Untersuchung zugrunde liegende empirische Material nach im folgenden näher darzustellen den Kriterien aufgeschlüsselt.

Diesen Klassifikationskriterien wird auch deshalb hier besondere Beachtung geschenkt, da vermutet wird - wie im 3. Kapitel noch ausführlich zu zeigen ist -, daß von diesen Kriterien das individuelle Publizitätsverhalten der Unternehmen entscheidend beeinflußt wird.

1) vgl. z.B. Nr. 43 (Diese Kennziffer ist nicht identisch mit der im Verzeichnis der nach PublG erstmalig publizitätspflichtigen Einzelkaufleute/Personenhandelsgesellschaften angeführten Ordnungsnummer der einzelnen Unternehmen, S.197f., da den Unternehmen strikte Anonymität zugesagt wurde).

2) vgl. Nr. 1.

3) Nr. 19.

4) Nr. 11.

1. Rechtsformen und Stichtage der Abschlüsse

Tab. 2: Rechtsformen und Stichtage der Abschlüsse

	abs.	%
<u>A. Einzelkaufleute</u>		
1. Geschäftsjahr zum 31. 12. 71	1	2,2
2. mit vom Kalenderjahr abweichendem Geschäftsjahr	-	-
	1	2,2
<u>B. Offene Handelsgesellschaft (OHG)</u>		
1. Geschäftsjahr zum 31. 12. 71	6	13,4
2. mit vom Kalenderjahr abweichendem Geschäftsjahr	1	2,2
	7	15,6
<u>C. Kommanditgesellschaft (KG)</u>		
1. Geschäftsjahr zum 31. 12. 71	32	71,1
2. mit vom Kalenderjahr abweichendem Geschäftsjahr	5	11,1
	37	82,2
Insgesamt (A, B, C)	45	100,0

Tab. 2 bietet eine Übersicht über die Besetzung der einzelnen Rechtsformen und ihre Abschlußstichtage. Die Gesamtzahl von 45 publizitätspflichtigen Einzelkaufleuten/Personenhandelsgesellschaften differiert teilweise mit bereits veröffentlichten Zusammenstellungen¹⁾. Dies ist in der Hauptsache auf die Vermengung von Publizitätspflichtigen mit freiwillig Publizierenden²⁾ sowie auf kürzere Zeiträume der Erfassung (z.B. Nichterfassung der unterjährig abschließenden Unternehmen³⁾) zurückzuführen.

1) vgl. z.B. Schmidt (Gesetz 1972), Nr. 12, 32 f.; Henniger (Publizität 1972), 5; ders. (Umsatz 1973), 5; Wirtz (Anhang 1973), 526; Statistisches Bundesamt (Abschlüsse 1974), 570.

2) So werden z.B. Bankhaus Martens und Weyhausen, Bankhaus Metzler Seel. Sohn & Co., Fürst Thurn und Taxis Bank als publizitätspflichtig bezeichnet - vgl. Schmidt (Gesetz 1972), 33; Henniger (Publizität 1972), 5 - obwohl diese Unternehmen gem. persönlicher Auskunft zum 31.12.1971 eindeutig nicht veröffentlichungspflichtig waren.

3) So offenbar das Statistische Bundesamt (Abschlüsse 1974), 570.

Berücksichtigt man noch 75 erstmalig publizitätspflichtige Unternehmen anderer Rechtsformen¹⁾, so ergibt sich eine Gesamtzahl von neu publizitätspflichtigen Unternehmen, die Einzelabschlüsse erstellen (120), die die vor Inkrafttreten des PublG genannten Prognosen (70-100) erheblich nach oben korrigiert.

Interessant ist, daß lediglich ein Einzelkaufmann vom PublG erfaßt wird. Darin spiegelt sich die einleuchtende Tatsache wider, daß ab einer gewissen Unternehmensgröße aus Kapitalsammel- bzw. Haftungsgründen der Trend zwangsläufig zu einer Mehr-Personen-Unternehmensrechtsform geht.

2. Branchenzugehörigkeit

Tab. 3: Branchenzugehörigkeit¹⁾

	abs.	%
<u>A. Industrieunternehmen</u>	19	42,2
1. Holz-, Papier- und Druckgewerbe	3	6,7
2. Lebens- und Genussmittelindustrie	5	11,1
3. Chemische und Petrochemische Industrie	2	4,4
4. Maschinenbauindustrie	4	8,9
5. Sonstige	5	11,1
<u>B. Handelsunternehmen</u>	9	20,0
<u>C. Privatbanken</u>	17	37,8
Insgesamt (A, B, C)	45	100,0

1) Die Zuordnung der Unternehmen erfolgte nach: Hoppenstedt (Handbuch 1974).

Tab. 3 schichtet die Unternehmen nach ihren Wirtschaftsbereichen. Unter den sonstigen Industrieunternehmen sind Firmen der Feinkeramikindustrie, der Kunststoffverarbeitung, der Eisen- und Nicht-eisenmetallerzeugung und -bearbeitung sowie der Elektrotechnik und Feinmechanik zusammengefaßt.

1) Vgl. parallel laufende Erhebungen von Adler (Rechnungslegung).

3. Unternehmensgröße

Um einen Eindruck von der Größe der erfaßten Unternehmen zu vermitteln, wurden diese nach den vom PubLG genannten Größenkriterien Bilanzsumme, Umsatz und Beschäftigte (Tab. 4), Privatbanken nach ihrem Geschäftsvolumen¹⁾ (Tab. 5) klassifiziert.

Tab. 4: Unternehmensgröße der Industrie- und Handelsunternehmen

a) Gemessen an: Bilanzsumme (in Mio)			b) Gemessen an: Umsatzerlöse (soweit erkennbar ohne fWSt, in Mio)			c) Gemessen an: Beschäftigte		
	abs.	%		abs.	%		abs.	%
bis 125	-	-	bis 250	-	-	bis 1000	2	7,1
über 125 bis 150	2	7,1	über 250 bis 300	1	3,6	über 1000 bis 2000	3	10,7
über 150 bis 200	3	10,7	über 300 bis 350	2	7,1	über 2000 bis 3000	-	-
über 200 bis 300	7	25,1	über 350 bis 400	1	3,6	über 3000 bis 4000	2	7,1
über 300 bis 400	4	14,3	über 400 bis 500	9	32,2	über 4000 bis 5000	-	-
über 400 bis 500	4	14,3	über 500 bis 600	2	7,1	über 5000 bis 6000	7	25,1
über 500 bis 600	2	7,1	über 600 bis 800	3	10,7	über 6000 bis 9000	4	14,3
über 600 bis 700	2	7,1	über 800 bis 1000	2	7,1	über 9000 bis 12000	5	17,9
über 700 bis 800	1	3,6	über 1000 bis 1200	2	7,1	über 12000	4	14,3
über 800 bis 1000	2	7,1	über 1200 bis 1400	1	3,6	nicht erkennbar, da GuV veröffentlicht	1	3,6
über 1000	1	3,6	über 1400	5	17,9			
	28	100,0		28	100,0		28	100,0
+	17 Banken		+	17 Banken		+	17 Banken	
	45			45			45	

1) Das Geschäftsvolumen ist nach § 1 Abs. 3 PubLG definiert als "Bilanzsumme ... zuzüglich der den Kreditnehmern abgerechneten eigenen Ziehungen im Umlauf, der Indossamentsverbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln und der Verbindlichkeiten aus Bürgschaften, Wechsel- und Scheckbürgschaften sowie aus Gewährleistungsverträgen".

Tab. 5: Unternehmensgröße der Privathanken, gemessen am Geschäftsvolumen (in Mio)

	abs.	%
bis 400	1	5,9
über 400 bis 500	2	11,8
über 500 bis 600	4	23,5
über 600 bis 700	2	11,8
über 700 bis 900	-	-
über 900 bis 1100	1	5,9
über 1100 bis 1300	3	17,5
über 1300 bis 1500	2	11,8
über 1500	2	11,8
	17	100,0
+ Industrie- und Handelsunternehmen	28	
	45	

Wünschenswert ist jedoch eine integrierte Maßgröße, die die "Unternehmensgröße" eines Unternehmens treffend kennzeichnet, darüber hinaus Branchenunterschiede weitgehend beseitigt und damit eine Vergleichsbasis herstellt. Eine solche Kennziffer-Klassifikation zeigt Tab. 6.

Tab. 6: Integrierte Kennziffer für Unternehmensgröße

	abs.	%
über 1,0 bis 1,5	5	11,1
über 1,5 bis 2,0	11	24,4
über 2,0 bis 2,5	4	8,9
über 2,5 bis 3,0	4	8,9
über 3,0 bis 4,0	7	15,5
über 4,0 bis 6,0	6	13,4
über 6,0 bis 8,0	6	13,4
über 8,0	2	4,4
	45	100,0

In die einzelne Kennziffer gehen die Schwellenwerte des PublG ein, indem die vom einzelnen Unternehmen tatsächlich realisierten Werte durch diese Schwellenwerte dividiert werden. Analog zur durch zwei der drei Größenkriterien ausgelösten Publizitätspflicht, bildet der Mittelwert der zwei größten Quotienten die in Tab. 6 verwendete Kennziffer¹⁾.

Bei Privatbanken besteht diese Kennziffer aus der Division von erreichtem Geschäftsvolumen durch den Schwellenwert von 300 Mio.

Tab. 7: Publizitätspflicht auslösende Größenkriterien¹⁾

	abs.	%
A. Obwohl bereits zwei der drei Merkmale des § 1 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 PublG eine Publizitätspflicht auslösen, werden <u>alle drei Merkmale</u> übertroffen	20	74,1
D. Es werden <u>Bilanzsumme und Umsatzerlöse</u> übertroffen	7	25,9
C. Es werden <u>Bilanzsumme und Beschäftigtenzahl</u> übertroffen	-	-
D. Es werden <u>Umsatzerlöse und Beschäftigtenzahl</u> übertroffen	-	-
	27	100,0
+ Nicht nachprüfbar, da GuV veröffentlicht	1	
+ Banken	17	
	45	

1) Zu beachten ist, daß lediglich die Kriterien des 3. Abschlußstichlages abgeprüft werden konnten.

Tab. 7 zeigt, daß das Kriterium "Beschäftigtenzahl" zur Auslösung der Publizitätspflicht in keinem Falle erforderlich war, d.h. der Gesetzgeber hätte - im nachhinein betrachtet - auf dieses Kriterium verzichten können²⁾.

1) Beispiel: Ein Unternehmen habe eine Bilanzsumme von 185 Mio. DM, Umsatzerlöse von 450 Mio. DM und 5200 Beschäftigte. Dividiert durch die Schwellenwerte des PublG (125 Mio., 250 Mio., 5000) ergeben sich folgende Einzelziffern: 1,48; 1,8 und 1,04. Der Mittelwert der beiden größten Quotienten beträgt: $(1,48 + 1,8) : 2 = 1,64$.

2) vgl. ebenso: Schmidt (Gesetz 1972), 33.

4. Versendungsbereitschaft

Tab. 8: Versendungsbereitschaft - Umfang des zur Verfügung stehenden Untersuchungsmaterials¹⁾

	abs.	%
A. Die publizitätspflichtigen Einzelkaufleute, OHG's und KG's wurden angeschrieben mit der Bitte um Übersendung (oder auch in Banz. zu veröffentlichenden JA (Bilanz und GuV bzw. Bilanz ¹⁾) bzw. eines evtl. freiwillig erstellten GS		
1. Es wurde ein GR zur Verfügung gestellt	28	62,3
2. Es wurde ein JA zur Verfügung gestellt	3	6,6
B. Als Untersuchungsmaterial stand lediglich der im Banz. veröffentlichte JA zur Verfügung, da:	14	31,1
1. GS ohne JA/ GR mit zusammengefaßtem JA/ KGD ohne Einzelabschluß übersandt wurde	4	8,8
2. die Übersendung ausdrücklich verweigert und auf die Veröffentlichung in Banz. verwiesen wurde	4	8,8
3. Keine Reaktion auf mehrmaliges Anschreiben (Grundbrief + Nachfabrierte)	6	13,5
	45	100,0

1) Die Branchenzugehörigkeit hat auf den Umfang des zur Verfügung stehenden Untersuchungsmaterials keinen signifikanten Einfluß (Anwendung des Kruskal-Wallis-Tests, vgl. Ausführungen zur Statistik, S. 132ff.). Ebenfalls korreliert die Versendungsbereitschaft nicht mit dem Schnelligkeitsgrad der Veröffentlichung in Banz. (Anwendung des McNemar-Tests, vgl. Ausführungen zur Statistik, S. 135).

Tab. 8 zeigt einen detaillierten Überblick über den Umfang des zur Verfügung stehenden Materials, worin sich gleichzeitig das jeweilige Ausmaß an Versendungsbereitschaft widerspiegelt. Diese Zusammenstellung zeigt jedoch auch, daß nicht jede als positiv bezeichnete Reaktion der Unternehmen auf das Anschreiben mit der Bitte um Übersendung von Untersuchungsmaterial¹⁾ verwertbar war, da beispielsweise lediglich ein Lagebericht oder ein Jahresabschluß in zusammengefaßter Form übersandt wurde (B. 1: 8,8 %).

1) vgl. S. 15.

5. Veröffentlichungsdauer

Tab. 9: Zeitpunkt der Veröffentlichung der Jahresabschlüsse im Bundesanzeiger

Die Jahresabschlüsse der Einzelkaufleute, OHG's, KG's wurden im Bundesanzeiger nach dem Bilanzstichtag veröffentlicht ¹⁾ :					abs.	%
		bis	3	Monate	1	2,2
über	3	bis	5	Monate	2	4,4
über	5	bis	6	Monate	5	11,1
über	6	bis	7	Monate	2	4,4
über	7	bis	8	Monate	4	8,9
über	8	bis	9	Monate	14	31,2
über	9	bis	10	Monate	14	31,2
über	10	bis	12	Monate	2	4,4
		über	12	Monate	1	2,2
					45	100,0

1) Die Branchenzugehörigkeit hat auf den Schnelligkeitsgrad der Veröffentlichung einen hoch signifikanten Einfluß (Anwendung des Kruskal-Wallis-Tests, vgl. Ausführungen zur Statistik, S. 732ff). Privatbanken und Handelsunternehmen veröffentlichen deutlich schneller als Industrieunternehmen, was zumindest bei ersteren plausibel mit dem Tagfertigungsprinzip von Bankbilanzen erklärt werden kann. (Als schnell gilt bis inkl. 9 Monate.)

In Tab. 9 sind die Zeiträume klassifiziert, die zwischen Bilanzstichtag und Veröffentlichung im Bundesanzeiger lagen. Interessant ist, daß die Jahresabschlüsse des Großteils der Unternehmen (ca. 69 %) erst nach der vom Gesetz vorgeschriebenen Frist¹⁾ von 8 Monaten veröffentlicht wurden. Dies läßt u.U. auf die Schwierigkeiten schließen, denen sich bei der erstmaligen Rechnungslegung sowohl diese Unternehmen als auch ihre prüfenden Organe gegenübergestellt sahen²⁾. Allerdings werden durch eine solche Überdehnung

1) vgl. § 10 Abs. 2.

2) Ähnlich auch Henniger (Bilanz-Debütanten 1972), Nr. 294, wenn er feststellt, daß einige Unternehmen trotz Übergangsfristen von den neuen Anforderungen überrascht wurden bzw. verspätet mit den Vorarbeiten begannen. Das Überschreiten der gesetzlichen Frist kann jedoch auch eine einfache Erklärung in der zu geringen Kapazität des Bundesanzeigers finden.

der gesetzlichen Frist die mit dieser Publikation verfolgten Ziele des Gesetzgebers von vornherein in Frage gestellt¹⁾.

6. Vor dem Publizitätsgesetz ausgeübte Publizität

Zur Überprüfung, welche der in dieser Untersuchung erfaßten Unternehmen und Privatbanken bereits vor Inkrafttreten des PublG Informationen aus ihrem Unternehmensbereich an die Öffentlichkeit gelangen ließen, kann auf eine Untersuchung von Henniger zurückgegriffen werden²⁾.

Zu beachten ist jedoch, daß Henniger unter "laufender Publizität" Unternehmen erfaßt hat, die "bereits seit einigen Jahren freiwillige Angaben zur Geschäftslage anhand von konkreten Zahlen machen sowie mehr oder weniger ausgeprägt auch Bilanzen, Bilanzstrukturkennzahlen und andere aufschlußreiche Einblicke in die Lage des Unternehmens gegeben haben"³⁾.

Unter Berücksichtigung dieses im Vergleich zur vorliegenden Untersuchung weiter gefaßten Rechnungslegungsbegriffs haben bisher sowohl 9 Unternehmen (36 %)⁴⁾, als auch 9 Privatbanken (52,9 %) eine freiwillige Publizität gepflegt.

7. Wirtschaftsprüferwahl

Als abschließendes Bestimmungskriterium des empirischen Feldes zeigt Tab. 10 die von den publizitätspflichtigen Unternehmen mit der Prüfung beauftragten Organe sowie deren Marktanteile.

1) vgl. im Ergebnis ebenso: v. Wysocki (Jahre 1970), 17.

2) vgl. Henniger (Publizität 1972), 5; ders. (Umsatz 1973), 5.

3) Henniger (Firmen 1972), 5.

4) 9 von 25 Unternehmen: 3 Unternehmen sind von Henniger nicht erfaßt.

Tab. 10: Prüfende Organe und deren Marktanteile

	abs.	%
A. Die publizitätspflichtigen Einzelkaufleute, OHG's, KG's wurden von folgenden Wirtschaftsprüfern bzw. Wirtschaftsprüfungsgesellschaften geprüft:		
1. Karoli-Wirtschaftsprüfung GmbH	4	8,9
2. Deutsche Warenreuhand AG	3	6,6
3. Treuhand- und Revisions- AG Niederrhein	2	4,4
4. Treuverkehr AG	4	8,9
5. Deutsche Revisions- und Treuhand-AG "Treuarbeit"	4	8,9
6. Vereinigte Deutsche Treuhand Gesellschaft	2	4,4
7. Einzelprüfer und Sozietäten	13	28,9
8. Sonstige Wirtschaftsprüfungsgesellschaften	16	35,6
	48	106,6
./. Doppelzählungen (3 Gesellschaften wurden von je zwei Prüfern geprüft)	3	6,6
	45	100,0
B. Diese Wirtschaftsprüfer bzw. Wirtschaftsprüfungsgesellschaften haben jeweils einen Marktanteil ¹⁾ an Pflichtprüfungsmandaten:		
1. bis 1%	23	51,1
2. über 1%	22	48,9
	45	100,0

1) Quelle: Schruoff (Wirtschaftsprüfer 1973), 293 ff.

Zweites Kapitel : DIE RECHNUNGSLEGUNG DER EINZEL-
KAUFLEUTE UND PERSONENHANDELS-
GESELLSCHAFTEN NACH DEM PUBLIZI-
TATSGESETZ - EINE BESTANDSAUFNAHME

A. UMFANG DER RECHNUNGSLEGUNG

I. Verbot der Aufnahme von Privatvermögen in den Jahresabschluß
(§ 5 Abs. 3 PubLG)

§ 5 Abs. 3 PubLG legt für die von diesem Gesetz betroffenen Einzelkaufleute bzw. Personenhandelsgesellschaften ausdrücklich fest, daß "das sonstige Vermögen des Einzelkaufmanns oder der Gesellschafter (Privatvermögen) nicht in die Bilanz und die auf das Privatvermögen entfallenden Aufwendungen und Erträge nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung aufgenommen werden" dürfen.

Begründet wird diese, als eindeutige Mußvorschrift zu verstehende Regelung mit der Wahrung der Privatsphäre des Einzelkaufmanns und der Gesellschafter der Personenhandelsgesellschaften¹⁾.

Damit ist zumindest für den Bereich des PubLG der seit Jahrzehnten andauernde Meinungsstreit, ob insbesondere Einzelkaufleute auch ihr

1) vgl. (Begr. z. RegE/BT-Drucks. V/3197), 43.

Privatvermögen zu bilanzieren haben¹⁾, auf gesetzlicher Basis entschieden.

Diese Entscheidung wirft zwei Hauptprobleme auf: Zum einen muß die durch die bewußte Nichtberücksichtigung des Privatvermögens entstehende Beeinträchtigung des Aussagewertes des verbleibenden Rechenwerkes deutlich gemacht werden. Zum anderen müssen Abgrenzungskriterien zwischen Privat- und Betriebssphäre gefunden werden.

Beide Problembereiche werden primär durch die juristische Konstruktion der Einzelfirma bzw. der Personenhandelsgesellschaft hervorgerufen. Eine Aktiengesellschaft oder eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung hat "ex lege keine private, sondern nur eine geschäftliche Sphäre"²⁾. D.h., daß sich bei juristischen Personen diese Probleme gar nicht stellen, weil mit der Errichtung "das Unternehmensvermögen vom Privatvermögen abgeschichtet wird"³⁾.

Bei Einzelkaufleuten und Personenhandelsgesellschaften besteht jedoch eine sehr enge Verbindung zwischen Privat- und Betriebssphäre; Ausfluß dieses Ineinandergreifens ist die zivilrechtliche Haftung, wobei diese beim Einzelkaufmann am deutlichsten wird. Das Handelsrecht macht hier keine Trennung in "Privatperson" Einzelkaufmann und

-
- 1) Er entzündete sich an der Auslegung des § 38 (1) HGB, der jeden Kaufmann verpflichtet, ... "die Lage seines Vermögens... ersichtlich zu machen", sowie des § 39 (1) HGB, der ebenfalls von der Verpflichtung spricht, "seine Grundstücke, seine Forderungen und seine sonstigen Vermögensgegenstände genau zu verzeichnen...".

Für eine ausweitende Interpretation - also eine Einbeziehung des Privatvermögens des Einzelkaufmanns in die Bilanzierung - plädierten u.a.:

Loitlsberger (Bilanzierung 1953), 12 ff., der für Privatschulden eine Bilanzierungspflicht, für privates Vermögen ein Bilanzierungswahlrecht fordert; Haas/Oechsner (Jahresabschluß 1958), 92 f.; Brönnner (Bilanz 1971), 16; Heymann/Kötter (Handelsgesetzbuch 1971), 98; Littmann (Kommentar 1974), 321; Maul (Buchführung 1974), 697; ders. (Bilanzlehre 1975), 156 ff.

Gegen eine Einbeziehung argumentierten u.a.:

Brüggemann (in Großkomm. HGB 1967), 459 ff.; Dorner (Privatvermögen 1968), 162 ff.; Leffson (Grundsätze 1970), 136; Baumbach/Duden (Handelsgesetzbuch 1974), 144; Westerfelhaus (Gedanken 1974), 1694.

Inwieweit § 5 (3) Publg zur Auslegung von § 39 HGB herangezogen werden kann, braucht an dieser Stelle nicht näher erläutert zu werden. Es sei jedoch angemerkt, daß der Verfasser § 5 (3) Publg als Klarstellung im Sinne einer Nichteinbeziehung des Privatvermögens auch für das HGB ansieht - als nachträgliche Sanktionierung der bisher geübten Praxis; vgl. ähnlich Biener (Fragen 1972), 10. A. A. Maul (Buchführung 1974), 697 f.; ders. (Bilanzlehre 1975), 156 ff.; und Brönnner (Bilanz 1971), 82, die § 5 (3) lediglich als *lex specialis* ansehen.

- 2) Loitlsberger (Bilanzierung 1953), 15.

- 3) Kunze (Publizität 1970), 201.

"Unternehmen" des Einzelkaufmanns. Loitlsberger stellt diesen Sachverhalt überzeugend dar:

"Die tragende Rechtsfigur unseres Rechts ist die Person. In strenger Logik macht es daher keinen Unterschied zwischen Geschäfts- und persönlichen Schulden, sondern gestattet auch den Privatgläubigern den Zugriff in das Geschäftsvermögen, und zwar soweit, daß es die Unternehmung zerschlägt, wenn anders eine Befriedigung der Privatgläubiger nicht erreichbar ist"¹⁾.

Ähnlich liegen die Verhältnisse bei den Personenhandelsgesellschaften. Sie haben zwar ein der Gesellschaft gewidmetes Sondervermögen, also eine formale Trennung zwischen Privatvermögen der Gesellschafter und in die Gesellschaft eingebrachtes Gesellschaftsvermögen. Da aber auch hier Träger dieses Gesellschaftsvermögens die Gesellschafter und nicht die OHG oder die KG sind, ist diese Trennung nur künstlich bzw. haftungsmäßig unerheblich. Einerseits haftet nämlich das Privatvermögen der Gesellschafter unbeschränkt²⁾ für Gesellschaftsverbindlichkeiten, andererseits haftet der Anteil am Gesellschaftsvermögen für private Schulden. Die Gläubiger des einzelnen Gesellschafters haben zwar keinen direkten Zugriff auf das Gesellschaftsvermögen und seine einzelnen Bestandteile. Sie können jedoch nach Pfändung des dem betroffenen Gesellschafter zustehenden Auseinandersetzungsguthabens die Gesellschaft kündigen und damit u.U. ihre Liquidation erwirken³⁾.

1) Loitlsberger (Bilanzierung 1953), 24.

2) Das gilt allerdings nur für die OHG sowie die Komplementäre der KG.

3) vgl. Hueck (Recht 1971), 221. Drastische Beispiele für solche, den Bestand des Unternehmens u.U. gefährdende Beziehungen finden sich bei: Loitlsberger (Bilanzierung 1953), 24; Prühs (Probleme 1970), 519; Hüttemann (Grundsätze 1970), 32 ff.; Als wesentlichste Tatbestände bezeichnete Kaufmann im Sachverständigen-Hearing zum PubLG vor dem Wirtschaftsausschuß (Hearing V/115), 44:

- a) Bürgschaften, die nicht für die Gesellschaft eingegangen werden, sondern für einen der persönlich haftenden Gesellschafter.
- b) Risikante Geschäfte, die der betreffende außerhalb der Gesellschaft macht, aus denen die Gesellschaft evtl. verpflichtet wird.

Im folgenden gilt es, diese geschäftlichen und privaten Beziehungen voneinander zu trennen, d.h. möglichst eindeutige Abgrenzungskriterien zwischen Privat- und Betriebsvermögen zu finden¹⁾ - ein Problem, das Kunze zu Recht als eines der "schwierigsten und unternehmensrechtlich brisantesten"²⁾ bezeichnet. Wegen des im Gegensatz zum Einzelkaufmann bereits vorhandenen "Sondervermögens" der Personenhandelsgesellschaften bietet sich für die Untersuchung möglicher Abgrenzungskriterien eine getrennte Behandlung für Einzelkaufleute und Personenhandelsgesellschaften an.

1. Privatvermögen - Betriebsvermögen beim Einzelkaufmann

a) Die Wesensart eines Vermögensgegenstandes als Zuordnungskriterium zum Betriebsvermögen

Das Zuordnungskriterium "Wesensart" würde nur solche Vermögensgegenstände und Schulden zum Betriebsvermögen zählen, die ihrer Art und damit ihrer Verwendbarkeit nach ausschließlich betrieblicher Natur sind³⁾.

Für dieses Abgrenzungskriterium würde sprechen, daß dadurch zwischenbetriebliche Vergleiche in ihrer Aussagekraft gefördert würden, da gleiche Vermögensgegenstände auch bei unterschiedlichen Unternehmen - zumindest innerhalb desselben Wirtschaftszweiges - immer eine gleiche Zuordnung erfahren müßten.

Gegen eine alleinige Abstellung auf das Zuordnungskriterium "Wesensart" spricht jedoch, daß es nicht zweifelsfrei jene Vermögensgegenstände zuordnen kann, die von ihrer Art her sowohl privat als auch betrieblich genutzt werden können. Es handelt sich hier um den großen Bereich der sog. neutralen Gegenstände, zum anderen um gemischt genutzte Gegenstände⁴⁾.

1) Die Trennung der privaten Aufwendungen und Erträge von den betrieblichen erfolgt ebenfalls nach diesen festzulegenden Abgrenzungskriterien. Sie werden deshalb im folgenden keiner gesonderten Betrachtung unterzogen.

2) Kunze (Publizität 1970), 201.

3) Man spricht hier von der objektiven generalisierenden Theorie bzw. der typisierenden Betrachtungsweise, vgl. Bühler/Scherpf (Bilanz 1971), 325; Littmann (Kommentar 1974), 322.

4) vgl. Bühler/Scherpf (Bilanz 1971), 330.

Eine Entscheidungsregel, die für diesen Bereich keine eindeutige Hilfestellung leisten kann, scheint unzweckmäßig.

b) Der "Wille" des Kaufmanns als Zuordnungskriterium zum Betriebsvermögen

Nach dem Zuordnungskriterium "Wille des Kaufmanns" bliebe es grundsätzlich dem subjektiven Willen des Bilanzierenden überlassen, welche Vermögensgegenstände er seinem Betrieb und welche seinem Privatbereich widmet, wobei dieser Wille natürlich in einer feststellbaren Form zum Ausdruck kommen müßte¹⁾. Das könnte auch dazu führen, daß dasselbe Vermögensgut zu verschiedenen Zeiten verschiedenen Sphären angehören kann²⁾.

Eine solche uneingeschränkte Widmungsfreiheit des Einzelkaufmanns würde den Aussagewert veröffentlichter Bilanzen tiefgreifend beeinträchtigen, da Außenstehende u.U. mit einer totalen "Bilanzkosmetik" konfrontiert würden. Ebenso würden zwischenbetriebliche Vergleiche erheblich gestört werden.

Der Aussagewert von Bilanzen beruht im wesentlichen auf der Einhaltung der Grundsätze der Willkürfreiheit und der Stetigkeit. Insofern führt die alleinige Abstellung auf das Kriterium "Wille des Kaufmanns", der keinerlei Beschränkung unterliegt, zu keiner mit den Zielen des Publizitätsgesetzes übereinstimmenden Bilanzierung.

c) Die Übernahme steuerlicher Klassifizierungskriterien

Das Steuerrecht mußte sich zwangsläufig sehr eingehend mit der Abgrenzung Privatvermögen - Betriebsvermögen beschäftigen, da sich an die jeweilige Behandlung recht unterschiedliche steuerliche Folgen knüpfen (z.B. steuerlich sich auswirkende Veräußerungsgewinne/-verluste nur bei Gegenständen des Betriebsvermögens, Abschreibungen nur bei Gegenständen des Betriebsvermögens usw.)³⁾.

In Rechtssprechung und Finanzverwaltung haben sich folgende Vermögenskategorien herausgebildet:

1) Man spricht hier von der subjektiven Theorie, vgl. Bühler/Scherpf (Bilanz 1971), 325.

2) vgl. Dorner (Privatvermögen 1968), 7.

3) vgl. weitere Beispiele bei Bühler/Scherpf (Bilanz 1971), 323; Brönner (Bilanz 1971), 175; Littmann (Kommentar 1974), 321.

(1) Notwendiges Betriebsvermögen

"Zum notwendigen Betriebsvermögen gehören alle Wirtschaftsgüter, die nach der jeweiligen Zweckbestimmung dem Betrieb eines Steuerpflichtigen ausschließlich und unmittelbar dienen oder zu dienen bestimmt und geeignet sind und bei denen dieses Dienen bzw. diese Zweckbestimmung in feststellbarer Weise zum Ausdruck kommt"¹⁾.

Entscheidend ist demnach die Betriebsbezogenheit, während die Wesensart der Gegenstände etwas in den Hintergrund rückt. Allerdings bildet die Wesensart eines Vermögensgegenstandes das Regulativ dafür, daß dem Steuerpflichtigen hinsichtlich der Widmung eines Wirtschaftsgutes kein unbegrenzter Freiraum zur Verfügung steht²⁾.

Der Steuerpflichtige kann also bei solchen Vermögensgegenständen keine Betriebsbezogenheit unterstellen, die aufgrund ihrer Art bzw. ihrer Verwendbarkeit nur im privaten Bereich genutzt werden können.

(2) Notwendiges Privatvermögen

"Zum notwendigen Privatvermögen sind solche Gegenstände zu rechnen, die nach ihrer Widmung ausschließlich persönlichen Belangen des Steuerpflichtigen dienen oder dienen sollen und bei denen diese Zweckbestimmung in erkennbarer Weise zum Ausdruck kommt"³⁾.

Allerdings schwankt die Rechtssprechung zwischen dieser mehr betriebsindividuellen Betrachtungsweise und einer mehr generalisierenden Begriffsumschreibung⁴⁾, bei der zum notwendigen Privatvermögen solche Wirtschaftsgüter zu rechnen sind, die ihrer Art bzw. ihrer Verwendbarkeit nach nur privat genutzt werden können.

(3) Das gewillkürte Betriebsvermögen

Zwischen den beiden Grenzpfählen "notwendiges Betriebsvermögen" und "notwendiges Privatvermögen" existiert ein Bereich von Wirtschaftsgütern, die sowohl Betriebsvermögen als auch Privatver-

1) Bühler/Scherpf (Bilanz 1971), 327.

2) vgl. Bühler/Scherpf (Bilanz 1971), 327; Brönnner (Bilanz 1971), 177; Körner (Betriebsvermögen 1973), 3166; Wöhe (Bilanzierung 1973), 185; Littmann (Kommentar 1974), 322.

3) Bühler/Scherpf (Bilanz 1971), 329.

4) vgl. ebenda, 329.

mögen sein können. Hierzu zählen im wesentlichen die bereits erwähnten neutralen¹⁾ sowie gemischt genutzte Gegenstände. Für solche Gegenstände wird steuerlich ein Wahlrecht zugestanden, ob sie als gewillkürtes Betriebsvermögen oder als Privatvermögen behandelt werden sollen. Allerdings ist die Anerkennung von gewillkürtem Betriebsvermögen an drei wesentliche Voraussetzungen geknüpft²⁾:

- (aa) Solche Gegenstände müssen in einem objektiven Zusammenhang zu dem Betrieb stehen und ihn zu fördern bestimmt und geeignet sein.
- (bb) Die Willensäußerung zur Bildung von gewillkürtem Betriebsvermögen muß sich klar und eindeutig erkennbar buchmäßig niederschlagen.
- (cc) Eine einmal getroffene Entscheidung darf nicht ohne zureichenden wirtschaftlichen Grund geändert werden. "Ein willkürliches Hin- und Herschwanken zwischen Betriebsvermögen und Privatvermögen kann nicht gestattet sein"³⁾.

Für die Übernahme dieser steuerlichen Klassifizierung auch für die Abgrenzung nach dem PubLG sprechen überzeugende Gründe: Die steuerlichen Abgrenzungskriterien sind eine Amalgamation der Kriterien "Wesensart" eines Vermögensgegenstandes und des "subjektiven Willens" des Einzelkaufmanns. Sie verhindern einerseits eine totale Widmungsfreiheit, lassen dem Einzelkaufmann andererseits aber genügend Spielraum, hinsichtlich eines großen, neutralen Bereiches von Gegenständen über das Institut des gewillkürten Betriebsvermögens den Umfang seines Geschäftsvermögens selbst zu bestimmen. Gewillkürtes Betriebsvermögen wäre demnach neben dem notwendigen Betriebsvermögen bilanzierungspflichtiges Vermögen im Sinne des Publizitätsgesetzes.

-
- 1) Littmann bezeichnet als neutrale Gegenstände solche, "denen man eine bestimmte Zweckbestimmung oder einen bestimmten tatsächlichen Verwendungszweck nicht so ohne weiteres ansieht" (Kommentar 1974), 333.
 - 2) vgl. zu diesen Voraussetzungen: Bühler/Scherpf (Bilanz 1971), 331 f.; Brönner (Bilanz 1971), 185 ff.; Körner (Betriebsvermögen 1973), 3166 ff.; Wöhe (Bilanzierung 1973), 185; Littmann (Kommentar 1974), 334 ff.
 - 3) Bühler/Scherpf (Bilanz 1971), 332.

Die steuerlichen Abgrenzungskriterien vereinen damit die Vorteile der beiden zuerst diskutierten¹⁾ Kriterien unter weitgehender Ausschaltung deren Nachteile.

Auf der anderen Seite ist jedoch kein Grund dafür einzusehen, der steuerlichen Klassifizierung in jeder Beziehung "sklavisch" zu folgen. So ist z.B. die für die Anerkennung von gewillkürtem Betriebsvermögen genannte Voraussetzung des "objektiven Zusammenhanges zum Betrieb" im Gegensatz zum Steuerrecht²⁾ wenig sinnvoll.

Primäres Anliegen des § 5 Abs. 3 PublG ist die Wahrung der Privatsphäre. Es wäre deshalb wenig zweckmäßig, einem Einzelkaufmann die Bilanzierung eindeutig nicht zum notwendigen Privatvermögen gehörender Vermögensgegenstände zu versagen, auch wenn es am objektiven Zusammenhang zum Geschäftsbetrieb fehlen sollte. Für solche Gegenstände genügt es für den Bereich des PublG, durch eine eindeutige und dokumentierte Willensäußerung zum Ausdruck zu bringen, daß er hier auf einen Schutz seiner Privatsphäre verzichten will³⁾. Diese "Aufweichung" der steuerlichen Regelung für die Zwecke des PublG dürfte jedoch praxeologisch wohl kaum eine große Bedeutung erlangen, da sich gerade aus steuerlichen Gründen eine steuerrechtlich induzierte Abgrenzung in den zu führenden Büchern niedergeschlagen hat, der dann auch die Abgrenzung nach dem PublG folgen wird. Andererseits wird man eine Umwidmung von gewillkürtem Betriebsvermögen in das Privatvermögen nur bejahen können, "wenn die für die Zuordnung maßgeblichen Gründe entfallen und die Änderung der Willensentscheidung oder die Aufhebung des objektiven Zusammenhangs mit dem Betrieb eindeutig zum Ausdruck kommt"⁴⁾. Entscheidend sind also klare und nachprüfbare Einlage- und Entnahmeerklärungen⁵⁾.

Für eine Übernahme der steuerlichen Abgrenzungskriterien spricht weiterhin der Gedanke, neben diese im großen und ganzen recht komplizierte, aber trotzdem bewährte steuerliche Regelung ein völlig neues, zusätzliche Verwirrung stiftendes Abgrenzungssystem zu setzen, das

1) vgl. S. 29 f.

2) Das Steuerrecht muß zwangsläufig verhindern, daß durch die Deklaration von gewillkürtem Betriebsvermögen insbesondere "private" Verluste in den Betriebsbereich übernommen werden und sich damit steuersenkend auswirken.

3) vgl. ebenso: Biener (Fragen 1972), 10.

4) ebenda, 11.

5) vgl. BFH-Urteil vom 12.11.1964 - IV 99/63 S (BStBl. 1965 III S. 46).

dann lediglich für den Bereich des PublG Geltung hätte. Insbesondere spricht hier für die steuerliche Regelung, daß bereits eine umfangreiche Literatur bzw. Rechtssprechung zu diesem Problemkreis vorhanden ist, auf die in Zweifelsfragen zurückgegriffen werden kann.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, daß die Abgrenzung Privatvermögen - Betriebsvermögen beim Einzelkaufmann weitgehend nach den im Steuerrecht erarbeiteten Prinzipien erfolgen sollte¹⁾. Demnach besteht ein Bilanzierungsverbot für das notwendige Privatvermögen und eine Bilanzierungspflicht für das notwendige Betriebsvermögen. Der Einzelkaufmann hat ein Wahlrecht, bestimmte Vermögensgegenstände zu gewillkürtem Betriebsvermögen zu machen. Hat er jedoch eine solche Zuordnung vorgenommen, so liegt auch hinsichtlich dieses Bereiches bilanzierungspflichtiges Vermögen vor.

Nimmt man gemäß der Intention des PublG eine scharfe Trennung der Privat- von der Betriebssphäre vor, so müssen konsequenterweise private Verbindlichkeiten, für die betriebliche Gegenstände Sicherheiten abgeben, aus der betrieblichen Sicht wie "fremde" Verbindlichkeiten betrachtet werden. Nimmt deshalb der Einzelkaufmann eindeutig im privaten Bereich ein Darlehen auf, wobei z.B. als Sicherheit ein Betriebsgrundstück dient, so liegt nach § 5 Abs. 2 i.V.m. § 151 Abs. 5 Nr. 4 AktG ein vermerkpflichtiger Tatbestand vor ("Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten").

2. Privatvermögen - Betriebsvermögen bei Personenhandelsgesellschaften

Wesentlich einfacher als beim Einzelkaufmann ist die Abgrenzung bei Personenhandelsgesellschaften²⁾, da hier schon zivilrechtlich das Gesellschaftsvermögen, das den Gesellschaftern zur gesamten Hand gehört, vom Privatvermögen der einzelnen Gesellschafter scharf zu trennen ist³⁾. Baumbach/Duden sprechen deshalb wegen dieser weit-

1) vgl. ebenso: Biener (Fragen 1972), 10 f.; Adler/Sprißler (Rechnungslegung 1973), 809 f.

2) vgl. Biener (Fragen 1972), 11; Forster (Erläuterungen 1973), 710; Adler/Sprißler (Rechnungslegung 1973), 810.

3) vgl. Potthoff/Zintzen/Halft (Handbuch 1965), 123; Huber (Vermögensanteil 1970), 61; Hueck (Recht 1971), 216; Heymann/Kötter (Handelsgesetzbuch 1971), 398.

gehenden Verselbständigung des Gesellschaftsvermögens einer KG oder OHG mit Recht von einer "Zwischenstufe zur juristischen Person"¹⁾.

Diese Separierung von dem dem Gesellschaftszweck gewidmeten Vermögen erleichtert zwangsläufig die vorzunehmende Abgrenzung, da der Übergang von einer Vermögensmasse zur anderen ebenso vor sich gehen muß, wie zwischen zwei verschiedenen Rechtspersönlichkeiten²⁾. In der Übertragung findet ein Wechsel der Rechtszuständigkeit statt; es müssen deshalb "die Vorschriften über die Übertragung von Rechten auf ein anderes Rechtssubjekt innegehalten werden"³⁾. Vermögensübertragungen setzen also per se rechtlich eindeutige Willensakte voraus, unabhängig davon, ob sie im Rahmen der Beitragspflicht oder auf der Grundlage sonstiger Rechtsbeziehungen erfolgen.

Alle auf Grund solch eindeutiger Willensäußerungen der Beteiligten dem Gesamthandsvermögen zugeordneten Gegenstände sind demnach zu bilanzierendes (aktives) Betriebsvermögen; alle Verbindlichkeiten, die für die Gesellschafter gemeinschaftlich begründet werden, die also aus dem Gesellschaftsvermögen zu decken sind, sind ebenfalls dem zu bilanzierenden (passiven) Betriebsvermögen zuzurechnen.

Dieses Abgrenzungskriterium ist jedoch noch zu modifizieren:

Es ist heute nahezu unbestritten, daß die Bilanzierungspflicht primär am Vorliegen der wirtschaftlichen Zugehörigkeit und nicht am zivilrechtlichen Eigentumsbegriff anknüpft⁴⁾. Man wird demnach auch nur das Gesellschaftsvermögen, das wirtschaftlich gesehen Gesamthandseigentum darstellt, als zu bilanzierendes Vermögen der Personengesellschaft anzusehen haben⁵⁾. Wirtschaftliches Eigentum liegt dann vor, wenn die Gesellschaft die "wirtschaftlich relevanten Rechte (Nutzungs- und Verwertungsrecht) ausüben kann und dies unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu erwarten ist"⁶⁾.

1) Baumbach/Duden (Handelsgesetzbuch 1974), 439.

2) vgl. Weipert (in RGR Komm. z. HGB 1950), § 105, Anm. 42.

3) Hueck (Recht 1971), 226; vgl. Beispiele solcher förmlichen Übertragungsakte bei: Hueck (Recht 1971), 227 ff.; Baumbach/Duden (Handelsgesetzbuch 1974), 451 ff.

4) vgl. Adler/Düring/Schmaltz (Rechnungslegung 1968), § 149, Tz. 31 ff.; Mellerowicz/Brönner (Aktiengesetz 1970), § 149, Anm. 67 ff.; IdW (WP-Handbuch 1973), 542.

5) vgl. ebenso: Biener (Fragen 1972), 11; Adler/Sprößler (Rechnungslegung 1973), 810; Forster (Erläuterungen 1973), 710; IdW (HFA/Entwurf 1974), 528, 530.

6) IdW (HFA/Leasingstellungnahme 1973), 101; vgl. ähnlich auch bei Biener (GmbH & Co. KG 1975), 8.

Ein typischer Fall des Auseinanderklaffens von zivilrechtlichem und wirtschaftlichem Eigentum ist dort gegeben, wo bestimmte Vermögensgegenstände nach außen Eigentum des einbringenden Gesellschafters bleiben, so z.B. bei Grundstücken, wenn keine Auflassung erfolgt, im Innenverhältnis jedoch wie Eigentum der Gesellschaft behandelt werden sollen. Man spricht hier auch von einer Einbringung "quoad sortem"¹⁾. Nutzungen, Lasten und Gefahr der Sache treffen dabei die Gesellschaft²⁾. Solche Gegenstände gehören ohne Rücksicht auf das rechtliche Eigentum zum bilanzierungspflichtigen Vermögen der Gesellschaft³⁾.

Neuerdings will Biener diese Bilanzierungspflicht noch erheblich ausweiten:

"Vermögensgegenstände, die der Gesellschaft von ihren Komplementären aufgrund der Beitragspflicht überlassen werden, sollten vielmehr unabhängig vom rechtlichen und wirtschaftlichen Eigentum in der Bilanz der Gesellschaft ausgewiesen werden, solange das fehlende rechtliche Eigentum die gesamthänderische Nutzung des Vermögensgegenstandes für die Zwecke der Gesellschaft nicht beeinträchtigt und die gesamthänderische Bindung fortbesteht"⁴⁾.

Dieser extensiven Ausdehnung kann nicht zugestimmt werden. Dies würde in praxi bedeuten, daß Sachen, die gemäß Beitragspflicht eindeutig nur zum Gebrauch oder zur Nutzung überlassen werden, zu bilanzieren wären. Solche Nutzungswerte können zwar gesellschaftsrechtlich Vermögenswerte darstellen; sie gehören damit den Gesellschaften zur gesamten Hand und bilden Gesellschaftsvermögen im handelsrechtlichen Sinne⁵⁾. Es liegt hier jedoch ein miet- oder pachtähnliches Verhältnis vor⁶⁾;

1) vgl. Huber (Vermögensanteil 1970), 196 f.; Hueck (Recht 1971), 61, 207; IdW (HFA/Entwurf 1974), 530.

2) vgl. hierzu die detaillierten Urteilsbegründungen des BGH (Urteil vom 31.1.1955 - II ZR 10/54, BB 1955, 203 und Urteil vom 25.3.1965 - II ZR 203/62, DB 1965, 1282 f.) sowie die darauf aufbauende Argumentation des HFA: IdW (HFA/Entwurf 1974), 530.

3) vgl. ebenso: IdW (HFA/Entwurf 1974), 530; Huber (Vermögensanteil 1970), 197, die von einer Einbringung zur Nutzung und dem Werte nach sprechen.

4) Biener (GmbH & Co. KG 1975), 8.

5) vgl. Hueck (Recht 1971), 216.

6) vgl. ebenda, 208.

das die Vermögenszugehörigkeit im Sinne der Bilanzierung primär begründende "Verwertungsrecht für eigene Rechnung"¹⁾ verbleibt hier - anders wie z.B. bei der oben dargestellten Einbringung "quoad sortem" - weiterhin bei dem einbringenden Gesellschafter. Die Gesellschaft verfügt lediglich über ein bloßes Gebrauchsrecht, das alleine keine Vermögenszugehörigkeit konstituieren kann. Solche Rechtsverhältnisse sind nach h.M. nicht bilanzierungsfähig²⁾. Es besteht kein Grund, für Personenhandelsgesellschaften andere, die Bilanzierungspflicht auslösende Kriterien zu entwickeln. Dies kann auch nicht mit der persönlichen Mithaftung solcher zur Nutzung überlassenen Vermögensgegenstände für Gesellschaftsverbindlichkeiten erklärt werden³⁾, da Haftungsfragen die Bilanzierungsfähigkeit ebenfalls nicht berühren. Lediglich zur Nutzung überlassene Vermögensgegenstände sind demnach Privatvermögen des überlassenden Gesellschafters⁴⁾.

Abschließend sei noch zur Klarstellung darauf hingewiesen, daß ähnlich wie beim Einzelkaufmann auch bei Personenhandelsgesellschaften eine Vermerkplicht gem. § 151 Abs. 5 Nr. 4 AktG zu bejahen sein wird, wenn betriebliche Gegenstände für private Schulden von Gesellschaftern haften. Eine solche Vermerkplicht ergibt sich unabhängig davon, ob private Schulden eines Kommanditisten oder eines Komplementärs betroffen sind. Während bei ersterem wegen der eingeschränkten

1) Knapp (Kaufmann 1971), 1123.

2) vgl. Huber (Vermögensanteil 1970), 196, der solche zum Gebrauch überlassenen Gegenstände als Einbringung "quoad usum" bezeichnet, "die in aller Regel nicht bilanzfähig" sei; ferner u.a.: Adler/Düring/Schmaltz (Rechnungslegung 1968), § 149, Tz. 31 ff.; Mellerowicz/Brönner (Aktiengesetz 1970), § 149, Anm. 70; IdW (WP-Handbuch 1973), 542.

3) So offenbar Biener (GmbH & Co. KG 1975), 8. Der Vorschlag von Biener läuft letztlich auf die Übernahme der Kriterien des Steuerrechts für die Zurechnung zum Betriebsvermögen im Sinne der Bilanzbündeltheorie hinaus. Diese steuerlichen Kriterien sind jedoch hier - im Gegensatz zum Einzelkaufmann - nicht bzw. nur sehr eingeschränkt verwendbar. Jeder Gesellschafter wird gem. § 15 (2) EStG als Mitunternehmer aufgefaßt, der quasi ein Einzelunternehmen betreibt. Er soll damit steuerlich ebenso gestellt werden wie ein Einzelkaufmann. Da dieser auch nicht Wirtschaftsgüter, die seinem Unternehmen dienen, steuerlich zum Privatvermögen rechnen darf, wird dies auch einem Gesellschafter, der seiner Gesellschaft Gegenstände zur Nutzung überläßt, verboten. Das Steueraufkommen beeinträchtigende Maßnahmen werden dadurch verhindert. Diese rein fiskalische Zielsetzung läßt sich jedoch nicht auf das PubLG übertragen.

4) im Ergebnis ebenso: IdW (HFA/Entwurf 1974), 528, der es jedoch für zulässig hält, solche Gegenstände unter der Bilanz zu vermerken.

Haftung die Trennung zur privaten (aus betrieblicher Sicht "fremden") Sphäre deutlich auszumachen ist, müssen für Komplementäre ähnliche Argumente wie für den Einzelkaufmann gelten¹⁾.

3. Empirischer Befund: Hinweise auf Privatvermögen

Die vom PublG betroffenen Einzelkaufleute und Personenhandelsgesellschaften sind lediglich dazu verpflichtet, ihr Privatvermögen nicht zu bilanzieren. Eine Berichterstattung über Art und Weise der vorgenommenen Abgrenzung ist gesetzlich nicht vorgeschrieben. Ebenso brauchen wegen des Schutzes der Privatsphäre keine Hinweise auf vorhandenes (aktives und passives) Privatvermögen gegeben werden. Irgendwelche Äußerungen im Anhang zum Jahresabschluß bzw. in einem ohne gesetzliche Verpflichtung erstellten Erläuterungsbericht erfolgen deshalb auf freiwilliger Basis.

Tab. 11: Hinweise auf Privatvermögen

	abs.	%
A. Es finden sich Hinweise auf Art der angewandten Abgrenzungskriterien zwischen Privat- und Betriebssphäre	-	-
B. Es finden sich Hinweise auf vorhandenes Privatvermögen	5 ¹⁾	11,1
C. Es finden sich keine Hinweise	40	88,9
	45	100,0

1) Darunter 4 Privatbanken

Die Ergebnisse der empirischen Erhebung sind Tab. 11 zu entnehmen. Danach findet sich bei keinem der betroffenen Unternehmen ein Hinweis auf die Art der vorgenommenen Abgrenzung bzw. ein Hinweis auf Abgrenzungsprobleme. U.U. bestätigt sich dadurch indirekt die Meinung von Kunze, der bei Unternehmen dieser Größenordnung davon ausgeht, daß hier schon die Praxis des Geschäftsbetriebes eine so

1) vgl. S. 34 ; vgl. im übrigen ebenso: IdW (HFA/Entwurf 1974), 530.

große Deutlichkeit der Widmung des Unternehmensvermögens erfordert, Schwierigkeiten also nur in Randfragen auftauchen können¹⁾.

Immerhin finden sich bei 5 Unternehmen Hinweise auf vorhandenes Privatvermögen, wobei ein Unternehmen dessen Garantiefunktion besonders hervorhebt:

"Das Privatvermögen haftet uneingeschränkt im Rahmen des Konzernbereichs. Darüber hinaus hat das Privatvermögen die Aufgabe, das Unternehmen im Erbfall abzusichern, um die Firmengruppe mit anfallender Erbschaftsteuer nicht zu belasten"²⁾.

Bei den verbleibenden 4 Unternehmen handelt es sich um Privatbanken, die auf anerkanntes freies Vermögen im Sinne des § 10 Abs. 4 Satz 2 KWG hinweisen, bemerkenswerterweise alle mit Betragsangabe. Da freies Vermögen vom Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen nur insoweit anerkannt wird, als ihm keine Verpflichtungen gegenüberstehen³⁾, können hier auch externe Bilanzleser erkennen, daß diesen Unternehmen aus dem Privatbereich ihrer Gesellschafter zum Zeitpunkt der Bilanzveröffentlichung keine Gefahr drohte - eine wertvolle Erkenntnis angesichts der latenten Gefahren der Verzahnung von Betriebs- und Privatsphäre. Der vergleichsweise häufige Hinweis von Privatbanken auf freies Vermögen und die damit verbundene Prophylaxe gegen Spekulationen über mögliche Belastungen des Geschäftsvermögens aus dem Privatbereich sind ein weiteres Indiz dafür, daß Banken sich ihrer Sonderstellung - geprägt durch ein besonderes Vertrauensverhältnis zwischen Bank und Kundschaft - sehr wohl bewußt sind.

4. Kritische Würdigung des § 5 Abs. 3 Publg

Welche Validität haben aus dem veröffentlichten Jahresabschluß gewonnene Informationen, der notwendigerweise den Privatbereich nicht berücksichtigt?

Der Wert dieser Bilanzinformationen korreliert positiv mit Informationen über Art und Umfang des Privatvermögens, insbesondere

1) vgl. Kunze (Publizität 1970), 202.

2) Nr. 5.

3) vgl. zu den Voraussetzungen der Anerkennung von freiem Vermögen: Schork (Gesetz 1965), 153 ff.; Consbruch/Möller (KWG 1965), 90.

privater Verpflichtungen. Da solche Informationen nur in geringem Maße vorliegen, "ist die Aussagekraft dessen, was übrigbleibt, nicht mehr sehr groß"¹⁾, bzw. es kann sogar u.U. ein völlig falsches Bild von der Lage des Einzelkaufmanns bzw. der Gesellschaft²⁾ vermittelt werden.

Dagegen kann eingewandt werden, daß bei Unternehmen solcher Größenordnung eine die Existenz des Unternehmens bedrohende, private Schuldenlast gar nicht entstehen kann. Dies wiederum wird entscheidend von der Anzahl der beteiligten Gesellschafter abhängen, da mit steigender Gesellschafterzahl wohl tendenziell die Gefährdung zunehmen wird³⁾.

Vor und auch nach Inkrafttreten des PublG hat es nicht an Vorschlägen gefehlt, den Privatbereich besser in den Griff zu bekommen⁴⁾. Der Gesetzgeber hat jedoch die Beeinträchtigung der Aussagekraft im Interesse des Schutzes der Privatsphäre bewußt hingenommen⁵⁾, insofern sind solche Vorschläge de lege ferenda bedeutungslos. Es bleibt deshalb mit Havermann nur festzustellen, daß die Aussagefähigkeit einer solchen Bilanz "nicht mit zwei, sondern mit drei Fragezeichen zu versehen ist"⁶⁾.

Die betroffenen Unternehmen haben es dabei selbst in der Hand - wie die empirischen Ergebnisse gezeigt haben - durch eine freiwillige Berichterstattung bei bewußter Außerachtlassung des Schutzes ihrer Privatsphäre die Aussagekraft ihrer veröffentlichten Jahresabschlüsse wesentlich zu verbessern.

1) Kaufmann (Hearing V/115), 54.

2) vgl. Havermann (Hearing V/115), 51.

3) vgl. Bernhard (Hearing V/115), 52.

4) z.B. Vermerk einer privaten Überschuldung in der Bilanz: Greiffenhagen (Rechnungslegungspublizität 1964), 630; Gessler (Probleme 1966), 219; Castan (Einführung 1968), 206; Prühs (Probleme 1970), 520.

Zusatz zum Bestätigungsvermerk bei Gefährdung des betrieblichen Vermögens des Einzelkaufmanns durch private Schulden: IdW (HFA/Prüfung 1972), 75.

5) vgl. Biener (Gesetz 1969), 1099.

6) Havermann (Hearing V/115), 44.

II. Gliederung und Inhalt des internen und externen Jahresabschlusses

Innerhalb der ersten drei Monate des neuen Geschäftsjahres haben die gesetzlichen Vertreter der Einzelkaufleute und der Personenhandels-gesellschaften gem. § 5 Abs. 1 eine Jahresbilanz und eine Gewinn- und Verlustrechnung für das abgelaufene Geschäftsjahr zu erstellen, wobei sie von der Pflicht zur Erstellung eines Geschäftsberichtes befreit sind (§ 5 Abs. 1, 2. Satz). Diese Frist entspricht der des AktG und ist unabdingbar. Sie kann auch durch anderweitige Regelungen im Gesellschaftsvertragnicht erweitert werden¹⁾.

Für diesen Jahresabschluß gilt die Generalklausel des § 149 AktG uneingeschränkt. Er muß also den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buch-führung entsprechen, klar und übersichtlich aufgestellt sein und im Rahmen der Bewertungsvorschriften einen möglichst sicheren Einblick in die Vermögens- und Ertragslage geben.

Die Verpflichtung zur Erstellung einer Bilanz und einer Gewinn- und Verlustrechnung nach diesen Grundsätzen besteht zunächst nur im Innenverhältnis, was nicht notwendigerweise eine Verpflichtung zur Veröffentlichung im selben Umfange bedeutet. So können zwischen intern erstelltem und für externe Zwecke aufbereitetem Jahresab-schluß Unterschiede bestehen, wenn für den externen Jahresabschluß von den erheblichen Erleichterungen des PublG Gebrauch gemacht wird (§ 9 Abs. 4 PublG: Veröffentlichung nach Gewinnverwendung, Zusammen-fassung sämtlicher Kapitalkonten, Veröffentlichung eines Anhangs zur Bilanz anstelle einer Gewinn- und Verlustrechnung).

Aus diesem Grunde muß im folgenden eine zweigleisige Betrachtung er-folgen, wobei zwangsläufig empirisch nur die externe Veröffentlichung abgeprüft werden kann bzw. jene Tatbestände, die im internen und ex-ternen Jahresabschluß identisch sein müssen.

1) vgl. Adler/Sprißler (Rechnungslegung 1973), 803.

1. Gliederung und Inhalt der internen Jahresbilanz

a) Gliederung der Bilanz

al) Gesetzliche Regelung

Gem. § 5 Abs. 2 ist uneingeschränkt das Gliederungsschema des § 151 AktG (mit den ergänzenden Vorschriften zu einzelnen Posten des § 152) anzuwenden. Sind für das Unternehmen oder für Aktiengesellschaften desselben Geschäftszweiges Formblätter oder andere Vorschriften (z.B. für Kreditinstitute) hinsichtlich der Gliederung erlassen, so gelten diese sinngemäß (§ 5 Abs. 2 Nr. 1).

Das aktienrechtliche Schema stellt auch für den Bereich des PubLG eine zwingende Mindestvorschrift dar und dient damit gleichzeitig der Bilanzklarheit und der Kontinuität des Bilanzausweises¹⁾. Darüber hinaus werden dadurch auch die grundlegenden Voraussetzungen für zwischenbetriebliche Vergleiche geschaffen²⁾.

Für die von der vorliegenden Untersuchung erfaßten Privatbanken in der Rechtsform der KG/OHG gilt gem. § 5 Abs. 2 Nr. 1 als lex specialis die vom Bundesjustizministerium erlassene Verordnung über Formblätter sowie die diese Verordnung ergänzenden Richtlinien des Bundesaufsichtsamts für das Kreditwesen (BAK)³⁾.

Im folgenden wird von den jeweiligen Regelungen für "Nichtbanken" ausgegangen. Falls nicht ausdrücklich auf abweichende Vorschriften für Privatbanken hingewiesen wird, gelten die Ausführungen sinngemäß auch für diese.

1) vgl. Adler/Düring/Schmaltz (Rechnungslegung 1968), § 151, Tz. 1; Claussen (in Kölner Kommentar zum AktG 1971), § 151, Anm. 3 f.; Mellerowicz/Brönner (Aktiengesetz 1970), § 151, Anm. 1 f.; Kropff (Kommentar 1973), § 151, Anm. 3 f.

2) Allerdings müssen bei Einzelkaufleuten und Personenhandelsgesellschaften im Vergleich zu Kapitalgesellschaften die grundlegenden Unterschiede im Kapitalausweis (variabel!) und im Gewinnausweis (vor Steuern!) berücksichtigt werden; vgl. zu diesen rechtsformbedingten Unterschieden: Ernst (Publizitätspflicht 1965), 694 f.; Castan (Einführung 1968), 205 f.; Rodenstock (Bilanzveröffentlichung 1968), 134.

3) vgl. (VO über Formblätter/ abgedr. in: Hammer/Montag: Bilanzen 1968), 25 ff., Muster für Privatbanken: 102 ff.; (Richtlinien des BAK/abgedr. in: Hammer/Montag: Bilanzen 1968), 29 f., Richtlinien für Privatbanken: 107 ff.

Die zwingende Anwendung des aktienrechtlichen Schemas bedingt, daß eine Zusammenziehung von Posten nicht gestattet ist. Abweichungen sind nur erlaubt, wenn der Gesellschaftszweig eine abweichende Gliederung erfordert oder wenn die abweichende Gliederung eine weitergehende ist. Diese abweichende Gliederung muß jedoch dem gesetzlichen Schema gleichwertig sein. Freiwillige Erweiterungen sind nur insoweit zulässig, als dadurch nicht der Einblick in die Vermögens- und Ertragslage verschlechtert wird¹⁾. Es bleibt dadurch genügend Raum, unternehmensspezifischen Besonderheiten Rechnung zu tragen.

Problematisch ist, ob die im aktienrechtlichen Gliederungsschema bei einzelnen Bilanzposten vorgesehenen besonderen Vermerke (z.B. § 151 Abs. 1 III B 3: Wechsel; davon bundesbankfähig) auch dann aufzunehmen sind, wenn sog. "Nullvermerke" zu erstatten sind. Adler/Düring/Schmaltz²⁾ und ihnen folgend Mellerowicz/Brönnner und Kropff³⁾ machen das davon abhängig, ob eine Fehlanzeige für einen Bilanzinteressenten eine wichtige Information enthält und bejahen dies im wesentlichen nur für den Vermerk über die Bundesbankfähigkeit von Wechseln.

Für Privatbanken stellt § 2 VO über Formblätter klar, daß solche Vermerke generell nicht aufgeführt zu werden brauchen⁴⁾, wobei bei einer Bank ein Nichtvorhandensein von bundesbankfähigen Wechseln in praxi wohl nicht vorkommen dürfte, sich insofern das Problem eines Nullvermerks auch nicht stellt.

1) vgl. Adler/Düring/Schmaltz (Rechnungslegung 1968), § 151, Tz. 9; Mellerowicz/Brönnner (Aktiengesetz 1970), § 151, Anm. 1; Kropff (Kommentar 1973), § 151, Anm. 12.

2) vgl. Adler/Düring/Schmaltz (Rechnungslegung 1968), § 151, Tz. 21.

3) vgl. Mellerowicz/Brönnner (Aktiengesetz 1970), § 151, Anm. 2; Kropff (Kommentar 1973), § 151, Anm. 16.

4) vgl. (VO über Formblätter/ abgedr. in: Hammer/Montag: Bilanzen 1968), 26.

a2) Empirischer Befund

Tab. 12: Gliederungsschema der Bilanz

	Nichtbanken		Banken		Gesamt	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%
A. Es wird das aktienrechtliche Gliederungsschema/ Formblatt angewandt	12	42,9	15	94,1	28	62,2
B. Es wird das aktienrechtliche Gliederungsschema/ Formblatt mit Abweichungen verwandt	16	57,1	1	5,9	17	37,8
1. mit Zusammenfassungen	(6)	(21,4)	(1)	(5,9)	(7)	(15,6) 1)
2. mit Erweiterungen	(12)	(42,8)	-	-	(12)	(26,6) 2)
3. sonstige Abweichungen	-	-	-	-	-	-
./. Doppelzählungen	(2)	(7,1)	-	-	(2)	(4,4)
	28	100,0	17	100,0	45	100,0
C. Ausweis der vermerkpflichtigen Tatbestände						
1. Fehlanzeigen werden gemacht:						
a) immer	5	22,7	12	60,0	17	46,0
b) teilweise	1	4,6	1	6,7	2	5,4
2. Fehlanzeigen werden nicht gemacht	16	72,7	2	13,3	18	48,6
	22	100,0	15	100,0	37	100,0
3. Vermerkpflichtige Tatbestände immer gegeben	6		2		8	
	28		17		45	

1) 6 Nichtbanken mit insgesamt 10 unzulässigen Zusammenfassungen

2) 12 Nichtbanken mit insgesamt 15 Erweiterungen

Das eindeutige gesetzliche "Soll" hätte an sich 100 %-ige Ergebnisse erwarten lassen. Wie jedoch Tab. 12 zeigt, weichen 6 von 28 Nichtbanken in unzulässiger Weise vom gesetzlichen Gliederungsschema ab (B. 1.: 21,4 %).

Ein besonders krasser Fall ist bei einer Unternehmung zu konstatieren¹⁾, die keinen Anlagespiegel (§ 152 Abs. 1, 2. Satz AktG) veröffentlicht, den Posten "Vorräte" trotz gesetzlicher Verpflichtung nicht weiter aufgliedert, sowie die gesetzlichen Grundlagen eines

1) vgl. Nr. 36. Die Nichtaufmachung eines Anlagespiegels ist gem. § 256 Abs. 4 Nr. 1 AktG ein Nichtigkeitsgrund für den Jahresabschluß.

vorhandenen Sonderpostens mit Rücklageanteil nicht angibt¹⁾. Letzterer Verstoß ist noch bei vier weiteren Unternehmen zu registrieren²⁾, wobei eines dieser Unternehmen zumindest im Rahmen eines freiwilligen Erläuterungsberichts die gesetzliche Grundlage angibt³⁾.

In zwei Fällen werden die "Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von mindestens vier Jahren" im Sinne des § 151 Abs. 1 V AktG nicht näher spezifiziert, was ebenfalls unzulässig sein dürfte⁴⁾; eines dieser Unternehmen führt ebenfalls nur einen Gesamtposten "Vorräte"⁵⁾.

Eine Bank⁶⁾ weist eine Einzelwertberichtigung aus. Sie versäumt es allerdings, die auf die einzelnen Posten und Unterposten der Aktivseite entfallenden Einzelwertberichtigungen in einer der Aktivseite entsprechenden Gliederung gesondert auszuweisen, wie § 3 Abs. 3 VO über Formblätter ausdrücklich verlangt⁷⁾.

Die Erweiterungen des gesetzlichen Schemas bestehen in den meisten Fällen aus Verbindlichkeiten gegenüber vom eigenen Unternehmen gegründeten, rechtsfähigen Unterstützungskassen. Ein solcher Sonderausweis ist auf jeden Fall zulässig, wenn nicht sogar geboten⁸⁾.

Eine zulässige Erweiterung liegt auch in den Fällen vor, wo "Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern" gesondert ausgewiesen werden, was in drei Fällen geschieht⁹⁾.

Ebenfalls zu begrüßen, wenn auch nicht erforderlich, ist die weitere Aufgliederung des Wechselbestandes in Inland- und Auslandwechsel¹⁰⁾.

1) Die Angabe der Vorschriften, nach denen solche Posten gebildet sind, wird in § 152 Abs. 5 AktG explizit gefordert. Für Privatbanken gilt diese nähere Spezifizierung offenbar nicht, vgl. (Richtlinien des BAK/ abgedr. in: Hammer/Montag: Bilanzen 1968), 118.

2) vgl. Nr. 9, 23, 37, 38.

3) vgl. Nr. 9.

4) vgl. Nr. 4, 38.

5) vgl. Nr. 38.

6) vgl. Nr. 8.

7) vgl. (VO über Formblätter/ abgedr. in: Hammer/Montag: Bilanzen 1968), 27.

8) vgl. Adler/Düring/Schmaltz (Rechnungslegung 1968), § 151; Tz. 225.

9) vgl. Nr. 9, 19, 30.

10) vgl. Nr. 14.

Die bilanzmäßige Behandlung beim Fehlen vermerkpflchtiger Tatbestände läßt im wesentlichen zwei Verfahrensweisen durch die Praxis erkennen:

Die eine geht dahin, überhaupt keine Nullvermerke aufzunehmen (vgl. C. 2.); das bedeutet, daß das aktienrechtliche Gliederungsschema bzw. das Formblatt auf die betriebsindividuellen Gegebenheiten zugeschnitten wurde. Die Nichtbanken setzen sich damit bewußt in Widerspruch zu maßgeblichen Literaturmeinungen, die einen Nullvermerk zumindest bei der Position "Wechsel" fordern¹⁾.

Den Gegenpol bilden jene Unternehmen, die die gesetzlichen Gliederungsschemata quasi als "Schablone" benutzen und dann in den Fällen, wo ein gesetzlicher Tatbestand nicht zutrifft, generell Nullvermerke anführen. Dieser Tatbestand trifft überproportional auf Banken zu.

Auch bei den zwei Unternehmen, die teilweise Nullvermerke aufweisen, ist keine besondere Bilanzstrategie erkennbar, die z.B. als positiv empfundene Vermerke besonders herausstellt (etwa unter § 151 V der Hinweis, daß keine Verbindlichkeiten vor Ablauf von vier Jahren fällig werden), als negativ empfundene Vermerke jedoch unterläßt (etwa unter § 151 III B. 3 kein Hinweis auf fehlende bundesbankfähige Wechsel).

b) Inhalt der Bilanz

b1) Gesetzliche Regelung

§ 5 Abs. 2 verweist für den Inhalt der Bilanz²⁾, d.h. für die Frage, was bilanziert werden darf und muß, auf § 152 AktG. Biener spricht deshalb mit Recht von einer formalen und materiellen Angleichung an den Abschluß von Aktiengesellschaften³⁾. Das hat im wesentlichen folgende Auswirkungen:

1) vgl. Ausführungen S. 43.

2) vgl. zu den folgenden Ausführungen insbesondere Adler/Sprißler (Rechnungslegung 1973), 804 f.

3) vgl. Biener (GmbH & Co. KG 1975), 9.

- Es ist ein Anlagespiegel aufzumachen, in dem die Veränderungen des Anlagevermögens durch die Zu- und Abgänge, die Zu- und Abschreibungen und die Umbuchungen zu erläutern sind. Dabei ist im Hinblick auf § 149 AktG eindeutig, daß die Zugänge zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten zu bilanzieren sind¹⁾.

Auf Privatbanken ist § 3 Abs. 1 VO über Formblätter²⁾ analog anzuwenden, der besagt, daß Aktienbanken einen Anlagespiegel lediglich im Geschäftsbericht zu veröffentlichen haben. Dies hat letztlich die Konsequenz, daß Privatbanken ganz auf einen Anlagespiegel verzichten können, da sie gem. § 5 Abs. 1 von der Erstellung eines Geschäftsberichts befreit sind.

- Der enge Begriff der Wertberichtigungen (§ 152 Abs. 6 AktG) muß eingehalten werden. So müssen Wertberichtigungen zu Forderungen wegen deren spezifischen Einzelrisiken aktivisch abgesetzt werden; die Pauschalwertberichtigung zu Forderungen wegen des allgemeinen Kreditrisikos ist demgegenüber als Passivposten auszuweisen³⁾.

Für (Privat-)Banken gibt es zur Erfassung des allgemeinen Kreditrisikos das Instrument der vom Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen vorgeschriebenen Sammelwertberichtigungen, wobei hier ein Wahlrecht besteht, diese aktivisch oder passivisch zu berücksichtigen⁴⁾.

- Die Fälle, in denen Rückstellungen gebildet werden dürfen, werden in § 152 Abs. 7 AktG abschließend und gegenüber der bisherigen Praxis einschränkend festgelegt. Die Rückstellungsbildung kann auch nicht über die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung (GoB) ausgeweitet werden. Diese müssen als unbestimmter Rechtsbegriff hinter der positiven Rechtsnorm zurückstehen⁵⁾. Rückstellungen müssen demnach für ungewisse Verbindlichkeiten und drohende Verluste aus schwebenden Geschäften gebildet werden.

In der Regel besteht keine Passivierungspflicht für Rückstellungen für Instandhaltung oder Abraumbeseitigung, die im folgenden Geschäftsjahr nachgeholt werden

1) vgl. ebenso: Forster (Erläuterungen 1973), 702.

2) vgl. (VO über Formblätter/ abgedr. in: Hammer/Montag: Bilanzen 1968), 26 f.

3) vgl. ebenso: Adler/Düring/Schmaltz (Rechnungslegung 1968), § 152, Tz. 87; Kropff (Kommentar 1973), § 152, Anm. 44; a.A. Eßer (Gliederungsvorschriften 1965), 313; Mellerowicz/Brönnner (Aktiengesetz 1970), § 152, Anm. 56, die eine Berücksichtigung des allgemeinen Risikos in Form einer aktivischen Absetzung von den verschiedenen Forderungsarten als mit dem Gesetz vereinbar ansehen.

4) vgl. (Richtlinien des BAK/ abgedr. in: Hammer/Montag: Bilanzen 1968), 58, 117; § 3 Abs. 3 (VO über Formblätter/ abgedr. in: Hammer/Montag: Bilanzen 1968), 27.

5) vgl. im Ergebnis ebenso: Forster (Erläuterungen 1973), 702. Vgl. im übrigen die Ausführungen zur Rechtsnatur der GoB, S. 84. A.A. offenbar Biener (GmbH & Co. KG 1975), 30 f., der über die GoB nach PublG unzulässig gewordene Rückstellungen als Wertberichtigungen fortführen will!

und für Rückstellungen für Gewährleistungen, die ohne rechtliche Verpflichtung erbracht werden. Ebenfalls ein Wahlrecht besteht für Pensionsrückstellungen¹⁾. Andere Rückstellungen, die nicht aus der Verpflichtung gegenüber Dritten herrühren, sog. Aufwandsrückstellungen, dürfen nicht gebildet werden²⁾.

b2) Empirischer Befund

Verstöße gegen diese inhaltlichen Bestimmungen können durch Außenstehende nur dann abgeprüft werden, wenn sie in der Bilanz explizit als solche hervortreten. So müssen notwendigerweise solche Fälle unentdeckt bleiben, wo vielleicht unter dem Posten "Andere Rückstellungen" der Rückstellungsbegriff unzulässig erweitert wurde, oder etwa unter den Rechnungsabgrenzungsposten auch antizipative Posten erfaßt wurden³⁾. In Tab. 13 (S. 49) kann deshalb nur das gewürdigt werden, was in der Bilanz gesondert und damit überprüfbar ausgewiesen ist.

Unter Berücksichtigung des angedeuteten Vorbehalts zeigt Tab. 13 (S. 49) kaum Verstöße gegen die inhaltlichen Bestimmungen des § 5 Abs. 2 i.V.m. § 152 AktG.

Überraschend ist, daß lediglich in drei Fällen von der Möglichkeit zur Bildung einer Wertberichtigung zum Sachanlagevermögen Gebrauch gemacht wurde. Darin ist ein weiteres Indiz dafür zu sehen, daß sich in der Praxis die Form der "direkten" Abschreibung durchgesetzt hat⁴⁾.

Die beiden betroffenen Industrieunternehmen⁵⁾ wenden dabei sowohl die direkte als auch die indirekte Abschreibung an; eines dieser Unternehmen wählt die Form der Wertberichtigung lediglich für die "Anlagen im Bau", ansonsten wird die Wertminderung aktivisch abgesetzt. Das Unternehmen bewegt sich dabei durchaus innerhalb des

1) Im Gegensatz zum AktG wird ein Vermerk über die im Geschäftsjahr geleisteten und über die in den nächsten fünf Jahren voraussichtlich zu leistenden Pensionszahlungen (§ 159 AktG) nicht gefordert, da dieser Paragraph ins PubLG nicht übernommen worden ist.

2) Diese einschränkenden Grundsätze sind auch auf die von Biener evtl. für möglich gehaltenen "Rückstellungen für Betriebsaufwand" und "Rückstellungen für betriebliche Lasten" anzuwenden (Fragen 1972), 4 f.

3) Durch die Übernahme von § 152 Abs. 9 AktG ist auch nach PubLG die Bildung von Rechnungsabgrenzungsposten auf sog. transitorische Posten beschränkt.

4) vgl. ebenso: Adler/Düring/Schmaltz (Rechnungslegung 1968), § 152, Tz. 75.

5) vgl. Nr. 34, 37.

gesetzlichen Rahmens¹⁾. Letzteres dürfte auch auf das zweite Unternehmen zutreffen, das in der Regel Abschreibungen aktivisch, darüber hinausgehende außerplanmäßige Abschreibungen aufgrund steuerlicher Vorschriften jedoch passivisch berücksichtigt. Trotz des Grundsatzes, innerhalb ein- und desselben Bilanzpostens grundsätzlich alle Gegenstände in gleicher Weise zu behandeln, kann dieses Vorgehen als mit dem Publizitätsgesetz vereinbar angesehen werden²⁾. Anders jedoch die einzige Bank³⁾, die die vorgenommene Einzelwertberichtigung unzulässigerweise inhaltlich nicht näher spezifiziert⁴⁾.

Tab. 13: Zum Inhalt der Bilanzen

	Nichtbanken		Banken		Gesamt	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%
<u>Von der Gesamtsumme der Nichtbanken (28)/ der Banken (17) weisen jeweils aus:</u>						
<u>A. einen "Sonderposten mit Rücklageanteil" gem. § 152 (5) AktG:</u>						
1. unter Angabe der steuerlichen Vorschrift(en) in der Bilanz	21	75,0	7	41,2	28	62,2
2. unter Angabe der steuerlichen Vorschrift(en) im Rahmen eines freiwilligen Erläuterungsberichts	(16)	(57,1)	-	-	(16)	(35,5)
3. ohne Angabe der steuerlichen Vorschrift(en)	(4)	(14,3)	(7)	(41,2)	(11)	(24,5)
<u>C. Wertberichtigungen:</u>						
1. Einzelwertberichtigungen	2	7,1	1	5,9	3	6,7
2. Pauschalwertberichtigungen zu Forderungen/vorgeschriebene Sonderwertberichtigungen	22	78,6	17	100,0	39	86,7
<u>C. Rückstellungen:</u>						
1. Rückstellung für Instandhaltung	5	17,9	-	-	5	11,1
2. Rückstellung für Kulenzleistungen	1	3,6	-	-	1	2,2

1) vgl. Adler/Düring/Schmaltz (Rechnungslegung 1968), § 152, Tz. 78; Mellerowicz/Brönnner (Aktiengesetz 1970), § 152, Anm. 54; Kropff (Kommentar 1973), § 152, Anm. 40.

2) vgl. Adler/Düring/Schmaltz (Rechnungslegung 1968), § 152, Tz. 79; Claussen (in Kölner Kommentar zum AktG 1971), § 152, Anm. 10; Kropff (Kommentar 1973), § 152, Anm. 40.

3) vgl. Nr. 8.

4) vgl. dazu die Ausführungen S. 45.

Sechs Nichtbanken weisen keine Pauschalwertberichtigung zu Forderungen aus. Da anzunehmen ist, daß auch die Wertberichtigungen für das latente Kreditrisiko gebildet haben, müssen diese bei den einzelnen Forderungsarten aktivisch abgesetzt worden sein. Daß dieses Vorgehen zumindest umstritten ist - vor allem im Hinblick auf den Grundsatz der Einzelbewertung - wurde bereits erwähnt¹⁾.

Sämtliche Banken weisen die vorgeschriebenen Sammelwertberichtigungen passivisch aus, machen also von ihrem Wahlrecht, sie auch aktivisch abzusetzen, keinen Gebrauch. Vier Banken weisen dabei zusätzlich darauf hin, daß sich unter der Position "Rückstellungen" die vorgeschriebenen Sammelwertberichtigungen zu nicht auf der Aktivseite ausgewiesenen Rückgriffsforderungen²⁾ befinden. Eine solche Handhabung ist von der VO über Formblätter (§ 3 Abs. 3) bzw. den Richtlinien des BAK bindend vorgeschrieben³⁾.

Sonderposten mit Rücklageanteil können aus vielfältigen Gründen gebildet werden. Dies spiegelt sich auch in der hohen Anzahl solcher Posten in der vorliegenden Erhebung wieder. Nichtbanken haben die gesetzliche Grundlage, nach denen dieser Posten gebildet ist, anzugeben. In Fällen, in denen sich dieser Posten auf mehrere gesetzliche Grundlagen stützt (in 6 Fällen), dürften beide von der Praxis angewandten Ausweisverfahren - Nennung der gesetzlichen Grundlagen und Ausweis eines Gesamtbetrages (3 Unternehmen) bzw. betragsmäßige Angabe je gesetzlicher Grundlage (3 Unternehmen) - nahezu gleichwertig und mit dem Gesetz vereinbar sein⁴⁾.

Umstritten ist es jedoch, als Sonderposten mit Rücklageanteil sog. "objektgebundene Bewertungsvergünstigungen"⁵⁾ auszuweisen, wie etwa

1) vgl. dazu die Ausführungen S. 47.

2) Das sind im wesentlichen Rückgriffsforderungen aus eigenen, den Kreditnehmern abgerechneten Ziehungen im Umlauf, sowie aus Bürgschaftsverbindlichkeiten, Wechsel- und Scheckbürgschaften, aus Gewährleistungsverträgen und aus Indossamentsverbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln; vgl. dazu Hagenmüller (Bankbetrieb 1970), 108.

3) vgl. (VO über Formblätter/ abgedr. in: Hammer/Montag: Bilanzen 1968), 27; (Richtlinien des BAK/ abgedr. in: Hammer/Montag: Bilanzen 1968), 117.

4) vgl. zum Charakter des Sonderpostens mit Rücklageanteil sowie möglicher Ausweisverfahren: Adler/Düring/Schmaltz (Rechnungslegung 1968), § 152, Tz. 67 ff.; Mellerowicz/Brönner (Aktiengesetz 1970), § 152, Anm. 47 ff.; Claussen (in Kölner Kommentar zum AktG 1971), § 152, Anm. 19 ff.; Kropff (Kommentar 1973), § 152, Anm. 28 ff.

5) Adler/Düring/Schmaltz (Rechnungslegung 1968), § 152, Tz. 74.

den Importwarenabschlag (§ 80 EStDV), Sonderabschreibungen nach § 79 EStDV (Abwasserreinigungsanlagen) und nach § 82 EStDV (Luftreinigungsanlagen) etc. (2 Unternehmen). Solche Bewertungsvergünstigungen sollten aktivisch abgesetzt werden oder können als Wertberichtigungen berücksichtigt werden, wenn es sich um Gegenstände des Anlagevermögens handelt¹⁾. Die Stellungnahme 4/68 des HFA erlaubt allerdings auch eine Einbeziehung solcher Sonderabschreibungen in den Sonderposten mit Rücklageanteil²⁾.

2. Gliederung und Inhalt der internen Gewinn- und Verlustrechnung

a) Gesetzliche Regelung

Während der RegE zum PublG (§ 5 Abs. 2 Satz 1) in Analogie zum Gliederungsschema der Bilanz auch für die Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) grundsätzlich die aktienrechtlichen Vorschriften (§§ 157, 158) festlegte, wurde davon im verabschiedeten Gesetz für Personenhandelsgesellschaften und Einzelkaufleute erheblich abgewichen:

- (1) Personenhandelsgesellschaften und Einzelkaufleute können die GuV "nach den für ihr Unternehmen geltenden Bestimmungen" aufstellen (§ 5 Abs. 2 Nr. 4).
- (2) Stellen die Unternehmen die GuV nach aktienrechtlichen Gliederungsvorschriften auf, "dürfen die Steuern, die sie als Steuerschuldner zu entrichten haben, unter den sonstigen Aufwendungen (§ 157 Abs. 1 Nr. 26 des Aktiengesetzes)" ausgewiesen werden (§ 5 Abs. 2 Nr. 5).
- (3) Für den externen Jahresabschluß kann zugunsten eines "Anhangs" auf die Veröffentlichung einer GuV verzichtet werden, der die in § 5 Abs. 2 Nr. 4 festgelegten Angaben enthalten muß. Durch Umkehrschluß aus § 5 Abs. 2 Nr. 4 ist jedoch eindeutig entschieden, daß für interne Zwecke auf jeden Fall eine vollständige GuV erstellt werden muß, die auch der Abschlußprüfung nach § 6 unterliegt.

1) vgl. Adler/Düring/Schmaltz (Rechnungslegung 1968), Tz. 74. Ähnlich auch Mellerowicz/Brönner (Aktiengesetz 1970), § 152, Anm. 48; Kropff (Kommentar 1973), § 152, Anm. 34 f.

2) vgl. IdW (HFA/ Sonderposten 1969), 17.

Die Positionen (1) und (2) bedürfen dabei im folgenden einer näheren Interpretation:

Problematisch ist, was der Gesetzgeber unter "den für ihr Unternehmen geltenden Bestimmungen" versteht. Für Privatbanken hätte es dieses Hinweises nicht bedurft, da diese bereits nach § 5 Abs. 2 Nr. 1 zur Anwendung des für sie erlassenen Formblattes verpflichtet sind. Die Privatbanken können dabei zwischen der Staffel- und der Kontoform einer GuV wählen¹⁾. Abgesehen von dem Wirtschaftszweig "Banken" gibt es keine spezifischen gesetzlichen Bestimmungen, die für Einzelkaufleute und Personenhandelsgesellschaften den Aufbau und Inhalt einer GuV verbindlich vorschreiben. Insofern kann dieser Hinweis nur als eine Aufforderung zur Beachtung der GoB verstanden werden²⁾. Im Gegensatz zum Meinungsstreit über die GoB im Zusammenhang mit Bewertungsfragen³⁾ besteht über die aus den GoB abgeleiteten Mindestanforderungen an eine GuV nahezu Einhelligkeit⁴⁾:

- die GuV kann sowohl in der Staffel- als auch in der Kontoform aufgestellt werden.
- es kann gewählt werden zwischen einer Umsatzkostenrechnung oder einer Produktionskostenrechnung⁵⁾.
- ordentliches und außerordentliches Ergebnis sind grundsätzlich zu trennen. Dies bezieht sich insbesondere auf die Ausgliederung der außerordentlichen Erträge; wegen der Schwierigkeiten der Aussonderung der außerordentlichen Aufwendungen sind an die Aufwandsseite keine so strengen Anforderungen zu stellen⁶⁾.
- den GoB entspricht nur eine GuV, die nach dem Bruttoprinzip (Saldierungsverbot) aufgestellt ist.
- gesellschaftsvertragliche Regelungen können nur innerhalb des durch die GoB abgesteckten Mindestrahmens zur Anwendung gelangen.

Die Möglichkeit des Steuerausweises unter der Position "Sonstige Aufwendungen" bei Anwendung des aktienrechtlichen GuV-Schemas ist nur

1) vgl. (VO über Formblätter/ abgedr. in: Hammer/Montag: Bilanzen 1968), 102 ff.

2) vgl. ebenso: Biener (Fragen 1972), 9; Forster (Fragen 1972), 473; ders. (Erläuterungen 1973), 703; Adler/Sprißler (Rechnungslegung 1973), 811 f.

3) vgl. die Ausführungen S. 81 ff.

4) vgl. die in Fußnote 2 genannten Autoren; des weiteren: Blohm (Geschäftsbericht 1962), 107 ff.; Leffson (Grundsätze 1970), 123 ff., 326 ff.

5) vgl. zur Charakteristik dieser Rechnungen: Adler/Düring/Schmaltz (Rechnungslegung 1968), § 157, Tz. 17 ff.; Forster (Fragen 1972), 473.

6) vgl. ebenso: Forster (Erläuterungen 1973), 704.

dann sinnvoll, wenn diese GuV auch extern veröffentlicht wird. Da eine getrennt ausgewiesene Position "Steuern" bei Einzelkaufleuten und Personenhandelsgesellschaften nur die Steuern enthalten kann, die das Unternehmen als Steuersubjekt schuldet und nicht der einzelne Gesellschafter bzw. der Einzelkaufmann¹⁾, würde es sich hierbei im wesentlichen um Steuern vom Gewerbekapital bzw. Gewerbeertrag handeln. Damit hätten Außenstehende einen exakten Schlüssel, um zu ersehen, was die betreffende Unternehmung in den Augen des Fiskus erwirtschaftet hat²⁾. Wegen der damit verbundenen, ungleichen Schlechterstellung gegenüber Kapitalgesellschaften, aber auch um möglichst viele Unternehmen zur Aufstellung, insbesondere aber zur Bekanntmachung einer aktienrechtlichen Grundsätzen entsprechenden GuV zu veranlassen³⁾, mußte zwangsläufig eine Verrechnung der Steuerposition mit anderen Posten zugelassen werden.

b) Empirischer Befund

Es sei nochmals ausdrücklich hervorgehoben, daß die Bemerkungen zu Gliederung und Inhalt sich primär auf die intern zu erstellende GuV bezogen. Für externe Zwecke braucht - wie bereits festgestellt - diese GuV nicht veröffentlicht zu werden. Im folgenden können deshalb wiederum nur diese Unternehmen einer kritischen Betrachtung unterzogen werden, die sich zu einer freiwilligen Veröffentlichung dieser GuV entschlossen haben.

-
- 1) So ist der Einzelkaufmann bzw. der einzelne Gesellschafter Steuersubjekt insbesondere für die Einkommen- und die Vermögensteuer. Diese sind deshalb nicht in die GuV aufzunehmen.
 - 2) vgl. Havermann (Hearing V/115), 45.
 - 3) So der ausdrückliche Wunsch des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages (Rechtsausschuß/BT-Drucks. zu V/4416), 44.

Tab. 14: Gliederungsschema der GuV

	Nichtbanken		Banken		Gesamt	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%
A. Es wurde das aktienrechtliche Gliederungsschema/Formblatt angewandt:	6	21,4	-	-	6	13,4
1. dabei wurde von der Erleichterung des § 5 (2) Nr. 5 PublG Gebrauch gemacht (*Steuern unter sonstigen Aufw.*)	(3)	(10,7)	-	-	(3)	(6,7)
2. dabei wurde von der Erleichterung des § 5 (2) Nr. 5 PublG nicht Gebrauch gemacht	(3)	(10,7)	-	-	(3)	(6,7)
B. Es wurde das aktienrechtliche Gliederungsschema/Formblatt mit Abweichungen angewandt:						
1. mit Zusammenfassungen	-	-	1	5,5	1	2,2
2. mit Erweiterungen	-	-	-	-	-	-
C. Es wurde zugunsten einer Anhangs gem. § 9 (4) Nr. 3 PublG auf die Veröffentlichung einer GuV verzichtet	22	78,6	16	94,1	38	84,4
	28	100,0	17	100,0	45	100,0
D. <u>Ergänzungen zu A. und B.:</u>						
1. In der GuV wird ein Jahresüberschuß ausgewiesen	4	66,7	1	100,0	5	71,4
2. In der GuV wird der Jahresüberschuß mit anderen Posten verrechnet	2	33,3	-	-	2	28,6
	6	100,0	1	100,0	7	100,0

Unter dieser Prämisse ist es überraschend, daß zum einen immerhin 7 von 45 Unternehmen überhaupt eine GuV veröffentlichen (vgl. Tab. 14), wobei es sich im wesentlichen um Nichtbanken handelt; zum anderen wenden diese einheitlich das aktienrechtliche Gliederungsschema an.

Die ausschließliche Verwendung des aktienrechtlichen GuV-Schemas wurde sicherlich dadurch hervorgerufen, daß diese Unternehmen mit der wenig operationalen Regelung des § 5 Abs. 2 Nr. 4 ("... den für ihr Unternehmen geltenden Bestimmungen") nichts anzufangen wußten, oder die im aktienrechtlichen GuV-Schema verwirklichten Gliederungsprinzipien bereits als kodifizierten Ausdruck der GoB ansahen.

Bemerkenswert ist weiterhin, daß drei Unternehmen von der Erleichterung, die Steuern unter den sonstigen Aufwendungen auszuweisen, nicht Gebrauch gemacht haben. Dies kann nur mit einer äußerst positiven Informationsabgabebereitschaft erklärt werden, da - wie schon erwähnt - aus der Steuerposition wegen des Fehlens von Einkommen- und Vermögensteuer ziemlich exakt auf den steuerlichen Gewinn geschlossen werden kann.

Lediglich eine Bank¹⁾ hat sich zur Veröffentlichung einer GuV entschlossen und zwar in Kontoform. Sie bedient sich dabei im wesentlichen des vorgeschriebenen Formblattes²⁾, allerdings in stark gekürzter Form, worauf ausdrücklich hingewiesen wird. Fraglich ist, ob ein solches Vorgehen mit dem PubLG vereinbar ist.

Grundsätzlich ist festzustellen, daß der Gesetzgeber es Einzelkaufleuten und Personenhandelsgesellschaften freigestellt hat, entweder eine GuV oder einen Anhang mit den vorgeschriebenen Pflichtangaben zu veröffentlichen. Der Gesetzgeber sieht also offenbar beide Instrumente als einander äquivalent an.

Wird deshalb eine GuV veröffentlicht, so muß es eine GuV "nach den für ihr Unternehmen geltenden Bestimmungen" sein (§ 5 Abs. 2 Nr. 4); bei einer Bank demnach eine GuV nach dem vorgeschriebenen Formblatt, das ein Mindestgliederungsschema darstellt³⁾, Zusammenfassungen also nicht erlaubt.

Abgesehen von diesem formaljuristisch eindeutigen Schluß darf jedoch andererseits nicht übersehen werden, daß gerade bei einer Bank selbst eine zusammengefaßte GuV einem alternativ erstellten Anhang⁴⁾ in der Aussagekraft für Außenstehende überlegen ist. Den Zwecken des PubLG kommt das beschriebene Vorgehen also durchaus entgegen. Engisch zeigt den eigentlichen Kern der dargestellten Problematik, wenn er feststellt, daß eine Auslegung, die den klaren und eindeutigen Wortsinn wegzudisputieren versucht, nicht mehr "Aus-

1) vgl. Nr. 32.

2) vgl. (VO über Formblätter/ abgedr. in: Hammer/Montag: Bilanzen 1968), 104 f.

3) vgl. (VO über Formblätter/ abgedr. in: Hammer/Montag: Bilanzen 1968), 25..

4) Die vorgelegte GuV zeigt zumindest - wenn auch in vergrößerter Form - das Zustandekommen des Jahresergebnisses; ein veröffentlichter Anhang hätte wahrscheinlich nur die Angabe des Geschäftsvolumens, der Erträge aus Beteiligungen, Löhne, Gehälter und der sozialen Aufwendungen sowie die Anzahl der Beschäftigten umfaßt; vgl. zum Inhalt eines Anhangs bei einer Privatbank die Ausführungen S.68 ff., 98.

legung" heißen darf¹⁾. Eine solche Gefahr liegt in diesem Falle zumindest sehr nahe.

Ähnlich liegt die Problematik bei den zwei Unternehmen, die zwar ein aktienrechtliches GuV-Schema publizieren, ihren Jahresüberschuß jedoch mit den sonstigen Aufwendungen verrechnen. Auch hier stellt sich die Frage, ob ein solches Rechenwerk noch als GuV bezeichnet werden kann.

Grundsätzlich ist festzuhalten, daß der Ausweis eines Ergebnisses wesensnotwendiger Bestandteil jeder GuV ist. Berücksichtigt man jedoch über die analog geltenden, voranstehenden Ausführungen hinaus, daß die anderweitigen Publizitätserleichterungen weitgehend ihren Sinn verlören (Steuern unter sonstigem Aufwand, Veröffentlichung der Bilanz nach Gewinnverwendung, Veröffentlichung eines Anhangs ohne Gewinnangabe), wenn auf dem Ausweis des Jahresergebnisses beharrt würde, so kann dieses Vorgehen als mit dem Sinn und Zweck des PublG vereinbar erklärt werden²⁾.

3. Erleichterungen für Einzelkaufleute und Personenhandels-gesellschaften im externen Jahresabschluß

Um den spezifischen Verhältnissen bei Einzelkaufleuten und Personenhandels-gesellschaften Rechnung zu tragen, insbesondere "einen weitergehenden Einblick in die Vermögens- und Ertragslage als bei Kapitalgesellschaften zu vermeiden"³⁾, gestattet das PublG diesen Rechtsformen wesentliche Erleichterungen im zu publizierenden Rechenwerk. Diese Erleichterungen gelten jedoch nur für den externen Jahresabschluß, sie dürfen nicht bereits im internen Abschluß in Anspruch genommen werden.

Der festgestellte (interne) Jahresabschluß ist der Jahresabschluß im Sinne der für die Rechtsform geltenden Vorschriften (§ 8 Abs. 4). Er ist grundsätzlich auch die Basis für die Rechnungslegung nach außen; lediglich für die Veröffentlichung läßt der Gesetzgeber einige Abweichungen von diesem internen Abschluß zu⁴⁾, die Rechte der

1) vgl. Engisch (Einführung 1971), 82.

2) vgl. ebenso: Gail (Rechnungslegung 1973), 378; IdW (Facharbeit/GuV 1973), 16.

3) (Rechtsausschuß/BT-Drucks. zu V/4416), 57.

4) vgl. ebenso: Biener (Gesetz 1969), 1099; Goerdeler (Probleme 1972), 178.

Gesellschafter werden dadurch nicht beeinträchtigt¹⁾.

Diese "Erleichterungen" gilt es im folgenden näher zu präzisieren und ihre Wahrnehmung durch die Praxis abzu prüfen.

a) Möglichkeit der Veröffentlichung des Jahresabschlusses nach Gewinnverwendung (§ 9 Abs. 4 Nr. 1 PubLG)

a1) Gesetzliche Regelung

Obwohl noch im RegE zum PubLG davon abgesehen wurde, auf einen Gewinnausweis zu verzichten, da der Gewinn eine wichtige Schlüsselzahl für die Beurteilung des Unternehmens sei²⁾, wurde davon im verabschiedeten Gesetz abgewichen.

Für den dem Handelsregister einzureichenden sowie für den bekanntzumachenden Jahresabschluß gilt folgendes (§ 9 Abs. 4 Nr. 1):

"Soweit aus dem Jahresüberschuß Rücklagen gebildet, Gewinn den Kapitalanteilen der Gesellschafter zugeschrieben, Entnahmen auf die Kapitalanteile der Gesellschafter abgeschrieben werden, kann dies bereits in der Jahresbilanz vorgenommen werden."

Obwohl nicht ausdrücklich aufgeführt, dürften noch weitere Gewinnverwendungsmaßnahmen unter diese Vorschrift fallen, z.B. Entnahmen aus Rücklagen zur Verlustabdeckung oder zur Gewinnausschüttung sowie Gutschrift von Gewinnen auf speziellen Darlehenskonten der Gesellschafter (vor allem für Kommanditisten). Andernfalls würde "das Ziel einer Darstellung des Jahresabschlusses nach Bilanzfeststellung und Gewinnverwendung nicht erreicht"³⁾.

Nicht zuzustimmen ist Forster⁴⁾, wenn er feststellt, daß die Inanspruchnahme dieser Erleichterungen nur sinnvoll sei, wenn gleichzeitig auf die Veröffentlichung einer GuV verzichtet würde. Wie bereits festgestellt⁵⁾, muß eine solche GuV keinen Jahresüberschuß aufweisen.

1) vgl. (Rechtsausschuß/BT-Drucks. zu V/4416), 57.

2) vgl. Kropff (Gesetzentwurf 1968), 721.

3) Forster (Erläuterungen 1973), 712.

4) vgl. ebenda, 712.

5) vgl. Ausführungen S. 56.

Ziemlich umstritten ist, inwieweit nicht bereits in der intern aufzustellenden Bilanz auf einen gesonderten Gewinnausweis verzichtet werden kann.

Für einen gesonderten Ausweis spricht die anzuwendende aktienrechtliche Gliederungsvorschrift des § 151 Abs. 4 Satz 3 AktG, die vorschreibt, daß der Überschuß der Aktivposten über die Passivposten (Bilanzgewinn) oder der Überschuß der Passivposten über die Aktivposten (Bilanzverlust) am Schluß der Jahresbilanz ungeteilt und gesondert auszuweisen ist. Zum gleichen Ergebnis führt das argumentum e contrario aus § 9 Abs. 4 Nr. 1: Wenn der Gesetzgeber diese "Erleichterung" vorsieht, geht er zwangsläufig davon aus, daß im internen Abschluß die Gewinnverwendung noch nicht durchgeführt wurde. Andernfalls wäre diese Vorschrift sinnlos.

Diesen Argumenten können sicher nicht die Gewinnverteilungsbestimmungen des HGB (§ 120 Abs. 2 und § 167 Abs. 2) entgegengehalten werden, die grundsätzlich bereits in der aufzustellenden Bilanz die Gutschrift des Gewinns auf den Kapitalkonten fordern¹⁾. Zum ersten sind diese Vorschriften dispositives Recht, zum zweiten gehen die Bestimmungen des PubLG als lex specialis hier vor²⁾.

Weitaus gewichtiger ist jedoch das Argument, daß bei Aktiengesellschaften unter bestimmten Voraussetzungen so hohe Einstellungen in die offenen Rücklagen erfolgen können (so insbesondere nach § 58 Abs. 2 AktG), daß u.U. gar kein Bilanzgewinn mehr vorhanden ist, den man ungeteilt und gesondert ausweisen könnte. Analog kann deshalb geschlossen werden, daß auch bei Personenhandelsgesellschaften ein Bilanzgewinn/-verlust nicht ausgewiesen werden muß, wenn die Gewinnverteilung im Gesellschaftsvertrag (Satzung, Statut) abschließend geregelt ist und dementsprechend bereits in der aufzustellenden Bilanz vorgenommen wird³⁾. Die Erleichterung des § 9 Abs. 4 Nr. 1 würde dann nur solche Unternehmen betreffen, die den Jahresgewinn in ihrer internen Bilanz ungeteilt ausweisen, z.B. weil die Gewinnverwendung in jedem Jahr individuell geregelt wird.

Für beide Alternativen sprechen somit gewichtige Gründe⁴⁾. Da sicher nicht gewollt war, Personenhandelsgesellschaftengeringere Möglich-

1) So offenbar Forster (Erläuterungen 1973), 701.

2) vgl. ebenso: Biener (GmbH & Co. KG 1975), 13.

3) vgl. Forster (Erläuterungen 1973), 701; IdW (HFA/Entwurf 1974), 533.

4) So IdW (HFA/Entwurf 1974), 533, der sich deshalb auch nicht festlegt.

keiten einzuräumen als Aktiengesellschaften - eher sogar mehr -, ist auch bereits in der internen Bilanz die Vornahme der Gewinnverwendung in den Fällen mit dem PubLG vereinbar, wo sie im Gesellschaftsvertrag bindend festgelegt ist.

a2) Empirischer Befund

Wegen der weitreichenden Einblicke in die persönlichen Einkommensverhältnisse der Einzelkaufleute und Personenhandelsgesellschaften im Falle der Veröffentlichung eines Jahresabschlusses vor Gewinnverwendung bzw. wegen der Gefahr der Fehlinterpretation von optisch zu hohen Gewinngrößen (da Einkommen- und Vermögensteuer beinhalten), waren von vornherein fast nur Abschlüsse nach Gewinnverwendung zu erwarten.

Es ist trotzdem überraschend, daß immerhin sechs von 45 Unternehmen freiwillig Gewinngrößen veröffentlichen und damit die Erleichterung des § 9 Abs. 4 Nr. 1 bewußt nicht in Anspruch nehmen (vgl. Tab. 15).

Tab. 15: Jahresabschluß vor/nach Gewinnverwendung

	Nichtbanken		Banken		Gesamt	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%
A. Es wird von der Erleichterung des § 5 (4) Nr. 1 PubLG Gebrauch gemacht und ein JA <u>nach</u> Gewinnverwendung vorgelegt	23	82,2	16 ¹⁾	94,1	39	86,7
B. Bilanz und GuV werden <u>vor</u> Gewinnverwendung veröffentlicht	2	7,1	1	5,9	3	6,7
C. Bilanz wird nach, (freiwillig) veröffentlichte GuV vor Gewinnverwendung vorgelegt	2	7,1	-	-	2	4,4
D. JA wird nach Gewinnverwendung veröffentlicht; aus zusätzlichen Erläuterungen geht Jahresüberschuß hervor	1	3,6	-	-	1	2,2
	28	100,0	17	100,0	45	100,0

- 1) Darin 6 Banken, die in allgemein gehaltenen, dadurch geringe Informationskraft beinhaltenden Bemerkungen darauf hinweisen, daß Ergebnis zufriedenstellend bzw. Ergebnisverbesserung gegenüber dem letzten Jahr eingetreten sei.

Richtungsweisend für ein vorbildliches Publizitätsverhalten, insbesondere dafür, auch weniger kundigen Lesern ihres Geschäftsberichts die Problematik eines Gewinnausweises deutlich zu machen, sei folgendes Unternehmen wörtlich zitiert:

"Die Offenlegung der Jahresabschlüsse und der Geschäftsberichte birgt für eine Unternehmensgruppe, deren Muttergesellschaft in der Rechtsform einer Personengesellschaft geführt wird, ihre besondere Problematik. Für eine an die aktienrechtliche Publizität gewöhnte Öffentlichkeit liegt es nahe, die Jahresabschlüsse einer Personengesellschaft den Abschlüssen von Aktiengesellschaften vergleichend gegenüberzustellen. Dies kann zu falschen Schlüssen führen, weil es auch dem Publizitätsgesetz nicht gelingen konnte, eine derartige Vergleichbarkeit in vollem Umfang herzustellen.... Insbesondere beim Gewinnausweis muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß Aktiengesellschaften den Jahresüberschuß nach Steuern zeigen, während bei Personengesellschaften die Besteuerung der Gewinne und des Betriebsvermögens bei den Gesellschaftern erfolgt. Der Jahresabschluß von Personengesellschaften zeigt deshalb einen nicht durch Steuern vom Einkommen und vom Betriebsvermögen gekürzten Jahresüberschuß. Damit ergeben sich auch entscheidende Unterschiede bei der Berechnung des cash flow und anderer Kennziffern"¹⁾.

b) Möglichkeit der Zusammenfassung sämtlicher Kapitalkonten zum Posten "Eigenkapital" (§ 9 Abs. 4 Nr. 2 PublG)

b1) Gesetzliche Regelung

Inhaltlich eng verknüpft mit der Möglichkeit, einen Jahresabschluß nach Gewinnverwendung zu publizieren, ist die Erleichterung, sämtliche Kapital- und kapitalähnlichen Posten im externen Abschluß zusammenfassen zu können (§ 9 Abs. 4 Nr. 2):

"In der Jahresbilanz dürfen die Kapitalanteile der Gesellschafter, die Rücklagen, ein Gewinnvortrag und ein Gewinn unter Abzug der nicht durch Vermögenseinlagen gedeckten Verlustanteile von Gesellschaftern, eines Verlustvortrags und eines Verlustes in einem Posten "Eigenkapital" ausgewiesen werden".

1) Nr. 33.

Diese Vorschrift beruht wiederum auf dem Grundsatz, von Einblicken in Privatverhältnisse nach Möglichkeit abzusehen¹⁾.

Außerdem bestehe "kein berechtigtes Interesse der Öffentlichkeit an einer Aufgliederung"²⁾.

Auf den Kapitalkonten finden die Kapitalanteile der Gesellschafter ihren buchhalterischen Niederschlag³⁾. Grundsätzlich geht das HGB für Komplementäre von variablen Kapitalanteilen aus; nach § 120 HGB werden Einlagen und Gewinne zu-, Verluste und Entnahmen vom betroffenen Kapitalkonto abgeschrieben. Huber kennzeichnet dieses Verfahren treffend als "System der variablen Kapitalanteile und einheitlicher Kapitalkonten"⁴⁾. Der Saldo auf diesem Konto stellt unzweifelhaft Eigenkapital dar.

Im Gegensatz dazu geht der Gesetzgeber für den Kommanditisten von "geteilten" Kapitalkonten aus. Zwar ist auch dessen Kapitalkonto begrenzt variabel, allerdings nur solange, bis durch zugeschriebene Gewinne (abzüglich Verluste und Entnahmen) der Betrag der bedingten Pflichteinlage erreicht wird. Darüber hinaus stehengelassene Gewinne des Kommanditisten müssen auf einem anderen Konto verbucht werden und stellen reine Geldforderungen dar, die vom Gesellschaftsverhältnis unabhängig sind⁵⁾. Bei diesem zweiten Konto handelt es sich also um ein Forderungs- bzw. Darlehenskonto, das bei einer Zusammenfassung sämtlicher Kapitalkonten nach Publg nicht in den Posten "Eigenkapital" einbezogen werden darf.

Ähnliche Probleme stellen sich auch, wenn - wie in der Praxis sehr häufig - in Gesellschaftsverträgen von diesem dispositiven Recht abgewichen wird zugunsten "fester Kapitalanteile"⁶⁾. In Anlehnung

1) vgl. Kropff (Gesetzentwurf 1968), 721.

2) (Begr. z. RegE/BT-Drucks. V/3197), 57.

3) vgl. zur Bedeutung und Rechtsnatur des Kapitalanteils: Hofbauer (Bilanzierung 1964), 655; Potthoff/Zintzen/Half (Handbuch 1965), 224; Mühlbauer (Kapitalkonto 1970), 24 ff.; Huber (Vermögensanteil 1970), 215 ff.; Heymann/Kötter (Handelsgesetzbuch 1971), 386 ff.; Hueck (Recht 1971), 229 ff.; Baumbach/Duden (Handelsgesetzbuch 1974), 428.

4) Huber (Vermögensanteil 1970), 236.

5) vgl. Hofbauer (Bilanzierung 1964), 656; Ganßmüller (Gewinnanteil 1967), 2104; Huber (Vermögensanteil 1970), 254; Heymann/Kötter (Handelsgesetzbuch 1971), 653.

6) vgl. dazu u.a.: Potthoff/Zintzen/Half (Handbuch 1965), 225 ff. und Sudhoff (Gesellschaftsvertrag 1967), 197 ff., die auf mögliche "Spielarten" des festen Kapitalanteils eingehen. Vgl. ferner Hasenack (Rechnungswesen 1970), Sp. 1325; Huber (Vermögensanteil 1970), 236 ff.; Flume (Gewinnverteilung 1973), 787; Kormann (Kapitalkonto 1974), 895; Baumbach/Duden (Handelsgesetzbuch 1974), 428 f.

an Kapitalgesellschaften wird dabei der Gesamtbetrag der Einlagen als das "Grundkapital" der Gesellschaft fixiert. Der Betrag der Einlage, den der einzelne Gesellschafter übernommen hat, bildet seinen festen Kapitalanteil, der bis zu einer eventuellen Vertragsänderung "eingefroren" ist. Eine solche Regelung kann sowohl für Komplementäre als auch für Kommanditisten¹⁾ getroffen werden. Ziel einer solchen Regelung ist es, das Einfluß-, Rechte- und Pflichtenverhältnis der Gesellschafter festzuschreiben²⁾.

Zur Aufnahme von Gewinnen, Verlusten und Entnahmen wird zwangsläufig ein zweites Konto benötigt; das "System der festen Kapitalanteile" zieht deshalb das "System der geteilten Konten" nach sich³⁾.

Als Bezeichnung für dieses zweite Konto werden in der Praxis die unterschiedlichsten Begriffe gewählt: Kapitalkonto II, Privatkonto, Darlehnskonto, Separat-, Kontokorrent- und Sonderkonto etc.⁴⁾.

Entscheidend dafür, ob dieses zweite Konto bei der Veröffentlichung in den Posten "Eigenkapital" einbezogen werden darf, ist seine rechtliche Charakterisierung. Die Bezeichnung des Kontos ist hierfür unbeachtlich; sie kann u.U. sogar zu einer Irreführung Außenstehender führen⁵⁾.

Für die Beurteilung ist primär auf den Gesellschaftsvertrag abzustellen:

Begründen solche Konten Gläubigerrechte, so ist von einer Einbeziehung abzugehen⁶⁾. Ob Fremdkapital- oder Eigenkapitalcharakter dieser Konten anzunehmen ist, kann im Einzelfall nur sehr schwierig

1) Dies darf nicht mit der oben dargestellten, gesetzlichen Regelung des § 167 Abs. 2 HGB für Kommanditisten verwechselt werden: Während nach gesetzlicher Regelung Verluste weiterhin vom Kapitalkonto abgeschrieben werden, lediglich Gewinne und Entnahmen das "Darlehnskonto" berühren, ist im System des "festen Kapitalkontos" auch für Kommanditisten das Kapitalkonto nach Leistung der Pflichteinlage unveränderlich. Etwaige Verluste werden zusammen mit Gewinngutschriften und Entnahmen auf einem zweiten Konto gebucht, vgl. dazu Huber (Vermögensanteil 1970), 258 ff.

2) vgl. Baumbach/Duden (Handelsgesetzbuch 1974), 428.

3) vgl. Huber (Vermögensanteil 1970), 240.

4) vgl. u.a.: Potthoff/Zintzen/Halft (Handbuch 1965), 228 f.; Sudhoff (Gesellschaftsvertrag 1967), 201 ff.; Huber (Vermögensanteil 1970), 240 f.; Baumbach/Duden (Handelsgesetzbuch 1974), 430.

5) So z.B., wenn für sog. "Darlehnskonto" eindeutig gleiche Rechte gelten wie für "Kapitalkonto", also Eigenkapital darstellen; vgl. ähnliche Argumentation bei IdW (HFA/Entwurf 1974), 531.

6) vgl. ebenso: Forster (Erläuterungen 1973), 712; Biener (GmbH & Co. KG 1975), 33; wohl auch Goerdeler (Probleme 1972), 182.

beurteilt werden. Indizien für die Annahme von Eigenkapital wie Gewinnanspruch, Stimmrechte, quasi unbefristete Zurverfügungstellung zeichnen sich durch keine allzu große Validität aus, da diese Kriterien durchaus auch mit Fremdkapital gekoppelt sein können¹⁾. Letztlich ist deshalb entscheidend, ob diese Konten der Verlustbeteiligung unterliegen bzw. wie ihre Behandlung im Liquidations- und Konkursfalle geregelt ist²⁾:

- (1) Guthaben auf diesen Konten haben demnach dann Eigenkapitalcharakter, wenn auf ihnen auch eine Verrechnung mit künftigen Verlusten vorgeschrieben ist, bzw. wenn sie im Falle der Auseinandersetzung oder des Konkurses erst nach Befriedigung aller Gesellschaftsgläubiger berücksichtigt werden.
- (2) Fremdkapital ist dann anzunehmen, wenn solche Guthaben nicht mit etwaigen Verlusten verrechnet werden und wenn sie bei einer Auseinandersetzung ohne Rücksicht auf etwaige Verluste in voller Höhe zurückzahlen sind bzw. im Konkursfall als Konkursforderungen geltend gemacht werden können.

Nur wenn (1) zutrifft, dürfen diese Konten im externen Abschluß in den Posten "Eigenkapital" einbezogen werden. Nach analogen Grundsätzen sind auch als "Rücklage- bzw. Reservekonten" bezeichnete Konten zu beurteilen.

Wird von der Möglichkeit des § 9 Abs. 4 Nr. 1 (Veröffentlichung der Bilanz nach Gewinnverwendung) Gebrauch gemacht bzw. die Gewinnverwendung laut Gesellschaftsvertrag bereits im internen Jahresabschluß vorgenommen³⁾, so dürfen Gewinne, die nach oben entwickelten Grundsätzen eindeutig Konten mit Schuldcharakter zugeschrieben wurden, in der publizierten Bilanz nicht mehr in den Posten "Eigenkapital" einbezogen werden⁴⁾.

1) vgl. zu diesen Kriterien u.a.: Sudhoff (Gesellschaftsvertrag 1967), 196 f.

2) vgl. ebenso: Huber (Vermögensanteil 1970), 248 ff.; IdW (HFA/Entwurf 1974), 529. Ähnlich auch Klußmann (Ausweis 1967), 389; Gutenberg (Finanzen 1970), 128 ff.; Baumbach/Duden (Handelsgesetzbuch 1974), 430.

3) vgl. oben S. 58.

4) vgl. ebenso: Forster (Erläuterungen 1973), 712 f.

b2) Empirischer Befund

Tab. 16: Darstellung der Kapitalkonten/Gesellschafterkonten

	Nichtbanken		Banken		Gesamt	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%
<u>A. Darstellung der Kapitalkonten im Jahresabschluß</u>						
1. Es wird von der Erleichterung des § 9 (4) Nr. 2 PublG Gebrauch gemacht und ein Sammelposten "(Eigen-) Kapital" ausgewiesen	20	71,4	11	64,7	31	68,9
2. Es wird von der Erleichterung des § 9 (4) Nr. 2 PublG nicht Gebrauch gemacht und folgende Eigenkapitalpositionen ausgewiesen:						
a) Einlagen der Komplementäre + Einlagen der Kommanditisten	-	-	1	5,9	1	2,2
b) Einlagen der Komplementäre + Einlagen der Kommanditisten + offene Rücklagen	-	-	5	29,4	5	11,1
c) Kapitalkonten + sonstige Gesellschafterkonten	7	25,0	-	-	7	15,6
d) Kapitalkonten + Reservekonten + sonstige Konten der Gesellschafter + Rücklagen für Pensionsverpflichtungen gegenüber Teilhabern	1	3,6	-	-	1	2,2
3. In den Fällen von 1 + 2 finden sich zusätzliche Hinweise (in JA oder freiwilligen Erläuterungsbericht) auf Festkapitalkonten	(10)	(35,7)	-	-	(10)	(22,2)
	28	100,0	17	100,0	45	100,0
<u>E. Hinweis auf weitere Gesellschafterkonten</u>						
1. Es werden gem § 5 (2) Nr. 3 PublG "Forderungen aus Krediten an Gesellschafter und leitende Angestellte" ausgewiesen	6	21,4	1	5,9	7	15,6
2. Es werden Verbindlichkeiten gegen Gesellschafter ausgewiesen	-	-	-	-	-	-
3. Sowohl 1 + 2	3	10,7	16	94,1	19	42,2
4. Es finden sich keine Hinweise	19	67,9	-	-	19	42,2
	28	100,0	17	100,0	45	100,0

Trotz der vom Gesetzgeber vorgesehenen Publizitätserleichterung geben 14 von 45 Nichtbanken und Banken einen näheren Einblick in die Zusammensetzung ihres Eigenkapitals (vgl. A. 2.: 31,1 %).

Inhaltsleer ist dagegen die folgende Berichterstattung eines Unternehmens: "Das gesamte Eigenkapital wird entsprechend den Vorschriften des Publizitätsgesetzes in einem Betrage ausgewiesen..."¹⁾. Hier wird sogar der Eindruck erweckt, als ob geradezu eine gesetzliche Verpflichtung zur Zusammenfassung der Kapitalkonten bestünde.

Bei immerhin 10 von 28 Nichtbanken finden sich Hinweise auf Festkapitalkonten. "Hochgerechnet" auf alle erfaßten Unternehmen zeigt dieses Ergebnis, daß in der Praxis wohl in den meisten Fällen vom gesetzlichen System variabler Kapitalkonten abgewichen wird.

Daß die oben geforderte, strenge Trennung von Konten mit unterschiedlichem Charakter von der Praxis nicht so eindeutig gehandhabt wird, zeigen einige Untersuchungsergebnisse auf. So weist ein Unternehmen²⁾ unter dem Posten "Eigenkapital" ein "Gesellschafterdarlehen mit Rücklageanteil" aus; ähnlich ein zweites Unternehmen³⁾, das unter dem Posten "Kapital" ein "Darlehen der persönlich haftenden Gesellschafter" aufführt. Handelt es sich tatsächlich um Darlehen im oben festgelegten Sinne, so ist ein solcher Bilanzausweis unzulässig. Aus dem Ausweisort kann jedoch geschlossen werden, daß sie Eigenkapitalcharakter haben; dann ist jedenfalls die Bezeichnung irreführend.

Ähnlich problematisch sind auch neutrale Begriffe wie "sonstige Gesellschafterkonten" (A.2. c. u. d.). Aus dem Ausweisort muß wiederum geschlossen werden, daß es sich in sämtlichen Fällen um Konten mit Eigenkapitalcharakter handelt. Daß dem nicht in allen Fällen so ist, zeigt ein Unternehmen⁴⁾, das die "Gesellschafterkonten" gliederungshierarchisch auf derselben Ebene wie das "Gesellschaftskapital" ausweist, beide Beträge jedoch nicht zu einer Gesamtsumme zusammenfaßt. Dadurch läßt sich der Charakter der "Gesellschafterkonten" nicht bestimmen. Aus zusätzlichen Ausführungen im Erläuterungsbericht geht hervor, daß es sich um Privatkonten handelt, aus denen insbesondere Steuern vom Einkommen und Vermögen beglichen werden. Durch den Hinweis auf die Steuern kann geschlossen werden, daß Konten mit kurzfristigem Charakter gemeint sind, die

1) vgl. Nr. 9.

2) vgl. Nr. 35.

3) vgl. Nr. 17.

4) vgl. Nr. 28.

innerhalb kurzer Zeit abrufbare Geldforderungen enthalten. Es handelt sich also eindeutig um Darlehnskonto¹⁾.

Die Vermutung ist deshalb plausibel, daß unter der Position "Gesellschafterkonten" sich in einigen Fällen Konten mit echtem Schuldcharakter verbergen und damit unzulässigerweise in den Posten "Eigenkapital" einbezogen wurden.

Eindeutig zu beurteilen ist wiederum der Fall²⁾, in dem eine "Rücklage für Pensionsverpflichtungen gegenüber Teilhabern" ausgewiesen wird. Verpflichtungen aufgrund von Pensionszusagen gehören zur Gruppe der ungewissen Verbindlichkeiten, für die allenfalls eine Rückstellung gebildet werden darf. Eine Zusammenfassung mit dem Posten "Eigenkapital" ist unzulässig, da diese Position eindeutig Schuldcharakter hat.

Hinweise auf explizit ausgewiesene Positionen mit Forderungs- bzw. Schuldcharakter zeigt Tab. 16, B.

Gemäß § 5 Abs. 2 Nr. 3 haben Personenhandelsgesellschaften "Forderungen aus Krediten an Gesellschafter und leitende Angestellte", die analog § 89 AktG gewährt werden, gesondert auszuweisen. Darunter sind nicht nur Kredite an geschäftsführende, sondern an alle Gesellschafter zu verstehen³⁾.

Aus Gründen der Bilanzklarheit wäre es auch wünschenswert, wenn ebenso die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern getrennt von Verbindlichkeiten gegen Dritte ausgewiesen würden⁴⁾. Da für Nichtbanken nicht ausdrücklich gefordert, führen nur drei Unter-

1) vgl. ebenso: Goerdeler (Probleme 1972), 182.

2) vgl. Nr. 24.

3) Nicht verwechselt werden darf diese Position, der ein echtes Kreditverhältnis zwischen Gesellschaft und Gesellschafter zugrunde liegen muß, mit dem sog. "negativen Kapitalkonto", das dann entsteht, wenn die Summe der Verlustanteile und Entnahmen höher ist als die Summe der Einlage und der Gewinnanteile. Letzteres begründet sowohl gegenüber dem Komplementär als auch gegenüber einem Kommanditisten keine Forderung. Zum Charakter des negativen Kapitalkontos, insbesondere zur unterschiedlichen Auswirkung für Komplementäre und Kommanditisten bei einer Auseinandersetzung, vgl. u.a.: Hofbauer (Bilanzierung 1964), 657 f.; Thiel (Verlust 1964), 1166 ff.; Sudhoff (Gesellschaftsvertrag 1967), 192 f., 197 f.; Klußmann (Ausweis 1967), 390; Mühlbauer (Kapitalkonto 1970), 38 ff.; Huber (Vermögensanteil 1970), 263 ff.; Hueck (Recht 1971), 238 f.; Kormann (Kapitalkonto 1974), 893 ff.

4) vgl. IdW (HFA/Entwurf 1974), 529.

nehmen eine solche Trennung durch. Anders jedoch bei Privatbanken, die aufgrund ihres Formblattes¹⁾ unter dem Strich "Verbindlichkeiten gegenüber Geschäftsinhabern und unbeschränkt haftenden Gesellschaftern" ausweisen müssen.

c) Möglichkeit zur Veröffentlichung eines "Anhanges" (§ 9 Abs. 4 Nr. 3 Publg)

c1) Gesetzliche Regelung

§ 9 Abs. 4 Nr. 3 i.V.m. § 5 Abs. 2 Nr. 4 gewährt Einzelkaufleuten und Personenhandelsgesellschaften das Wahlrecht, anstelle einer GuV einen Anhang zur Jahresbilanz dem Handelsregister einzureichen und bekanntzumachen, wobei folgende Angaben enthalten sein müssen:

- a) die Umsatzerlöse im Sinne des § 158 Abs. 1 und 2 AktG
- b) die Erträge aus Beteiligungen
- c) die Löhne, Gehälter, sozialen Abgaben sowie Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung
- d) die Bewertungs- und Abschreibungsmethoden einschließlich wesentlicher Änderungen
- e) die Zahl der Beschäftigten

Der Gesetzgeber gestattet es somit diesen Rechtsformen bewußt, detaillierte Einblicke in die Aufwands- und Ertragsstruktur und damit in die Erfolgsquellen zu verwehren. Oberbleibsel sind einige wenige, wenn auch wichtige Posten der GuV, die durchaus bedeutsame Kennziffern ermöglichen (z.B. Umsatz/Beschäftigte, Personalaufwand/Beschäftigte, Umsatz/Eigenkapital etc.).

Indirekt - wenn auch nur in sehr groben Umrissen - sollen wohl auch Schlüsse auf das Jahresergebnis ermöglicht werden: Zum einen über die absolute Höhe des Umsatzes in Verbindung mit bekannten Umsatzrenditen vergleichbarer Unternehmen derselben Branche, zum anderen über die Berichterstattung über Abschreibungs- und Bewertungsmethoden, insbesondere der Änderungen, womit diejenigen Faktoren erfaßt sind, die auf die Höhe des Jahresgewinns wesentlich Einfluß nehmen²⁾.

1) vgl. (abgedr. in: Hammer/Montag: Bilanzen 1968), 103.

2) vgl. Goerdeler (Hearing V/115), 32.

Der Anhang hat also im wesentlichen zwei Funktionen; er soll eine GuV ersetzen und - wenn auch nur in begrenztem Umfang - die Erläuterungsfunktion eines Geschäftsberichts übernehmen¹⁾.

Über den Informationsverlust hinsichtlich der Ertragslage durch den Verzicht auf Veröffentlichung einer GuV war man sich auf gesetzgeberischer Seite im klaren, für die Zwecke des Gesetzes erschien jedoch der Anhang ausreichend²⁾. Hierauf wird bei der kritischen Würdigung der Publizitätserleichterungen noch zurückzukommen sein.

Wird auf die Publizierung einer GuV verzichtet, so sind die Pflichtangaben auf jeden Fall obligatorisch. Ein Verzicht auf den Anhang zur Jahresbilanz zugunsten einer Berichterstattung über diese Pflichtangaben in einem freiwilligen Geschäftsbericht hat wegen der geringeren "Publizierungsbreite" keine befreiende Wirkung: Der Geschäftsbericht müßte lediglich dem Handelsregister eingereicht werden, Jahresbilanz mit Anhang dagegen sind im Bundesanzeiger zu veröffentlichen.

Im folgenden werden die einzelnen Pflichtangaben des Anhangs näher konkretisiert und anschließend die Befolgung durch die Praxis auf Vollständigkeit und Richtigkeit überprüft. Die Pflichtangabe über die Abschreibungs- und Bewertungsmethoden wird wegen deren großen materiellen Bedeutung für die Beurteilung eines Jahresabschlusses hier bewußt ausgeklammert. Ihr ist ein gesonderter Hauptpunkt gewidmet³⁾.

c2) Konkretisierung der angabepflichtigen Posten

c21) Umsatzerlöse

Durch den Bezug auf § 158 Abs. 1 AktG ist klargestellt, daß hier diejenigen Erlöse aus Lieferungen und Leistungen auszuweisen sind, die das betreffende Unternehmen innerhalb seines Absatzprogramms erbringt⁴⁾. Dieser Posten soll die Leistung des Unternehmens und seine Stellung am Markt charakterisieren; was deshalb "Umsatzerlöse" sind,

1) vgl. ebenso: Wirtz (Anhang 1973), 509.

2) vgl. (Rechtsausschuß/BT-Drucks. zu V/4416), 44.

3) vgl. S. 79 ff.

4) vgl. Kropff (Kommentar 1973), § 157, Anm. 27.

ist am jeweiligen Geschäftszweig zu messen. Auszuweisen sind hier also nur die Erlöse aus der betriebstypischen Beschäftigung¹⁾.

§ 158 Abs. 1 AktG gibt nicht nur eine Auslegungsrichtlinie für Produktions- und Handelsunternehmen, sondern ist sinngemäß auf alle anderen Unternehmen anzuwenden, unabhängig vom betriebenen Geschäftszweig²⁾. Insofern kann auch Hellner nicht zugestimmt werden, daß "zweifelhaft" sei, was bei Kreditinstituten zu den Umsatzerlösen rechne³⁾. Fettel⁴⁾ hat schon vor längerer Zeit überzeugend dargelegt, daß auch Geschäftsbanken "Umsatzerlöse" ausweisen könnten, die dem Umsatz jeder anderen kaufmännischen Unternehmung entsprächen. Es besteht deshalb volle Obereinstimmung mit Forster⁵⁾:

"Bei Kreditinstituten ist mithin als Umsatzerlös alles das anzusehen, was als Gegenwert für die von dem Kreditinstitut erbrachten banktypischen Leistungen am Markt Erlöst wird."

Dabei handelt es sich im wesentlichen um die Posten 1 bis 4 des GuV-Formblattes für Privatbanken⁶⁾, ausgenommen Beteiligungserträge, da diese im Anhang gesondert auszuweisen sind⁷⁾.

c22) Erträge aus Beteiligungen

Welchen Zweck der Gesetzgeber mit der Angabe dieser Erträge verfolgt, leuchtet nicht unmittelbar ein. Aus dem Wortlaut ist zu schließen, daß hier diejenigen Erträge ausgewiesen werden sollen, die Aktiengesellschaften unter § 157 Abs. 1 Nr. 8 AktG ausweisen.

Diese Angabe könnte u.U. so zu verstehen sein, daß damit ein Einblick in die "Unternehmungssphäre"⁸⁾ gewährt werden bzw. der

1) vgl. zur näheren Charakterisierung der Umsatzerlöse und zur Abklärung von Zweifelsfragen: Adler/Düring/Schmaltz (Rechnungslegung 1968), § 158, Tz. 3 ff.; Mellerowicz/Brönner (Aktiengesetz 1970), § 158, Anm. 2 ff.; Claussen (in Kölner Kommentar zum AktG 1971), § 158, Anm. 2 ff.; Kropff (Kommentar 1973), § 157, Anm. 23 ff.

2) vgl. Adler/Düring/Schmaltz (Rechnungslegung 1968), § 158, Tz. 5.

3) vgl. Hellner (Publizitätsgesetz 1969), 341.

4) vgl. Fettel (Bankumsatz 1962), 463.

5) Forster (Fragen 1972), 474.

6) vgl. (abgedr. in: Hammer/Montag: Bilanzen 1968), 105 f.

7) vgl. ebenso: Forster (Fragen 1972), 474; ders. (Erläuterungen 1973), 710; Wirtz (Anhang 1973), 509.

8) Adler/Düring/Schmaltz (Rechnungslegung 1968), § 157, Tz. 6 f.

"Beitrag von außerhalb des eigenen Unternehmens angelegten Mitteln"¹⁾ verdeutlicht werden sollte. Dann wäre allerdings die Beschränkung auf die Erträge aus Beteiligungen nicht verständlich. Hierzu würden auch die Erträge aus Gewinnabführungsverträgen etc. (Nr. 7), die Erträge aus Verlustübernahme (Nr. 15), Erträge aus den anderen Finanzanlagen (Nr. 9), aber auch die negativen Beiträge wie Aufwendungen aus Gewinnabführungsverträgen etc. (Nr. 27) und die Aufwendungen aus Verlustübernahme (Nr. 25) zählen. Der gesetzliche Wortlaut dieser Pflichtangabe läßt jedoch eine solch extensive Auslegung zumindest fraglich erscheinen²⁾.

c23) Personalaufwand

Aus dem Wortlaut der Pflichtangabe ist wiederum zu schließen, daß hierunter jene Beträge auszuweisen sind, die Aktiengesellschaften nach § 157 Abs. 1 Nr. 16 (Löhne und Gehälter), Nr. 17 (soziale Abgaben) und Nr. 18 (Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung) auszuweisen haben. Allerdings können nach PublG diese Beträge in einer Summe ausgewiesen werden.

c24) Zahl der Beschäftigten

Obwohl in § 5 Abs. 2 Nr. 4 e der umfassendere Begriff der "Beschäftigten" gewählt wurde, im Vergleich dazu in § 1 Abs. 1 Nr. 3 von "Arbeitnehmern" die Rede ist, handelt es sich um denselben, im Anhang angabepflichtigen Personenkreis. Der Gesetzgeber verwendet beide Begriffe synonym, wie aus der Regierungsbegründung zu § 1 PublG ersichtlich ist³⁾. Damit ist klargestellt, daß diese Pflichtangabe die im Durchschnitt des Jahres Beschäftigten umfassen muß⁴⁾. Es genügt demnach nicht, lediglich den Stand per Bilanzstichtag anzugeben.

1) Kropff (Kommentar 1973), § 157, Anm. 82.

2) A.A. offenbar Forster (Erläuterungen 1973), 711, der die Einbeziehung von Erträgen aus Gewinnabführungsverträgen für notwendig, die Berücksichtigung von Beteiligungsverlusten für unzulässig hält.

3) vgl. (Begr. z. RegE/BT-Drucks. V/3197), 24 f.

4) vgl. ebenso: Forster (Erläuterungen 1973), 711.

c3) Empirischer Befund

Die alles in allem relativ eindeutigen Pflichtangaben müßten vollständige und richtige "Anhänge" erwarten lassen. Im großen und ganzen ist dies auch der Fall, wie Tab. 17 (S. 72) zeigt. Teilweise wird sogar über die vom Gesetz geforderten Angaben hinausgegangen, indem zusätzliche Untergliederungen vorgenommen werden (B. 2., C. 2.).

Bedenklich ist es jedoch, daß sämtliche Banken¹⁾ darauf verzichtet haben, Umsatzerlöse auszuweisen. Wie oben dargelegt, hätten hier die banktypischen Erlöse gezeigt werden müssen. Dies kann auch nicht durch die Angabe des Geschäftsvolumens kompensiert werden, obwohl dieses Volumen ähnlich wie die Umsatzerlöse eine Maßgröße für die Leistung der einzelnen Bank bzw. für die Stellung im Bankenwettbewerb sein kann. Hätte der Gesetzgeber bei Banken im Anhang die Angabe des Geschäftsvolumens gewollt, so hätte er ebenso wie bei den die Publizitätspflicht auslösenden Kriterien für Banken eine Sonderregelung geschaffen (§ 1 Abs. 3). Darüber hinaus kann das Geschäftsvolumen ohne Schwierigkeit direkt aus der Jahresbilanz ermittelt werden, so daß eine gesonderte Angabe im Anhang schon Bekanntes lediglich noch einmal verdeutlicht. Es bleibt also zu konstatieren, daß 16 von 17 Privatbanken gegen den "Grundsatz der Vollständigkeit des Anhangs" verstoßen.

Ebenfalls nicht im Sinne des Gesetzes verhalten sich diejenigen Unternehmen, die ihre Beschäftigten "per Bilanzstichtag" (D. 2. u. 3.) angeben. Allerdings ist darin kein gravierender Verstoß gegen Bestimmungen des PubLG zu erblicken; wenn es sich nicht gerade um Saisonbetriebe handelt oder generell während des Jahres keine allzu großen Fluktuationen im Personalstand erfolgten, werden in der Regel die Anzahl der Beschäftigten zum Bilanzstichtag und die Anzahl der im Jahresdurchschnitt Beschäftigten im wesentlichen übereinstimmen.

Ähnlich sind auch die Fälle zu beurteilen, die lediglich die "Zahl der Beschäftigten" angeben (D. 4. u. 5.), wenn hier auch nicht festgestellt werden kann, ob es sich um eine durchschnittliche Beschäftigtenzahl oder den Stand per Bilanzstichtag handelt. Trotzdem sei noch einmal ausdrücklich festgestellt, daß das PubLG von der Veröffentlichung der durchschnittlichen Beschäftigtenzahl ausgeht.

1) Eine Bank weist zwar Umsatzerlöse aus (A. 1. c.), sie betreibt jedoch neben dem Bankgeschäft auch Warengeschäfte, so daß es sich bei dieser Angabe wahrscheinlich auch nur um Umsatzerlöse aus letzteren Geschäften handelt (Nr. 8).

Tab. 17: Überprüfung des Anhangs auf Vollständigkeit und Richtigkeit

	Nichtbanken		Banken		Gesamt	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%
Die Unternehmen, die sich für einen Anhang entschieden haben, erfüllen die Vorschriften nach § 5 (2) Nr. 4 a-c, e PubG wie folgt:						
A. Umsatzerlöse						
1. Es werden die Umsatzerlöse im Sinne des § 158 Abs. 1 u. 2 AktG angegeben, wobei:						
a) die KSt offen von den Umsätzen abgesetzt ist	3	13,6	-	-	3	7,9
b) die Umsätze ohne KSt ausgewiesen werden	6	27,3	-	-	6	15,8
c) die Bezeichnung der KSt nicht erkennbar ist	13	59,1	1	6,3	14	36,8
2. Es wird auf das Nichtvorhandensein von Umsatzerlösen hingewiesen und das Geschäftsvolumen angegeben	-	-	10	62,5	10	26,3
3. Es wird lediglich auf das Nichtvorhandensein von Umsatzerlösen hingewiesen	-	-	5	31,2	5	13,2
	22	100,0	16	100,0	38	100,0
+ Veröffentlichung einer GuV	6		1		7	
	28		17		45	
B. Beteiligungserträge						
1. Es werden "Erträge aus Beteiligungen" ausgewiesen	16	72,7	16	100,0	32	84,2
2. Neben "Erträgen aus Beteiligungen" werden auch "Erträge aus Gewinnführungsverträgen" ausgewiesen	6	27,3	-	-	6	15,8
	22	100,0	16	100,0	38	100,0
+ Veröffentlichung einer GuV	6		1		7	
	28		17		45	
C. Personalaufwand						
1. Es werden Löhne, Gehälter, soziale Abgaben sowie Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung in einer Summe ausgewiesen	17	77,3	7	43,8	24	63,2
2. Es werden Löhne, Gehälter, soziale Abgaben sowie Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung aufgeschlüsselt ausgewiesen	5	22,7	9	56,2	14	36,8
	22	100,0	16	100,0	38	100,0
+ Veröffentlichung einer GuV	6		1		7	
	28		17		45	
D. Anzahl der Beschäftigten						
1. Es werden die im "Jahresdurchschnitt Beschäftigten" angegeben	8	36,3	-	-	8	21,1
2. Es wird der "Stand per Bilanzstichtag" angegeben	6	27,3	-	-	6	15,8
3. Es wird der "Stand per Bilanzstichtag" angegeben unter besonderer Ausgliederung von Teilzeitbeschäftigten und Auszubildenden	-	-	2	12,5	2	5,3
4. Es wird die "Zahl der Beschäftigten" angegeben	8	36,4	7	43,7	15	39,4
5. Es wird die "Zahl der Beschäftigten" angegeben unter besonderer Ausgliederung von Teilzeitbeschäftigten und Auszubildenden	-	-	7	43,8	7	18,4
	22	100,0	16	100,0	38	100,0
+ Veröffentlichung einer GuV	6		1		7	
	28		17		45	

d) Publizitätserleichterungen und Prüfungspflicht

d1) Gesetzliche Regelung

Bei der Darstellung der Publizitätserleichterungen wurde noch einmal verdeutlicht, daß zwischen aufzustellendem und zu veröffentlichendem Jahresabschluß erhebliche Unterschiede bestehen können. Vom Abschlußprüfer zu prüfen ist gem. § 6 Abs. 1 zunächst einmal der nach § 5 aufgestellte Jahresabschluß unter Einbeziehung der Buchführung.

Nicht ausdrücklich erwähnt werden in § 6 die besonderen Publizitätserleichterungen des § 9 Abs. 4. Kann daraus gefolgert werden, daß diese bei Inanspruchnahme keiner Prüfungspflicht durch den Abschlußprüfer unterliegen? - Oder muß der Wirtschaftsprüfer in diesen Fällen sogar eine zweite Prüfung durchführen, die notwendigerweise ein zweites Testat nach sich zieht?

Bezüglich des Anhanges ist in § 5 Abs. 2 klargestellt, daß er zum "Inhalt des Jahresabschlusses" gehört. Er ist demnach Teil des Jahresabschlusses und als solcher auch prüfungspflichtig¹⁾.

Eine Prüfungspflicht ist ebenfalls für die verbleibenden Publizitätserleichterungen (nach Gewinnverwendung, Zusammenfassung der Kapitalkonten) zu bejahen, wobei hier allerdings eine Lücke im Gesetz besteht, die es im Wege der Auslegung auszufüllen gilt: Mit der "ratio" des PublG, aber auch dem Sinn und Zweck der Abschlußprüfung wäre es unvereinbar, ungeprüfte Teile des Jahresabschlusses zur Veröffentlichung gelangen zu lassen²⁾. Im Falle der Inanspruchnahme dieser Erleichterungen muß demnach auch hier eine Nachprüfung erfolgen.

In den Fällen, wo vom internen Abschluß abgewichen wird, "ist ferner der Wortlaut des zu erteilenden Bestätigungsvermerks problematisch"³⁾.

1) vgl. ebenso: IdW (HFA/Prüfung 1972), 75.

2) Im gleichen Sinne auch die Begr. z. RegE des § 6, die - allerdings in einem anderen Zusammenhang - davon spricht, daß der "bekanntzumachende Jahresabschluß" zu prüfen sei, vgl. (Begr. z. RegE/BT-Drucks. V/3197), 48; die angesprochenen Erleichterungen sind Bestandteil dieses "bekanntzumachenden" Abschlusses.

3) IdW (HFA/Prüfung 1972), 75. Allerdings ist diese Stellungnahme unvollständig, da als mögliche Abweichung nur der "Anhang" betrachtet wird, die ähnlich gelagerten Probleme der übrigen Erleichterungen des § 9 Abs. 4 Nr. 1 u. 2 PublG hinsichtlich Nachprüfung und Form des Bestätigungsvermerks jedoch nicht behandelt werden.

Durch den Verweis in § 6 Abs. 1 auf § 167 AktG ist klargestellt, daß für den internen Abschluß der in § 167 Abs. 1 AktG vorgeschriebene Wortlaut zu verwenden ist, "soweit nicht die Rechtsverhältnisse der publizitätspflichtigen Unternehmen oder der Umfang der Rechnungslegung eine Abwandlung des Wortlauts bedingen"¹⁾.

Der Hauptfachausschuß des Instituts der Wirtschaftsprüfer hält diesen Wortlaut auch dann für zulässig, wenn für den externen Abschluß von der Möglichkeit eines Anhanges Gebrauch gemacht, also eine Nachprüfung erforderlich wurde. Er hält es jedoch im Hinblick auf eine möglichst klare Information des Lesers für besser, wenn in diesen Fällen der Bestätigungsvermerk wie folgt gefaßt wird²⁾:

"Vorstehende zur Veröffentlichung bestimmte Jahresbilanz nebst Anhang entspricht den gesetzlichen Vorschriften. Zu dem vollständigen Jahresabschluß habe(n) ich(wir) den folgenden Bestätigungsvermerk erteilt:
Die Buchführung und der Jahresabschluß entsprechen nach meiner(unserer) pflichtmäßigen Prüfung Gesetz und Gesellschaftsvertrag (den gesetzlichen Vorschriften)."

Ein sinngemäßer Wortlaut des Bestätigungsvermerks wird aus den gleichen Gründen auch dort zu begrüßen sein, wo zwar eine GuV veröffentlicht wurde, die übrigen Publizitätserleichterungen jedoch ausgenutzt wurden. Er könnte in diesen Fällen etwa formuliert werden: "Vorstehender zur Veröffentlichung bestimmter Jahresabschluß entspricht...".

1) IdW (HFA/Prüfung 1972), 75.

2) ebenda, 75.

d2) Empirischer Befund

Tab. 18: Publizitätserleichterungen und Form des Bestätigungsvermerks

	Nichtbanken		Banken		Gesamt	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%
<u>A. Unternehmen mit "Ankündigung" und Inanspruchnahme der weiteren Erleichterungen des § 5 (4) FUG:</u>						
1. Es wird von der von IdV vorgeschlagenen Form des Bestätigungsvermerks Gebrauch gemacht (mit Zusatz zum üblichen Testat)	17	60,7	10	56,8	27	63,6
2. Es wird sinngemäß das Testat im Wortlaut des § 167 (1) AktG verwendet	4	14,3	5	29,4	9	20,0
3. Sonstige Formen des Testats	1	3,6	1	5,9	2	4,4
<u>B. Unternehmen mit GuV, ohne Inanspruchnahme der weiteren Erleichterungen des § 9 (4) FUG:</u>						
1. Es wird von der von IdV vorgeschlagenen Form des Bestätigungsvermerks Gebrauch gemacht (mit Zusatz zum üblichen Testat)	1	3,6	-	-	1	2,2
2. Es wird sinngemäß das Testat im Wortlaut des § 167 (1) AktG verwendet	3	10,7	-	-	3	6,7
3. Sonstige Formen des Testats	-	-	-	-	-	-
<u>C. Unternehmen mit GuV, ohne Inanspruchnahme der weiteren Erleichterungen des § 9 (4) FUG:</u>						
1. Es wird sinngemäß das Testat im Wortlaut des § 167 (1) AktG verwendet	2	7,1	-	-	2	4,5
2. Sonstige Formen des Testats	-	-	1	5,9	1	2,2
	28	100,0	17	100,0	45	100,0

Wie Tab. 18 zeigt, haben sich die Abschlußprüfer bei 27 von 38 Nichtbanken und Banken, die sich für einen Anhang entschieden haben, erfreulicherweise den Wortlaut des HFA zu eigen gemacht (A. 1.).

Lediglich bei 9 Nichtbanken und Banken versäumen es deren Abschlußprüfer - durch ihre Entscheidung für eine sinngemäße Anwendung des aktienrechtlichen Bestätigungsvermerks -, auf bestehende Unterschiede zwischen internem und externem Abschluß hinzuweisen (A. 2.).

Die "sonstigen Formen des Testats" (A. 3.) betreffen je eine Bank und ein Industrieunternehmen, bei denen eine "Kurzform" des HFA-

Vorschlags angewandt¹⁾ wird, was ebenfalls zulässig sein dürfte. Bei den Unternehmen, die zwar eine GuV veröffentlichen, im übrigen aber die weiteren Erleichterungen des § 9 Abs. 4 in Anspruch nehmen (B. 1. u. 2.), weist nur der Abschlußprüfer eines Unternehmens²⁾ durch Anwendung des HFA-Vorschlags auf bestehende Abweichungen gegenüber dem internen Abschluß hin. Die übrigen verwenden sinngemäß das aktienrechtliche Testat, was - wie bereits festgestellt - zulässig, aber nicht im Sinne einer "möglichst klaren Information"³⁾ ist. Hervorgerufen wurde dieses "Fehlverhalten" wahrscheinlich durch die alleinige Abstellung auf den Anhang im Vorschlag des HFA.

Zwei Handelsunternehmen und eine Bank⁴⁾ nehmen keine der in § 9 Abs. 4 genannten Erleichterungen in Anspruch.

Bei den zwei Nichtbanken ist auch der freiwillig erstellte Geschäftsbericht in das Testat einbezogen. Dies ist dann zulässig, "wenn er nach den Vorschriften in § 5 (4) PublG erstellt und auftragsgemäß geprüft wurde"⁵⁾.

Bei der betreffenden Bank wird trotz GuV und keiner Inanspruchnahme von Publizitätserleichterungen sinngemäß⁶⁾ die Formel des HFA verwandt. Dies ist insofern richtig, als sie eine GuV in zusammengefaßter Form veröffentlicht⁷⁾, also vom internen Abschluß abgewichen ist und das Ergebnis dieser Abweichung prüfungspflichtig wird.

e) Kritische Würdigung der Publizitätserleichterungen

An der Möglichkeit der traditionellen öffentlichen Rechnungslegung, "... einen möglichst sicheren Einblick in die Vermögens- und Ertragslage..."⁸⁾ zu geben, wird in den letzten Jahren zunehmend

1) vgl. Nr. 11, 39; der Bestätigungsvermerk lautet beispielsweise bei Nr. 11: "Der aufgrund ordnungsmäßiger Buchführung erstellte Jahresabschluß und der Anhang entsprechen nach unserer pflichtmäßigen Prüfung den Vorschriften des Gesetzes über die Rechnungslegung...".

2) vgl. Nr. 30.

3) IdW (HFA/Prüfung 1972), 75.

4) vgl. Nr. 32, 33, 35.

5) IdW (HFA/Prüfung 1972), 75.

6) vgl. Nr. 32: Anstelle der Formulierung "nebst Anhang" steht "nebst in zusammengefaßter Form wiedergegebener Gewinn- und Verlustrechnung".

7) vgl. zur Problematik dieses Vorgehens S. 55 f.

8) § 149 Abs. 1 AktG.

gezweifelt¹⁾. Zumindest ist man sich jedoch darüber im klaren, daß der Jahresabschluß nur in Verbindung mit einem Geschäftsbericht ein "ausreichendes Bild"²⁾ der Unternehmung bietet, der Geschäftsbericht geradezu den "Schlüssel zum Verständnis des Jahresabschlusses liefert"³⁾.

Jahresabschluß und Geschäftsbericht sind aufeinander abgestimmte, sich gegenseitig ergänzende Informationsinstrumente; der Verzicht auf ein Teilinstrument (wie den Geschäftsbericht nach § 5 Abs. 1) muß zwangsläufig eine erheblich verminderte Aussagekraft des verbleibenden Rechenwerkes nach sich ziehen⁴⁾. Durch die Möglichkeit von Einzelkaufleuten und Personenhandelsgesellschaften, auf die Erstellung eines Geschäftsberichts verzichten zu können, setzt sich der Gesetzgeber quasi in einen teleologischen Widerspruch: Die Erfüllung der vom Gesetzgeber angestrebten Zwecke - hier insbesondere die ausdrücklich herausgestellte Informationsfunktion gegenüber der Öffentlichkeit⁵⁾ - wird durch Schaffung solcher Normen gefährdet, wenn nicht gar verhindert⁶⁾. Solche Widersprüche können nur konstatiert, müssen jedoch hingenommen werden.

Ähnlich wirkt die Möglichkeit der Veröffentlichung eines Anhangs anstelle einer GuV. Ebenso wie Geschäftsbericht und Jahresabschluß, gehören Bilanz und GuV zusammen, "bilden zusammen ein Ergänzungsverhältnis"⁷⁾. Beide zusammen sollen die Vermögens- und Ertragslage abbilden, eine Bilanz ohne GuV kann deshalb mit v. Wysocki lediglich als ein "Torso"⁸⁾ bezeichnet werden. Gerade die GuV bietet durch ihren Einblick in Aufwands- und Ertragsquellen und damit das Zustandekommen des Periodenerfolgs, aber auch durch die dadurch ermöglichte, verbesserte Beurteilung der Bestandsgrößen in der Bilanz

1) vgl. stellvertretend für viele: Schildbach (Jahresabschluß 1974), 606 ff. und die dort angeführten Beiträge.

2) Kropff (Kommentar 1973), § 160, Anm. 2.

3) Forster (Pflichten 1965), 595.

4) vgl. im Ergebnis ebenso: Prühs (Rechnungslegung 1969), 376.

5) vgl. S. 10 f.

6) vgl. zu solchen Widersprüchen: Engisch (Einführung 1971), 161 f.

7) v. Wysocki (Hearing V/115), 18.

8) ebenda, 18.

grundlegende Informationen über die wirtschaftliche Lage eines Unternehmens. Durch den Verzicht auf Veröffentlichung einer GuV hat der Gesetzgeber seine von ihm gesetzten Ziele selbst in entscheidendem Maße in Frage gestellt. Für ihn stand hier wohl mehr im Vordergrund, zu einem allseits akzeptierten Kompromiß zu gelangen¹⁾ und weniger die Frage nach der Aussagefähigkeit des verbleibenden Rechnungslegungsinstruments.

Nicht umhin kam der Gesetzgeber, die Veröffentlichung der Jahresabschlüsse nach Gewinnverwendung zu gestatten²⁾. Damit wird jedoch wiederum eine Hauptaufgabe öffentlicher Rechnungslegung nicht erreicht, nämlich "im Rahmen des wirtschaftlich Vernünftigen einen zuverlässigen Einblick ... in das erwirtschaftete Ergebnis des abgelaufenen Geschäftsjahres und seine Verwendung zu gewähren"³⁾.

Als Resümee bleibt festzuhalten, daß das, was letztlich noch zur Veröffentlichung gelangt, falls alle gesetzgeberischen Erleichterungen in Anspruch genommen werden, zu einer weiteren, erheblichen Reduzierung der schon eingeschränkten Aussagekraft der traditionellen öffentlichen Rechnungslegung führt.

1) vgl. Goerdeler (Probleme 1972), 174.

2) Hierfür sprachen vor allem verfassungsrechtliche Bedenken; so müssen auch Aktionäre keine öffentliche Rechnung über ihre Einkünfte legen.

3) Goerdeler (Publizität 1962), 218.

B. BERICHTERSTATTUNG ÜBER DIE BEWERTUNGS- UND ABSCHREIBUNGS- METHODEN EINSCHLIESSLICH WESENTLICHER ÄNDERUNGEN

I. Vorbemerkung

Soweit sich Einzelkaufleute und Personenhandelsgesellschaften für die Veröffentlichung eines Anhangs gem. § 5 Abs. 2 Nr. 4 entschieden haben, müssen sie innerhalb dieses Anhangs auch "die Bewertungs- und Abschreibungsmethoden einschließlich wesentlicher Änderungen" angeben (§ 5 Abs. 2 Nr. 4 d). Die Erfassung und Beurteilung dieser Berichterstattung - aber auch jener, wo trotz Veröffentlichung einer GuV freiwillig über Abschreibungs- und Bewertungsmethoden berichtet wird - ist Ziel der folgenden Bemühungen.

Um die Handhabung der Praxis beurteilen zu können, bedarf es eines "Solls", d.h. der Darstellung der Bewertungsbestimmungen nach PublG, die damit zweckmäßigerweise den empirischen Erhebungen vorangestellt werden soll.

II. Bewertungsrecht für Einzelkaufleute und Personenhandelsgesellschaften nach Publizitätsgesetz

1. Gesetzliche Grundlagen

Anders als für Gliederung und Inhalt des Jahresabschlusses, gelten "für die Wertansätze der Gegenstände des Anlage- und Umlaufvermögens sowie für die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf diese Werte und für die Ansätze von Passivposten ... die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung sowie die für das einzelne Unternehmen maßgebenden Bestimmungen" (§ 5 Abs. 2).

Gegenüber dem RegE wurde hier eine tiefgreifende Änderung vorgenommen, denn dieser hatte auch die Übernahme der aktienrechtlichen Bewertungsbestimmungen vorgesehen. Begründet wurde dies in der Regierungsvorlage damit, daß gerade die aktienrechtlichen Bewertungsvorschriften auf einen möglichst sicheren Einblick in die Vermögens- und Ertragslage hinwirken:

"Namentlich soll die Tendenz der wirtschaftlichen Entwicklung nicht für längere Zeit durch unerkennbare Bildung oder Auflösung stiller Rücklagen verschleiert werden können. Diese Ziele sind keine Besonderheit des Aktienrechts. Vielmehr hat das Aktiengesetz mit diesen Vorschriften nur die Anforderungen festgelegt, die jedenfalls an eine öffentliche Rechnungslegung gestellt werden müssen"1).

Keine Begründung wird vom Rechtsausschuß für die Nichtübernahme der aktienrechtlichen Bewertungsbestimmungen gegeben - angesichts der fundamentalen Bedeutung dieses Fragenkomplexes eine nicht ganz verständliche Verhaltensweise. Es wird lediglich festgestellt, daß es damit "für die betroffenen Unternehmen hinsichtlich der Bewertung beim bisherigen Recht bleibt und daß insbesondere nicht die Mindestbewertungsvorschriften (Hervorgeh. d. d. Verf.) des Aktiengesetzes angewendet werden müssen"2).

Prühs³⁾ bezeichnet den Verzicht auf die Übernahme der aktienrechtlichen Bewertungsbestimmungen als Preisgabe des Kernstücks einer wirksamen Publizitätsregelung, Ballerstedt⁴⁾ spricht von einer erheblichen Verwässerung gegenüber dem RegE, bei Hasenack⁵⁾ ist die Rede von einer Aushöhlung des Publg.

Ob diese Ansichten berechtigt sind, kann erst eine nähere Betrachtung der "Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung" bzw. deren Interpretation durch die Praxis zeigen. Allerdings wird diese Aufgabe nicht darin bestehen, den gerade zu diesem Problemkreis unzähligen Schriften eine weitere hinzuzufügen. Es soll im folgenden lediglich der Standort innerhalb des vielfältigen Meinungsspektrums angegeben werden, um anschließend die empirischen Ergebnisse sachgerecht beurteilen zu können. Für eine vertiefende Betrachtung muß auf die jeweils zitierte Literatur verwiesen werden.

1) (Begr. z. RegE/BT-Drucks. V/3197), 41.

2) (Rechtsausschuß/BT-Drucks. zu V/4416), 43 f.

3) vgl. Prühs (Rechnungslegung 1969), 376.

4) vgl. Ballerstedt (Bewertung 1971), 69.

5) vgl. Hasenack (Stellungnahme 1969), 560.

2. Bewertung nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung (GoB)

Die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung¹⁾ werden vom Gesetzgeber in mehreren Gesetzen angesprochen, ohne daß dieser Begriff jedoch näher konkretisiert wird²⁾.

Wirtschaftlich gesehen stellen GoB Regeln dar, "nach denen Geschäftsvorfälle aufzuzeichnen und im Jahresabschluß darzustellen sind"³⁾.

Nach Heinen sind es "grundlegende und bindende Ordnungsvorschriften"⁴⁾; Christoffers⁵⁾ und Federmann⁶⁾ sehen sie als eine Art Aufgangsstelle zur Lösung von Bilanzierungsfragen, wenn gesetzliche Regelungen ganz fehlen bzw. unklare Gesetzesbestimmungen ausgelegt werden müssen.

Umstrittener ist ihre rechtliche Natur, die einen entscheidenden Einfluß auf den "Rechtsrang" und damit den Geltungsbereich, aber auch das "Wie" der Ermittlung hat.

Während eine bedeutende Gruppe von Autoren sie für "Rechtsquellen mit abgeleiteter Rechtssatzwirkung" hält⁷⁾, tendiert die h. M. zu der Auffassung, sie zu der Gattung der unbestimmten Rechtsbegriffe zu zählen⁸⁾.

Nach Kruse - dessen Meinung hier gefolgt wird - verkörpert der unbestimmte Rechtsbegriff "GoB" Wertmaßstäbe, die von

1) In dem hier behandelten Zusammenhang sind die auf den Jahresabschluß bezogenen GoB, auch Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung genannt, gemeint. Vgl. zur Abgrenzung von den GoB i. e. S. und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Inventur: Döllerer (Grundsätze 1959), 1217; Barth (Grundsätze 1963), 388; Adler/Düring/Schmaltz (Rechnungslegung 1968), § 149, Tz. 20; Leffson (Grundsätze 1970), 2; Husemann (Grundsätze 1970), 2; Christoffers (Grundlagen 1970), 78; Federmann (Gemeinsamkeiten 1971), 71; Wöhe (Bilanzierung 1973), 123; Kropff (Kommentar 1973), § 149, Anm. 6.

2) vgl. z.B. §§ 38 Abs. 1, 39 Abs. 3 u. 4, 40 Abs. 4 HGB; §§ 149 Abs. 1, 154 Abs. 1, 155 Abs. 1 AktG; § 41 Abs. 1 GmbHG; § 33b Abs. 1 GenG.

3) Leffson (Grundsätze 1970), 2.

4) Heinen (Handelsbilanzen 1974), 133.

5) vgl. Christoffers (Grundlagen 1970), 85.

6) vgl. Federmann (Gemeinsamkeiten 1971), 76 f.

7) vgl. z.B. Döllerer (Grundsätze 1959), 1218; Leffson (Grundsätze 1970), 2; Husemann (Grundsätze 1970), 28 ff.; Boelke (Bewertungsvorschriften 1970), 50; Kropff (Kommentar 1973), § 149, Anm. 23.

8) vgl. z.B. Klein (Aktiengesetz 1967), 90; Maaßen (Weiterentwicklung 1970), 849; Kruse (Grundsätze 1970), 104 ff.; Jacobs (Beitrag 1971), 45 ff.; Federmann (Gemeinsamkeiten 1971), 71; Glade (Grundsätze 1971/72), 318; Biener (Fragen 1972), 6; Coenenberg (Jahresabschluß 1974), 38.

außen an das Gesetz herangetragen werden müssen¹⁾, die an der "Nahtstelle zwischen Sitte und Rechtsnorm"²⁾ liegen. Seiner Meinung nach umfassen die GoB verschiedene Formen des Rechts³⁾.

Einzelne GoB können als Rechtsnormen kodifiziert sein, weil es der Gesetzgeber für notwendig gehalten hat, bestimmte Bilanzierungsfragen - etwa aus Gründen der Rechtssicherheit - positiv-rechtlich zu regeln.

Andere GoB wiederum können ebenfalls Rechtsnormen, aber Sätze des Gewohnheitsrechts sein; sie sind durch langjährige Übung in der Praxis entstanden, wobei sie sich mit der Zeit mehr und mehr verfestigten, bis sie schließlich zu Gewohnheitsrecht erstarkt waren⁴⁾. Das Gewohnheitsrecht bildet dabei eine mögliche Vorform des gesetzten Rechts.

Wieder andere GoB gehören zu Vorformen des Gewohnheitsrechts, nämlich die Handelsbräuche. Darunter sind "Verkehrssitten des Handelsrechts"⁵⁾ zu verstehen, Regeln, die sich aufgrund tatsächlich geübten Verhaltens ordentlicher und ehrenwerter Kaufleute herausgebildet haben⁶⁾.

Weitere GoB können den Vorformen des Handelsbrauchs, nämlich der Verkehrsanschauung und schließlich der Natur der Sache, zugeordnet werden.

Worin der entscheidende Unterschied zwischen dem Handelsbrauch und der Verkehrsanschauung liegt, machte bereits Schmalenbach deutlich: "Wir dürfen nicht allein prüfen, was im Bilanzwesen Übung ist, obwohl dies auch von großer Bedeutung ist, sondern wir müssen vielmehr zu prüfen trachten, welche Grundsätze der Praxis von ordentlichen und ehrenwerten Kaufleuten als richtig erkannt werden"⁷⁾ (Hervorhebung d.d.Verf.).

Der Begriff der "Natur der Sache" stellt im allgemeinen juristischen Sprachgebrauch auf die Beschaffenheit ab, "die ein Gegenstand haben muß, wenn er als Mittel zur Erreichung eines Zwecks geeignet sein soll"⁸⁾. Er meint damit eine Art "Naturrecht", das bei gegebenen Problemstellungen, gleiche Interessenslage unterstellt, zwangsläufig zu gleichgerichteten Lösungen kommt, ohne daß hierzu gesetzliche Normen gebraucht werden⁹⁾.

1) vgl. Kruse (Grundsätze 1970), 26.

2) ebenda, 52.

3) vgl. ebenda, 100 f. Ähnliche Argumentation bei Klein (Aktiengesetz 1967), 89 ff.; Federmann (Gemeinsamkeiten 1970), 74.

4) vgl. Fettel (Grundsätze 1959), 126.

5) Kruse (Grundsätze 1970), 101.

6) vgl. ebenda, 52 ff., Leffson (Grundsätze 1970), 7 ff. mit weiteren Literaturhinweisen.

7) Schmalenbach (Grundsätze 1933), 232.

8) Kruse (Grundsätze 1970), 94.

9) vgl. ebenda, 89; vgl. zum Begriffsinhalt der "Natur der Sache" auch: Larenz (Methodenlehre 1969), 388 ff. - beide Autoren mit weiteren Literaturhinweisen.

Auf den hier angesprochenen Problemkreis der GoB bezogen, bedeutet die "Natur der Sache" die Ableitung einer Mittel-Zweck-Beziehung, also ein "Nachdenken darüber, wie eine konkrete Bilanzierungsfrage entschieden werden soll, um zu einer sachgerechten Bilanz zu gelangen"¹⁾. Der Ausdruck "sachgerechte Bilanz" ist dabei nur eine Kurzform für die Zwecke, die eine Bilanz erfüllen soll²⁾.

Unbestimmte Rechtsbegriffe - und damit auch die GoB - täuschen eine konkrete Regelung nur vor³⁾; dem Gesetzgeber schwebt bei Erlaß solcher unbestimmten Rechtsbegriffe kein außerhalb des Gesetzes stehendes, fest fixiertes Normengefüge vor. In diesen abstrakten Begriffen kommt vielmehr zum Ausdruck, daß der Gesetzgeber mangels eigener Wertgewißheit nicht in der Lage ist, "etwas Verbindliches für künftige, in ihrer Ausgestaltung noch nicht zu übersehende Fälle anzunordnen"⁴⁾, oder gerade aus dieser Wertunsicherheit heraus bewußt keine positiv-rechtlichen Regelungen treffen will, um zukünftigen Entwicklungen die notwendige Gestaltungsfreiheit zu lassen.

Auch bei den GoB handelt es sich demnach um "Stücke offengelassener Gesetzgebung, die nur im Wege der Fortbildung des Gesetzes geschlossen werden können"⁵⁾ - um sog. "Lücken intra legem"⁶⁾.

Autorisierte Träger dieser Rechtsfortbildung, d.h. der Ausfüllung oder auch der Konkretisierung unbestimmter Rechtsbegriffe, sind letztlich nur die Gerichte⁷⁾. Der Richter erarbeitet sich die zur Entscheidung des Einzelfalles notwendige Norm; unbestimmte Rechtsbegriffe ermächtigen den Richter demnach zu "eigener Regelbildung"⁸⁾.

Liegt in einer konkreten Entscheidungssituation ein GoB als kodifizierte Rechtsnorm oder als Satz des Gewohnheitsrechts vor, so ist der Richter wegen deren Rechtsquellenqualität an diese gebunden. Ist

1) Döllerer (Grundsätze 1959), 1220.

2) vgl. ebenda, 1220.

3) vgl. Kruse (Grundsätze 1970), 110.

4) ebenda, 139.

5) ebenda, 111.

6) vgl. zu Begriff und Arten von Gesetzeslücken und deren Ausfüllung: Capelle (Gesetz 1960), 50 ff.; Larenz (Methodenlehre 1969), 350 ff.; Kruse (Grundsätze 1970), 108 ff.; Engisch (Einführung 1971), 134 ff.

7) vgl. Larenz (Methodenlehre 1969), 178.

8) Kruse (Grundsätze 1970), 188.

dies nicht der Fall, so kann der Richter für die Regelbildung auf außerrechtliche Wertvorstellungen zurückgreifen, im hier interessierenden Falle also auf die eingangs erwähnten Vorformen des Rechts, wie Handelsbräuche, Verkehrsanschauungen oder die Natur der Sache. Diese Vorformen sind jedoch keine Rechtsquellen; der Richter hat sich an ihnen zu orientieren, er braucht sich ihnen jedoch nicht zu beugen¹⁾. "In der Entscheidung zugunsten der einen oder anderen Wertvorstellung ist der Richter frei"²⁾.

Danach lassen sich jetzt auch die bereits erwähnten Probleme des "Rechtsrangs" und der Ermittlungsmethode der GoB einer Lösung zuführen:

Die GoB sind zwar von allen Kaufleuten zu befolgen (§ 38 HGB); sie haben jedoch - wie bereits festgestellt - nur dann Rechtsnormqualität, wenn sie vom Gesetzgeber im einzelnen kodifiziert wurden, oder wenn es sich um Gewohnheitsrecht handelt. Schon aus diesem Grunde kann nicht behauptet werden, die GoB seien generell höher-rangiges Recht, denen andere Rechtsnormen im Falle des Widerspruchs zu weichen hätten³⁾. Dem Gesetzgeber steht es vielmehr frei, für bestimmte Teilbereiche positive Rechtsnormen zu kodifizieren, die weder eine Stütze im Handelsbrauch noch in der Natur der Sache finden. Hier geht dann ohne Zweifel die positive Rechtsnorm aufgrund ihres Rechtsquellenranges vor⁴⁾.

1) vgl. Kruse (Grundsätze 1970), 132.

2) vgl. ebenda, 135. Die Ermessensentscheidung des Richters wird lediglich durch das Willkürverbot begrenzt, d.h. es müssen sich für die Entscheidung "zureichende sachliche Gründe" anführen lassen (vgl. ebenda, 148).

3) So Körner (Wesen 1971), 34; ders. (Funktion 1973), 316.

4) vgl. im Ergebnis ebenso: Döllner (Grundsätze 1959), 1217; Klein (Aktiengesetz 1967), 89 f.; Boelke (Bewertungsvorschriften 1970), 50; Husemann (Grundsätze 1970), 33; Christoffers (Grundlagen 1970), 83 f.; Glade (Grundsätze 1971/72), 317; wohl auch Adler/Düring/Schmaltz (Rechnungslegung 1968), § 149, Tz. 18 und Kropff (Kommentar 1973), § 149, Anm. 1, die die GoB in ihrer Rangordnung nach den speziellen Vorschriften des AktG und des HGB erst an 3. Stelle anführen.

Der kurze Abriß zur juristischen Methodenlehre läßt auch Klarheit über das "Wie" der Ermittlung der GoB gewinnen. Das betriebswirtschaftliche Schrifttum zum Problem der Ermittlung der GoB nennt zwei Verfahren: die induktive und die deduktive Ermittlungsmethode.

"Während die induktive Methode die Entstehung der GoB auf das Ordnungsempfinden ehrenwerter Kaufleute in der Buchführungs- und Bilanzierungspraxis zurückführt und folglich von den Gepflogenheiten der Praxis ausgeht, wird bei deduktivem Vorgehen der Versuch unternommen, allein aus Bilanzzwecken geeignete Prinzipien abzuleiten"¹⁾.

Grundlage der Induktion sind also normative Vorstellungen oder tatsächliche Verhaltensweisen der Wirtschaftspraxis, die auf empirischem Wege, z.B. mit statistischen oder demoskopischen Mitteln erhoben werden²⁾. Die induktive Methode der Gewinnung von GoB ist demnach identisch mit den oben vorgestellten Vorformen des Rechts "Handelsbrauch" und "Verkehrsanschauung".

Bei der deduktiven Ermittlung wird vom Sinn und Zweck der Rechnungslegung ausgegangen, aus denen sachlogisch konkrete Bilanzierungsprinzipien abgeleitet werden. Diese Methode deckt sich hinsichtlich ihres teleologischen Schlußverfahrens mit einer weiteren, oben bereits behandelten Vorform des Rechts, nämlich mit dem juristischen Argument aus der "Natur der Sache", die ebenfalls eine Mittel-Zweck-Beziehung unterstellt.

Während bis vor wenigen Jahren der induktiven Ermittlung der GoB der Vorzug gegeben wurde³⁾, ist es für einen Betriebswirt heute schon fast eine "Pflichtübung"⁴⁾, die induktive Ermittlung zu kritisieren und für eine zielorientierte Ableitung

1) Heinen (Handelsbilanzen 1974), 133.

2) vgl. Federmann (Gemeinsamkeiten 1970), 75.

3) vgl. stellvertretend die bei Jacobs (Beitrag 1971), 35 f., Fußn. 63 und 64 genannte Literatur.

4) Schneider (Renaissance 1973), 42.

der GoB einzutreten¹⁾.

Aus der Untersuchung der Rechtsnatur der GoB ist jedoch eindeutig zu ersehen, daß sowohl Handelsbrauch bzw. Verkehrsanschauung als auch die Natur der Sache lediglich Vorformen des Rechts sind, die keiner Prioritätsregel unterliegen.

Bleibt es letztlich dem Richter überlassen, welcher Vorform er sich bei seinem Spruch bedienen will, so können auch die Vertreter der Betriebswirtschaftslehre, gleichgültig ob von ihnen die induktive oder die deduktive Ermittlung der GoB präferiert wird, nicht auf einem einseitigen, die jeweils andere Methode ausschließenden Standpunkt beharren.

"Die communis opinio doctorum ist keine Rechtsquelle. Ob sie von Juristen oder Betriebswirten vertreten wird, macht dabei keinen Unterschied. Wissenschaftliche Lehren können zwar für den Richter ein Erkenntnisgrund sein, niemals aber ein Erkenntnisgrund für etwas als Recht"²⁾.

Unproblematisch sind jene Fälle, in denen induktive und deduktive Ermittlung der GoB zum selben Ergebnis führen. Widersprechen sich jedoch Handelsbrauch bzw. Verkehrsanschauung und Natur der Sache, so lassen sich in der Regel für beide vernünftige Gründe anführen, "so daß eine dem Handelsbrauch folgende Entscheidung ebensowenig willkürlich ist, wie ein dem Handelsbrauch widersprechender, auf die Natur der Sache abhebender Spruch"³⁾. In solchen Konfliktfällen liegt es für den Richter nahe, mit einem gelinden "Sowohl-als-auch" zu entscheiden⁴⁾.

1) Stellvertretend für viele: Döllerer (Grundsätze 1959), 1217 ff.; Adler/Düring/Schmaltz (Rechnungslegung 1968), § 149, Tz. 20; Leffson (Grundsätze 1970), 25 ff., 41 ff.; Husemann (Grundsätze 1970), 6 ff.; Hüttemann (Grundsätze 1970), 2; Boelke (Bewertungsvorschriften 1970), 53 f.; Christoffers (Grundlagen 1970), 87 ff.; Jacobs (Beitrag 1971), 46 ff.; Schäfer (Grundsätze 1971), 1 f.; Biener (Fragen 1972), 6; Kropff (Kommentar 1973), § 149, Anm. 9 ff.; Wöhe (Bilanzierung 1973), 127 f.; Maul (Probleme 1974), 728 ff. Dabei wird jedoch übersehen, daß auch diese Ermittlungsmethode bei bestimmten Bilanzierungsfragen überfordert sein kann, solange nicht abschließend geklärt ist, welche Rechnungslegungszwecke in welcher Rangordnung der Deduktion zugrunde zu legen sind. Durch die Hinwendung von der induktiven zur deduktiven Methode verlagert man sehr oft das Problem lediglich von einer Ebene auf die andere - wie Gadomski richtig bemerkt -, "ohne eine Lösung parat zu haben. Vielmehr erweist es sich, daß die Bilanzzwecke pluralistischer Natur sind und nicht ohne logische Vergewaltigung auf einen Nenner... gebracht werden können" (Investitionen 1974), 216.

2) Kruse (Grundsätze 1970), 102.

3) ebenda, 149.

4) vgl. ebenda, 149.

Es kann deshalb festgehalten werden: GoB können sowohl induktiv als auch deduktiv ermittelt werden; für ein Primat der einen über die andere Methode besteht aufgrund der Rechtsnatur der GoB keinerlei Veranlassung¹⁾.

Insofern wird die folgende empirische Erhebung hinsichtlich der Berichterstattung über die Bewertungs- und Abschreibungsmethoden auch als ein Beitrag zur induktiven Ermittlung von GoB verstanden.

3. Bewertung nach "den für ihr Unternehmen maßgebenden Bestimmungen"

Neben den GoB werden in § 5 Abs. 2 für die Bewertung auch die "für ihr Unternehmen maßgebenden Bestimmungen" genannt.

Hierunter sind zum einen gesetzliche Vorschriften für die einzelnen Rechtsformen gemeint, wobei für Einzelkaufleute und Personenhandels-gesellschaften praktisch nur das HGB sowie (falls Privatbank) das KWG bzw. die Richtlinien des Bundesaufsichtsamts für das Kreditwesen angesprochen sind.

"Zum anderen aber auch die für das einzelne Unternehmen geltenden Bestimmungen der Satzung und des Gesellschaftsvertrags..., wobei letztere allerdings nur beachtlich sein können, wenn sie sich im Rahmen der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung halten"²⁾.

Insofern irrt Wirtz, wenn er meint, daß gesellschaftsvertragliche Vereinbarungen und vertragsmäßig zustandegekommene Gesellschafter-beschlüsse nicht zu den maßgeblichen Bestimmungen gezählt werden können³⁾. Ihnen kann jedoch nur gefolgt werden, soweit sie nicht gegen irgendwelche GoB verstoßen⁴⁾.

1) vgl. im Ergebnis ebenso: Mutze (Wandlung 1969), 62; Federmann (Gemeinsamkeiten 1971), 75; wohl auch Coenenberg, wenn er davon spricht, daß die GoB "im Wechselspiel zwischen der Rechtssprechung, fachkundigen Praktikern und Vertretern der Betriebswirtschaftslehre" ausgefüllt werden (Jahresabschluß 1974), 38.

2) Biener (Fragen 1972), 5.

3) vgl. Wirtz (Anhang 1973), 514.

4) Zu weitgehend Jacob (Bilanzierungsfragen 1965), 230, der die Beachtung der Gesellschaftsverträge geradezu zum Bestandteil der GoB macht.
Die Einhaltung der Gesellschaftsverträge kann deshalb nicht Bestandteil der GoB sein, weil die Gesellschaftsverträge nicht zu den auf S. 82 vorgestellten Formen des Rechts zu zählen sind.

4. GoB und aktienrechtliche Bewertungsgrundsätze - Problem der Bildung stiller Reserven

Nach der Verabschiedung des AktG von 1965 ist ein lebhafter Streit darüber entbrannt, inwieweit die neuen aktienrechtlichen Bewertungsbestimmungen mit den GoB identisch sind. Die detaillierten Bestimmungen des AktG boten sich geradezu an, den unbestimmten Rechtsbegriff "GoB" auszufüllen.

Während hinsichtlich der Obergrenze der Bewertung - höchstens zu (fortgeführten) Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten - Einmütigkeit besteht, wird vor allem die Obereinstimmung der Untergrenze der Bewertung nach AktG und nach GoB bestritten¹⁾.

Aus den bisherigen Ausführungen zu den GoB geht hervor, daß eine Obereinstimmung mit den aktienrechtlichen Bewertungsvorschriften nur bestehen kann, sofern diese Vorschriften für alle Kaufleute gültige Sätze des Gewohnheitsrechts kodifiziert haben. Soweit dies nicht der Fall ist, muß geprüft werden, ob diese Vorschriften allgemeine Handelsbräuche oder Verkehrsanschauungen wiedergeben bzw. Ausdruck der Natur der Sache sind²⁾.

Für den Bereich des PublG hat der Gesetzgeber die Diskussion insofern beendet, als er durch sein Abweichen vom RegE zum PublG, der noch von aktienrechtlichen Bewertungsbestimmungen ausging, deutlich machte, daß zumindest heute noch nicht von einer vollen Obereinstimmung von GoB und aktienrechtlichen Bewertungsbestimmungen ausgegangen werden kann³⁾.

Diese Verhaltensweise beinhaltet sowohl induktive als auch deduktive Elemente: Einerseits sollen in der Praxis stille Reserven im bisherigen Umfang gebildet werden dürfen⁴⁾; andererseits wird aus dem im Vergleich zum PublG nur wenig später veröffentlichten Entwurf eines GmbH-Gesetzes, der explizit eine niedrigere Bewertung als das AktG zuläßt, deutlich, daß die insbesondere wegen des Aktionärsschutzes eingeführten Mindestbewertungsbestimmungen⁵⁾ eine Besonderheit

1) Dies gilt mutatis mutandis auch für die Passivseite.

2) vgl. Kruse (Grundsätze 1970), 195.

3) vgl. ebenso: Forster (Fragen 1972), 472; ders. (Erläuterungen 1973), 705; Kropff (Kommentar 1973), Vorb., Anm. 20; Scherrer (Größenpublizität 1973), 91; a. A. Biener (Fragen 1972), 7.

4) vgl. (Rechtsausschuß/BT-Drucks. zu V/4416), 15.

5) vgl. zu den Zielsetzungen der Aktienrechtsreform: Kropff (Aktien-gesetz 1965), 13 ff., insbesondere 237 ff.

des AktG seien, die nicht auf die Belange der Gesellschaften mit beschränkter Haftung ausgedehnt werden könnten¹⁾. Diese Argumentation ist sicher Anlaß dafür gewesen - wenn dies aus den Gesetzesmaterialien zum PublG auch nicht unmittelbar entnommen werden kann -, die Mindestbewertungsbestimmungen des AktG ebenfalls nicht in das PublG zu übernehmen, sie also nicht als mit den GoB identisch anzusehen. Der Gesetzgeber befindet sich dabei in Obereinstimmung mit der h. M.²⁾.

Vom PublG erfaßte Unternehmen können also - auch bei deduktiver Ableitung der GoB - durch Unterbewertung von Aktiva und Überbewertung von Passiva stille Reserven bilden. Es stellt sich hier allerdings die Frage nach deren möglichem Ausmaß.

Unbestritten können auf jeden Fall stille Reserven³⁾ durch die gesetzlichen Höchstbewertungsvorschriften (sog. Zwangsreserven) entstehen sowie durch die Notwendigkeit, "wegen der Ungewißheit der Zukunft oder der Unübersichtlichkeit der Marktlage"⁴⁾ zahlreiche Bilanzansätze nur unscharf schätzen zu können (sog. Ermessensreserven). Darüber hinausgehende, bewußt gebildete stille Reserven werden als sog. Willkürreserven bezeichnet.

Ohne dieses Problem an dieser Stelle bewußt vertiefen zu wollen, sei festgestellt, daß sich die Bildung stiller Reserven nach PublG auch auf diese dritte Kategorie erstreckt. Eine andere Interpretation ist

1) vgl. Vorbem. zu den §§ 131 bis 134 (GmbH/BR-Drucks. 595/71), 167 f.

2) So z.B. Ablehnung der aktienrechtlichen Mindestwertbestimmungen und lediglich Anerkennung der Höchstwertbestimmungen als GoB bei: Geßler (Probleme 1966), 219; Greiffenhagen (Bedeutung 1966), 145; Klein (Aktiengesetz 1967), 90 f.; Mutze (Behandlung 1967), 169; von Wallis (Grundsätze 1967), Nr. 2, 31; Rodenstock (Bilanzveröffentlichung 1968), 133; Hellner (Publizitätsgesetz 1969), 339; Hasenack (Stellungnahme 1969), 623; Mellerowicz/Bröner (Aktiengesetz 1970), § 149, Anm. 7 f.; Kunze (Publizität 1970), 201; Hueck (Recht 1971), 242; Haase (Bilanzpolitik 1972), 569; Gail (Diskussion 1972), 495; ders. (Rechnungslegung 1973), 378; Wöhe (Bilanzierung 1973), 136; Kropff (Kommentar 1973), Vorb., Anm. 20; Heinen (Handelsbilanzen 1974), 154; IdW (HFA/Entwurf 1974), 528.

Die Meinung, auch die aktienrechtlichen Mindestwertbestimmungen seien GoB, wird u.a. vertreten von: Döllner (Rechnungslegung 1965), 1417; ders. (Gläubigerschutz 1966), 632 f.; Röver (Vorschriften 1966), 103; Risse (Ordnungsmäßigkeit 1966), 789; Saage (Grundsätze 1967), 4; Freericks (Einschränkung 1969), 1616; Bröner (Bilanz 1971), 28; Biener (Fragen 1971), 7.

3) Zur Charakterisierung stiller Reserven vgl. u.a.: Busse von Colbe (Rücklagen 1960), Sp. 4722 ff.; Saage (Reservepolitik 1966), Nr. 3, 71 ff.; Mertens (Rücklagen 1970), Sp. 1536 ff.

4) Busse von Colbe (Rücklagen 1960), Sp. 4725.

nach der Entstehungsgeschichte des PublG nicht möglich. Hätte der Gesetzgeber nur an Zwangs- bzw. Ermessensreserven gedacht, so bliebe sein Abweichen von den aktienrechtlichen Bewertungsbestimmungen unverständlich, sind doch diese Arten von stillen Reserven unbestrittenermaßen mit dem AktG vereinbar¹⁾. Es muß also nach der Intention des Gesetzgebers erheblich mehr an stillen Reserven mit den GoB vereinbar sein, die nur in der Gruppe der sog. Willkürreserven angesiedelt sein können²⁾. Ob deshalb lediglich "eine besonders vorsichtige, mögliche (und nicht nur eingebilddete) Risiken voll berücksichtigende niedrige Bewertung von Aktivposten bzw. umgekehrt von Passivposten"³⁾ mit dem PublG vereinbar ist, mag zumindest bezweifelt werden⁴⁾.

Auf der anderen Seite kann ein "hemmungsloses" Legen von stillen Reserven, ein Heruntergehen auf sog. "Erinnerungsposten" oder sogar ein Weglassen von Aktivposten bzw. ein Einsetzen fiktiver Kreditoren und Rückstellungen⁵⁾ als nicht mehr vereinbar mit den GoB angesehen werden. Sowohl die Wirtschaftspraxis als auch - allerdings in viel strengerem Maße - Vertreter der deduktiven Ermittlung der GoB⁶⁾ sehen eine solche Verhaltensweise in Kollision mit den Grundsätzen einer ordnungsgemäßen Rechnungslegung, wobei bezüglich des Meinungsstandes in der Praxis die folgende Erhebung zumindest Indizien liefern soll, die die hier vorgetragene Behauptung stützen⁷⁾.

1) vgl. Begr. z. RegE des AktG bei Kropff (Aktiengesetz 1965), 238 f.

2) Anders können auch nicht die stillen Reserven im bereits erwähnten Entwurf des GmbH-Gesetzes genannt werden, die lediglich eine Schranke im Vorliegen einer gesellschaftsvertraglichen Fixierung bzw. Ermächtigung haben, wobei aufgrund der Ermächtigung stille Reserven soweit gelegt werden dürfen, daß mindestens noch ein Bilanzgewinn in Höhe von 4 % des Stammkapitals ausgewiesen werden kann, vgl. §§ 132 Abs. 3, 133 Abs. 5 GmbHG-Entwurf. Unverständlich ist dann allerdings der Hinweis, daß trotz dieser eindeutigen Regelung der Bildung stiller Reserven eine absolute Schranke durch die GoB gezogen werde, vgl. Vorb. zu den §§ 131 bis 134 (GmbH/BR-Drucks. 595/71), 168.

3) Forster (Erläuterungen 1973), 707.

4) vgl. im Ergebnis ebenso: Grobe (Kompromiß 1969), Nr. 27, 14; Hasenack (Stellungnahme 1969), 623; Kunze (Publizität 1970), 201; Scherrer (Größenpublizität 1973), 91.

5) vgl. Adler/Düring/Schmaltz (Rechnungslegung 1968), § 149, Tz. 104.

6) vgl. S. 86 Fußn. 1

7) vgl. insbesondere S. 123 f.

Es gilt also festzuhalten:

Die Untergrenze "noch" ordnungsmäßiger Rechnungslegung liegt zwischen den aktienrechtlichen Mindestwertvorschriften und der Abwertung auf bloße "Erinnerungsposten", wodurch auch zwangsläufig höhere Anforderungen an die Wirtschaftsprüfer gestellt werden. Diese Grenze ist notwendigerweise fließend und entzieht sich dadurch einer näheren Konkretisierung. Sie wird dort unterschritten, wo primär die Verschleierung der Vermögens- und Ertragslage zum Zwecke der Täuschung der in Frage kommenden Bilanzadressaten im Vordergrund steht und nicht mehr Aspekte wie z.B. Schaffung von "Polstern" für zukünftige Risiken, Selbstfinanzierung von Betriebsmitteln etc.

Man kann deshalb hinsichtlich der Bewertungsvorschriften nach PublG allenfalls von einem erheblich "entschärften" AktG sprechen. Es wird interessant sein, wie die Praxis diesen Freiraum ausgefüllt hat.

Es ist ein anderes Problem, ob diese Überbetonung der Gläubigerschutzfunktion, und vor allem der dahinter stehenden (impliziten) Annahme des Gesetzgebers, Gläubiger seien am besten durch stille Reserven geschützt, richtig ist. Namhafte Autoren haben überzeugend dargelegt, daß die Bildung und spätere Auflösung stiller Reserven durchaus eine Gefahr für die Gläubiger darstellen können:

"Jede Million stiller statt offener Rücklagen bedeutet eine Erhöhung des Verlustverschleierungspotentials um denselben Betrag. Jede Million stiller statt offener Rücklagen bedeutet lediglich, daß die Gesellschaft in späteren Jahren eine Million Verluste haben kann, ihren Anlagen und Einrichtungen also vielleicht kaum mehr als ein Schrottwert zukommt, ohne daß die Gläubiger davon auch nur das geringste erfahren"¹⁾.

Zwangsläufig treten dadurch die übrigen mit dem PublG verfolgten Ziele in den Hintergrund, insbesondere die in der Begr. z. RegE besonders betonte Informationsfunktion gegenüber der Öffentlichkeit. Schneider macht dies deutlich, wenn er feststellt: "Die Forderung 'Vorsicht, Vorsicht über alles', mit der... stille Reserven begründet

1) Stützel (Aktienrechtsreform 1960), 958. Vgl. u.a. mit weiteren Argumenten: Kalveram (Rechtfertigung 1950), 348 ff.; Busse von Colbe (Rücklagen 1960), Sp. 4729; Flume (Diskussionsbeitrag 1962), 187; Döllerer (Rechnungslegung 1965), 1417; Freericks (Einschränkung 1969), 1614 f.; Mertens (Rücklagen 1970), Sp. 1542 ff.; Heinen (Handelsbilanzen 1974), 283 ff.

werden, ist schließlich lediglich ein Instrument zur Verhinderung der Rechenschaft¹⁾.

Noch eindeutiger kommt dies bei Stützel zum Ausdruck:

Bei einer vergleichenden Studie deutscher Aktienbilanzen kann man nie sicher sein: "Welche Gesellschaft hat sie (st. R., Erg. d.d. Verf.) denn nun wirklich, welche hat sie nicht? ...nicht zu wissen, welcher Unterschied in den stillen Reserven verschiedener Gesellschaften besteht, macht die Bilanzen nahezu wertlos"²⁾.

Man kann diese Mängel zwar bedauern - um so mehr als bei Einzelkaufleuten und Personenhandelsgesellschaften die Bildung und Auflösung stiller Reserven, falls auf die Veröffentlichung einer GuV verzichtet wird, nahezu im Dunkeln liegt. Sie sind jedoch lediglich zu konstatieren; ein Verbot der Legung bewußt geplanter stiller Reserven für die vom PublG betroffenen Unternehmen kann daraus heute jedoch noch nicht abgeleitet werden. Es kann nur darauf vertraut werden, daß sich sowohl in der Wirtschaftspraxis als auch bei zukünftigen gesetzgebenden Organen zunehmend die Erkenntnis durchsetzt, daß "den Interessen der Gesellschafter und Gläubiger mit einer objektiven und willkürfreien Bewertung am besten gedient ist"³⁾ und damit die GoB allmählich eine Konkretisierung im Sinne der aktienrechtlichen Mindestwertvorschriften erfahren.

Solange dies noch nicht der Fall ist, ist auch der Verweis in § 5 Abs. 2 Nr. 6 auf analoge Anwendung des § 26 a Abs. 1 KWG überflüssig, der Aktienbanken für die Forderungen und Wertpapiere des Umlaufvermögens eine niedrigere Bewertung als nach § 155 AktG vorgeschrieben bzw. zugelassen, ermöglicht. Privatbanken können in dem oben beschriebenen Rahmen stille Reserven bilden, ohne an diese spezifischen Voraussetzungen des § 26 a Abs. 1 KWG gebunden zu sein⁴⁾.

1) Schneider (Gewinn 1971), 611.

2) Stützel (Diskussionsbeitrag 1962), 251.

3) Kropff (Kommentar 1973), Vorb., Anm. 20.

4) vgl. ebenso: Hellner (Publizitätsgesetz 1969), 342, der von einem "Redaktionsversehen" spricht. A. A. offenbar Forster (Erläuterungen 1973), 708.

5. Ausgewählte Bilanzierungsprobleme und GoB

Aus den bisherigen Ausführungen, daß die aktienrechtlichen Vorschriften nicht voll inhaltlich mit den GoB identifiziert werden dürfen, kann jedoch nicht der Umkehrschluß gezogen werden, daß eine uneingeschränkte Übernahme der aktienrechtlichen Vorschriften unzulässig sei.

Eine zulässige Bilanzierung bzw. Bewertung nach GoB kann - wie gezeigt - von den aktienrechtlichen Höchstwertvorschriften bis weit unter die aktienrechtlichen Mindestwertvorschriften reichen, schließt deshalb auf jeden Fall auch eine strikt nach AktG vorgenommene Bilanzierung ein¹⁾.

Diese Ansicht kann durch folgendes Argument untermauert werden: Die aktienrechtlichen Vorschriften haben durch ihre detaillierte Kodifizierung ohne Zweifel Leitfunktion bzw. zumindest Modellcharakter auch für andere Rechtsformen²⁾. Ursprünglich wollte der Gesetzgeber diese Vorschriften uneingeschränkt ins PublG übernehmen, hat letztlich aber erheblich "großzügigere" Regeln erlassen.

Aus der ratio legis heraus wird man deshalb selbst die Übernahme solcher aktienrechtlicher Regeln für zulässig halten müssen, die keine GoB darstellen. Dies folgt aus der Anwendung des "argumentum a maiore ad minus", nach dem in einer weitergehenden Regel die weniger weitgehende enthalten ist³⁾. Wenn der Gesetzgeber "sogar" Aktiengesellschaften irgendwelche "Wahlrechte"⁴⁾ einräumt, so wird er dies "erst recht" den vom PublG betroffenen Unternehmen zugestehen wollen.

1) A. A. offenbar Boelke (Bewertungsvorschriften 1970), 97 ff., der zu erheblich strengeren Anforderungen nach GoB im Vergleich zu den aktienrechtlichen Vorschriften kommt. Wendet man die Schlußfolgerungen Boelkes konsequent an, so würde sich die paradoxe Situation ergeben, daß ein vom PublG betroffenes Unternehmen, das voll inhaltlich auf die Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften des AktG zurückgreift, keinen Bestätigungsvermerk erhalten dürfte; vgl. Sprißler (Buchbesprechung 1973), 408.

2) Döllerer (Gläubigerschutz 1966), 632, sieht sogar die Gefahr der Zerteilung des Bewertungsrechts in eine 1. und 2. Klasse.

3) vgl. Larenz (Methodenlehre 1969), 367 f.

4) So z.B. die Beibehaltungswahlrechte nach §§ 154 Abs. 2 letzter Satz, 155 Abs. 4 AktG; von Boelke (Bewertungsvorschriften 1970), 134 f., 164 f. als mit den GoB unvereinbar angesehen. A. A. Forster (Erläuterungen 1973), 708.

Dies soll an einigen konkreten Bilanzierungsproblemen, die insbesondere für die anschließend folgende empirische Erhebung von Bedeutung sind, beispielhaft aufgezeigt werden.

(1) Beachtung des Niederstwertprinzips

"Heutzutage gilt das Niederstwertprinzip...allgemein. Seine allgemeine Geltung beruht...darauf, daß sich eine dahingehende allgemeine Übung gebildet und eine entsprechende Rechtsüberzeugung entwickelt hat. Die allgemeine Geltung des Niederstwertprinzips beruht also auf einem Satz des Gewohnheitsrechts"¹⁾. Das Niederstwertprinzip gilt demnach unstreitig als GoB²⁾. Umstritten ist jedoch, ob neben dem strengen (§ 155 Abs. 2 AktG) auch das gemilderte Niederstwertprinzip (§ 154 Abs. 2, Satz 1, zweiter Halbsatz AktG) als mit den GoB vereinbar gilt³⁾. Die Lösung dieser Frage kann dahingestellt bleiben, da den vom PublG betroffenen Unternehmen zumindest aus den vorstehend beschriebenen "Billigkeitsgründen" auch die Anwendung des gemilderten Niederstwertprinzips erlaubt sein muß.

(2) Wahrnehmung steuerlicher Sonderabschreibungen

Zweck des Jahresabschlusses ist es auch, Grundlage der Besteuerung zu sein. Nach Leffson handelt es sich hier jedoch nur um einen Nebenzweck, aus dem ganz bestimmte Dokumentationsvorschriften fließen, "aber keine besonderen materiellen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung"⁴⁾. Aus dem durchaus legitimen Interesse, Steuern zu sparen bzw. auf künftige Perioden zu verlagern, kann kein Grundsatz abgeleitet werden, der dahin wirken würde, die getreue Rechenschaft zu beschränken⁵⁾. Damit ist - zumindest bei deduktiver Ermittlung⁶⁾ - die Inanspruchnahme steuerlicher Sonderabschreibungen⁷⁾, falls sie zu niedrigeren Wertansätzen führen als nach GoB zugelassen, nicht mit den GoB vereinbar⁸⁾. Hier greift jedoch wieder "argumentum a maiore ad minus" ein: Was den ansonsten in der Grundtendenz ihrer Rechnungslegungsvorschriften viel

1) Kruse (Grundsätze 1970), 195.

2) vgl. z.B. Döllner (Rechnungslegung 1965), 1417; Pougin (Rechnungslegungsvorschriften 1968), 251 f.; Biener (Fragen 1972), 6; Forster (Erläuterungen 1973), 706; Kropff (Kommentar 1973), Vorb., Anm. 19.

3) Bejahend z.B. Kruse (Grundsätze 1970), 195; Biener (Fragen 1972), 6; Forster (Erläuterungen 1973), 706; verneinend Boelke (Bewertungsvorschriften 1970), 131.

4) Leffson (Grundsätze 1970), 70.

5) vgl. ebenda, 71.

6) Daß die Wahrnehmung steuerlicher Sonderabschreibungen höchstwahrscheinlich bereits "guter alter Handelsbrauch" ist, sei hier zumindest vermutet!

7) Im AktG durch §§ 154 Abs. 2, 155 Abs. 3 Nr. 2 ausdrücklich zugelassen.

8) vgl. ebenso: Kronstein/Claussen (Publizität 1960), 107; Leffson (Grundsätze 1970), 70 f.; Boelke (Bewertungsvorschriften 1970), 132; Biener (Fragen 1972), 8.

strenger behandelten Aktiengesellschaften "recht" ist, muß den dem Publizitätsgesetz unterworfenen Gesellschaften "billig" sein. Auch sie können deshalb steuerliche Sonderabschreibungen wahrnehmen¹⁾).

(3) Behandlung immaterieller Anlagewerte

Nach Heinen ist es "gute kaufmännische Bilanzierungspraxis"²⁾, immaterielle Anlagewerte nur dann zu bilanzieren, wenn sie eine Bestätigung durch den Markt erfahren haben, also entgeltlich erworben sind. Dies hat sich auch in § 153 Abs. 3 AktG niedergeschlagen.

Maul³⁾ ist jedoch zuzustimmen, daß bei deduktiver Ableitung der GoB für Einzelkaufleute und Personenhandels- gesellschaften das Aktivierungsverbot für selbsterstellte immaterielle Anlagewerte nicht aufrecht zu erhalten ist. Die gesetzliche Beschränkung des Aktivierungsumfanges auf entgeltlich erworbene Vermögensgegenstände ist sinnvoll für Gesellschaften mit Haftungsbeschränkungen; sie dient der Vorsorge vor mißbräuchlichen Gewinnausschüttungen. "Bei personenbezogenen Unternehmen haftet auch das Privatvermögen der Unternehmer; eine strikte Entnahmebeschränkung über den Bilanzierungsumfang wäre hier ohnehin nicht notwendig"⁴⁾.

Man wird deshalb für die angesprochenen Gesellschaftsformen wegen des Auseinanderfallens von induktiver und deduktiver Ermittlung zumindest ein Aktivierungswahlrecht⁵⁾ auch für selbsterstellte immaterielle Anlagewerte bejahen können⁶⁾.

-
- 1) vgl. ebenso: Leffson (Grundsätze 1970), 71; Boelke (Bewertungsvorschriften 1970), 132; Biener (Fragen 1972), 8; Forster (Erläuterungen 1973), 708.
 - 2) Heinen (Handelsbilanzen 1974), 208. Vgl. ebenso: Kropff (Bilanzwahrheit 1966), 374; Husemann (Grundsätze 1970), 250; Kruse (Grundsätze 1970), 211; Forster (Erläuterungen 1973), 707; Biener (GmbH & Co. KG 1975), 8.
 - 3) vgl. Maul (Probleme 1974), 738 f. Damit wird gleichzeitig die Möglichkeit des Bestehens rechtsformabhängiger GoB angedeutet, vgl. ebenso: Maul (Probleme 1974), 744.
 - 4) ebenda, 739.
 - 5) Hier kommt demnach die von Kruse (Grundsätze 1970), 149, vorgeschlagene Entscheidungsregel bei Divergenzen zwischen induktiver und deduktiver Ermittlung zum Zuge, nämlich ein "Sowohl-als-auch".
 - 6) vgl. im Ergebnis ebenso: Bareis (Reform 1972), 499. Auch im Entwurf für die Europa-AG ist die Aktivierung keineswegs nur auf entgeltlich erworbene Anlagewerte beschränkt, vgl. Forster/Völker (Gegenüberstellung 1973), 27.

III. Berichterstattung über die Bewertungs- und Abschreibungsmethoden einschließlich wesentlicher Änderungen

1. Das gesetzliche Soll der Berichterstattung

a) Problematik der Intensität der Berichterstattung

Die Forderung des § 5 Abs. 2 Nr. 4 d, innerhalb des Anhangs über "die Bewertungs- und Abschreibungsmethoden einschließlich wesentlicher Änderungen" zu berichten, ist ohne Zweifel § 160 Abs. 2 AktG nachgebildet. Dabei ist jedoch bemerkenswert, daß auf den Zusatz des § 160 Abs. 2: "... vollständig anzugeben, wie es zur Vermittlung eines möglichst sicheren Einblicks in die Vermögens- und Ertragslage erforderlich ist", verzichtet wurde. Da dieser Zusatz in der Regel eine Einschränkung der Berichterstattungspflicht bedeutet - er bezieht sich nämlich auf die Ausführlichkeit der Darstellung der Methoden wie auch auf die Möglichkeit, mehrere Bilanzposten in der Darstellung zusammenzufassen sowie unwesentliche Detailangaben wegzulassen²⁾ - müßte die Nichtübernahme dieses Zusatzes logischerweise eine weitergehende Berichterstattung implizieren³⁾. Es ist auf jeden Fall verfehlt, aus dem Weglassen dieses Zusatzes im PublG bereits eine verminderte Berichterstattungsintensität zu folgern⁴⁾.

Berücksichtigt man jedoch die für Einzelkaufleute und Personenhandelsgesellschaften geschaffenen weitgehenden Publizitätserleichterungen, wäre eine gegenüber den Aktiengesellschaften verschärfte

1) vgl. ebenso: Maul (Probleme 1974), 739; offenbar auch Biener (GmbH & Co. KG 1975), 8. Ebenfalls erlaubt ist die Aktivierung eines originären Geschäftswerts im Entwurf der Europa-AG, vgl. Forster/Völker (Gegenüberstellung 1973), 27.

2) vgl. Adler/Düring/Schmaltz (Rechnungslegung 1968), § 160, Tz. 32.

3) vgl. ebenso: Biener (Gesetz 1969), 1099.

4) So Forster (Erläuterungen 1973), 711 und Wirtz (Anhang 1973), 509.

Berichterstattung nicht zu vertreten. Ertner¹⁾ stützt diese Ansicht, wenn er feststellt, daß in einem Gesetz mit geringen Publizitätspflichten allgemein gehaltene Klauseln eng auszulegen seien, während beim AktG, das nach großer Öffentlichkeit strebt, eine weitgefaßte Auslegung erwartet wird. Darauf deutet auch die Entstehungsgeschichte des § 5 Abs. 2 Nr. 4 d hin²⁾.

Insofern kann Forster zwar nicht in der Argumentation, aber im Ergebnis zugestimmt werden, daß die Erläuterungspflicht nicht ganz so weit geht wie im aktienrechtlichen Geschäftsbericht³⁾, sich jedoch in wesentlichen Teilen decken wird.

Im einzelnen werden nach PubLG folgende Anforderungen an die Intensität der Berichterstattung zu stellen sein:

Dem im Rahmen der anerkannten Bilanzierungsgrundsätze verbliebenen Bewertungsspielraum muß die Offenlegung der angewandten Bewertungsmethoden korrespondierend gegenüberstehen⁴⁾. Aus der Erläuterung der Bewertungsmethoden muß eindeutig hervorgehen, welche der nach den GoB zulässigen Methoden angewandt wurden.

"Hierbei sind die Bewertungsmethoden so deutlich darzustellen, daß der Leser ... sich ein Bild von den für die einzelnen Bilanzposten angewandten Bewertungsmethoden machen kann. Werden innerhalb eines Bilanzpostens mehrere Bewertungsmethoden angewandt, so sind Angaben über den relativen Anteil der unterschiedlich bewerteten Vermögensgegenstände erforderlich⁵⁾).

Entsprechendes gilt für die Angaben der Abschreibungsmethoden⁶⁾.

Die Berichterstattung muß zumindest so präzise gehalten sein, daß aus der Erläuterung der Methoden die bei der Bewertung verfolgte Gesamttendenz der bilanzpolitischen Maßnahmen entnommen werden kann⁷⁾.

Abschreibungen auf Zugänge des Berichtsjahres brauchen nicht angegeben zu werden, da eine solche Berichterstattung im Gegensatz zum AktG (§ 160 Abs. 2 Satz 3) nach PubLG nicht explizit gefordert wird.

1) vgl. Ertner (Geschäftsbericht 1968), 42.

2) vgl. bei: Prühs (Rechnungslegung 1969), 376 f.; Biener (Sammlung 1973), 38 f.

3) vgl. Forster (Erläuterungen 1973), 711.

4) vgl. Kronstein/Claussen (Publizität 1960), 117.

5) IdW (Sonderausschuß/Geschäftsbericht 1967), 129.

6) vgl. ebenda, 129.

7) vgl. IdW (Bericht 1970), 86; Kropff (Kommentar 1973), § 160, Anm. 29.

Ebenfalls wird man für den ersten publizitätspflichtigen Jahresabschluß keine Angabe wesentlicher Änderungen von Bewertungs- und Abschreibungsmethoden verlangen können¹⁾, wie es seinerzeit für die erstmalige Rechnungslegung nach dem AktG von 1965 verlangt wurde²⁾.

Während die Aktiengesellschaften schon nach altem Aktiengesetz einer Berichterstattung unterlagen, insofern Angaben über Änderungen durchaus sinnvoll waren, unterliegen vom PublG betroffene Gesellschaften einer erstmaligen Berichterstattungspflicht. Das Beharren auf einer Berichterstattung würde demnach bedeuten, daß über einen Zeitraum berichtet werden müßte, in dem noch keine offizielle Rechnungslegungspflicht bestand.

b) Problematik der analogen Anwendung des § 26 a Abs. 2 KWG

Nach dem Wortlaut des Gesetzes sind auch Privatbankiers dazu verpflichtet, über Bewertungs- und Abschreibungsmethoden zu berichten. Die analoge Anwendung des § 26 a Abs. 2 KWG, der Aktienbanken im Geschäftsbericht von dieser Berichterstattung freistellt, verbietet sich insofern, als der Anhang nach PublG nicht als Geschäftsbericht gilt³⁾.

"Gleichwohl werden seitens des Abschlußprüfers keine Folgerungen zu ziehen sein, wenn ein Kreditinstitut die Angaben zu den Bewertungs- und Abschreibungsmethoden nicht macht"⁴⁾.

Es würde der ratio legis nicht entsprechen, Privatbanken die Anwendung des § 26 a Abs. 2 KWG zu verwehren, während diese Vorschrift GmbH-, AG-, KGaA-Banken offensteht⁵⁾. Hier findet also wiederum "argumentum a maiore ad minus" Anwendung.

1) Zweifelnd Forster (Erläuterungen 1973), 711.

2) vgl. z.B. IdW (Sonderausschuß/Geschäftsbericht 1967), 130; Adler/Düring/Schmaltz (Rechnungslegung 1968), § 160, Tz. 82; a. A. Godin/Wilhelmi (Kommentar 1967), § 160, Anm. 4.

3) vgl. ebenso: Forster (Fragen 1972), 474; Wirtz (Anhang 1973), 525.

4) Forster (Fragen 1972), 474; vgl. ebenso: Hellner (Publizitätsgesetz 1969), 342; Adler/Spröbler (Rechnungslegung 1973), 813.

5) A. A. Schmidt (Gesetz 1972), 34; Wirtz (Anhang 1973), 525.

2. Platz der Berichterstattung

a) Gesetzliche Regelung

Einzelkaufleute und Personenhandelsgesellschaften haben im Rahmen ihres Anhangs (§ 5 Abs. 2 Nr. 4 d) über Bewertungs- und Abschreibungsmethoden zu berichten. Sie sind davon befreit, wenn sie eine GuV veröffentlichen.

Dennoch kann es vorkommen, daß Unternehmen mit Anhang auch im Rahmen eines freiwillig erstellten Erläuterungsberichts auf Bewertungsfragen eingehen und daß Unternehmen trotz exkulpierender GuV über Bewertungs- und Abschreibungsmethoden berichten.

Aus diesem Grunde ist es zweckmäßig, den Platz der Berichterstattung über die Abschreibungs- und Bewertungsmethoden näher zu lokalisieren.

b) Empirischer Befund

Tob. 19: Platz der Berichterstattung über Bewertungs- und Abschreibungsmethoden

	Nichtbanken		Banken		Gesamt	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%
A. Unternehmen mit Anhang:						
1. Berichten lediglich im Anhang	20	71,4	1	5,5	21	46,7
2. Berichten sowohl im Anhang als auch im Rahmen eines freiwilligen Erläuterungsberichts	2	7,1	-	-	2	4,5
3. Berichten nur im Rahmen eines freiwilligen Erläuterungsberichts	-	-	6	35,3	6	13,3
4. Berichten überhaupt nicht	-	-	9	52,5	9	20,0
B. Unternehmen mit GuV:						
1. Berichten im Rahmen eines freiwilligen Erläuterungsberichts auch über Bewertungs- und Abschreibungsmethoden	5	17,9	1	5,9	6	13,3
2. Berichten nicht über Bewertungs- und Abschreibungsmethoden	1	3,6	-	-	1	2,2
	28	100,0	17	100,0	45	100,0

Tab. 19 gibt Antwort auf diese Frage, allerdings ohne an dieser Stelle schon etwas über Quantität bzw. Qualität dieser Berichterstattung auszusagen.

Auffallend ist, daß sechs von sieben Unternehmen, die ihre positive Einstellung zur Publizität bereits durch Veröffentlichung einer GuV dokumentieren, darüber hinaus freiwillig über Bewertungsfragen berichten.

Dagegen berichten 53 % der Banken (A. 4.) überhaupt nicht über Bewertungsfragen, obwohl sie nur einen Anhang zur Jahresbilanz veröffentlichen. Wie bereits festgestellt, ist dies zwar nicht direkt dem PubtG zu entnehmen, kann aber in analoger Anwendung des § 26 a Abs. 2 KWG als mit dem Gesetz vereinbar angesehen werden.

3. Zur Auswahl der empirisch erfaßten Berichterstattungstatbestände

a) Operationalisierungsprobleme

Der deskriptive Teil des gewählten Forschungsansatzes verlangt es, daß grundsätzlich alle im Zusammenhang mit dem Jahresabschluß erfolgten Erläuterungen erhoben werden.

Ein weiteres wesentliches Ziel der Arbeit besteht jedoch darin, letztlich ein Gesamturteil über die "Qualität der Gesetzeseinhaltung" in bezug auf die gesetzlich geforderten Berichterstattungspflichten ebenso wie ein Gesamturteil über eine etwa bestehende "Publizitätsfreudigkeit" zu fällen; letztere kann dabei "nur im Bereich der freiwilligen Publizität zum Ausdruck kommen und an den Informationen gemessen werden, die ein Unternehmen über die vom Gesetzgeber vorgeschriebenen Pflichtfeststellungen hinaus gibt"¹⁾.

Aus diesem Grunde sollen diejenigen Berichterstattungstatbestände, die unmittelbar in diese Gesamturteile eingehen, intensiv dargestellt und kommentiert werden. Die übrigen Tatbestände, die aus im folgenden darzustellenden Gründen nicht Eingang in die Gesamturteile finden, werden dagegen im Rahmen eines Anhanges zu dieser Arbeit vorgestellt²⁾, so daß insgesamt gesehen alle Erläuterungen zum Jahresabschluß erfaßt worden sind.

1) Havermann (Publizitätsfreudigkeit 1963), 198; vgl. ebenso: Loitlsberger (Publizität 1963), 272.

2) vgl. Anhang, S. 178 ff.

Es gilt nun, Kriterien dafür zu finden, welche Berichterstattungs-
tatbestände in den Gesamturteilen Berücksichtigung finden sollen.

Grundsätzlich handelt es sich bei diesen Urteilen über die Qualität
der Gesetzeseinhaltung¹⁾ bzw. der Publizitätsfreudigkeit um latente
Variable, "die man nicht direkt beobachten kann"²⁾.

Dennoch muß dieses begriffliche Konstrukt "Gesamturteil" irgendwie
"greifbar"³⁾ gemacht werden, um es empirisch abprüfen zu können.

Dies geschieht auf dem Wege der Operationalisierung, die "die theo-
retische Ebene mit der Beobachtungsebene verbindet"⁴⁾; d.h. der Be-
griff "Gesamturteil" wird in "Forschungsoperationen" übersetzt⁵⁾,
oder es werden, wie man auch sagt, geeignete "Indikatoren" festge-
legt⁶⁾.

"Ziel einer Operationalisierung ist, den Begriffen einer Wissenschaft
größere Präzision zu geben, sie somit empirisch gehaltvoller zu
machen"⁷⁾.

Solche Operationalisierungsvorgänge sind naturgemäß mit erheblichen
Problemen verbunden: "... gerade sie sind es, die die größten
Schwierigkeiten aufwerfen"⁸⁾.

Daraus wiederum ergibt sich zwangsläufig, daß das Festlegen von
Indikatoren - dieses "Farbe-Bekennen-Müssen" - für kritische Argu-
mente sehr anfällig ist. Schanz ist jedoch zuzustimmen, wenn er
feststellt, daß es keiner besonderen Betonung bedarf, "daß diese
Art der Anfälligkeit als essentielle wissenschaftliche Tugend zu
betrachten ist"⁹⁾.

1) Wenn im folgenden abkürzend immer nur von "Gesetzeseinhaltung"
gesprochen wird, so ist darunter lediglich der gesetzlich vor-
geschriebene Bereich der Berichterstattung zu verstehen.

2) Kriz (Statistik 1973), 35: den Gegensatz dazu bilden die sog.
"manifesten Variablen", die man empirisch beobachten kann.

3) Mayntz/Holm/Hübner (Einführung 1972), 19.

4) Friedrichs (Methoden 1973), 77.

5) ebenda, 77.

6) vgl. Opp (Methodologie 1970), 130; vgl. im übrigen zur Proble-
matik der Operationalisierung: Mayntz/Holm/Hübner (Einführung
1972), 18; Hartmann (Sozialforschung 1972), 74; Witte (Forschung
1974), Sp. 1271.

7) Friedrichs (Methoden 1973), 78.

8) Schanz (Empirismus 1975), 329.

9) ebenda, 312.

Es gilt jedoch im folgenden sehr genau, Art und Grenzen der "Korrespondenzregeln"¹⁾ (Indikatoren) zwischen theoretischem Begriff "Gesamturteil" und empirischem Datenmaterial anzugeben, um die erzielten Ergebnisse für jedermann nachvollziehbar zu machen, zumal der Wert dieser Ergebnisse entscheidend von der Auswahl der einzubeziehenden Indikatoren abhängt.

b) Die Indikatorensysteme

An generellen Anforderungen haben die auszuwählenden Indikatoren den Grundsätzen der Validität und der Reliabilität²⁾ zu genügen.

Ein Indikator ist dann valide, wenn das gemessen wird, was gemessen werden sollte³⁾. Die Validität hängt also entscheidend davon ab, ob die manifesten, empirisch beobachtbaren Merkmale die latenten Variablen - hier die Gesamturteile über Berichterstattungsqualitäten - möglichst isomorph abbilden.

Ein Indikator ist reliabel in dem Maße, "in dem seine wiederholte Anwendung - auch von verschiedenen Forschern - unter den gleichen Bedingungen die gleichen Ergebnisse bringt"⁴⁾.

Neben diesen generellen Anforderungen haben die auszuwählenden Indikatoren im Rahmen der hier interessierenden Fragestellung noch spezifischen Anforderungen zu genügen, die als Grundsätze der Materiality, der Nachprüfbarkeit und der Generalisierbarkeit bezeichnet werden sollen. Sowohl die generellen als auch die spezifischen Anforderungen erfüllen die folgenden Indikatoren (ausgenommen der Grundsatz der Generalisierbarkeit bei der Publizitätsfreudigkeit), wobei anschließend anhand der Darstellung der spezifischen Anforderungen eine Begründung für die Auswahl gerade dieser Tatbestände zu erfolgen hat.

1) Friedrichs (Methoden 1973), 77.

2) vgl. zu diesen Grundsätzen u.a.: Scheuch (Analyse 1967), 375 f.; Opp (Methodologie 1970), 148 ff.; Hartmann (Sozialforschung 1972), 110 ff.; Mayntz/Holm/Hübner (Einführung 1972), 22 f.; Friedrichs (Methoden 1973), 100 ff.; Witte (Forschung 1974), Sp. 1270.

3) vgl. Friedrichs (Methoden 1973), 100.

4) Mayntz/Holm/Hübner (Einführung 1972), 23.

(1) Gesamturteil über die Gesetzeseinhaltung in bezug auf
berichterstattungspflichtige Tatbestände:

Indikatoren:

- A. Berichterstattung über die planmäßigen Abschreibungen
- B. Berichterstattung über die bei der Bewertung der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe angewandten Methoden
- C. Berichterstattung über die Zusammensetzung der Herstellungskosten der fertigen und der unfertigen Erzeugnisse
- D. Berichterstattung über den Deckungsgrad der Pensionsrückstellungen

(2) Gesamturteil über die Publizitätsfreudigkeit

Indikatoren:

- A. Angabe von Vorjahreszahlen
- B. Globalangabe der angewandten Bewertungskonzeption
- C. Veröffentlichung einer Gewinn- und Verlustrechnung
- D. Veröffentlichung eines Jahresabschlusses vor Gewinnverwendung

b1) Kriterien der Indikatorenauswahl der Gesetzeseinhaltung

b11) Grundsatz der Materiality

Es gibt bekanntermaßen wichtige und weniger wichtige Berichterstattungstatbestände. Es leuchtet unmittelbar ein, daß eine Berichterstattung über den großen Bereich der planmäßigen Abschreibungen für Außenstehende in der Regel wichtiger ist als eine Berichterstattung über die Behandlung geringwertiger Wirtschaftsgüter. Die "Materiality" eines Tatbestandes, im Deutschen vielleicht noch am besten mit "Wesentlichkeit" zu übersetzen¹⁾, hängt zunächst sicher von der quantitativen Bedeutung des jeweiligen Tatbestandes ab, über den nähere Erläuterungen zu geben sind. Ob jedoch ein Berichterstattungstatbestand wesentlich ist, wird entscheidend von den diese Informationen benützenden Bilanzadressaten, also letztlich von deren Zielsystem bestimmt²⁾.

1) vgl. ebenso: Leffson (Grundsätze 1970), 58; Lück (Materiality 1975), 13.

2) vgl. zur Präzisierung des Grundsatzes der "Materiality": Neumann (Auditing 1968), 3 f.; Copeland/Fredericks (Extent 1968), 108 ff.; Leffson (Grundsätze 1970), 58 ff.; Siegel/Lebensbaum (Concept 1975), 233 ff.; Lück (Materiality 1975), 13 f.

Da hierüber nur eine umfassende empirische Untersuchung über die Informationsbedürfnisse bzw. Informationswünsche von Bilanzadressaten Aufschluß geben könnte, muß im folgenden mit plausiblen Annahmen gearbeitet bzw. auf zu diesem Fragenkomplex veröffentlichte empirische Arbeiten zurückgegriffen werden, soweit solche bereits vorhanden sind.

Frishkoff¹⁾ hat dieses Dilemma überzeugend beschrieben:

"Our inability to identify the users of a particular firm's financial statements, or the level of knowledge among them to which we want to address reports are both serious weakness in determining materiality".

Unter Berücksichtigung der angedeuteten Schwierigkeiten erscheint es plausibel, die oben angeführten Berichterstattungstatbestände für ein Gesamturteil über die Gesetzeseinhaltung als wesentlich zu betrachten:

- (1) Die davon betroffenen Bilanzposten "planmäßig abschreibbare Vermögensgegenstände, Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, fertige und unfertige Erzeugnisse, Pensionsrückstellungen" haben in der Regel quantitativ gesehen eine große Bedeutung, so daß die Beurteilung des gesamten Jahresabschlusses entscheidend vom Wissen über diese ausgewählten Tatbestände geprägt wird.
- (2) Gerade bei diesen ausgewählten Indikatoren bestehen bei der Bewertung erhebliche Methodenwahlrechte²⁾, ohne deren Kenntnis Außenstehende nicht in der Lage sind, zu einem einigermaßen zuverlässigen Einblick in die Vermögens- und Ertragslage zu kommen.
- (3) Die vorliegende Auswahl von Indikatoren wird durch umfangreiche amerikanische Untersuchungen gestützt, in denen insbesondere die Berichterstattung über "inventory accounting methods" und "depreciation calculation methods" hohe Rang-

1) Frishkoff (Investigation 1970), 117.

2) Nach Seemann ziehen solche Bewertungswahlrechte einen "variablen Publizierungsinhalt" nach sich, vgl. (Befolgung 1970), 21.

plätze einnehmen¹⁾. Diese Ergebnisse dürften auch auf deutsche Verhältnisse übertragbar sein.

Ober die Bedeutung der Berichterstattung für die jeweiligen Bilanzadressaten in bezug auf Pensionsrückstellungen gibt es keine Erhebungen²⁾. Eine repräsentative Untersuchung von Krämer³⁾ macht jedoch zumindest deren quantitative Bedeutung deutlich: Danach betrugen für das untersuchte Jahr 1968 die Pensionsrückstellungen im Durchschnitt ca. 25 % des jeweiligen Eigenkapitals.

b12) Grundsatz der Nachprüfbarkeit

Um als valider Indikator gelten zu können, muß eindeutig nachzuvollziehen sein, ob ein bestimmter Tatbestand überhaupt gegeben war und darüber hätte berichtet werden müssen.

Insofern scheidet von vornherein die Berichterstattung über außerplanmäßige Abschreibungen aus, die wegen ihrer "aperiodischen Ereigniseinwirkungen"⁴⁾ sicher sehr wichtig für eine zutreffende Beurteilung eines Jahresabschlusses sind, deren eventuelle Vornahme in den Fällen, wo keine Berichterstattung erfolgt, jedoch für Außenstehende nicht nachprüfbar ist.

Wie einige Untersuchungen inzwischen zeigten⁵⁾, ist auch der Bestäti-

1) Bei den nachfolgend angeführten Beispielen bedeuten die höchsten Rangplätze gleichzeitig die höchsten "Wesentlichkeitsgrade": z.B. bei Singhvi/Desai (Analysis 1971), 138: jeweils Rang 3 auf einer 1 - 4-Skala, wobei sie zu ihrer Zuordnung kommen durch: "... a study of the investment decision process, a review of the literature on how the decision should be made, interviews with security analysts, and an examination of analysts' reports" (130);

bei Chandra (Study 1974), 738: auf einer 1 - 5-Skala Rang 4,408 bzw. 4,393, wobei er zu dieser Zuordnung durch Befragung von "Public Accountants" bzw. "Security analysts" kommt (735);

bei Buzby (Disclosure 1974), 431: Rangziffer 3,64 bzw. 3,71 auf einer 0 - 4-Skala, wobei diese Rangliste durch Befragung von "Professional financial analysts" entstand (427).

2) Bei Buzby (Disclosure 1974), 431, hat der Berichterstattungstatbestand "pension plans" die (Unwichtigkeit andeutende) Rangziffer 2,83. Dieser Berichterstattungstatbestand ist jedoch mit der in Deutschland üblichen Berichterstattung über Pensionsrückstellungen nur bedingt vergleichbar.

3) vgl. Krämer (Pensionsrückstellungen 1971), 12.

4) Seemann (Befolgung 1970), 98.

5) vgl. z.B. v. Wysocki (Konzernrechnungslegung 1969), ders. (Jahre 1970), 97 ff., 124 ff.; v. Wysocki et al. (Berichterstattung 1971), 308 ff.

gungsvermerk des Wirtschaftsprüfers keine Garantie dafür, daß in den Fällen, in denen ein berichterstattungspflichtiger Tatbestand vorliegt, auch berichtet wird.

Diese Tatsache übersieht Seemann in seiner Untersuchung offenbar, da er u.a. an der Berichterstattung über außerplanmäßige Abschreibungen die Gesetzesbefolgung abprüft und dabei in den Fällen, in denen nicht berichtet wird, unterstellt, daß auch keine außerplanmäßigen Abschreibungen vorgenommen wurden¹⁾.

Allerdings ist dagegen die Annahme plausibel, davon auszugehen, daß dort, wo Erläuterungen vorgenommen werden, diese "wahrheitsgemäß", also nicht auf eine bewußte Täuschung angelegt sind und insofern der Sanktionsmechanismus "Wirtschaftsprüfer" greift.

Bei sämtlichen vier Indikatoren der Gesetzes Einhaltung ist der Grundsatz der Nachprüfbarkeit erfüllt; der der Berichterstattung jeweils zugrunde liegende bilanzielle Tatbestand kann zweifelsfrei aus den betreffenden Jahresabschlüssen ersehen werden.

b13) Grundsatz der Generalisierbarkeit

Die auszuwählenden Indikatoren sollen auch Grundlage der abschließenden Einflußfaktorenbestimmung zum Publizitätsverhalten sein. Dabei stellt sich zwangsläufig die Frage nach dem "Raum-Zeit-Bezug" der Aussagen - also die Frage der Generalisierbarkeit der Ergebnisse. Deshalb sollten zweckmäßigerweise solche Tatbestände im Vordergrund stehen, die bereits für andere publizitätspflichtige Unternehmen erfaßt worden sind. Eine solche Untersuchung liegt für Aktiengesellschaften von v. Wysocki et al.²⁾ vor. Diese Autoren haben ebenfalls die vorgestellten Indikatoren untersucht; ein statistischer Vergleich mit deren Ergebnissen bildet den Prüfstein für das Ausmaß der Generalisierbarkeit der zu treffenden Aussagen.

Da sich diese Autoren im wesentlichen auf die erwähnten Indikatoren beschränken, müssen andere, unter Berücksichtigung der Grundsätze der Materiality und der Nachprüfbarkeit denkbare Indikatoren wie z.B. Einhaltung der vorgeschriebenen Gliederungsschemata, Vollständigkeit und Richtigkeit des Anhangs etc. zweckmäßigerweise ausscheiden.

1) vgl. Seemann (Befolgung 1970), 166.

2) vgl. v. Wysocki et al. (Berichterstattung 1971), 308 ff.

b2) Kriterien der Indikatorenauswahl der Publizitätsfreudigkeit

Entscheidend für die Indikatorenauswahl der Publizitätsfreudigkeit sind die Grundsätze der Materiality und der Nachprüfbarkeit. Der Grundsatz der Generalisierbarkeit kann hier nicht zum Zuge kommen, da für den Bereich der Publizitätsfreudigkeit geeignete "Kontroll-erhebungen", wie sie für den Bereich der Gesetzesbefolgung vorhanden sind, nicht vorliegen. Der Verallgemeinerung der Ergebnisse dieses Bereichs sind deshalb von vornherein engere Grenzen gesetzt.

b21) Grundsatz der Materiality

Die grundsätzlichen Probleme sind identisch mit den bereits oben dargestellten¹⁾; insofern kann hierauf verwiesen werden.

Die Einbeziehung von Vergleichszahlen in das Gesamturteil zur Publizitätsfreudigkeit kann damit begründet werden, daß der Einblick in die Vermögenslage und in die finanziellen Verhältnisse wesentlich erleichtert wird, wenn ein Vergleich mit dem Vorjahr erfolgt²⁾.

"Es sollte daher zum Mindeststandard ... gehören, der Jahresbilanz die Vergleichszahlen des Vorjahres beizugeben"³⁾. Wer nämlich eine Bilanz liest, "sucht unwillkürlich nach Vergleichsmaterial"⁴⁾.

Moxter⁵⁾ sieht geradezu eine Verpflichtung zur Angabe solcher Vorjahreszahlen:

"Die Bedeutung sehr vieler Einzelangaben im Jahresabschluß wird ..erst klar, wenn man sie mit den Vorjahreszahlen vergleicht: Eine Analyse von Jahresabschlußzahlen ohne Heranziehung der Vorjahreswerte ist ausgesprochen gefährlich."

Unabhängig von dem Streit, ob zur Angabe von Vergleichszahlen aufgrund der Grundsätze getreuer Rechenschaftslegung bereits eine Verpflichtung besteht⁶⁾, kann eine solche bei der erstmaligen Rechnungs-

1) vgl. S. 103 f.

2) In der Untersuchung von Singhvi/Desai (Analysis 1971), 138, nimmt die Angabe von Vergleichszahlen auf einer 1 - 4-Skala mit 4 den höchsten Rang ein, ebenso bei Choi (Disclosure 1973), 171.

3) Karoli (Publizität 1969), 213.

4) Berndsen (Erkenntniswert 1970), 139.

5) Moxter (Bilanzlehre 1974), 474.

6) Bejahend offenbar Moxter (Bilanzlehre 1974), 474 f.; a. A. Adler/Düring/Schmaltz (Rechnungslegung 1968), § 149, Tz. 24; Claussen (in Kölner Kommentar zum AktG 1971), § 149, Anm. 4.

legung auf keinen Fall angenommen werden. Es handelt sich also bei der Angabe von Vergleichszahlen um einen Akt freiwilliger Berichterstattung.

Wie dargestellt wurde¹⁾, bietet die Bewertung nach den GoB einen relativ großen Bewertungsspielraum. Die Globalangabe einer bekannten Bewertungskonzeption, wie z.B. der Hinweis, daß grundsätzlich nach aktienrechtlichen oder steuerrechtlichen Grundsätzen bewertet wurde, schränkt diesen Spielraum für Außenstehende erkennbar ein. Im gleichen Maße steigt für externe Bilanzadressaten der Sicherheitsgrad ihres Informationsstandes, da ihnen - relativ gesehen - präzisere Informationen zufließen im Vergleich zu allgemeinen Hinweisen auf GoB.

Dem könnte entgegengehalten werden, daß Unternehmen, die einen Anhang veröffentlichen, gem. § 5 Abs. 2 Nr. 4 d verpflichtet sind, im einzelnen die angewandten Abschreibungs- und Bewertungsmethoden zu präzisieren, die "Globalangabe einer Bewertungskonzeption" also weder einen Akt der Freiwilligkeit darstellt noch genauere Informationen bietet.

Wie jedoch bisherige empirische Untersuchungen gezeigt haben²⁾, wird keinesfalls umfassend über alle angewandten Abschreibungs- und Bewertungsmethoden berichtet. Ein dadurch entstehender Dunkelbereich wird deshalb durch den Globalhinweis auf eine bekannte Bewertungskonzeption abgedeckt oder zumindest etwas "erhell't". Des weiteren kann bei voller Ausnutzung des durch die GoB gegebenen Bewertungsspielraums ein erheblich größeres Potential an stillen Reserven entstehen als z.B. bei Anwendung der aktienrechtlichen Bewertungsvorschriften, deren Auflösung auch bei umfassender Darstellung der Abschreibungs- und Bewertungsmethoden nahezu unerkennbar bliebe, da hierüber nicht berichtet werden müßte. Der Globalhinweis auf das AktG zeigt deshalb einem Außenstehenden an, daß bei der betreffenden Unternehmung von vornherein kein so großes "Verlustverschleiерungspotential"³⁾ entstehen kann wie nach den GoB.

1) vgl. S. 88 ff.

2) vgl. z.B. v. Wysocki (Konzernrechnungslegung 1969), 93 ff.; Castan (Erläuterung 1969), 318; v. Wysocki (Jahre 1970), 15 f.; v. Wysocki et al. (Berichterstattung 1971), 334.

3) Stützel (Diskussionsbeitrag 1962), 249.

Es handelt sich deshalb bei dem Hinweis auf eine bekannte Bewertungskonzeption um eine für die Beurteilung von Jahresabschlüssen wertvolle, freiwillig abgegebene Berichterstattung. Dies trifft im übrigen unstreitig auf jene Unternehmen mit veröffentlichter GuV sowie Privatbanken zu, die sich beide bei der Frage der Publizitätsfreudigkeit ebenfalls bewähren können, jedoch von einer Berichterstattung über Abschreibungs- und Bewertungsmethoden befreit sind.

Was die beiden verbleibenden Indikatoren der Publizitätsfreudigkeit angeht - Veröffentlichung einer GuV anstatt eines Anhangs, freiwillige Veröffentlichung eines Jahresabschlusses vor Gewinnverwendung -, bedarf es keiner großen Begründung, daß es sich bei beiden Tatbeständen um wesentliche zusätzliche Informationen handelt. Trotzdem sei auf die an anderer Stelle¹⁾ gemachten Ausführungen verwiesen, die zur näheren Begründung herangezogen werden können.

b22) Grundsatz der Nachprüfbarkeit

Hier ergeben sich gegenüber der Gesetzeseinhaltung keine neuen Probleme: Sämtliche Indikatoren zur Publizitätsfreudigkeit sind in dem dort definierten Sinne²⁾ eindeutig nachprüfbar.

4. Die Indikatoren im einzelnen

a) Die Indikatoren der Gesetzeseinhaltung

Da in diesem Abschnitt die ausgewählten Indikatoren der Gesetzeseinhaltung einer näheren Betrachtung unterzogen werden, müssen die von der Untersuchung betroffenen Privatbanken zweckmäßigerweise davon ausgenommen werden. Wie bereits dargestellt, sind diese von einer Berichterstattung über Abschreibungs- und Bewertungsmethoden befreit. Berichten Privatbanken trotzdem über diese Tatbestände, so handelt es sich um eine freiwillige Berichterstattung. Eine undifferenzierte Betrachtung von Banken und Nichtbanken würde deshalb wegen der ungleichen Berichterstattungsbasis zu wenig aussagekräftigen Ergeb-

1) vgl. S. 77 f.

2) vgl. S. 105 f.

nissen führen¹⁾. Um trotzdem ein vollständiges Bild über den Grad der Berichterstattung - auch im Bankensektor - zu erreichen, werden in den folgenden Tabellen Banken und Nichtbanken getrennt dargestellt. Dabei muß jedoch immer beachtet werden, daß es sich bei der Berichterstattung von Banken um eine freiwillige handelt; sie befolgen das Gesetz auch dann, wenn sie nicht berichten.

a1) Berichterstattung über die planmäßigen Abschreibungen

a11) Gesetzliche Regelung

Aus der Erläuterung der Abschreibungsmethoden muß eindeutig hervorgehen, welche der nach dem Gesetz zulässigen Methoden angewandt wurden²⁾. "Auf keinen Fall ist eine lapidare Angabe dahingehend ausreichend, daß alle möglichen und zugelassenen Methoden angewandt worden sind"³⁾.

Die Abschreibungsmethoden sind zumindest hinsichtlich der einzelnen Anlagegruppen deutlich darzustellen⁴⁾.

Allerdings genügt es grundsätzlich nicht, lediglich Abschreibungsmethode und Abschreibungsgegenstand anzugeben, "sondern es muß auch eine Präzisierung in bezug auf die Abschreibungshöhe erfolgen"⁵⁾.

Eine ausreichende Berichterstattung setzt sich deshalb zwangsläufig aus ausreichenden Teilberichterstattungen über Methode und Höhe zusammen.

Eine solche Präzisierung kann zum einen bei linearer Abschreibung durch Angabe der planmäßigen Nutzungsdauer oder durch Angabe eines

1) vgl. ebenso: Havermann (Publizitätsfreudigkeit 1963), 201.

2) vgl. IdW (Sonderausschuß/Geschäftsbericht 1967), 129; vgl. im übrigen zur Intensität der Berichterstattung über planmäßige Abschreibungen: Forster (Pflichten 1965), 595 f.; Adler/Düring/Schmaltz (Rechnungslegung 1968), § 160, Tz. 32 f.; IdW (Bericht 1970), 86; Claussen (in Kölner Kommentar zum AktG 1971), § 160, Anm. 21; Kropff (Kommentar 1973), § 160, Anm. 34 ff.

3) Adler/Düring/Schmaltz (Rechnungslegung 1968), § 160, Tz. 32.

4) vgl. Goerdeler (Geschäftsbericht 1966), 117; Claussen (in Kölner Kommentar zum AktG 1971), § 160, Anm. 21.

5) v. Wysocki et al. (Berichterstattung 1971), 315; vgl. ebenso: Goerdeler (Geschäftsbericht 1966), 117; Adler/Düring/Schmaltz (Rechnungslegung 1968), § 160, Tz. 33; Claussen (in Kölner Kommentar zum AktG 1971), § 160, Anm. 21. A. A. Mellerowicz/Brönner (Aktiengesetz 1970), § 160, Anm. 16.

Abschreibungssatzes erfolgen; bei degressiver Abschreibung dürfte dagegen die Angabe der Nutzungsdauer nicht ausreichen¹⁾. Ausreichend ist jedoch auf jeden Fall, wenn die Höhe durch Hinweise auf branchenübliche Abschreibungssätze bzw. steuerliche Abschreibungstabellen oder Richtsatzsammlungen umschrieben wird²⁾, "soweit diese dem Berichtsleser zugänglich sind und eine eindeutige Bestimmung der Abschreibungshöhe ... gestatten"³⁾.

Ebenfalls eine hinreichende Berichterstattung kann es sein, wenn bei der Darstellung der Abschreibungsmethoden auf steuerliche Höchstsätze verwiesen wird. Allerdings muß der Hinweis dann so gestaltet sein, "daß gerade die steuerlich mindestens anzusetzenden Werte, die steuerlich höchstens anerkannten Abschreibungen, nicht mehr und nicht weniger, angesetzt worden sind"⁴⁾ (hervorgehobene Stellen im Original kursiv, Anm. des Verf.).

a12) Empirischer Befund

Wie die Ergebnisse der Tab. 20 (S.112) zeigen, finden sich bei 18 Nichtbanken (B. 1.: 64,3 %) Hinweise, daß linear bzw. degressiv abgeschrieben wurde. Allerdings gibt es - ebenso wie in der Untersuchung von v. Wysocki et al.⁵⁾ - kaum Fälle mit eingehender Berichterstattung über die bei den einzelnen Positionen des Sachanlagevermögens angewandten Abschreibungsmethoden. Es werden praktisch nur globale Hinweise auf die beiden erwähnten Methoden gegeben: allenfalls noch der Hinweis, daß beide Methoden nebeneinander zur Anwendung gelangten.

Der Anteil der Gesellschaften, die ohne plausiblen Grund auf die Angabe von Abschreibungsmethoden verzichteten, liegt bei 21,4 % (B. 3.).

1) vgl. v. Wysocki et al. (Berichterstattung 1971), 315.

2) vgl. Goerdeler (Geschäftsbericht 1966), 117; Adler/Düring/Schmaltz (Rechnungslegung 1968), § 160, Tz. 33; v. Wysocki et al. (Berichterstattung 1971), 315.

3) v. Wysocki et al. (Berichterstattung 1971), 315.

4) Kropff (Kommentar 1973), § 160, Anm. 34. Vgl. ebenso: Forster (Pflichten 1965), 596; Goerdeler (Geschäftsbericht 1966), 117; Castan (Erläuterung 1969), 270; IdW (Bericht 1970), 86; v. Wysocki et al. (Berichterstattung 1971), 315.

5) vgl. v. Wysocki et al. (Berichterstattung 1971), 314.

Tab. 20: Berichterstattung über die planmäßigen Abschreibungen

	Wichthanken		Banken		Gesamt	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%
<u>A. Gegenstand und Umfang der Berichterstattung</u>						
1. Es wird über alle Vermögensgegenstände berichtet, deren Nutzungsdauer zeitlich begrenzt ist	23	32,2	1	5,2	24	53,3
2. Es wird ohne Angabe von Gründen nur teilweise über solche Vermögensgegenstände berichtet	-	-	-	-	-	-
3. Planmäßige Abschreibungen werden erwähnt, aber keine Angaben über Höhe und Methode	2	7,1	1	5,9	3	6,7
4. Keine Berichterstattung über planmäßige Abschreibungen ohne Angabe von Gründen	1	3,6	14	82,3	15	33,3
5. Keine Berichterstattung: Veröffentlichung einer GuV *)	2	7,1	1	5,9	3	6,7
	28	100,0	17	100,0	45	100,0
<u>B. Berichterstattung über Abschreibungsmethoden</u>						
1. Hinweise auf lineare und/oder degressive Abschreibung (auch teilweise)	18	64,3	1	5,9	19	42,2 1)
2. Hinweise auf sonstige Abschreibungsmethoden	-	-	-	-	-	-
3. Kein Hinweis auf Abschreibungsmethoden ohne Angabe von Gründen	6	21,4	15	83,2	21	46,7
4. Kein Hinweis auf Abschreibungsmethoden: Veröffentlichung einer GuV *)	4	14,3	1	5,9	5	11,1 1)
	28	100,0	17	100,0	45	100,0
<u>C. Berichterstattung über Abschreibungshöhe (Abschreibungssätze)</u>						
1. Bezugnahme auf steuerliche Regelungen:						
a) Abschreibung entspricht steuerlich zulässigen Höchstsätzen	5	17,9	-	-	5	11,1 1)
b) Abschreibung entspricht grundsätzlich steuerlich zulässigen Höchstsätzen	-	-	-	-	-	- 1)
c) Abschreibung entspricht steuerlichen Grundsätzen, jedoch keine Bezugnahme auf Höchstsätze	6	21,4	-	-	6	13,3
2. Angabe der Nutzungsdauern oder der Abschreibungssätze	-	-	-	-	-	- 1)
3. Hinweis auf branchenübliche Sätze oder Nutzungsdauern	4	14,3	-	-	4	9,5 1)
4. Lediglich Hinweis auf AktG ./f. Doppelzählungen	1 (1)	3,6 (3,6)	-	-	1 (1)	2,2 (2,2)
5. Keine Angaben über Abschreibungssätze oder Abschreibungs- sätze	8	28,5	16	94,1	24	53,4
6. Keine Angaben: Veröffentlichung einer GuV *)	5	17,9	1	5,9	6	13,3 1) 3)
	28	100,0	17	100,0	45	100,0

*) vgl. dazu die Ausführungen S. 113f.

noch: Berichterstattung über die planmäßigen Abschreibungen

	Nichtbanken		Banken		Gesamt	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%
<u>0. Berichterstattungen über Abschreibungsmethoden und Abschreibungshöhe (Abschreibungssätze)</u>						
1. Es brauchte nicht berichtet zu werden						
a) wegen des Fehlens von abschreibbaren Vermögensgegenständen						
b) wegen der Veröffentlichung einer GuV	5	17,9	1	5,9	6	13,3 2)
2. Es wird ausreichend über Abschreibungsmethoden und über Abschreibungshöhe (Abschreibungssätze) berichtet	8	28,5	-	-	8	17,8 2)
3. Es wird ausreichend nur über die Abschreibungshöhe (Abschreibungssätze) berichtet	1	3,6	-	-	1	2,2
4. Es wird ausreichend nur über die Abschreibungsmethode berichtet	9	32,1	1	5,9	10	22,2
5. Es wird ohne ersichtlichen Grund bzw. ohne ausreichenden Grund weder über die Methode noch über die Höhe (Abschreibungssätze) hinreichend berichtet	5	17,9	15	83,2	20	44,5
	28	100,0	17	100,0	45	100,0

1) Hinreichende Teilberichterstattung.

2) Hinreichende Berichterstattung; vgl. zu dieser Klassifizierung, die auch in den folgenden Tabellen angewandt wird: v. Wysocki et.al. (Berichterstattung 1971), 308 ff., deren Zuordnungen - soweit übertragbar - übernommen werden.

3) Davon verweisen 2 Nichtbanken (Nr. 30, 35) auf die Vornahme von Abschreibungen nach steuerlichen Grundsätzen (wie C. 1. c.); da hier jedoch keine hinreichende Berichterstattung vorliegt, erfolgte eine Zuordnung zu der (exkulpierten) Veröffentlichung einer GuV.

Einer besonderen Erläuterung, die auch auf die noch folgenden Gesetzeseinhaltungsindikatoren zutrifft, bedürfen diejenigen Unternehmen, die eine GuV veröffentlichten: Haben solche Unternehmen trotzdem berichtet, und konnte diese Berichterstattung als ausreichend klassifiziert werden, so erfolgte eine Zuordnung dieser Unternehmen unter diesen ausreichenden Tatbestand (also z.B. unter B. 1.). Haben diese Unternehmen nicht ausreichend bzw. überhaupt nicht berichtet, so können sie die "Gesetzeseinhaltung" durch die exkul-

pierende Veröffentlichung einer GuV erreichen (also z.B. B. 4.)¹⁾.

Da insgesamt 6 Nichtbanken²⁾ eine GuV veröffentlichten, kann durch eine einfache Rechnung ermittelt werden, wieviele davon ausreichend über den jeweiligen Berichterstattungstatbestand berichtet haben: Da sich in Tab. 20 (B. 4.) 4 Unternehmen über die Veröffentlichung einer GuV exkulpieren mußten, haben zwangsläufig 2 Unternehmen ausreichende Hinweise auf lineare bzw. degressive Abschreibungsmethoden gegeben.

Hinweise auf die Abschreibungshöhe finden sich im Gegensatz zu den Abschreibungsmethoden erheblich spärlicher. In den weitaus meisten Fällen (C. 1. a. + c.) wird auf steuerliche Regelungen Bezug genommen.

Allerdings können die Fälle, in denen allgemein gehaltene Bezugnahmen auf steuerliche Grundsätze erfolgten (C. 1. c.), nicht als ausreichende Teilberichterstattung über die Abschreibungshöhe klassifiziert werden. Sie lassen nämlich nicht erkennen, ob mehr oder weniger als das steuerlich Mögliche abgeschrieben wurde.

Abschnitt D. der Tab. 20 fällt ein abschließendes Urteil hinsichtlich der Berichterstattung über die planmäßigen Abschreibungen.

Als ausreichend werden diejenigen Unternehmen klassifiziert, die sowohl eine ausreichende Teilberichterstattung über die Abschreibungsmethode als auch über die Abschreibungshöhe geben. Analog werden die Unternehmen behandelt, die eine GuV veröffentlichen. Insofern kann fast der Hälfte der erfaßten Unternehmen eine ausreichende Berichterstattung bestätigt werden (D. 1. b., 2.: 46,4 %).

Nicht ausreichend berichtet haben die Unternehmen, die in ausreichender Weise entweder nur über die Abschreibungsmethode (D. 4.: 32,1 %) oder nur über die Abschreibungshöhe (D. 3.: 3,6 %) berichten. Darüber hinaus diejenigen Unternehmen, die ohne ersichtlichen Grund weder über Abschreibungsmethode noch über Abschreibungshöhe berichten (D. 5.: 17,9 %). Damit liegt der Anteil der nicht ausreichend Berichtenden bei 53,6 %.

1) Im Gegensatz zu Banken müssen Unternehmen, die nicht über Abschreibungs- und Bewertungsmethoden berichten wollen, eine GuV veröffentlichen. Aus diesem Grund werden Unternehmen, die eine GuV veröffentlichen, nicht wie Banken separiert. Die Veröffentlichung einer GuV wird als Äquivalent zu einer ausreichenden Berichterstattung über die vom Gesetz geforderten Berichterstattungstatbestände aufgefaßt.

2) vgl. Tab. 14, S. 54.

Banken zeigen bei der Berichterstattung über planmäßige Abschreibungen ein einheitliches Bild: Sich der Freiwilligkeit einer Berichterstattung sehr wohl bewußt, geben diese in der Regel keine Hinweise. Lediglich eine Bank¹⁾ läßt erkennen, daß die lineare Abschreibungsmethode angewandt wurde.

a2) Berichterstattung über die Bewertung der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe (RHB)

a21) Gesetzliche Regelung

"Der Umfang der Berichterstattungspflicht über die Bewertung der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe ist kaum strittig"²⁾. Auch aus dieser Berichterstattung muß eindeutig hervorgehen, welche der nach dem Gesetz zulässigen Bewertungsmethoden angewandt wurden³⁾.

"Dabei wird es ... ausreichend sein, anzugeben, daß diese nach dem Einstandswert, dem Durchschnittswert, dem Lifo-, Fifo-, Festwert- oder Gruppenbewertungsverfahren usw. bewertet sind. Dabei hängt es von den Umständen des Einzelfalles ab, inwieweit es bei Anwendung mehrerer Verfahren bei den verschiedenen Vorratsgruppen einer weitergehenden Darstellung bedarf"⁴⁾.

a22) Empirischer Befund

Wie Tab. 21 (S.116) zeigt, berichten 60,7 % (A. 1.) der erfaßten Unternehmen über die Bewertung der RHB. Lediglich 8 Unternehmen (A. 2. b.: 28,6 %) bringen ohne nähere Begründung keine Berichterstattung über die Bewertung der RHB.

Wie in der Untersuchung von v. Wysocki et al.⁵⁾, beschränken sich die meisten Angaben darauf, daß die RHB zu Anschaffungs- oder Einstandspreisen bzw. zu durchschnittlichen Anschaffungs-, Einstands- oder Verrechnungspreisen bewertet wurden (B. 1. u. 2. abzüglich C. 1. bis 5.: 49,4 %). Allerdings bleibt dabei offen, ob sämtliche RHB nach den gleichen Bewertungsmethoden bewertet wurden.

1) Nr. 11.

2) Castan (Erläuterung 1969), 315.

3) vgl. IdW (Sonderausschuß/Geschäftsbericht 1967), 129.

4) Adler/Düring/Schmaltz (Rechnungslegung 1968), § 160, Tz. 37. Vgl. ebenso: Forster (Pflichten 1965), 596; Goerdeler (Geschäftsbericht 1966), 116; Castan (Erläuterung 1969), 315; v. Wysocki et al. (Berichterstattung 1971), 324; Claussen (in Kölner Kommentar zum AktG 1971), § 160, Anm. 22; Kropff (Kommentar 1973), § 160, Anm. 37.

5) vgl. v. Wysocki et al. (Berichterstattung 1971), 324.

Tab. 21: Berichterstattung über die bei der Bewertung der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe angewandten Methoden

	abs.	%
A. Umfang der Berichterstattung:		
1. Über die Bewertung der RHB wird berichtet	17	60,7
2. Keine Angaben zur Bewertung, und zwar:		
a) weil in der Bilanz keine RHB ausgewiesen sind	1	3,6
b) ohne Begründung	8	28,6
3. Keine Angaben: Veröffentlichung einer GuV	2	7,1
	28	100,0
+ Banken	17	
	45	
B. Angaben zur Bewertung:		
1. Bewertung zu Anschaffungs- oder Einstandspreisen	11	64,7
2. Durchschnittsbewertung	5	29,4
3. Nur Hinweise auf Lifo oder Fifo	-	-
4. Nur Bewertung zu den letzten Einstands- oder Einkaufspreisen	1	5,9
5. Nur Hinweis auf steuerlich zulässige Wertansätze	-	-
	17	100,0
+ A. 2. + A. 3.	11	
	28	
C. Zusätzliche Angaben (zusätzlich zu B. 1.+2. wird hingewiesen auf):		
1. Den Wertansatz gemäß § 155 Abs. 3 Nr. 2 AktG	5	31,3
2. Die Fifo-Bewertung	-	-
3. Die Lifo-Bewertung	-	-
4. Festwerte	1	6,2
5. Gruppenwerte	1	6,2
6. Keine zusätzlichen Angaben	9	56,3
	16	100,0
+ A. 2. + A. 3.	11	
+ B. 3. bis B. 5.	1	
	28	

1) Hinreichende Berichterstattung

Daß unterschiedliche Bewertungsmethoden zum Zuge kommen, kann zumindest bei den Unternehmen ersehen werden, die zusätzlich zu B. 1. u. 2. weitere Angaben machen (C. 1. bis 5.: 44,7 %). Dabei überwiegt eindeutig der zusätzliche Hinweis auf den "für Zwecke der Steuern vom Einkommen und vom Ertrag für zulässig" gehaltene niedrigere Wertansatz (§ 155 Abs. 3 Nr. 2 AktG).

Auch diese Untersuchung bestätigt, daß - wohl wegen fehlender steuerlicher Anerkennung - die Lifo- und Fifo- Methode keine praktische Bedeutung haben.

Da davon ausgegangen wird, daß in den Fällen, in denen eine Bewertungsmethode bezüglich der RHB genannt wird, von dieser in der Hauptsache auch Gebrauch gemacht wurde, wird eine solche Angabe - sofern es sich um eine zulässige Methode handelt - als ausreichende Berichterstattung angesehen¹⁾.

Zusammenfassend kann also festgestellt werden, daß über die Bewertung der RHB (einschl. der Fälle, in denen keine RHB ausgewiesen sind bzw. der Unternehmen, die eine exkulpierende GuV veröffentlichen) in 71,4 % der Fälle (A. 2. a., 3., B. 1. bis 5.) ausreichend und in 28,6 % (A. 2. b.) nicht ausreichend berichtet wird.

a3) Berichterstattung über die Zusammensetzung der Herstellungs-
kosten der fertigen und der unfertigen Erzeugnisse

a31) Gesetzliche Regelung

Von besonderer Problematik ist die Berichterstattung über die Bewertung der fertigen und unfertigen Erzeugnisse, da der Begriff "Herstellungskosten" (HK) nirgends definitorisch festgelegt ist. Auch das AktG verzichtet auf eine eindeutige Festlegung des Begriffs und spricht in § 155 Abs. 1 Satz 2 i.V.m. § 153 Abs. 2 lediglich davon, daß "in angemessenem Umfang Abnutzungen und sonstige Wertminderungen sowie angemessene Teile der Betriebs- und Verwaltungskosten eingerechnet" werden dürfen.

Nach der Stellungnahme NA 4/66 wird die Untergrenze der HK bestimmt durch die "leistungsabhängigen Fertigungskosten (außer Abschreibungen)"²⁾.

Die Obergrenze der HK wird dadurch gebildet, daß diese Kosten "in Ausübung eines Bewertungswahlrechts um angemessene Teile der Abschreibungen sowie der nicht leistungsabhängigen Betriebskosten erhöht"³⁾ werden können. Daraus geht hervor, daß dem Bilanzierenden ein relativ weiter Spielraum bei der Bewertung der fertigen und unfertigen Erzeugnisse bleibt⁴⁾.

1) vgl. ebenso: Forster (Pflichten 1965), 596.

2) IdW (Sopderausschuß/HK 1966), 329.

3) ebenda, 329.

4) vgl. v. Wysocki et al. (Berichterstattung 1971), 327; vgl. ebenso: Forster (Pflichten 1965), 596; Goerdeler (Geschäftsbericht 1966), 117; Adler/Düring/Schmaltz (Rechnungslegung 1968), § 160, Tz. 38; Castan (Erläuterung 1969), 315; Kropff (Kommentar 1973), § 160, Anm. 37; a.A. Döllner (Rechnungslegung 1965), 1413.

Dem Empfänger der Berichterstattung über die Bewertung der fertigen und unfertigen Erzeugnisse müssen aus diesem Grunde so viele Informationen zufließen, "daß er die Einhaltung der Wertkonvention beurteilen sowie Wirkungsrichtung und Wirkungsumfang der Methodenwahl ... auf das Jahresergebnis erkennen bzw. abschätzen kann"¹⁾.

Es ist deshalb unerlässlich, darüber zu berichten, "wie die Herstellungskosten bei den unfertigen und fertigen Erzeugnissen errechnet bzw. welche Kalkulationsbestandteile einbezogen wurden...; ohne diese Erläuterungen ist ein Einblick in die Vermögens- und Ertragslage der Gesellschaft nicht möglich"²⁾.

Bei der Erläuterung der HK sind deshalb insbesondere Angaben darüber erforderlich, "ob und inwieweit nicht aktivierungspflichtige Kosten (Abschreibungen, Betriebs- und Verwaltungskosten) aktiviert sind. Zahlenmäßige Angaben sind nicht erforderlich"³⁾.

Ausreichend kann eine Bezugnahme auf steuerliche Vorschriften sein (hier: Abschn. 33 EStR); da jedoch auch das Steuerrecht Aktivierungswahlrechte zuläßt, muß diese Bezugnahme so eindeutig sein, "daß der Berichtleser sich ein hinreichendes Bild über die Ausübung des Bewertungswahlrechts durch die Gesellschaft machen kann"⁴⁾. Allgemein gehaltene Hinweise wie "in Anlehnung an", "unter Beachtung der", "im Rahmen der EStR" oder "grundsätzliche Anwendung der" dürften deshalb nicht genügen⁵⁾.

1) Neth (Berechnung 1970), 134.

2) Adler/Düring/Schmaltz (Rechnungslegung 1968), § 160, Tz. 38; vgl. ebenso: Goerdeler (Geschäftsbericht 1966), 117.

3) IdW (Sonderausschuß/Geschäftsbericht 1967), 129.

4) v. Wysocki et al. (Berichterstattung 1971), 327; vgl. ebenso: Castan (Erläuterung 1969), 316; IdW (Bericht 1970), 86; Neth (Berechnung 1970), 137 f.

5) vgl. ebenso: Castan (Erläuterung 1969), 316; v. Wysocki et al. (Berichterstattung 1971), 327.

a32) Empirischer Befund

Tab. 22: Berichterstattung über die Zusammensetzung der Herstellungskosten der fertigen und der unfertigen Erzeugnisse

	abs.	%
<u>A. Umfang der Berichterstattung:</u>		
1. Es wird über die Zusammensetzung der HK berichtet	12	42,9
2. Es wird über die Zusammensetzung der HK nicht berichtet, und zwar:		
a) weil wegen des Wirtschaftszweiges fertige und unfertige Erzeugnisse nicht ausgewiesen werden	3	10,7
b) ohne nähere Begründung	9	32,1
3. Es wird nicht berichtet: Veröffentlichung einer GuV	4	14,3
	28	100,0
+ Banken	17	
	45	
<u>B. Soweit über die Herstellungskosten berichtet wird, werden die folgenden Angaben gezeichnet:</u>		
1. HK entsprechen den nach Abschn. 33 EStR mindestens anzusetzenden Kosten	3	25,0
2. HK wurden unter Beachtung des Abschn. 33 EStR ermittelt	1	8,3
3. HK entsprechen den Einzelkosten (Fertigungsmaterial + Fertigungslöhne)	-	-
4. HK entsprechen den Einzelkosten + Material- und Fertigungsgewinkosten	4	33,4
5. HK entsprechen den Einzelkosten + Material- und Fertigungsgewinkosten + Abschreibungen	2	16,7
6. HK entsprechen den Einzelkosten + aktivierungsfähigen Gemeinkosten	1	8,3
7. Sonstige spezifische Angaben	1	8,3
	12	100,0
+ A. 2. + A. 3.	15	
	28	

1) Hinreichende Berichterstattung

2) Darin enthalten Nr. 36 und Nr. 30, bei denen nicht ersichtlich ist, ob überhaupt fertige und unfertige Erzeugnisse vorhanden sind, da der Posten "Vorräte" nicht weiter aufgegliedert ist.

3) Nr. 24: HK unter Einbeziehung anteiliger Kosten für "Qualitätskontrolle, Produktionsleitung und Arbeitsvorbereitung".

Wie Tab. 22 zeigt, berichten 12 Unternehmen (A. 1.: 42,9 %) über die Zusammensetzung der HK. Bei immerhin zehn dieser Unternehmen kann diese Berichterstattung als ausreichend angesehen werden (B. 1., 4., 5., 6.), also bei 83,4 % der über die HK berichtenden Unternehmen - in Anbetracht der mit dem Begriff "Herstellungskosten" verbundenen Schwierigkeiten ein überraschend hoher Prozentsatz. Berücksichtigt man noch jene drei Unternehmen, bei denen wegen ihres Wirtschaftszweiges keine fertigen und unfertigen Erzeugnisse ausge-

wiesen werden (A. 2. a.: 10,7 %) sowie die vier Gesellschaften, die eine GuV veröffentlichen (A. 3.: 14,3 %), so kann bei insgesamt 17 Unternehmen (60,7 %) eine ausreichende Berichterstattung konstatiert werden.

Dagegen berichten 32,1 % der erfaßten Unternehmen (A. 2. b.) ohne nähere Begründung nicht über die Bewertung der fertigen und unfertigen Erzeugnisse.

a4) Berichterstattung über den Deckungsgrad der Pensionsrückstellungen

a41) Gesetzliche Regelung

Die Berichterstattungspflicht zu den Pensionsrückstellungen bezieht sich auf die Angabe, "ob der ausgewiesene Rückstellungsbetrag zur Deckung der Verpflichtungen gegenüber allen Anspruchsberechtigten ausreicht"¹⁾.

Ein Hinweis, daß die Pensionsrückstellungen nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelt wurden, ist ausreichend. "Diese Angabe muß entsprechend ihrer Regelbedeutung dahin verstanden werden, daß der Rückstellung auch in der Vergangenheit jeweils der steuerlich zulässige Höchstbetrag (§ 6 a EStG) zugeführt wurde; sie genügt"²⁾.

Ähnliches gilt für Angaben, in denen auf die volle Deckung der vertraglichen Verpflichtungen hingewiesen wird³⁾.

Der bei Berechnung der Pensionsrückstellung zur Anwendung gelangte Rechenzinsfuß ist nur dann anzugeben, wenn dieser "erheblich von dem dafür allgemein gebräuchlichen"⁴⁾ abweicht. Allerdings kann die bloße Angabe des angewandten Diskontierungssatzes nicht ausreichen, "weil aus dieser Angabe allein der Deckungsgrad der Rückstellung nicht abzuleiten ist"⁵⁾.

Ebenfalls als nicht ausreichend wäre ein Hinweis der Art zu bezeichnen, daß die Rückstellung (bzw. die Zuführung zur Rückstellung) "dem

1) IdW (Sonderausschuß/Geschäftsbericht 1967), 129.

2) Kropff (Kommentar 1973), § 160, Anm. 38.

3) vgl. v. Wysocki et al. (Berichterstattung 1971), 330.

4) IdW (Sonderausschuß/Geschäftsbericht 1967), 129.

5) v. Wysocki et al. (Berichterstattung 1971), 330.

steuerlich Zulässigen" entspricht¹⁾. Wegen des steuerlichen Nachholverbots der in früheren Jahren unterlassenen Zuführungen (vgl. Abschn. 41 (8) EStR) ist aus dieser Angabe nicht zweifelsfrei zu ersehen, ob die ausgewiesene Rückstellung die vertraglichen Verpflichtungen voll deckt.

Im Falle einer Unterdeckung sind "Angaben über das Deckungsverhältnis erforderlich"²⁾; das Ausmaß der Unterdeckung ist betragsmäßig zu beziffern, der bloße Hinweis auf einen bestehenden Fehlbetrag genügt nicht³⁾.

a42) Empirischer Befund

Tab. 23: Berichterstattung über den Deckungsgrad der Pensionsrückstellungen

	Nichtbanken		Banken		Gesamt	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%
A. Umfang der Berichterstattung:						
1. Über den Deckungsgrad wird berichtet	18	64,3	1	5,9	19	42,2
2. Über den Deckungsgrad wird nicht berichtet, und zwar:						
a) weil Pensionsrückstellungen nicht vorhanden sind	-	-	-	-	-	1)
b) ohne Begründung	8	28,6	15	89,2	23	51,1
3. Es wird nicht berichtet; Veröffentlichung einer GuV	2	7,1	1	5,9	3	6,7 1)
	28	100,0	17	100,0	45	100,0
B. Soweit über den Deckungsgrad berichtet wird, werden die folgenden Angaben gemacht:						
1. Die Rückstellung oder die Zuführung entspricht versicherungsmathematischen Grundsätzen	15	83,3	1	100,0	16	94,2 1)
2. Es besteht ein Fehlbetrag	-	-	-	-	-	1)
3. Die Rückstellung oder die Zuführung entspricht dem steuerlich Zulässigen	6	33,3	-	-	6	31,6
4. Es wurde ein Diskontierungszinssatz in bestimmter Höhe der Rückstellungsberechnung zugrunde gelegt	5	27,8	-	-	5	26,3
5. Sonstige Angaben zum Deckungsgrad	7	38,9	-	-	7	36,8 1)2)
./. Doppelzählungen	(15)	(83,3)	-	-	(15)	(73,9)
	19	100,0	1	100,0	19	100,0
+ A. 2. + A. 3.	10		16		26	
	29		17		45	

1) Hinreichende Berichterstattung

2) In sämtlichen Fällen Hinweise auf volle Deckung der erteilten Pensionszusagen.

1) vgl. ebenso: Castan (Erläuterung 1969), 316; v. Wysocki et al. (Berichterstattung 1971), 330; Kropff (Kommentar 1973), § 160, Anm. 38.

2) IdW (Sonderausschuß/Geschäftsbericht 1967), 129.

3) vgl. ebenso: Adler/Düring/Schmaltz (Rechnungslegung 1968), § 160, Tz. 41; v. Wysocki et al. (Berichterstattung 1971), 330. A. A. Kropff (Kommentar 1973), § 160, Anm. 38, der im Hinblick auf die Entstehungsgeschichte des AktG eine Offenlegung des Fehlbetrages nicht für notwendig hält.

Sämtliche erfaßten Unternehmen weisen Pensionsrückstellungen aus. Wie aus Tab. 23 hervorgeht, verzichten acht Unternehmen (A. 2. b.: 28,6 %) auf eine Berichterstattung über die Bewertung ihrer Pensionsrückstellungen. Ebenso wie in der Untersuchung von v. Wysocki et al.¹⁾ beweist die hohe Zahl von Doppelzählungen die relative Ausführlichkeit der Berichterstattung über Pensionsrückstellungen. Außerdem kann auch eine hohe Qualität der Berichterstattung festgestellt werden: Sämtlichen über die Bewertung ihrer Pensionsrückstellungen berichtenden Unternehmen kann eine ausreichende Berichterstattung bescheinigt werden. In keinem einzigen Falle beschränken sich die Unternehmen ausschließlich auf die Angabe, daß die Rückstellung dem steuerlich Zulässigen entspricht bzw. darauf, lediglich einen Diskontierungszinssatz in bestimmter Höhe anzugeben. Jede dieser Angaben tritt immer nur im Zusammenhang mit mindestens einer der als ausreichend klassifizierten Angaben (B. 1., 5.) auf.

Insgesamt kann also festgestellt werden, daß in 28,6 % der Fälle eine nicht ausreichende Berichterstattung, in 71,4 % der Fälle (einschließlich der Veröffentlichung einer GuV) eine ausreichende Berichterstattung erfolgt.

Auffallend ist wiederum das uniforme Verhalten der von der Untersuchung erfaßten Banken: lediglich eine Bank findet sich bereit, freiwillig über die Bewertung ihrer Pensionsrückstellungen zu berichten.

b) Die Indikatoren der Publizitätsfreudigkeit

Während bei den Indikatoren der Gesetzeseinhaltung wegen der ungleichen Berichterstattungspflichten die Privatbanken einer gesonderten Betrachtung unterzogen wurden, ist dies bei den Indikatoren der Publizitätsfreudigkeit nicht notwendig. Hier gelten sowohl für Nichtbanken als auch für Banken die gleichen Bedingungen: beide haben gleichermaßen die Chance, sich zu "bewähren", sich über die ausgewählten Indikatoren als publizitätsfreudig zu erweisen.

1) vgl. v. Wysocki et al. (Berichterstattung 1971), 332.

b1) Angabe von Vorjahreszahlen

Tab. 24: Angabe von Vorjahreszahlen

	abs.	%	
A. Es werden Vergleichszahlen angegeben	13	20,9	1)
B. Es wurden keine Vergleichszahlen angegeben	32	71,1	
	45	100,0	

1) publizitätsfreudig

Wie aus Tab. 24 hervorgeht, gibt immerhin fast ein Drittel der erfaßten Unternehmen bereits im ersten Jahr der öffentlichen Rechnungslegung Vergleichszahlen an.

b2) Globalangabe der angewandten Bewertungskonzeption

Tab. 25: Globalangabe der angewandten Bewertungskonzeption

	abs.	%	
A. Die Bewertung erfolgt nach aktienrechtlichen Grundsätzen	10	22,2	1)
B. Die Bewertung erfolgt nach steuerrechtlichen Grundsätzen	4	8,9	
C. Die Bewertung erfolgt nach aktienrechtlichen und steuerrechtlichen Grundsätzen	2	4,4	1)
D. Kein Hinweis auf die angewandte Bewertungskonzeption	29	64,5	
	45	100,0	

1) publizitätsfreudig

Tab. 25 zeigt, daß 16 Unternehmen (A., B., C.: 35,5 %) aktienrechtliche bzw. steuerrechtliche Bewertungsgrundsätze anwenden.

Berücksichtigt man, daß dies ausnahmslos Nichtbanken sind, so kann dieses Ergebnis zur Stützung der bei der Darstellung der Bewertungskonzeption nach PubLG behaupteten These gelten, daß auch der größere Teil der Wirtschaftspraxis nicht an einem "hemmungslosen" Legen von

stillen Reserven interessiert ist¹⁾. Die GoB werden von der Wirtschaftspraxis anscheinend voll inhaltlich mit den aktienrechtlichen Bewertungsgrundsätzen identifiziert. Daß freiwillig 57,1 % der Nichtbanken (16 von 28 Unternehmen) den ihnen durch die GoB eingeräumten Bewertungsspielraum einschränken, kann angesichts der bis zur Verabschiedung des PubLG mit großer Leidenschaft geführten Diskussion um die "richtige" Bewertungskonzeption bei überwiegender Ablehnung der aktienrechtlichen Grundsätze²⁾ nur überraschen. Manche Unternehmen stellen die Anwendung der aktienrechtlichen Grundsätze in ihrer Berichterstattung sogar besonders heraus, dem Grundtenor nach wie ein Verweis auf eine besondere "Gütemarke":

Die ... Gesellschaften erstellen "ihre Jahresabschlüsse seit Jahrzehnten - soweit überhaupt sinnvoll möglich - nach aktienrechtlichen Bewertungs- und Gliederungsvorschriften"³⁾.

Lediglich bei einem Unternehmen sind Indizien dafür zu finden, daß es den durch die GoB gegebenen Spielraum ausnutzt:

"... erläutern unsere Bilanz zum 31.12.1971, die ebenso wie frühere Jahresabschlüsse unter Beibehaltung der bisherigen konservativen Bilanzierungs- und Bewertungspolitik aufgestellt worden ist. ... Für die Wertansätze der Gegenstände des Anlage- und Umlaufvermögens sowie der Passivposten gelten die Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung bzw. Bilanzierung. Diese gestatten dem Unternehmen in gewissem Umfang die Bildung stiller Rücklagen"⁴⁾.

1) vgl. S. 90.

2) vgl. z.B. die Vertreter der Wirtschaftspraxis im Sachverständigen-Hearing des Ausschusses für Wirtschaft und Mittelstandsfragen v. 4. 6. 1969 (Hearing V/115).

3) Nr. 33.

4) Nr. 9. Bei diesem Unternehmen werden Grundstücke ohne Bauten zum Erinnerungswert von 1,-- DM ausgewiesen.

b3) Veröffentlichung einer Gewinn- und Verlustrechnung

Tab. 26: Gewinn- und Verlustrechnung/Anhang

	abs.	%	
A. Es wurde eine GuV veröffentlicht	7	15,6	1)
B. Es wurde ein Anhang veröffentlicht	38	84,4	
	45	100,0	

1) publizitätsfreudig

Laut Tab. 26 haben sieben Unternehmen (15,6 %) eine GuV veröffentlicht¹⁾ und sich damit für das gegenüber einem Anhang aussagekräftigere Rechnungslegungsinstrument entschlossen.

b4) Veröffentlichung eines Jahresabschlusses vor Gewinnverwendung

Tab. 27: Jahresabschluß vor/nach Gewinnverwendung

	abs.	%	
A. Jahresabschluß wurde vor Gewinnverwendung veröffentlicht	6	13,3	1)
B. Jahresabschluß wurde nach Gewinnverwendung veröffentlicht	39	86,7	
	45	100,0	

1) publizitätsfreudig

Tab. 27 zeigt, daß sechs Unternehmen (13,3 %) auf die vom Gesetzgeber eingeräumte Möglichkeit verzichten, ihren Jahresabschluß nach Gewinnverwendung zu veröffentlichen²⁾.

-
- 1) Ergebnisse der Tab. 26 sind die Zahlen der Tab. 14 (S. 54) in zusammengefaßter Form.
 - 2) Ergebnisse der Tab. 27 sind die Zahlen der Tab. 15 (S. 59) in zusammengefaßter Form.

5. Verschmelzung der Indikatoren zum Gesamturteil

a) Indexprobleme

Bei der näheren Abhandlung der einzelnen Indikatoren, die die Gesamturteile über die Gesetzeseinhaltung bzw. die Publizitätsfreudigkeit konstituieren sollen, standen naturgemäß die einzelnen Berichterstattungstatbestände im Vordergrund. Aus einer solchen Vorgehensweise kann jedoch nicht ersehen werden, ob jedes einzelne Unternehmen jeden einzelnen Indikator erfüllt hat oder nicht.

Um jedoch zu einem Gesamturteil zu gelangen, müssen deshalb diese einzelnen Berichterstattungselemente zusammengefaßt werden. Dabei muß hier das einzelne Unternehmen Ausgangspunkt sein und daraufhin überprüft werden, inwieweit es sich bei jedem einzelnen Indikator "bewährt" bzw. "nicht bewährt" hat. So kann es z.B. sein, daß ein Unternehmen hinreichend über die planmäßigen Abschreibungen berichtet hat, bei der Berichterstattung über Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, über die Herstellungskosten der fertigen und unfertigen Erzeugnisse sowie über den Deckungsgrad der Pensionsrückstellungen als nicht ausreichend klassifiziert werden mußte. Ein anderes Unternehmen wiederum berichtet über alle vier genannten Tatbestände in ausreichender Form.

Solche Differenzierungen, die zwangsläufig unterschiedliche Gesamturteile über die Gesetzeseinhaltung der einzelnen Unternehmen nach sich ziehen müssen, sollen mit Hilfe sog. "Indexkonstruktionen"¹⁾ zum Ausdruck gebracht werden:

"Ein Index besteht aus zwei oder mehreren Indikatoren. Jeder Indikator entspricht einer Variablen der Untersuchung; diese jeweils eine Dimension repräsentierenden Variablen werden zusammengefaßt zu einer neuen Dimension, dem Index"²⁾.

Die Gesamturteile über die Gesetzeseinhaltung bzw. die Publizitätsfreudigkeit setzen sich aus mehrdimensionalen Eigenschaften zusammen, die durch die einzelnen Indikatoren repräsentiert werden.

1) vgl. zu Problemen der Indexbildung: Mayntz/Holm/Hübner (Einführung 1972), 44 ff.; Friedrichs (Methoden 1973), 165 ff.

2) Friedrichs (Methoden 1973), 165.

"Hinsichtlich einer mehrdimensionalen Eigenschaft ist ein Untersuchungsobjekt empirisch aber erst dann vollständig gekennzeichnet, wenn die Merkmalsausprägungen auf allen diesen die Eigenschaft konstituierenden Teildimensionen ermittelt worden sind"¹⁾.

Da Gesamturteile gefällt werden sollen, muß die Ebene der Teildimensionen - die einzelnen Indikatoren - verlassen "und die mehrdimensionale Eigenschaft selbst als eine Variable"²⁾ aufgefaßt werden. Der Index ist deshalb nichts anderes als eine Reduktion des mehrdimensionalen Eigenschaftsraumes auf eine eindimensionale Skala³⁾. Er reduziert die Zahl der Merkmale auf ein neues⁴⁾, in der vorliegenden Untersuchung auf die Merkmale "Gesetzeseinhaltung" bzw. "Publizitätsfreudigkeit".

Bei der Indexbildung ergeben sich grundsätzlich zwei Hauptprobleme:

"Erstens muß entschieden werden, Daten über welche Teildimensionen in den Index eingehen sollen ... Zweitens muß angegeben werden, auf welche Weise diese Daten miteinander zu verknüpfen sind"⁵⁾.

Die erste Frage ist identisch mit der Problematik der Auswahl geeigneter Indikatoren für die beiden Gesamturteile. Insofern kann auf die oben getroffene Entscheidung und deren Begründung verwiesen werden⁶⁾.

Unter der zweiten Frage verbirgt sich im wesentlichen die Problematik der Gewichtung der einzelnen Indikatoren. Sie gilt es im folgenden näher zu diskutieren.

b) Gewichtung der einzelnen Indikatoren

Buzby verdeutlicht das Gewichtungsproblem, wenn er feststellt⁷⁾:

"However, the lack of item weights would prevent the combining of items into a meaningful summary measure of the extent of disclosure for the items taken as a whole across the entire annual report sample".

1) Mayntz/Holm/Hübner (Einführung 1972), 44.

2) ebenda, 45.

3) vgl. Friedrichs (Methoden 1973), 167; vgl. ebenso: Mayntz/Holm/Hübner (Einführung 1972), 45.

4) vgl. Friedrichs (Methoden 1973), 167.

5) Mayntz/Holm/Hübner (Einführung 1972), 46.

6) vgl. S. 102 ff.

7) Buzby (Disclosure 1974), 429.

Es müssen also Vorstellungen über die Gewichtung der einzelnen Indikatoren bestehen, um beurteilen zu können, inwieweit "verschiedene Merkmalskombinationen mit gleichem Indexwert eigentlich als äquivalent angesehen werden können"¹⁾.

Die bereits erwähnten amerikanischen Untersuchungen gehen von einer ordinalen Gewichtung der einzelnen "items" aus²⁾. Obwohl man sich der Problematik einer solchen Gewichtung durchaus bewußt ist ("Though ... the assignment of the weights (is) not completely objective ..."³⁾), lehnt man ungewichtete Indikatoren ab:

"Since such a summary measure can provide a valuable overview of the extent of disclosure, a simple un-weighted approach was rejected"⁴⁾.

Für die vorliegende Untersuchung wird sowohl für die Frage der Gesetzeseinhaltung als auch der Publizitätsfreudigkeit von einer Gleichgewichtung der einzelnen Indikatoren ausgegangen, was damit im Endergebnis auf eine Ungewichtung der Indikatoren hinausläuft. Es ist zwar sicher möglich, plausible Erklärungen für die dichotomische Klassifizierung einzelner Indikatoren nach "Wichtigkeit" bzw. "Unwichtigkeit" zu finden. Weitere graduelle Abstufungen, und seien sie auch "nur" ordinaler Art, können ohne spezielle Kenntnisse der Informationswünsche der Bilanzempfänger nicht getroffen werden. Die Gefahr einer willkürlichen Zuordnung wäre zu groß.

Für die Annahme einer Gleichgewichtigkeit sprechen, was zumindest die ausgewählten Indikatoren der Gesetzeseinhaltung betrifft, auch die bereits angeführten amerikanischen Untersuchungen, obwohl gerade sie ordinal gewichteten. Die in der vorliegenden Untersuchung verwandten Indikatoren nehmen dort jeweils hohe, fast identische Rangziffern ein⁵⁾. Unter Berücksichtigung dieser Prämissen ergeben sich im folgenden zwei Indexkonstruktionen, die als "Profil der Gesetzeseinhaltung" bzw. als "Profil der Publizitätsfreudigkeit" bezeichnet werden sollen.

1) Mayntz/Holm/Hübner (Einführung 1972), 47.

2) vgl. z.B. Singhvi/Desai (Analysis 1971), 138; Chandra (Study 1974), 738; Buzby (Disclosure 1974), 431.

3) Singhvi/Desai (Analysis 1971), 130.

4) Buzby (Disclosure 1974), 429.

5) vgl. S. 105, Fußn. 1.

c) Die "Profile"

c1) Profil der Gesetzeseinhaltung

Folgendes Profil gibt Einblick in das Ausmaß der Gesetzesbefolgung:

Verhältnis erfüllter : nicht erfüllter Indikatoren		Anzahl der Unternehmen	
		abs.	%
1)	4 : 0	9	32,1
2)	3 : 1	5	17,9
3)	2 : 2	9	32,1
4)	1 : 3	1	3,6
5)	0 : 4	4	14,3
		28	100,0

Dieses Profil ist wie folgt zu interpretieren:

Das Gesetzeseinhaltungsprofil wird durch die vier Indikatoren "Berichterstattung über planmäßige Abschreibungen, über die Bewertung der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, die Herstellungskosten der fertigen und unfertigen Erzeugnisse sowie den Deckungsgrad der Pensionsrückstellungen" konstituiert.

Berichtet ein Unternehmen über alle vier Tatbestände in ausreichender Form bzw. kann es sich ersatzweise über die Veröffentlichung einer GuV exkulpieren¹⁾, so wird es im Profil unter der Rubrik 4 : 0 erfaßt. Erläutert ein Unternehmen keinen der angeführten Tatbestände und veröffentlicht auch keine GuV, so erscheint es unter 0 : 4.

Berichtet ein weiteres Unternehmen beispielsweise nur ausreichend über planmäßige Abschreibungen und die Bewertung der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, so erfolgt die Klassifizierung unter 2 : 2, ebenso wie z.B. bei einem anderen Unternehmen, das über die beiden restlichen Indikatoren ausreichend, jedoch nicht bzw. nicht ausreichend über planmäßige Abschreibungen und die Bewertung der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe berichtet. Durch die Prämisse der Gleichgewichtung wird erreicht, daß solche verschiedenen Merkmalsausprägungen den gleichen Indexwert erhalten und als äquivalent angesehen werden können.

1) vgl. dazu die als "ausreichend" bezeichneten Berichterstattungs-tatbestände in den Tabellen 20 - 23.

c2) Profil der Publizitätsfreudigkeit

Das folgende Profil gibt ein Bild über das Ausmaß der Publizitätsfreudigkeit:

Verhältnis erfüllter : nicht erfüllter Indikatoren	Anzahl der Unternehmen	
	abs.	%
1) 4 : 0	3	6,7
2) 3 : 1	3	6,7
3) 2 : 2	2	4,4
4) 1 : 3	16	35,5
5) 0 : 4	21	46,7
	45	100,0

Die Interpretation dieses Profils erfolgt in analoger Weise zum Gesetzeseinhaltungsprofil:

Das Profil der Publizitätsfreudigkeit konstituiert sich aus den vier Indikatoren "Angabe von Vergleichszahlen, Globalangabe der angewandten Bewertungskonzeption, Veröffentlichung einer GuV und Veröffentlichung eines Jahresabschlusses vor Gewinnverwendung".

Werden alle vier Indikatoren erfüllt¹⁾, so erfolgt eine Klassifizierung unter der Rubrik 4 : 0, im Falle einer vollständigen Negativfeststellung unter der Rubrik 0 : 4. Zwischen den beiden Extremwerten können unter dem gleichen Indexwert wiederum die verschiedensten Merkmalskombinationen erfaßt sein.

d) Die Gesamturteile

d1) Die Gesetzeseinhaltung

Von verabschiedeten Gesetzen müßte man eigentlich erwarten, daß die von diesem Recht "Angesprochenen" in ihrer Gesamtheit diese Gesetze auch befolgen. Larenz spricht deshalb folgerichtig von einem Gesetz "als eine in allen ihren Teilen Befolgung heischende Gesamtregelung"²⁾.

1) vgl. dazu die als "publizitätsfreudig" bezeichneten Tatbestände in den Tabellen 24 - 27.

2) Larenz (Methodenlehre 1969), 293.

Würde man dieses strenge Maß an Gesetzesbefolgung fordern, so hätten in der vorliegenden Untersuchung nur diejenigen Unternehmen das Gesetz eingehalten, die im Gesetzeseinhaltungsprofil die Merkmalskombination 4 : 0 erreichten, d.h. alle Indikatoren in hinreichender Form erfüllten.

Eine solch strenge Zurückweisungsregel berücksichtigt jedoch nicht das Spannungsverhältnis zwischen Gesetz und Rechtswirklichkeit¹⁾.

Sie würde an der Realität vorbeigehen.

"Wo liegt aber nun die Einhaltungsgrenze, bei der von einer Wahrung des Legitimitätszwanges noch gesprochen werden kann, bei der aber zugleich berücksichtigt wird, daß ein Anspruch auf hundertprozentige Gesetzesbefolgung fragwürdig erscheint?"²⁾

In Anlehnung an Radbruch spricht Seemann in seiner Untersuchung dann von Gesetzeseinhaltung, wenn mindestens 50 % derjenigen, für die ein bestimmtes Gesetz gilt, dieses respektieren³⁾.

Obwohl es sich bei dem PublG um ein Gesetz handelt, das bestimmte Gesellschaftsformen zum ersten Mal mit einer öffentlichen Rechnungslegung konfrontiert und damit einem gewissen "Eingewöhnungsprozeß" unterworfen ist, erscheint die Zurückweisungsregel von Seemann zu niedrig; nach der in dieser Arbeit vertretenen Meinung kann auf dieser Basis noch nicht von einer Gesetzeseinhaltung gesprochen werden. Dies kann zugegebenermaßen nicht begründet werden, ebensowenig wie die an ihre Stelle zu setzende Zurückweisungsregel. Sie kann nur offengelegt werden, um jederzeit nachvollziehbar zu sein.

Da in der vorliegenden Untersuchung die einzelnen Berichterstattungsstatbestände zu einem Gesamturteil vereinigt werden sollen, wird eine doppelte Zurückweisungsregel benötigt. Zum einen muß festgelegt werden, wann das einzelne Unternehmen das Gesetz befolgt - mit anderen Worten: wieviele Indikatoren dieses Unternehmen ausreichend erfüllt haben muß.

Zum anderen bedarf es einer Konkretisierung, wann bei der Gesamtheit der erfaßten Unternehmen von Gesetzeseinhaltung gesprochen werden kann.

Gesetzesbefolgung soll im folgenden dort konstatiert werden, wo:

1) vgl. Capelle (Gesetz 1960), 44.

2) Seemann (Befolgung 1970), 6.

3) vgl. ebenda, 7.

- (1) ein Unternehmen mindestens drei von vier Indikatoren ausreichend erfüllt, also im Gesetzeseinhaltungsprofil die Kombination 4 : 0 bzw. 3 : 1 erhält.
- (2) Mindestens 75 % der erfaßten Unternehmen über diese Merkmalskombinationen verfügen.

Unter Berücksichtigung dieser Zurückweisungsregel kann nun ein abschließendes Gesamturteil über das Ausmaß der Gesetzeseinhaltung in bezug auf die gesetzlich vorgeschriebene Berichterstattung gefällt werden:

- (1) Soll: 75 % der erfaßten Unternehmen (28)
 müßten mind. 4 : 0 bzw. 3 : 1
 erreicht haben = 21 Unt.
- (2) Ist: Unternehmen, die gem. Gesetzes-
 einhaltungsprofil¹⁾ tatsächlich
 4 : 0 bzw. 3 : 1 erreicht haben = 14 Unt.

Aus Gegenüberstellung von "Soll" und "Ist" ergibt sich, daß anstatt der geforderten 75 % lediglich 50 % (14 von 28 Unt.) der erfaßten Unternehmen die Kombinationen 4 : 0 bzw. 3 : 1 erreichen.

Das Gesamturteil über das Ausmaß der Gesetzeseinhaltung bezüglich der vom PublG geforderten Berichterstattungspflichten muß deshalb negativ ausfallen; das ist ein Ergebnis, das angesichts ähnlicher Befunde anderer Untersuchungen²⁾ zu befürchten war.

d2) Die Publizitätsfreudigkeit

Auch hier gilt es, eine Regel dafür zu finden, ab wann Publizitätsfreudigkeit angenommen werden soll.

An die freiwillige Berichterstattung können keine solch strengen Maßstäbe angelegt werden wie an ein vom Gesetzgeber gefordertes "Soll". Dies um so mehr, als gerade bei Einzelkaufleuten und Personenhandelsgesellschaften berücksichtigt werden muß, daß sie zum Ausgleich ihrer persönlichen Haftung gerade im freiwilligen Bereich der Informationsversorgung etwas zurückhaltender sein können³⁾.

1) vgl. S. 129.

2) vgl. z.B. v. Wysocki (Konzernrechnungslegung 1969), 93 ff.; Castan (Erläuterung 1969), 318; v. Wysocki (Jahre 1970), 15 f.; Seemann (Befolgung 1970), 166 f.; v. Wysocki et al. (Berichterstattung 1971), 334; Jäger/Vogelgesang (Konzernrechnungslegung 1973), 428; Haas/Osthoff (Konzernrechnungslegung 1973), 603 f.

3) vgl. dazu: Luckan (Gläubigerschutz 1970), 1451; Raisch (Unternehmensrecht I 1973), 127 f.

In dieser Untersuchung wird aus diesem Grunde Publizitätsfreudigkeit bereits dort konstatiert, wo:

- (1) ein Unternehmen mindestens zwei von vier Indikatoren erfüllt, also im Publizitätsfreudigkeitsprofil die Kombination 4 : 0, 3 : 1 bzw. 2 : 2 erhält.
- (2) Mindestens 50 % der erfaßten Unternehmen über diese Merkmalskombinationen verfügen.

Unter Zugrundelegung dieser Zurückweisungsregel ergibt sich das Gesamturteil über die Publizitätsfreudigkeit wie folgt:

- (1) Soll: 50 % der erfaßten Unternehmen (45) müßten mind. 4 : 0, 3 : 1 bzw. 2 : 2 erreicht haben = 23 Unt.
- (2) Ist: Unternehmen, die gem. Publizitätsfreudigkeitsprofil¹⁾ tatsächlich 4 : 0, 3 : 1 bzw. 2 : 2 erreicht haben = 8 Unt.

Unter Berücksichtigung der dargestellten Prämissen können die hier erfaßten Einzelkaufleute und Personenhandelsgesellschaften nicht als publizitätsfreudig bezeichnet werden. Der geforderte Schwellenwert von 50 % wird mit 17,8 % (8 von 45 Unt.) bei weitem nicht erreicht.

e) Würdigung der Ergebnisse

Sowohl das Gesamturteil über den gesetzlich vorgeschriebenen Bereich der Berichterstattung als auch über die Publizitätsfreudigkeit sind negativ ausgefallen.

An diese Ergebnisse können folgende Feststellungen geknüpft werden:

Die vorliegende Untersuchung liefert einen weiteren Beitrag dafür, daß vom Gesetzgeber vorgeschriebene Erläuterungen zum Jahresabschluß "nicht mit jener Klarheit und Übersichtlichkeit erfolgen, die sich ein Außenstehender zur Gewinnung eines hinreichenden Einblicks in die Vermögens- und Ertragslage der Gesellschaften wünschen würde"²⁾. Dies deutet darauf hin, daß bei den untersuchten Unternehmen immer

1) vgl. S. 130.

2) v. Wysocki et al. (Berichterstattung 1971), 334.

noch die allgemeine Tendenz besteht, zweifellos vorhandene Interessenskollisionen (mit Kunden, Lieferanten, Konkurrenten etc.) überzubetonen¹⁾ und deshalb ihre Informationsabgabebereitschaft drastisch zu beschränken²⁾.

Dieses negative Ergebnis hat auch der Gesetzgeber mitzuverantworten. Durch die Schaffung erheblicher Erleichterungen für Einzelkaufleute und Personenhandelsgesellschaften im Vergleich zu den entschieden höheren Anforderungen des RegE zum PublG ergab sich für diese Rechtsformen eine bereits in den "Fundamenten weiche Publizitätsstruktur"³⁾. Die hier erfaßten Unternehmen glaubten wohl, diese abschwächende Gesamtrendenz auf die Intensität ihrer Berichterstattung übertragen zu können⁴⁾.

Des weiteren muß hier die Frage aufgeworfen werden, ob der Gesetzgeber nicht besser beraten ist, zukünftig mehr Wert auf operationale Normen zu legen, also Art und Umfang der durch die Unternehmen abzugebenden Informationen eindeutig vorzuschreiben⁵⁾. Einige empirische Untersuchungen zeigen inzwischen deutlich, daß dort, wo keine Ermessensspielräume über das "Wie" oder das "Ob überhaupt" einer Berichterstattung bestehen, tendenziell besser berichtet wird⁶⁾.

Beide Gesamturteile widerlegen auch diejenigen, die den Gesetzgeber mehr in der Rolle des "incentive"⁷⁾ Gebenden sehen wollen bzw. seine Hauptaufgabe darin erblicken, "das notwendige Mindestmaß an Publizität vorzuschreiben, wogegen er die Durchführung der Publizität dem einzelnen überlassen muß"⁸⁾. Es ist wenig plausibel, daß bei völliger Freiwilligkeit der Publizität mehr berichtet worden wäre; es spricht sogar mehr für die Annahme, daß noch deutlich weniger berichtet worden wäre.

1) vgl. Blohm (Geschäftsbericht 1962), 13.

2) vgl. Moxter (Bilanzlehre 1974), 474.

3) Herlt (Publizität 1964), 23.

4) vgl. im Ergebnis ebenso: Seemann (Befolgung 1970), 167.

5) vgl. Haas (Berichterstattung 1975), 65.

6) vgl. z.B. v. Wysocki (Konzernrechnungslegung 1969), 93 f.; Seemann (Befolgung 1970), 167; Haas (Berichterstattung 1975), 158.

7) Van Delden (Publizitätsgesetzesentwurf 1968), 383.

8) Minz (Mittler 1962), 276.

Vergleicht man das Gesamturteil über den gesetzlich vorgeschriebenen Berichterstattungsbereich mit den von den jeweiligen Abschlußprüfern in ihren erteilten Bestätigungsvermerken zum Ausdruck kommenden Gesamturteilen, so lassen sich erhebliche Divergenzen erkennen: die Wirtschaftsprüfer hatten bei den hier untersuchten Unternehmen in allen Fällen Gesetzesbefolgung konstatiert. Angesichts von Unternehmen, die über keinen einzigen der im Gesetzes-einhaltungsprofil erfaßten Berichterstattungstatbestände ausreichend berichten, muß die Frage erlaubt sein, ob der Sanktionsmechanismus "Wirtschaftsprüfer" immer in der vom Gesetzgeber gewünschten Weise greift.

D r i t t e s K a p i t e l : EINFLUSSFAKTOREN DER INFORMATIONSGEGEBEREITSCHAFT - ANSATZE EINES HYPOTHESENSYSTEMS ZUR GESETZEINHALTUNG UND ZUR PUBLIZITÄTSFREUDIGKEIT

Während die Bestandsaufnahme des zweiten Kapitels - Erfassung der Rechnungslegungs- und Berichterstattungsgepflogenheiten mit abschließenden Gesamturteilen über die Gesetzeseinhaltung in bezug auf die vorgeschriebene Berichterstattung bzw. die Publizitätsfreudigkeit - vorwiegend eine Felduntersuchung beschreibenden Charakters war¹⁾, treten in diesem dritten Kapitel Erklärungsversuche des Publizitätsverhaltens in den Vordergrund.

Ziel ist es, Begründungen für unterschiedliches Publizitätsverhalten zu finden, oder, was dasselbe bedeutet, Einflußfaktoren der Informationsabgabebereitschaft zu identifizieren und zu konkretisieren.

Anzeichen dafür, daß solche Einflußfaktoren vorhanden sein müssen, die ein unterschiedliches Publizitätsverhalten induzieren, zeigen die beiden dargestellten Profile der Gesetzeseinhaltung bzw. der Publizitätsfreudigkeit: Ein uniformes Publizitätsverhalten kann schon deshalb nicht konstatiert werden, weil alle Ausprägungen der Profile (mehr oder weniger gleichmäßig) besetzt sind, also unterschiedliches Publizitätsverhalten anzeigen.

Eine globale Erklärung für solch unterschiedliches Publizitätsverhalten, die es jedoch im folgenden näher zu spezifizieren gilt, geben Singhvi/Desai²⁾:

"In a free enterprise system, variations in corporate disclosure practices are likely to result since corporations are managed by groups which have varying managerial philosophies..."

Wie dargestellt wurde, mußten in bezug auf die Gesetzeseinhaltung und die Publizitätsfreudigkeit negative Gesamturteile gefällt werden.

1) vgl. zu diesem terminus technicus Albach (Ansätze 1971), 140.

2) Singhvi/Desai (Analysis 1971), 129.

Deshalb ist es dennoch möglich, daß Unternehmen "einer bestimmten Kategorie" tendenziell eher das Gesetz befolgen als andere.

Ebenso ist es plausibel anzunehmen, daß trotz insgesamt festgestellter "Nicht-Publizitätsfreudigkeit" sich manche Unternehmen signifikant publizitätsfreudiger zeigen als andere.

Um diese Phänomene herauskristallisieren und erklären zu können, bedarf es eines feineren Rasters als der im zweiten Kapitel benutzten und für die dortige Fragestellung auch ausreichenden dichotomischen Kategorisierung "Gesetz befolgt / Gesetz nicht befolgt bzw. publizitätsfreudig / nicht publizitätsfreudig".

Eine wirksame Einflußfaktorenbestimmung erfordert vielmehr subtilere Intensitätsgrade der Gesetzeseinhaltung bzw. der Publizitätsfreudigkeit: die ganze Bandbreite von ausgeprägter Informationsbereitschaft - also "vollkommener" Gesetzeseinhaltung bzw. "sehr großer" Publizitätsfreudigkeit - bis zur Informationsreserviertheit - also "vollkommene" Negierung der gesetzlichen Berichterstattungspflichten bzw. keine Publizitätsfreudigkeit - ist auszuloten.

Valide und reliable Ergebnisse setzen eine detaillierte Offenlegung der gewählten Vorgehensweise voraus. Im folgenden wird deshalb vor der eigentlichen Analyse der Einflußfaktoren das angewandte Instrumentarium vorgestellt, also Struktur der Hypothesen zum Publizitätsverhalten, das zugrunde liegende Prüffeld sowie die benutzten Signifikanz- bzw. Korrelationstests.

Daran schließt sich eine Standortbestimmung in bezug auf Reichweite bzw. Bedeutung der anschließend folgenden Einflußfaktorenuntersuchung an, also die Frage der Generalisierbarkeit dieser Ergebnisse.

Damit wird den Gefahren begegnet, wie sie von Cushing/Deakin richtig gesehen werden:

"We are concerned that the loose formulation of hypotheses and the questionable application of statistical methods may serve to cloud issues rather than assist in revolving them, thus placing subsequent research efforts in jeopardy"¹⁾.

Aus demselben Grunde ist es ebenso eine Selbstverständlichkeit, daß im folgenden auch nicht signifikante Ergebnisse veröffentlicht und nicht nur als signifikant identifizierte Einflußfaktoren vorgestellt werden²⁾.

1) Cushing/Deakin (Firms 1974), 111.

2) vgl. ebenso: Hartmann (Sozialforschung 1972), 160; Kriz (Statistik 1973), 119; Friedrichs (Methoden 1973), 392.

A. INSTRUMENTARIUM DER EINFLUSSFAKTORENBESTIMMUNG

I. Struktur der Hypothesen

Ziel einer den Methoden des kritischen Rationalismus¹⁾ verpflichteten Forschung ist es, Hypothesen über vermutete Zusammenhänge aufzustellen und diese der Gefahr der Falsifikation durch die Empirie auszusetzen.

"Hypothesen sind Teil der Produktionsfaktoren einer an inhaltlichen Zusammenhängen interessierten Forschung. In ihnen ist das Ergebnis vorformuliert. Je nach der Art der Hypothese ließe sich sagen, daß das anschließende Prüfungsverfahren nur noch Fragezeichen auflösen (bei Bestätigung der Hypothese) oder ihnen ein Ausrufezeichen zufügen könne (bei Ablehnung der Hypothese)"²⁾.

In der vorliegenden Untersuchung werden Zusammenhänge zwischen Faktoren wie Branche, Größe, Rechtsform etc.³⁾ und Ausmaß der Gesetzes-einhaltung bzw. der Publizitätsfreudigkeit behauptet, wobei vermutet wird, daß diese Faktoren als unabhängige Variable die abhängigen Variablen "Gesetzeseinhaltung" bzw. "Publizitätsfreudigkeit" verursachen.

Da jeweils ein Zusammenhang zwischen einer unabhängigen Variablen und der Gesetzes-einhaltung bzw. der Publizitätsfreudigkeit vermutet wird, liegen bivariable Verteilungen⁴⁾ mit der Behauptung eines monokausalen Zusammenhangs⁵⁾ vor.

Allerdings handelt es sich nicht um "Kausalgesetze" im strengen wissenschaftstheoretischen Sinne⁶⁾; solche treten im sozialwissenschaftlichen Bereich praktisch nicht auf.

1) vgl. deren Hauptvertreter: Popper (Logik 1966); Albert (Theorien 1972), 3 ff.

2) Hartmann (Sozialforschung 1972), 87.

3) vgl. zur Begründung und Darstellung dieser Einflußfaktoren S.152ff.

4) vgl. dazu: Clauss/Ebner (Grundlagen 1972), 91; Lienert (Methoden 1973), 50.

5) vgl. dazu: Mayntz/Holm/Hübner (Einführung 1972), 192.

6) Nach Stegmüller kann von Kausalgesetzen nur gesprochen werden, wenn diese "quantitative, deterministische, mittels stetiger mathematischer Funktionen darstellbare Mikro-Sukzessions-Nahwirkungsgesetze" darstellen (Kausalität 1970), 166.

Es werden vielmehr statistische bzw. probabilistische Aussagen¹⁾ aufgestellt; das bedeutet, daß im folgenden also nur "Wahrscheinlichkeitsaussagen"²⁾ formuliert werden können.

Wenn also ein "monokausaler" Zusammenhang behauptet wird, so ist das lediglich als ein v e r m u t e t e r Ursache-Wirkungs-Zusammenhang zu verstehen.

"Die Tatsache, daß im Bereich der Sozialwissenschaften deterministische Ursache-Wirkungs-Beziehungen nicht gegeben sind, verpflichtet zur Betonung des Attributs 'vermutet'³⁾).

Obwohl der Informationsgehalt deterministischer Aussagen zwangsläufig größer ist als der statistischer Aussagen, handelt es sich auch bei letzteren um "völlig legitime Erklärungen und nicht solche zweiter Güte"⁴⁾.

II. Die Bestimmung der abhängigen Variablen

Das für die empirische Überprüfung notwendige Prüffeld wird durch Operationalisierung der unabhängigen und abhängigen Variablen gebildet.

Da als abhängige Variable jeweils das "Ausmaß an Gesetzeseinhaltung bzw. Publizitätsfreudigkeit" dient, außerdem vom Meßniveau dieser abhängigen Variablen entscheidend die anzuwendenden Statistiken beeinflusst werden, ist es zweckmäßig, bereits an dieser Stelle eine Operationalisierung dieser Variablen vorzunehmen. Die unterschiedlichen unabhängigen Variablen werden dagegen besser bei der Darstellung der Einzelanalyse der Einflußfaktoren operationalisiert.

Als operationalisierte Form der abhängigen Variablen bieten sich die bereits dargestellten Profile der Gesetzeseinhaltung bzw. der Publizitätsfreudigkeit an.

Allerdings dürfen sie bei der jetzt zu behandelnden Fragestellung nicht mehr dichotomisiert werden, sondern müssen, um auch feinere

1) vgl. zur Unterscheidung deterministische - statistische bzw. probabilistische Aussagen: Hempel (Erklärung 1970), 218 f.; Opp (Methodologie 1970), 36 ff.; Friedrichs (Methoden 1973), 64 f.

2) Hauschildt (Entwicklungslinien 1971), 341.

3) ebenda, 341.

4) Scheuch/Rüschmeyer (Soziologie 1965), 350.

Unterschiede erfassen zu können, in ihren einzelnen Ausprägungen erhalten bleiben. Dadurch stellen die beiden Profile Indizes dar, die abgestufte Intensitätsgrade der Gesetzeseinhaltung bzw. der Publizitätsfreudigkeit abbilden. So befolgt z.B. ein Unternehmen mit der Ausprägung 2 : 2 das Gesetz "tendenziell" eher als ein Unternehmen mit 1 : 3, obwohl beide bei der Entweder-Oder-Fragestellung des Gesamturteils zur Gesetzeseinhaltung als nicht ausreichend klassifiziert wurden.

Ebenfalls ist ein Unternehmen "tendenziell" publizitätsfreudiger, das im Profil die Kombination 4 : 0 erhalten hat, im Vergleich zu einem Unternehmen, das die Rubrik 2 : 2 erreicht hat, obwohl beide im Gesamturteil als publizitätsfreudig qualifiziert wurden.

Wie diese tendenziellen "Abstufungen" meßtheoretisch gedeutet werden können, muß wegen deren Auswirkung auf die auszuwählenden statistischen Tests im folgenden kurz abgeklärt werden.

III. Bestimmung des Meßniveaus der Indizes

"Die Art der Quantifizierung schreibt die Grenzen vor, innerhalb derer weiterführende Rechnungsverfahren berechtigt sind"¹⁾; sie determiniert in entscheidendem Maße die anzuwendenden Statistiken²⁾.

"Messung besteht in ihrer entscheidenden Stufe in der Zuordnung von Zahlen zu einzelnen Beobachtungen, durch die der relative Status dieser Beobachtungen in bezug auf die Ausprägung, den Grad, Wert, Rang einer Variablen bestimmt wird"³⁾.

Je höher das Meßniveau, desto mehr Informationen können auf dieses Meßniveau abgestellte Statistiken verarbeiten und desto aussagekräftiger sind grundsätzlich deren Ergebnisse.

Meßinstrumente zur Bestimmung dieses Meßniveaus werden als Skalen bezeichnet⁴⁾. Unter Berücksichtigung einer sich steigernden Fähigkeit

1) Clauss/Ebner (Grundlagen 1972), 24.

2) vgl. Hartmann (Sozialforschung 1972), 155; Mayntz/Holm/Hübner (Einführung 1972), 177, 191; Friedrichs (Methoden 1973), 99, 389; Lienert (Methoden 1973), 63.

3) Hartmann (Sozialforschung 1972), 108.

4) vgl. Mayntz/Holm/Hübner (Einführung 1972), 47; Hartmann (Sozialforschung 1972), 109.

zur präzisen Messung sind in der Praxis Nominalskalen, Ordinal- oder Rangskalen und Intervall- bzw. Ratio- oder Verhältnisskalen gebräuchlich¹⁾.

Bei Abwägung dieser unterschiedlichen Meßniveaus wird angenommen, daß beide Profile die Berichterstattungsqualitäten in bezug auf die Gesetzeseinhaltung und die Publizitätsfreudigkeit auf der Basis ordinal gruppierter Meßwerte abbilden:

- (1) Bei Betrachtung der beiden Profile könnte man der Versuchung unterliegen, die Abstände zwischen den einzelnen Ausprägungen intervallskaliert zu interpretieren, so etwa festzustellen, ein Unternehmen mit der Kombination 3 : 1 habe das Gesetz um 20 % besser befolgt als ein Unternehmen mit 2 : 2 (da insgesamt fünf Abstufungen vorliegen, wäre ein Intervall = 20 %). Eine solche Interpretation erscheint jedoch vom Ergebnis her gesehen als zu weitgehend, wenn nicht gar als unsinnig. Bei der Festlegung der Skalenart kommt es nur auf die Entscheidung an, "welche Aussagen man als empirisch gerechtfertigt und sinnvoll akzeptiert"²⁾.

"Es sollte deshalb keine kompliziertere Skala und speziell keine höhere Form des Messens gewählt werden, als für den Forschungszweck notwendig"³⁾. In der vorliegenden Untersuchung erscheint es empirisch gerechtfertigt und auch sinnvoll vertretbar, allenfalls Einflußfaktoren für unterschiedliche, ordinal skalierte Intensitätsgrade in den Berichterstattungsqualitäten aufzuspüren.

Nähme man hingegen intervallskalierte Abstufungen an, so müßte im Rahmen der nachfolgenden Einflußfaktorenbestimmung bei der u.a. vorzunehmenden Überprüfung der Hypothese "die Unternehmensgröße hat einen Einfluß auf den Grad der Befolgung der gesetzlich vorgeschriebenen Berichterstattung", wobei diese Unternehmensgröße beispielsweise durch die Bilanzsumme operationalisiert würde, theoretisch die (letztlich paradoxe) Aussage getroffen werden, daß etwa eine Steigerung der Bilanzsumme um 100 Mio. DM den Grad der Gesetzesbefolgung um 40 % erhöht. Eine solche Aussage würde eine Scheingenauigkeit vortäuschen, die aufgrund der den beiden Profilen unterstellten Prämissen (hier vor allem: Gleichgewichtigkeit der Indikatoren) in keiner Weise gerechtfertigt wäre.

"Eine besonders präzise Formulierung der Eigenschaften von Einheiten kann nämlich durchaus zu unstabilen Ergebnissen führen, während eine Vergröberung des Materials Fehler neutralisieren mag"⁴⁾.

1) vgl. zur Unterscheidung dieser Meßniveaus u.a.: Mayntz/Holm/Hübner (Einführung 1972), 38 f.; Kriz (Statistik 1973), 30 ff.; Friedrichs (Methoden 1973), 97 ff.; Lienert (Methoden 1973), 78 ff.

2) Kriz (Statistik 1973), 34.

3) Scheuch (Skalierungsverfahren 1967), 376.

4) ebenda, 377, Fußn. 2.

Für die Annahme des niedrigeren Meßniveaus auf ordinaler Basis spricht auch, daß "sowohl sehr grobe als auch sehr differenzierte Instrumente für Zwecke der Forschung Werte von ausreichender Genauigkeit liefern"¹⁾.

- (2) Wie an anderer Stelle erläutert²⁾, handelt es sich bei den beiden Profilen um Indizes, die die latenten Variablen "Qualität der Gesetzeseinhaltung" und "Qualität der Publizitätsfreudigkeit" verkörpern. Wie Kriz betont, können latente Variable praktisch nur auf einer ordinalen Skala gemessen werden³⁾. Noch weiter gehen Mayntz/Holm/Hübner, wenn sie feststellen, daß ein Index nur auf dem Niveau ordinaler Zahlen basieren kann⁴⁾.

- (3) Die Annahme einer Intervallskala verbietet sich auch deshalb, weil es an dem entscheidenden Kriterium zur Begründung einer solchen Skala fehlt, nämlich dem Kriterium der Gleichheit der Intervalle (Äquidistanz). Zwar suggerieren die Ausprägungen 4 : 0, 3 : 1, 2 : 2 etc. gleiche Abstände, eine solche Interpretation muß jedoch auf das entschiedenste abgelehnt werden. Es wird vielmehr vermutet, daß mit zunehmender Gesetzesbefolgung bzw. Publizitätsfreudigkeit diese Intervalle kleiner werden, d.h. daß der durch zusätzliche Erfüllung eines weiteren Indikators entstehende Beitrag zur Berichterstattungsqualität eine fallende Tendenz aufweist⁵⁾.

Ein Unternehmen, das schon von einem hohen Niveau an Publizitätsfreudigkeit ausgeht, kann durch eine weitere Angabe kaum ein "Mehr" an Beachtung finden, es gilt ja bereits als sehr publizitätsfreudig. Wenn ein Unternehmen dagegen, das bisher eine äußerst negative Einstellung zur Publizität hatte, plötzlich eine freiwillige Information an die Öffentlichkeit dringen läßt, so wiegt das - relativ gesehen - schwerer. Die Annahme gleicher Intervalle scheint also verfehlt.

IV. Angewandte Testverfahren

Statistische Tests, häufiger als Signifikanztests bezeichnet⁶⁾, geben an, wie sicher der Forscher sein kann, "daß überhaupt ein Zusammenhang besteht - ohne etwas über die Stärke des Zusammenhangs zu sagen"⁷⁾.

Da auch ein Interesse an dem Ausmaß der Korrelation besteht, müssen deshalb diese Signifikanztests in den Fällen, in denen sie einen

1) Scheuch (Skalierungsverfahren 1967), 376.

2) vgl. S. 126 ff.

3) vgl. Kriz (Statistik 1973), 37.

4) vgl. Mayntz/Holm/Hübner (Einführung 1972), 47.

5) Diese Aussage scheint plausibel, wenn auch die Theorie bisher das Problem der Nutzenquantifizierung nur unzureichend bewältigen konnte, vgl. hierzu: Heinen/Sabathil (Informationswirtschaft 1975), 778.

6) vgl. Lienert (Methoden 1973), 62.

7) Mayntz/Holm/Hübner (Einführung 1972), 196.

Zusammenhang anzeigen, durch sog. Korrelationskoeffizienten ergänzt werden. "Der Korrelationskoeffizient gibt an, in welchem Maße die Dimensionen zusammenhängen..."¹⁾.

Des weiteren muß festgelegt werden, ob parametrische oder nicht-parametrische Tests zur Anwendung gelangen sollen. Die erste Gruppe ist an das "Vorliegen und an das Bekanntsein bestimmter Verteilungsformen gebunden...; die andere Gruppe macht keine Annahmen über die genaue Form der Verteilung, aus der die Stichprobe der Meßwerte stammt"²⁾.

"Merkmalszusammenhänge in ... den Gesellschaftswissenschaften sind sicherlich zu komplexer Art, als daß sie sich der parametrischen Modellvorstellung einer bivariaten Normalverteilung ... unterordnen ließen"³⁾.

Aus diesem Grunde wird in der vorliegenden Untersuchung auf verteilungsungebundene, also nicht-parametrische Tests zurückgegriffen.

Die Auswahl des adäquaten Tests hängt weiterhin davon ab, ob unabhängige oder abhängige Gesamtheiten auf Zusammenhänge abgeprüft werden sollen.

Bei unabhängigen Gesamtheiten "geht es um die Untersuchung einer Variablen an zwei Gruppen von Probanden, die sich durch ein Merkmal unterscheiden"⁴⁾. In der vorliegenden Untersuchung wird dies z.B. auf die Abprüfung der Hypothese zutreffen, daß große Unternehmen tendenziell publizitätsfreudiger als kleine sind.

Wird eine bestimmte Gesamtheit zweimal auf ein alternatives Merkmal hin untersucht, so handelt es sich um abhängige Fragestellungen. Jedes Untersuchungselement liefert dann zwei Beobachtungsdaten, die paarweise einander zugeordnet sind⁵⁾. Auf speziell für abhängige Fragestellungen entwickelte Tests wird im folgenden dann zurückge-

1) Mayntz/Holm/Hübner (Einführung 1972), 196; vgl. ebenso: Clauss/Ebner (Grundlagen 1972), 93; Hartmann (Sozialforschung 1972), 161.

2) Lienert (Methoden 1973), 62; vgl. ebenso: Clauss/Ebner (Grundlagen 1972), 204 f.

3) Lienert (Methoden 1973), 525.

4) Clauss/Ebner (Grundlagen 1972), 217.

5) vgl. zur näheren Unterscheidung abhängiger-unabhängiger Verteilungen: Sachs (Auswertungsmethoden 1968), 357; Bartel (Statistik 1972), 76 ff.; Clauss/Ebner (Grundlagen 1972), 217 f.; Kriz (Statistik 1973), 137.

griffen, wenn z.B. die Hypothese abgeprüft werden soll, daß Unternehmen, die tendenziell eher die gesetzlich vorgeschriebene Berichtserstattung befolgen, auch tendenziell publizitätsfreudiger sind.

Unter Berücksichtigung dieser Erkenntnisse sowie der oben erläuterten Auswirkung des Skalenniveaus auf den auszuwählenden Test gelangen folgende Prüfverfahren zur Anwendung:

(1) Zusammenhangsüberprüfung unabhängiger Gesamtheiten

- (11) Unabhängige Variable in zwei Ausprägungen, abhängige Variable ordinal skaliert:

Raatz' Rangsummentest für gruppierte Meßreihen¹⁾

- (12) Unabhängige Variable in mehreren Ausprägungen, abhängige Variable ordinal skaliert:

H-Test von Kruskal und Wallis²⁾

- (13) Falls (11) oder (12) signifikante Ergebnisse zeigen, wird ein Korrelationskoeffizient berechnet:

Pearsons Kontingenzkoeffizient mit Pawliks Korrelationsäquivalent³⁾

(2) Zusammenhangsüberprüfung abhängiger Gesamtheiten

- (21) Bei einer Vierfeldertafel:

Chi-Quadrat-Test von McNemar⁴⁾

- (22) Bei einer Mehrfeldertafel:

Symmetrie-Test von Bowker⁵⁾

Um mit der Technik bzw. dem Aufbau dieser Testverfahren vertraut zu machen, werden im Anhang dieser Arbeit jeweils Beispiele durchgerechnet⁶⁾.

1) vgl. dazu: Lienert (Methoden 1973), 233 ff.

2) vgl. ebenda, 263 ff.

3) vgl. ebenda, 562 ff.; vgl. ebenso: Sachs (Auswertungsmethoden 1968), 364; Clauss/Ebner (Grundlagen 1972), 260 ff.

4) vgl. dazu: Sachs (Auswertungsmethoden 1968), 357 ff.; Bartel (Statistik 1972), 78 f.; Lienert (Methoden 1973), 191 ff.

5) vgl. dazu: Lienert (Methoden 1973), 200 ff.

6) vgl. Anhang, S. 191 ff.

Die Annahme bzw. die Ablehnung einer Hypothese verlangt die Festlegung eines Signifikanzniveaus.

"Grundsätzlich ist jedem freigestellt, wie strikt er über die statistische Signifikanz des Zusammenhangs urteilen möchte"¹⁾. Im folgenden wird die in der sozialwissenschaftlichen Forschung gebräuchliche Konvention übernommen, Zusammenhänge auf der Basis des 5 %-Niveaus abzusichern²⁾, also das Risiko einzugehen, in 5 von 100 Fällen ein Fehlurteil zu begehen.

B. DIE GENERALISIERBARKEIT DER EINFLUSSFAKTORENBESTIMMUNG

I. Grundsätzliche Probleme der Generalisierbarkeit

Ziel jeder Forschung sollte es sein, möglichst informative Theorien anzustreben. Es sollten deshalb Aussagen formuliert werden, "die nicht nur für bestimmte Orte und/oder Zeiträume bzw. Zeitpunkte, sondern raumzeitlich unbegrenzt gelten"³⁾. Gerade in den Sozialwissenschaften müssen jedoch die getroffenen Aussagen in den meisten Fällen für bestimmte Raum-Zeit-Gebiete relativiert werden, da insbesondere in diesem Bereich aus dem Zustand eines Sachverhalts zu einem bestimmten Zeitpunkt nicht der Zustand zu allen Zeiten folgt⁴⁾.

Ziel der vorliegenden Arbeit ist es u.a., Ansätze zu einer Theorie des Publizitätsverhaltens von publizitätspflichtigen Unternehmen zu liefern.

Wenn damit auch keine von jedem Raum-Zeit-Gebiet losgelösten, also unbegrenzt gültigen Aussagen aufgestellt werden sollen, so wird zumindest ein Geltungsanspruch für alle zur Zeit publizitätspflichtigen Gesellschaftsformen mit in weiten Teilen identischen Publizitätspflichtigen (Einzelkaufleute/KG/OHG/GmbH nach PubLG, AG, KGaA) gefordert. Des weiteren sollen die zu formulierenden Aussagen über einen

1) Hartmann (Sozialforschung 1972), 160.

2) Ist im Einzelfall eine Absicherung auf einem höheren Signifikanzniveau möglich (1 %, 1 %.), so wird dies explizit angegeben. Vgl. im übrigen zu Problemen des "richtigen" Signifikanzniveaus: Clauss/Ebner (Grundlagen 1972), 170; Hartmann (Sozialforschung 1972), 160; Lienert (Methoden 1973), 72 f.; Witte (Forschung 1974), Sp. 1274.

3) Opp (Methodologie 1970), 197.

4) vgl. Carnap (Einführung 1969), 216.

längeren Zeitraum hin Geltung beanspruchen.

Da auf der anderen Seite die empirische Abprüfung dieser Hypothesen lediglich an dem Prüffeld "Einzelkaufleute/Personenhandelsgesellschaften" erfolgt, außerdem nur Daten eines bestimmten Zeitpunktes verwertet werden, könnte die Gefahr auftreten, die Ergebnisse in ihren Interpretationen zu überziehen¹⁾, einen Geltungsanspruch zu behaupten, der nicht gerechtfertigt ist.

Um dieser Gefahr vor allem in bezug auf den räumlichen Aspekt des Geltungsbereiches begegnen zu können, sollen die vorliegenden Ergebnisse - quasi in einer Kontrolluntersuchung - Ergebnissen vergleichbarer Studien über andere publizitätspflichtige Gesellschaftsformen gegenübergestellt werden.

Zeigt dieser Vergleich keine signifikanten Unterschiede im Publizitätsverhalten auf, so werden die anschließenden Testergebnisse der Einflußfaktorenbestimmung des Publizitätsverhaltens auf alle publizitätspflichtigen Rechtsformen verallgemeinert. Werden signifikante Unterschiede deutlich, so ist klar, daß die zu treffenden Aussagen nur innerhalb ziemlich enger Grenzen gültig sind²⁾.

Bezüglich des zeitlichen Geltungsanspruchs kann vermutet werden, daß bilanzpolitische und damit auch Berichterstattungsgepflogenheiten erfassende Konventionen einen relativ stabilen Charakter aufweisen:

"Die Vermutung einer Globalattitüde über die 'Unsolidität' von Unternehmen mit häufig wechselnden Rechnungslegungsmethoden, wechselnden Zusatzinformationen und ähnlichem... könnte zu einer gewissen Passivität auf bilanzpolitischem Gebiet geführt haben..."³⁾.

Indizien für diese Annahme liefern zwei empirische Arbeiten zur Erforschung von Berichterstattungsgepflogenheiten, die zwei bzw. vier Jahre zum Untersuchungsgegenstand haben; beide Untersuchungen kommen dabei zu dem Ergebnis, daß sich in Ausmaß und Qualität der Berichterstattung im Ablauf der untersuchten Jahre nur marginale Änderungen ergeben haben⁴⁾.

1) vgl. Friedrichs (Methoden 1973), 43.

2) vgl. Homans (Sozialwissenschaft 1969), 31.

3) Kappler (Ansätze 1973), Nr. 2-3, 40; vgl. im Ergebnis ebenso: Frishkoff (Investigation 1970), 129.

4) vgl. v. Wysocki (Jahre 1970), 15 f.; Jäger (Bankenpublizität 1975), 234 f.

Zu ähnlichen Ergebnissen führte eine überschlägige Sichtung der 72iger Jahresabschlüsse der hier erfaßten Einzelkaufleute/Personenhandelsgesellschaften durch den Verfasser, wobei diese Erhebung wegen unvollständigen Datenmaterials mehr in Form einer "pilot-study" durchgeführt wurde und deshalb als nicht repräsentativ bezeichnet werden muß.

II. Die Vergleichsstudien

Zur Absicherung des räumlichen Geltungsbereichs der anschließend folgenden Hypothesen zum Publizitätsverhalten werden zwei Vergleichsstudien herangezogen.

Zum einen wird zurückgegriffen auf die parallel laufende Untersuchung von Adler über die Berichterstattungsgepflogenheiten der ebenfalls nach Publg zu einer erstmaligen Rechnungslegung verpflichteten Gesellschaften mit beschränkter Haftung¹⁾. Im direkten Vergleich wird dabei zu ersehen sein, ob Einzelkaufleute/Personenhandelsgesellschaften oder Gesellschaften mit beschränkter Haftung ein höheres Berichterstattungs-niveau aufweisen.

Zum anderen wird eine repräsentative Untersuchung von v. Wysocki et al. - "Die Berichterstattung Deutscher Aktiengesellschaften über die Bewertungs- und Abschreibungsmethoden gem. § 160 Abs. 2 AktG"²⁾ - verwandt.

Verglichen werden können naturgemäß nur solche Tatbestände, die in allen drei Untersuchungen in der gleichen Form erhoben wurden.

Dies trifft auf die in das Gesetzeseinhaltungsprofil einbezogenen Berichterstattungstatbestände zu. Um etwaige systematische Fehler von vornherein nach Möglichkeit auszuschalten, wurden aus allen Untersuchungen solche Unternehmen ausgeschieden, bei denen wegen des Wirtschaftszweiges oder aus sonstigen Gründen ein bestimmter Berichterstattungstatbestand nicht gegeben war.

1) vgl. Adler (Rechnungslegung).

2) v. Wysocki et al. (Berichterstattung 1971), 308 ff.; auf die Berücksichtigung einer ähnlichen Studie von Castan (Erläuterung 1969), 269 ff., 315 ff., wurde bewußt verzichtet, da in diese Untersuchung nur große Börsengesellschaften einbezogen wurden, der Verdacht eines verzerrenden Einflusses also nahe liegt.

Die in der Untersuchung von v. Wysocki et al.¹⁾ erfaßten Aktiengesellschaften hatten gem. § 160 Abs. 2 Satz 2 AktG die Möglichkeit, bezüglich der Darstellung der Bewertungs- und Abschreibungsmethoden auf einen Geschäftsbericht für ein früheres Geschäftsjahr, das nicht weiter zurücklag als das dritte vorausgegangene, zu verweisen.

Einzelkaufleute, Personenhandelsgesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung konnten naturgemäß bei einer erstmaligen öffentlichen Rechnungslegung nicht auf frühere Geschäftsjahre Bezug nehmen²⁾.

Um deshalb eine gleiche Basis herstellen zu können, müssen die in der Untersuchung von v. Wysocki et al. verweisenden Unternehmen "zugeordnet" werden:

Einerseits ist es sicher nicht richtig zu unterstellen, daß alle verweisenden Aktiengesellschaften in ihren früheren Geschäftsberichten bei allen gesetzlich vorgeschriebenen Berichterstattungstatbeständen ausreichend berichtet hatten.

Andererseits ist es jedoch ebenso falsch, alle verweisenden Unternehmen als "nicht ausreichend" zu kategorisieren. Im folgenden wird deshalb von der plausiblen Annahme ausgegangen, daß die Anzahl der verweisenden Unternehmen im Falle einer Berichterstattung im gleichen Verhältnis "ausreichend zu nicht ausreichend" berichtet hätten wie die tatsächlich berichtenden, nicht verweisenden Unternehmen.

III. Empirischer Befund

Unter Anwendung des Signifikanztests von Kruskal und Wallis gibt Tab. 28 folgende Testergebnisse wieder:

-
- 1) Es wurde von den Mittelwerten dieser Untersuchung ausgegangen.
 - 2) Diese Möglichkeit bleibt im übrigen Einzelkaufleuten und Personenhandelsgesellschaften auch in folgenden Geschäftsjahren verwehrt, da sie im Rahmen ihres Anhanges in jedem Geschäftsjahr über Abschreibungs- und Bewertungsmethoden berichten müssen (vgl. § 5 Abs. 2 Nr. 4).

Tab. 28: Vergleichsstudie zum Publizitätsverhalten

	Einzelkaufleute/ KS/OGH		GmbH		AG		Testergebnisse χ^2 0,05, 2Fg = 5,99
	abs.	%	abs.	%	abs.	%	
A. Berichterstattung über die planmäßigen Abschreibungen							
1. ausreichend	13	46,4	19	27,1	101	48,1	$\chi^2 = 9,49$
2. nicht ausreichend	15	53,6	51	72,9	109	51,9	
	28	100,0	70	100,0	210	100,0	
B. Berichterstattung über die Bewertung der RHB							
1. ausreichend	12	70,4	56	96,5	110	67,1	$\chi^2 = 24,09$
2. nicht ausreichend	8	29,6	2	3,5	54	32,9	
	27	100,0	58	100,0	164	100,0	
+ keine RHB vorhanden (Wirtschaftszweig)	1		12		45		
	28		70		210		
C. Berichterstattung über HK der fertigen und unfertigen Erzeugnisse							
1. ausreichend	14	56,0	29	53,7	48	38,4	$\chi^2 = 9,09$
2. nicht ausreichend	11	44,0	25	46,3	77	61,6	
	25	100,0	54	100,0	125	100,0	
+ keine fertigen und unfertigen Erzeugnisse (Wirtschaftszweig)	3		16		85		
	28		70		210		
D. Berichterstattung über den Deckungsgrad der Pensionsrückstellungen							
1. ausreichend	20	71,4	47	68,1	102	60,4	$\chi^2 = 6,42$
2. nicht ausreichend	8	28,6	22	31,9	67	39,6	
	28	100,0	69	100,0	169	100,0	
+ keine Pensionsrückstellungen	-		1		41		
	28		70		210		

Dabei zeigt es sich bezüglich aller vier Berichterstattungstatbestände, daß bei den untersuchten Gesellschaftsformen signifikante Unterschiede im Publizitätsverhalten bestehen.

Die Berichterstattung über die Herstellungskosten der fertigen und der unfertigen Erzeugnisse und über den Deckungsgrad der Pensions-

rückstellungen zeigen sich dabei auf dem geforderten 5 %-Niveau, die Berichterstattung über die planmäßigen Abschreibungen sowie über die Bewertung der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sogar auf dem 1 %- bzw. 1 %-Niveau signifikant.

Es ist dabei bemerkenswert, daß sich Einzelkaufleute/Personenhandelsgesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung im Berichterstattungsniveau kaum unterscheiden, diese sich aber deutlich von den Aktiengesellschaften durch ein höheres Berichterstattungs-niveau abheben (vor allem bei B., C., D.).

Dieses Ergebnis ist deshalb überraschend, weil erwartet werden konnte, daß Aktiengesellschaften ein höheres Publizitätsniveau aufweisen, da sie an eine langjährige öffentliche Rechnungslegung gewöhnt und damit sicherer im Umgang mit Publizitätsproblemen sind.

Dieser sehr einheitliche Befund zwingt zur Vorsicht: Die anschließenden Testergebnisse über Einflußfaktoren des Publizitätsverhaltens können nicht mehr guten Gewissens unbeschränkt auf alle publizitätspflichtigen Rechtsformen verallgemeinert werden, wenn auch eine Kontrollerhebung sicher nicht ausreicht, diese fundamentale Frage abschließend zu entscheiden.

Da die folgenden Befunde auf Datenmaterial von Einzelkaufleuten/Personenhandelsgesellschaften basieren, sollte ihr Geltungsbereich wegen des Ergebnisses der Vergleichsstudie zum Publizitätsverhalten auf diese Rechtsformen beschränkt bleiben, d.h. sie können also nur sehr bedingt generalisiert werden.

C. ANALYSE DER EINFLUSSFAKTOREN DER GESETZEINHALTUNG UND DER PUBLIZITÄTSFREUDIGKEIT

I. Vorbemerkung

Im folgenden gilt es, in der Literatur geäußerte Vermutungen bzw. bisher unbewiesene Behauptungen über Einflußfaktoren des Publizitätsverhaltens aufzunehmen, daraus prüfbare Hypothesen zu formulieren und diese dann in einem Test der Bewährung durch die Empirie auszusetzen.

Im entsprechenden Schrifttum klingt immer wieder an, daß die Informationsabgabebereitschaft der Unternehmen beeinflußt wird:

"The assumption here is that the quality of disclosure in annual reports is not an independent variable; rather it is likely to be influenced by several variables¹⁾.

Kappler spricht beispielsweise davon, daß der "Informationswert" von Bilanzen großer Unternehmen besser sei als der kleiner Unternehmen²⁾.

Ebenso gehen auch Havermann und Minz davon aus, daß die Geschäftsberichte großer Unternehmen "informativer"³⁾ sind bzw. eine "weitergehende Berichterstattung"⁴⁾ enthalten im Vergleich zu denjenigen mittlerer und kleinerer Unternehmen.

Hierbei lassen die genannten Autoren offen, ob der höhere Informationswert bzw. die weitergehende Berichterstattung sich lediglich auf den freiwilligen Bereich der Publizität beziehen oder auch die gesetzlich vorgeschriebene Berichterstattung umfassen.

Eine solche Differenzierung erscheint jedoch unumgänglich. Die Vermutung ist zwar plausibel, daß sowohl der Intensitätsgrad der Gesetzeinhaltung als auch der der Publizitätsfreudigkeit von denselben Einflußfaktoren induziert wird, dennoch sollen beide Bereiche getrennt - da bisher noch nicht geschehen - an der Realität geprüft

1) Singhvi/Desai (Analysis 1971), 131.

2) vgl. Kappler (Informationsverhalten 1972), 197.

3) Havermann (Publizitätsfreudigkeit 1963), 227.

4) Minz (Mittler 1962), 260.

werden. Dafür spricht auch, daß die Stärke des Einflusses je nach Berichterstattungsbereich variieren kann.

Um auch solch unterschiedliche Strömungen zu erkennen, werden deshalb die nachfolgend zu formulierenden Aussagen für beide Bereiche mit im wesentlichen identischen Begründungen aufgestellt, die empirische Überprüfung jedoch an beiden Gebieten getrennt vorgenommen.

Die Wirksamkeit statistischer Tests setzt eine genügend große Fehlerbesetzung voraus. Ist diese nicht mehr gewährleistet, so müssen notgedrungen Ausprägungen zusammengefaßt werden. Aus diesem Grunde können in den folgenden Oberkreuztabellierungen die jeweiligen Einflußfaktoren sehr oft nur in dichotomisierter Form, allenfalls in drei Ausprägungen dargestellt werden.

II. Die Einflußfaktoren im einzelnen

1. Die Unternehmensgröße als Einflußfaktor

Die meisten Autoren, die Vermutungen über Einflußfaktoren des Publizitätsverhaltens anstellen, sehen in der Unternehmensgröße einen Haupteinflußfaktor¹⁾.

So ist nach Kronstein/Claussen unverkennbar, "daß vor allem die großen Gesellschaften in der Bundesrepublik Geschäftsberichte vorlegen, die nicht nur in ihrer Aufmachung, sondern auch in dem ausbreiteten Tatsachenmaterial beeindrucken"²⁾.

Für die so vermutete, positive Korrelation zwischen Unternehmensgröße und Berichterstattungsqualität könnten vielfältige Gründe ursächlich sein.

So ist anzunehmen, daß mit zunehmender Größe des Unternehmens durch das damit verbundene größere Aufgabenvolumen zwangsläufig eine stärkere Delegation von Entscheidungen und damit auch eine verstärkte Spezialisierung erfolgt³⁾.

1) vgl. u.a.: Minz (Mittler 1962), 260 f.; Havermann (Publizitätsfreudigkeit 1963), 201, 227; v. Wysocki (Jahre 1970), 18; Frishkoff (Investigation 1970), 127; Stringer (Discussion 1970), 135 f.; Singhvi/Desai (Analysis 1971), 131; Hauschildt (Entwicklungslinien 1971), 348; Kappler (Informationsverhalten 1972), 197; Gosman (Characteristics 1973), 1 f.; Buzby (Disclosure 1974), 424; Frings (Berichterstattung 1975), 286 ff.

2) Kronstein/Claussen (Publizität 1960), 28.

3) vgl. Kieser (Organisationslehre 1974), 512.

Dieses zunehmende Spezialistentum auch auf dem Gebiet des Rechnungswesens könnte sich mit der Zeit positiv auf die veröffentlichten Jahresabschlüsse und die damit verbundene Berichterstattungsqualität auswirken.

Die Ermittlung und Verarbeitung von Informationen stellt einen gewichtigen Kostenfaktor dar; viele mittlere und kleinere Unternehmen werden deshalb die Kosten scheuen, die groß aufgemachte Geschäftsberichte verursachen. "Außerdem ist bei einem Großunternehmen das interne Informations- und Kontrollsystem weitaus besser ausgebaut... Die interne Berichterstattung ist somit schon vorhanden und braucht nur in externe Informationen umgeformt zu werden"¹⁾.

Großunternehmen stehen naturgemäß mehr im Rampenlicht der Öffentlichkeit als kleine Unternehmen. Ihre Verlautbarungen erfahren deshalb durch eine kritische Wirtschaftspresse größere Aufmerksamkeit²⁾. Diese intensivere "Kontrolle" könnte Großunternehmen zu einer verstärkten Publizität veranlassen. Außerdem ist anzunehmen, daß Großunternehmen schon von sich aus wegen des größeren interessierten Personenkreises die Veröffentlichung des Jahresabschlusses bewußt als Public-Relation-Instrument einsetzen und deshalb u.U. auch ein "Mehr" an Berichterstattung bieten.

Ein anderer plausibler Grund wird von Singhvi/Desai angesprochen. Sie gehen davon aus, daß kleinere Unternehmen im Falle einer vollständigen Berichterstattung fürchten, ihre Wettbewerbssituation gegenüber Konkurrenzunternehmen zu verschlechtern³⁾.

Diese Vermutungen geben Anlaß, folgende Hypothesen zu formulieren:

HYPOTHESEN

- (1) Die Unternehmensgröße hat einen Einfluß auf den Grad der Befolgung der gesetzlich vorgeschriebenen Berichterstattung.
- (2) Die Unternehmensgröße hat einen Einfluß auf den Grad der freiwilligen Berichterstattung.

Beide abhängigen Variablen liegen in Form der dargestellten Profile der Gesetzeseinhaltung und der Publizitätsfreudigkeit vor.

Zur Operationalisierung der Unternehmensgröße wird auf die bei der Darstellung des empirischen Feldes vorgestellte, Größenmerkmale inte-

1) Frings (Berichterstattung 1975), 286; vgl. ebenso: Singhvi/Desai (Analysis 1971), 131.

2) vgl. ähnliche Argumentation bei: Gosman (Characteristics 1973), 2.

3) vgl. Singhvi/Desai (Analysis 1971), 131.

grierende Kennziffer zurückgegriffen¹⁾. Ein Unternehmen wird dann als "groß" bezeichnet, wenn es in dieser Klassifikation die Kennziffer $> 4,0$ erhält²⁾, als "kleine" Unternehmen werden Unternehmen mit einer Kennziffer von 1,0 bis 4,0 klassifiziert. Damit sind beide Hypothesen in eine prüfbare Form gebracht:

Tab. 29: Unternehmensgröße und Publizitätsverhalten

(1) Zusammenhang zwischen Unternehmensgröße und Grad der Gesetzeinhaltung

Unternehmensgröße Gesetzeinhaltungsprofil	Klein 1,0 - 4,0		Groß > 4,0	
	abs.		abs.	
	%		%	
4 : 0	5	26,3	4	44,4
3 : 1	4	21,1	1	11,1
2 : 2	6	31,5	3	33,4
1 : 3	1	5,3	-	-
0 : 4	3	15,8	1	11,1
	19	100,0	9	100,0

(2) Zusammenhang zwischen Unternehmensgröße und Grad der Publizitätsfreudigkeit

Unternehmensgröße Publizitätsfreudigkeitsprofil	Klein 1,0 - 4,0		Groß > 4,0	
	abs.		abs.	
	%		%	
4 : 0	1	3,2	2	14,3
3 : 1	2	6,4	1	7,1
2 : 2	1	3,2	1	7,1
1 : 3	10	32,3	6	42,9
0 : 4	17	54,2	4	28,6
	31	100,0	14	100,0

Raatz' Rangsummentest hat bei einem Signifikanzniveau von 5 % den kritischen Wert $u = 1,96$. Die tatsächlich erreichten Werte liegen für (1) bei - 0,77 und für (2) bei - 1,76³⁾. Da der Grenzwert nicht überschritten wird, müssen beide Hypothesen abgelehnt werden: es besteht kein signifikanter Zusammenhang zwischen Unternehmensgröße und Grad der Gesetzeinhaltung bzw. Grad der Publizitätsfreudigkeit.

Dieses negative Ergebnis könnte allerdings darauf beruhen, daß die hier als "klein" bezeichneten Unternehmen ebenfalls schon "große"

1) vgl. S. 20 f.

2) So hätte beispielsweise ein Unternehmen mit einer Bilanzsumme von 500 Mio. DM und Umsatzerlösen von 1 Mrd. DM die Kennziffer 4,0.

3) Das Vorzeichen ist absolut zu sehen; es gibt bei diesem Test die Richtung des Zusammenhangs an.

Unternehmen sind, wenn sie die Schwellenwerte des PubLG überschritten haben. Bei diesen Unternehmen könnten also auch bereits die positiven Effekte eingetreten sein, die zur Begründung beider Hypothesen beitrugen.

Auf der anderen Seite zeigen einige andere Untersuchungen mit den gleichen Befunden, daß die Unternehmensgröße als Einflußfaktor des Publizitätsverhaltens in der Literatur zweifellos überschätzt wird. So können auch v. Wysocki¹⁾, Cushing/Deakin²⁾, Stringer³⁾ und Haas⁴⁾ trotz anderer Prüffelder keinen Einfluß identifizieren.

2. Die Rechtsform als Einflußfaktor

Als ein weiterer wesentlicher Einflußfaktor auf das Publizitätsverhalten wird die Rechtsform des jeweiligen Unternehmens vermutet⁵⁾, allerdings ohne explizit zu begründen, warum Unternehmen mit verschiedenen Rechtsformen bei sonst gleichen Ausgangsbedingungen ein unterschiedliches Publizitätsniveau haben sollen.

Ein möglicher Grund kann im unterschiedlichen Haftungsumfang liegen. Die z.B. bei Einzelkaufmann und OHG gegebene, unbeschränkte Haftung könnte aus der Sicht deren Eigentümer, aber auch möglicher Bilanzinteressenten, als Äquivalent für eine restriktive Informationsabgabe gelten. Bei minderem Haftungsumfang (KG, AG, GmbH) ist anzunehmen, daß diese Haftungsbeschränkung - vor allem im Interesse und auf eventuellen Druck der Gläubiger - durch eine weitergehende Informationsabgabe substituiert wird⁶⁾.

Diese je nach Rechtsform unterschiedlichen Verhaltensweisen sind vor allem auf dem Gebiet der freiwilligen Publizität denkbar, sie können jedoch auch Rückwirkungen auf den gesetzlich vorgeschriebenen Bereich haben.

Es werden deshalb folgende Zusammenhänge behauptet:

1) vgl. v. Wysocki (Jahre 1970), 18.

2) vgl. Cushing/Deakin (Firms 1974), 106.

3) vgl. Stringer (Discussion 1970), 136.

4) vgl. Haas (Berichterstattung 1975), 147.

5) vgl. z.B. Hauschildt (Entwicklungslinien 1971), 348; Haas (Berichterstattung 1975), 155.

6) vgl. dazu: Luckan (Gläubigerschutz 1970), 1451; Raisch (Unternehmensrecht I 1973), 127 f.

HYPOTHESEN

- (1) Die Rechtsform hat einen Einfluß auf den Grad der Befolgung der gesetzlich vorgeschriebenen Berichterstattung.
- (2) Die Rechtsform hat einen Einfluß auf den Grad der freiwilligen Berichterstattung.

Die vorliegende Untersuchung beschäftigt sich mit den Rechtsformen des Einzelkaufmanns, der OHG und der KG. Bei Berücksichtigung unterschiedlicher Haftungsbegrenzungen bietet es sich zur Überprüfung beider Hypothesen an, Einzelkaufleute und offene Handelsgesellschaften wegen des gleichen Haftungsumfangs zusammenzufassen und den Kommanditgesellschaften gegenüberzustellen.

Dabei zeigt sich folgender empirischer Befund:

Tab. 30: Rechtsform und Publizitätsverhalten

(1) Zusammenhang zwischen Rechtsform und Grad der Gesetzeseinhaltung

Rechtsform Gesetzeseinhaltungsprofil	Einzelk./OHG		KG	
	abs.	%	abs.	%
4 : 0	2	40,0	7	30,5
3 : 1	-	-	5	21,7
2 : 2	2	40,0	7	30,5
1 : 3	-	-	1	4,3
0 : 4	1	20,0	3	13,0
	5	100,0	23	100,0

(2) Zusammenhang zwischen Rechtsform und Grad der Publizitätsfreudigkeit

Rechtsform Publizitätsfreudigkeitsprofil	Einzelk./OHG		KG	
	abs.	%	abs.	%
4 : 0	-	-	3	3,1
3 : 1	1	12,5	2	5,4
2 : 2	-	-	2	5,4
1 : 3	3	37,5	13	35,1
0 : 4	4	50,0	17	46,0
	8	100,0	37	100,0

Die Werte des Raatz' Rangsummentests erreichen für (1) $u = 0,12$ bzw. für (2) $u = 0,34$, kommen also bei weitem nicht an den kritischen Wert von $u = 1,96$ heran. Es kann also kein Zusammenhang zwischen Rechtsform und dem Grad der Befolgung der gesetzlich vorgeschriebenen Berichterstattung bzw. der Publizitätsfreudigkeit konstatiert werden.

Dieses Ergebnis mag deshalb überraschen, weil bei der Überprüfung einer möglichen Generalisierbarkeit der gesamten Einflußfaktorenbestimmung tatsächlich Unterschiede im Publizitätsverhalten zwischen den einzelnen Rechtsformen aufgedeckt wurden¹⁾.

Der Befund kann deshalb darin begründet sein, daß sehr wohl die vermuteten Zusammenhänge zwischen Haftungsumfang und Ausmaß der Informationsabgabe bestehen, jedoch der Unterschied zwischen Einzelkaufmann/OHG einerseits und KG andererseits nur gradueller Natur ist und erst bei einer deutlicheren Verringerung des Haftungsumfangs wirksam wird.

3. Der Wirtschaftszweig als Einflußfaktor

In der Literatur wird der jeweilige Wirtschaftszweig als eine Schlüsselvariable des Publizitätsverhaltens angesehen²⁾. So ist nach Hauschildt der wichtigste Einflußfaktor "zweifelloos die Zugehörigkeit der Unternehmung zu einer bestimmten Branche"³⁾.

Dieser Zusammenhang wird möglicherweise deshalb vermutet, weil von Branche zu Branche die Relevanz verschiedener Berichterstattungsprobleme anders gelagert sein und deshalb auch zu unterschiedlichen Intensitätsgraden der Berichterstattung führen kann.

Eine ähnliche Wirkung kann auch auf branchenspezifische Unternehmensverbände zurückgehen, indem diese in Gutachten bzw. Rundschreiben an sich gleiche Sachverhalte unterschiedlich beurteilen und ihre Lösungsvorschläge deshalb von Branche zu Branche variieren können.

Des weiteren ist die Annahme durchaus plausibel, daß als sehr spekulativ angesehene Wirtschaftszweige versucht sein könnten, durch einen höheren Publizitätsstandard das Vertrauen in ihre Unternehmen zu festigen⁴⁾.

1) vgl. S. 149 f.

2) vgl. z.B. Havermann (Publizitätsfreudigkeit 1963), 201; Neumann (Auditing 1968), 10; Gosman (Characteristics 1973), 5; Cushing/Deakin (Firms 1974), 111; Frings (Berichterstattung 1975), 284 f.

3) Hauschildt (Entwicklungslinien 1971), 348.

4) vgl. Frings (Berichterstattung 1975), 287.

Außerdem kann angenommen werden, daß die grundsätzliche Einstellung zu Publizitätsfragen zwar innerhalb eines Wirtschaftszweiges relativ konform ist - etwa induziert durch einige "Publizitätsvorreiter", denen sich die anderen Unternehmen aus Konkurrenzgründen notgedrungen anschließen müssen - jedoch innerhalb verschiedener Wirtschaftszweige große Unterschiede aufweisen kann.

Diese Überlegungen geben deshalb Anlaß zur Formulierung folgender Hypothesen:

HYPOTHESEN

- (1) Der Wirtschaftszweig hat einen Einfluß auf den Grad der Befolgung der gesetzlich vorgeschriebenen Berichterstattung.
- (2) Der Wirtschaftszweig hat einen Einfluß auf den Grad der freiwilligen Berichterstattung.

Wegen des geringen Sample-Umfanges kann bei (1) lediglich in die Wirtschaftszweige Handel und Industrie differenziert werden.

Da sich im freiwilligen Bereich der Publizität auch Banken bewähren können, werden bei der Abprüfung von (2) diese zusätzlich aufgenommen.

Tab. 31: Wirtschaftszweig und Publizitätsverhalten

(1) Zusammenhang zwischen Wirtschaftszweig und Grad der Gesetzzueinhaltung

Wirtschaftszweig Gesetzzueinhaltungs- profil	Handel		Industrie	
	abs.	%	abs.	%
4 : 0	6	66,7	3	15,8
3 : 1	1	11,1	4	21,1
2 : 2	2	22,2	7	36,7
1 : 3	-	-	1	5,3
0 : 4	-	-	4	21,1
	9	100,0	19	100,0

(2) Zusammenhang zwischen Wirtschaftszweig und Grad der Publizitätsfreudigkeit

Wirtschaftszweig Publizitätsfreudig- keitsprofil	Handel		Industrie		Banken	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%
4 : 0	3	33,3	-	-	-	-
3 : 1	1	11,1	1	5,3	1	5,9
2 : 2	1	11,1	1	5,3	-	-
1 : 3	-	-	11	57,9	5	29,4
0 : 4	4	44,5	6	31,6	11	64,7
	9	100,0	19	100,0	17	100,0

Raatz' Rangsummentest zeigt für den gesetzlichen Bereich der Berichterstattung (1) den Wert $u = -2,58$. Da damit der kritische Wert von $u = 1,96$ überschritten wird, kann für diesen Bereich die Branchenzugehörigkeit als Einflußfaktor identifiziert werden.

Handelsunternehmen zeigen damit ein signifikant höheres Niveau im gesetzlich vorgeschriebenen Berichterstattungsbereich als Industrieunternehmen.

Der die Stärke dieses Zusammenhanges messende Kontingenzkoeffizient hat den Wert $C = 0,46$. Dies deutet auf einen Zusammenhang mittlerer Stärke hin.

Da im freiwilligen Bereich die unabhängige Variable "Wirtschaftszweig" in drei Ausprägungen vorliegt, gelangt hier der Test von Kruskal und Wallis zur Anwendung.

Dabei ergibt sich ein H/C von 4,82, das auf dem 5 %-Niveau kritische H/C von 5,99 relativ knapp unterschreitet. Insofern kann kein signifikanter Zusammenhang zwischen Wirtschaftszweig und Grad der Publizitätsfreudigkeit festgestellt werden.

Dieses Ergebnis überrascht einigermaßen, da gerade im freiwilligen Bereich ein erhebliches Publizitätsgefälle vermutet werden konnte.

Es besteht jedoch weiterhin die Möglichkeit, daß ein solches Gefälle durchaus besteht, aber nicht mit dem Allgemeinheitsgrad behauptet werden darf, wie in Hypothese (2) geschehen. So kann zumindest vermutet werden, daß sich "Nichtbanken" durch eine deutlich höhere Publizitätsfreudigkeit auszeichnen als Banken. Gerade letzteren wird - wohl beeinflusst durch deren Sonderstellung in der Gesamtwirtschaft - sehr oft nachgesagt, eine gewisse "Publizitätsscheu" zu haben¹⁾.

Dies gibt Veranlassung, den Allgemeinheitsgrad der Hypothese (2) insofern einzuschränken, als ein solcher Zusammenhang nur noch für die Ausprägungen Banken bzw. Nichtbanken behauptet wird:

HYPOTHESE

- (2a) Banken und Nichtbanken zeigen im Grad der freiwilligen Berichterstattung signifikante Unterschiede.

1) Indizien dafür zeigte die intensiv geführte Diskussion um die Einführung eines neuen GuV-Schemas für Aktienbanken, vgl. u.a.: Birck (Reserven 1964), 415 ff.; Gumlich (Gestaltung 1967), 281 ff. Privatbankiers wird eine noch größere "Publizitätszurückhaltung" nachgesagt, vgl. z.B. o.V. (Bilanzpublizität 1967), Nr. 4, 4.

noch Tab. 31: Wirtschaftszweig und
Publizitätsverhalten

(2a) Zusammenhang zwischen Wirtschaftszweig und Grad
der Publizitätsfreudigkeit

Wirtschaftszweig Publi- zitätsfreudigkeitsprofil	Nichtbanken		Banken	
	abs.	%	abs.	%
4 : 0	3	10,7	-	-
3 : 1	2	7,1	1	5,9
2 : 2	2	7,1	-	-
1 : 3	11	22,3	5	29,4
0 : 4	10	25,3	11	64,7
	28	100,0	17	100,0

Ratz' Rangsummentest weist den Wert $u = -2,07$ auf, was bei einem kritischen Wert $u = 1,96$ signifikante Unterschiede anzeigt.

Der Wirtschaftszweig kann demnach auch auf dem Gebiet der Publizitätsfreudigkeit - hier allerdings mit vermindertem Allgemeinheitsgrad - als Einflußfaktor konstatiert werden, wenngleich die Stärke des Zusammenhangs hier relativ schwach ist ($C = 0,28$).

4. Der Abschlußprüfer als Einflußfaktor

Die meisten Autoren, die den Versuch einer Einflußfaktorenbestimmung des Publizitätsverhaltens unternehmen, vermuten, daß der jeweilige Abschlußprüfer über ein bestimmtes Beeinflussungspotential verfügt, das wesentlich das Informationsniveau des veröffentlichten Jahresabschlusses und die ihn begleitende Berichterstattung prägt¹⁾.

1) vgl. z.B. Illetschko (Publizität 1958), 415 f.; Neumann (Auditing 1968), 11; Frishkoff (Investigation 1970), 128; Kappler (Informationsverhalten 1972), 198; Gosman (Characteristics 1973), 5 ff.; Cushing/Deakin (Firms 1974), 109 ff.; Goldman/Barlev (Auditor 1974), 707 ff.

"A CPA firm has a certain degree of influence on the amount of information disclosed in financial statements but the degree of influence may differ from one CPA firm to another"¹⁾.

In den meisten Fällen wird dabei unterstellt, daß Abschlüsse, die von bekannten bzw. großen Abschlußprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften geprüft wurden, ein höheres Publizitätsniveau aufweisen als solche, die von unbekannten bzw. kleinen testiert wurden. Besonders betont dies z.B. Kappler, der vermutet, daß die Bilanzinformationen von Firmen, die sich von unbekannten bzw. kleinen Prüfungsgesellschaften prüfen lassen, "nicht sehr brauchbar"²⁾ sind.

Zum einen steht dahinter sicher die einleuchtende Überlegung, daß größere Wirtschaftsprüfungsgesellschaften in der Regel ihre Leute gezielter und intensiver ausbilden können, diese dadurch jeweils auf dem neuesten Stand der Fachdiskussion sind. Dies wiederum kann sich positiv auf den Publizitätsstandard der jeweiligen Mandanten auswirken.

Wenn auch mit anderer Begründung, aber gleichem Ergebnis bringt dies Frishkoff zum Ausdruck:

"So many of us academicians have tended to give up lip service to the abilities of the regional and local CPA firms, while secretly suspecting them of being less progressive and more conservative than the nationals in their rendering of opinions"³⁾.

Zum anderen wird angenommen, daß kleinere Wirtschaftsprüfungsgesellschaften eher eventuellen "Pressionen" der von ihnen geprüften Gesellschaften ausgesetzt sind als größere Wirtschaftsprüfungseinheiten. In dieselbe Richtung läuft die Vermutung, daß Wirtschaftsprüfer sich bestimmten Wünschen großer Unternehmen eher aufgeschlossen zeigen als denen kleinerer Unternehmen: "...auditors are less prone to offend large clients than small ones"⁴⁾.

In beiden Vermutungen wird das Problem der sog. "Kundenabhängigkeit"⁵⁾ angesprochen.

1) Singhvi/Desai (Analysis 1971), 133.

2) Kappler (Informationsverhalten 1972), 198.

3) Frishkoff (Investigation 1970), 128.

4) ebenda, 128; vgl. ebenso: Gosman (Characteristics 1973), 8.

5) vgl. dazu: v. Wysocki (Prüfungswesen 1972), 132 f. und die dort angeführten Autoren.

Zwischen Prüfer und Unternehmung besteht ein potentieller Interessenskonflikt. Auf der einen Seite muß der Wirtschaftsprüfer gemäß den Grundsätzen der Unabhängigkeit und der Unbefangenheit bei seinen Feststellungen, Beurteilungen und Entscheidungen frei sein von "Einflüssen, Bindungen und Rücksichten"¹⁾. Auf der anderen Seite ist das geprüfte Unternehmen u.U. daran interessiert, den Wirtschaftsprüfer zu einem bestimmten Verhalten zu bewegen bzw. ein eigenes Verhalten stillschweigend zu dulden.

Die Möglichkeiten des Wirtschaftsprüfers, diesen eventuellen Beeinflussungen zu widerstehen, sind umso größer, je kleiner das wirtschaftliche Angewiesensein des Prüfers ist, "ein bestimmtes Mandat auch in der Zukunft zu behalten"²⁾, je weniger er also von einem bestimmten Kunden abhängig ist. Es trifft ihn dann weniger hart, daß "a firm ... can threaten him with displacement or changes in his terms of employment"³⁾.

Der Grad der Kundenabhängigkeit wird in der Regel mit steigender Mandantenzahl geringer. Da mit zunehmender "Unternehmensgröße" des Einzelprüfers bzw. der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft im allgemeinen auch die Zahl der geprüften Abschlüsse steigt⁴⁾, ist die Vermutung plausibel, daß große Wirtschaftsprüfungseinheiten weniger kundenabhängig (und damit Beeinflussungen ausgesetzt) sind als kleine, insofern von ersteren testierte Abschlüsse ein höheres Niveau aufweisen. Zum gleichen Ergebnis kommen Goldman/Barlev⁵⁾:

"...large auditing firms are more able to resist pressures because they are less dependent on any single client firm and more likely to behave independently. Users of audited statements, such as banks and financial analysts, therefore appear to place greater confidence in the reports produced by large auditing firms."

Die voranstehenden Überlegungen führen zur Formulierung folgender Aussagen:

1) Wirtschaftsprüferkammer (Richtlinien 1972), 7.

2) v. Wysocki (Prüfungswesen 1972), 133.

3) Goldman/Barlev (Auditor 1974), 710.

4) vgl. dazu die Untersuchung von Schruff (Wirtschaftsprüfer 1973), 203 ff.

5) Goldman/Barlev (Auditor 1974), 716.

HYPOTHESEN

- (1) Die Unternehmensgröße des Abschlußprüfers hat einen Einfluß auf den Grad der Befolgung der gesetzlich vorgeschriebenen Berichterstattung.
- (2) Die Unternehmensgröße des Abschlußprüfers hat einen Einfluß auf den Grad der freiwilligen Berichterstattung.

Als Maßstab der Unternehmensgröße soll im folgenden der Marktanteil des jeweiligen Abschlußprüfers dienen. Als "groß" ("klein") wird dabei eine Wirtschaftsprüfungseinheit bezeichnet, die einen Marktanteil über 1 % (≤ 1 %) hat¹⁾.

Bei der Konfrontation der Hypothesen mit der Realität zeigen sich folgende Ergebnisse:

Tab. 32: Abschlußprüfer und Publizitätsverhalten

(1) Zusammenhang zwischen Marktanteil des Abschlußprüfers und Grad der Gesetzeseinhaltung

Marktanteil (in %) / Gesetzeseinhaltungsprofil	≤ 1		> 1	
	abs.	%	abs.	%
4 : 0	2	15,4	7	46,6
3 : 1	2	15,4	3	20,0
2 : 2	6	46,2	3	20,0
1 : 3	-	-	1	6,7
0 : 4	3	23,0	1	6,7
	13	100,0	15	100,0

(2) Zusammenhang zwischen Marktanteil des Abschlußprüfers und Grad der Publizitätsfreudigkeit

Marktanteil (in %) / Publizitätsfreudigkeitsprofil	≤ 1		> 1	
	abs.	%	abs.	%
4 : 0	-	-	3	13,6
3 : 1	-	-	3	13,6
2 : 2	1	4,3	1	4,6
1 : 3	12	52,2	4	18,2
0 : 4	10	43,5	11	50,0
	23	100,0	22	100,0

Raatz' Rangsummentest weist für den gesetzlichen Berichterstattungsbereich den Wert $u = -1,87$ auf und scheitert damit nur knapp an dem vorgegebenen Grenzwert von $u = 1,96$. Der behauptete Zusammenhang ist zwar vorhanden, kann jedoch nicht als signifikant bezeichnet werden.

1) Die Zuordnung erfolgte nach Schruff (Wirtschaftsprüfer 1973), 203 ff.; vgl. dazu auch Tab. 10, S. 25.

Ein ähnliches, wenn auch in der Tendenz deutlicheres Bild zeigt sich im freiwilligen Bereich der Berichterstattung: der realisierte Wert $u = -0,65$ bei vorgegebenem $u = 1,96$ gibt an, daß auch hier die Unternehmensgröße des Abschlußprüfers keinen signifikanten Einfluß hat.

Diese Ergebnisse deuten darauf hin, daß die potentiellen Einflüsse des Abschlußprüfers auf das unternehmerische Publizitätsverhalten sowohl im positiven als auch im negativen Sinne überschätzt werden.

5. Laufend ausgeübte Publizität als Einflußfaktor

Die Berichterstattungsqualität im gesetzlich vorgeschriebenen und im freiwilligen Bereich kann davon abhängig sein, ob ein Unternehmen zum ersten Mal mit seiner Bilanzveröffentlichung an die Öffentlichkeit tritt oder bereits seit längerer Zeit Daten aus dem Unternehmensbereich publiziert.

"Gute Publizität braucht ihre Zeit"¹⁾, sie setzt einen gewissen Eingewöhnungsprozeß voraus.

Unternehmen, die in puncto Publizität Neuland betreten, werden der bestehenden Unsicherheit durch Zurückhaltung begegnen, um sich "durch die eigene Übung nicht vorzeitig zu binden"²⁾. Gestützt wird diese Auffassung durch eine Meinungsumfrage im Jahre 1972 unter den nach PubLG voraussichtlich erstmalig publizitätspflichtigen Unternehmen. Dabei wurde festgestellt, daß vor allem jene Unternehmen, die bereits bisher schon freiwillige Publizität geübt hatten, mehr tun wollten als gesetzlich verlangt³⁾.

Die gleiche Meinung wird auch im Hinblick auf die erstmaligen Bilanzveröffentlichungen der Privatbankiers vertreten, wenn festgestellt wird, "... daß diejenigen unter den Bankiers, die freiwillig vorzeitig begonnen hatten, ihre Bilanzen vorzulegen, mehr Übung haben im Umgang mit der öffentlichen Meinung und ihren Nutzen daraus zu ziehen vermochten"⁴⁾.

1) Henniger (Publizität 1972), 5.

2) v. Wysocki (Konzernrechnungslegung 1969), 94.

3) vgl. o.V. (Publizität 1972), Nr. 4, 48.

4) o.V. (Fortschritte 1972), 497.

Es werden deshalb folgende Zusammenhänge vermutet:

HYPOTHESEN

- (1) Laufend ausgeübte Publizität hat einen Einfluß auf den Grad der Befolgung der gesetzlich vorgeschriebenen Berichterstattung.
- (2) Laufend ausgeübte Publizität hat einen Einfluß auf den Grad der freiwilligen Berichterstattung.

Zur Operationalisierung der "laufend ausgeübten Publizität" wird auf die bei der Darstellung des empirischen Feldes bereits vorgestellte Untersuchung von Henniger zurückgegriffen, der eine Klassifizierung in laufende und erstmalige Publizität vorgenommen hat¹⁾.

Hinter der Ausprägung "laufende Publizität" verbergen sich hierbei wie dargestellt sehr heterogene Berichterstattungstatbestände. Dies kann jedoch insofern unberücksichtigt bleiben, als es im vorliegenden Falle allein auf die Tatsache ankommt, daß überhaupt laufend irgendwelche Daten veröffentlicht wurden, also ein gewisser Eingewöhnungsprozeß bezüglich des Umgangs mit Publizitätsproblemen in Gang gesetzt wurde.

Dabei sind folgende Ergebnisse zu konstatieren:

Tab. 33: Laufend ausgeübte Publizität und Publizitätsverhalten

(1) Zusammenhang zwischen laufend ausgeübter Publizität und Grad der Gesetzes Einhaltung

Laufende Publizität Gesetzzeseinhaltungsprofil	Ja		Nein	
	abs.	%	abs.	%
4 : 0	4	44,5	4	25,0
3 : 1	1	11,1	3	18,8
2 : 2	3	33,3	5	31,2
1 : 3	-	-	1	6,2
0 : 4	1	11,1	3	18,8
	9	100,0	16	100,0

(2) Zusammenhang zwischen laufend ausgeübter Publizität und Grad der Publizitätsfreudigkeit

Laufende Publizität Publizitätsfreudigkeitsprofil	Ja		Nein	
	abs.	%	abs.	%
4 : 0	3	16,7	-	-
3 : 1	2	11,1	1	4,2
2 : 2	1	5,6	1	4,2
1 : 3	7	38,9	7	29,1
0 : 4	5	27,7	15	62,5
	18	100,0	24	100,0

Drei Personengesellschaften, die unter das PubLG fallen, sind in der Liste von Henniger (Publizität 1972), 5, nicht erfaßt:

- 1) Nr. 22
- 2) Nr. 39
- 3) Nr. 3

1) vgl. Ausführungen auf S. 24.

Raatz' Rangsummentest errechnet für (1) $u = -0,94$, für (2) $u = -2,54$. Damit wird lediglich im freiwilligen Bereich der Berichterstattung der geforderte Grenzwert von $u = 1,96$ überschritten. Während sich also im gesetzlichen Bereich der Berichterstattung kein signifikanter Einfluß einer laufend ausgeübten Publizität nachweisen läßt, sind Unternehmen, die bereits vor Inkrafttreten des PublG Daten veröffentlicht hatten, signifikant publizitätsfreudiger (Der Kontingenzkoeffizient $C = 0,38$ zeigt an, daß es sich um einen schwächeren bis mittleren Zusammenhang handelt).

Es bleibt also festzuhalten, daß sich zumindest der Grad der Publizitätsfreudigkeit nach einer gewissen Eingewöhnungszeit deutlich erhöht.

6. Versendungsbereitschaft als Einflußfaktor

In der Untersuchung von v. Wysocki et al. wird abschließend vermutet, daß offenbar "ein Publizitätsgefälle besteht zwischen ... denjenigen Gesellschaften, die ihre Jahresabschlüsse und Geschäftsberichte auf Anfrage unmittelbar zugesandt haben und denjenigen Gesellschaften, deren Geschäftsberichte nur auf andere Weise beschafft werden konnten"¹⁾.

So zeigte sich z.B., daß Unternehmen, die bereitwillig das angeforderte Untersuchungsmaterial zur Verfügung stellten, deutlich besser über Abschreibungsmethoden berichteten als Unternehmen, deren Geschäftsberichte anderweitig besorgt werden mußten²⁾.

Nun leuchtet nicht unmittelbar ein, warum und wie eine bestimmte Versendungsbereitschaft die "Güte" der Berichterstattung beeinflussen sollte.

Sieht man jedoch diese Versendungsbereitschaft als äußeres Erscheinungsbild einer positiven Grundeinstellung zu Publizitätsfragen³⁾, die nun tatsächlich ein bestimmtes Berichterstattungsniveau induzieren kann, so erscheint eine solche Beziehung nicht mehr abwegig. Ebenso kann deshalb vermutet werden, daß eine negative Grundeinstellung zur Publizität, die tendenziell zu einer niedrigeren Berichterstat-

1) v. Wysocki et al. (Berichterstattung 1971), 334.

2) vgl. ebenda, 315.

3) Diese positive Grundeinstellung kann dann als intervenierende Variable bezeichnet werden, vgl. dazu z.B. Mayntz/Holm/Hübner (Einführung 1972), 207 ff.

tungsqualität führen wird, mit einer geringen Versandungsbereitschaft korreliert. Diese Einflüsse können dabei sowohl im freiwilligen als auch im gesetzlichen Bereich der Berichterstattung wirksam werden.

Die Versandungsbereitschaft wird somit verstanden als manifestes Spiegelbild der eigentlich beeinflussenden latenten Variablen "Grund-einstellung zu Publizitätsfragen".

Es ist deshalb berechtigt, folgende Behauptungen zu äußern:

HYPOTHESEN

- (1) Die Versandungsbereitschaft hat einen Einfluß auf den Grad der Befolgung der gesetzlich vorge-schriebenen Berichterstattung.
- (2) Die Versandungsbereitschaft hat einen Einfluß auf den Grad der freiwilligen Berichterstattung.

Als versandungsbereit wird bezeichnet, wer auf ein- oder mehrmalige Anfrage das angeforderte Untersuchungsmaterial übersandt hat. Als nicht versandungsbereit gelten solche Unternehmen, die eine Ober-sendung verweigerten, unbrauchbares Material schickten bzw. keinerlei Reaktion zeigten.¹⁾

Dabei sind folgende Befunde zu attestieren:

Tab. 34: Versendungsbereitschaft und Publizitätsverhalten

(1) Zusammenhang zwischen Versandungsbereitschaft und Grad der Gesetzes-einhaltung

Ge- setzeseinhaltungsprofil	Versendungsbereit- schaft		Keine Übersendung	
	abs.	%	abs.	%
4 : 0	6	35,3	3	27,3
3 : 1	4	23,5	1	9,1
2 : 2	4	23,5	5	45,5
1 : 3	1	5,9	-	-
0 : 4	2	11,8	2	18,1
	17	100,0	11	100,0

(2) Zusammenhang zwischen Versandungsbereitschaft und Grad der Publizitäts-freudigkeit

Publi- zitätsfreudigkeitsprofil	Versendungsbereit- schaft		Keine Übersendung	
	abs.	%	abs.	%
4 : 0	3	9,7	-	-
3 : 1	3	9,7	-	-
2 : 2	-	-	2	14,3
1 : 3	13	41,9	3	21,4
0 : 4	12	38,7	9	64,3
	31	100,0	14	100,0

1) vgl. zu dieser Klassifizierung Tab. 8, S. 22.

Für den gesetzlichen Bereich der Berichterstattung wird $u = -0,76$, für den freiwilligen Bereich $u = -1,52$ berechnet. Das von v. Wysocki et al. festgestellte Phänomen¹⁾ kann also für die vorliegende Untersuchung nicht bestätigt werden; es besteht hier kein signifikantes Publizitätsgefälle zwischen versendungsbereiten und nicht versendungsbereiten Unternehmen.

7. Berichterstattungsbereich als Einflußfaktor

Die Unternehmen könnten u.U. die Intensität ihrer Berichterstattung nach dem zu erläuternden Gegenstand bemessen. Daß eine solche Vermutung nicht unbegründet ist, zeigt eine Äußerung von Havermann:

"Die Erläuterung der bedeutenden Position Vorräte gehört übereinstimmend bei allen Gesellschaften zu den schwächsten Punkten der Berichterstattung."²⁾

Havermann erklärt dies damit, daß gerade das Vorratsvermögen für die Bildung stiller Reserven besonders gut geeignet sei, "weil sich hier gebildete stille Reserven schnell wieder realisieren lassen und darüber hinaus die Bildung und Auflösung der Reserven auch nicht in der Gewinn- und Verlustrechnung sichtbar werden, sondern im Materialeinsatz...oder in der Bestandsveränderung...untergehen"³⁾.

Diese stille Bildung und Auflösung von Reserven wollen die Unternehmen offenbar durch eine gedrosselte Berichterstattung unterstützen. Es besteht deshalb die Vermutung, daß die Berichterstattungsqualität des einzelnen Unternehmens Schwankungen unterliegt, je nachdem, welcher Bereich erläutert wird.

Da dieses Phänomen vor allem im gesetzlichen Bereich der Berichterstattung vermutet wird, darüber hinaus aber auch das notwendige Datenumaterial fehlt, um diese Vermutung auch in bezug auf die Publizitätsfreudigkeit zu testen, bezieht sich die folgende Hypothese nur auf den gesetzlich vorgeschriebenen Bereich der Berichterstattung.

HYPOTHESE

Der Berichterstattungsbereich hat einen Einfluß auf den Grad der Befolgung der gesetzlich vorgeschriebenen Berichterstattung.

1) vgl. v. Wysocki et al. (Berichterstattung 1971), 334.

2) Havermann (Publizitätsfreudigkeit 1963), 234.

3) ebenda, 234.

Diese Aussage kann nicht mehr an dem bisher verwandten Berichterstattungsprofil abgeprüft werden, da der Einfluß einzelner Berichterstattungstatbestände behauptet wird, die ja bekanntlich in diesem Profil untergehen.

Die Überprüfung dieser Behauptung muß deshalb auf andere Weise erfolgen. Es erscheint sinnvoll, diese Hypothese im folgenden zweifach zu testen:

Jedes Unternehmen soll daraufhin untersucht werden, inwieweit ausreichende (nicht ausreichende) Berichterstattung über planmäßige Abschreibungen zusammentrifft mit einer ausreichenden (nicht ausreichenden) Berichterstattung über die Bewertung der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe bzw. über die Herstellungskosten der fertigen und unfertigen Erzeugnisse. Träfe dies innerhalb des vorgegebenen Signifikanzniveaus von 5 % zu, so wären keine Unterschiede im Grad der Berichterstattung bei den einzelnen Tatbeständen zu erkennen, die formulierte Hypothese wäre demnach zu verwerfen.

Die Überprüfung der Hypothese zeigt folgende Befunde:

Tab. 35: Gegenstand der Berichterstattung als Einflußfaktor des Publizitätsverhaltens

(a) Berichterstattung über planmäßige Abschreibungen/ Berichterstattung über Bewertung der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe

Berichterstattung über Bewertung der RHB		Berichterstattung über planmäßige Abschreibungen		
		ausreichend	nicht ausreichend	
	ausreichend	10	10	20
	nicht ausreichend	3	5	8
		13	15	28

(b) Berichterstattung über planmäßige Abschreibungen/ Berichterstattung über die Herstellungskosten der fertigen und unfertigen Erzeugnisse

		Berichterstattung über planmäßige Abschreibungen		
		ausreichend	nicht ausreichend	
	Berichterstattung über HK der fertigen und unfertigen Erzeugnisse			
	ausreichend	10	7	17
	nicht ausreichend	3	8	11
		13	15	28

Da es sich hier um typisch abhängige Fragestellungen handelt, diese außerdem jeweils in Form eines Vierfelderschemas vorliegen, findet der Chi-Quadrat-Test von McNemar Anwendung.

Er zeigt für (a) den Wert $\chi^2 = 3,25$, für (b) den Wert $\chi^2 = 1,23$. Das kritische χ^2 bei 5 % und einem Freiheitsgrad beträgt 3,84. Die bestehenden Unterschiede in den Berichterstattungsqualitäten der einzelnen Tatbestände reichen demnach nicht aus, um die Hypothese als vorläufig bewährt ansehen zu können, sie müssen als zufällig betrachtet werden. Die Unternehmen machen also ihr Publizitätsverhalten nicht vom jeweiligen Gegenstand der Berichterstattung abhängig.

Gleichsam als Nebenprodukt fällt jedoch hier bereits ein Ergebnis ab, das es abschließend noch zu vertiefen gilt: Die einzelnen Unternehmen legen sich offenbar auf ein bestimmtes Berichterstattungsniveau fest, das sie dann gleichförmig auf allen Berichterstattungsbereichen durchhalten.

8. Uniformitätsstreben als Einflußfaktor

Es ist durchaus plausibel, daß sich das einzelne Unternehmen von vornherein auf einen bestimmten Publizitätsstandard festlegt, der von einer positiven bzw. negativen Grundeinstellung zur Publizität geprägt ist. Dieser wird dann unabhängig vom Berichterstattungsbe-
reich auf allen Berichterstattungsebenen gleichförmig eingehalten. Erste Anzeichen für ein solch uniformes Publizitätsverhalten liefern die vorangegangene Einflußfaktorenbestimmung.

Die Annahme ist deshalb einleuchtend, daß ein Unternehmen mit einem hohen Publizitätsstandard - also mit einer besonders positiven Grundeinstellung zu Publizitätsfragen - sowohl im gesetzlichen als auch im freiwilligen Bereich der Berichterstattung gleichermaßen überdurchschnittlich berichtet.

Auf der anderen Seite ist zu vermuten, daß ein Unternehmen mit äußerst negativer Einstellung zur Publizität in beiden Bereichen eine restriktive Informationsversorgung betreibt. Die Annahme eines bestehenden Uniformitätsstrebens veranlaßt zur Formulierung folgender Behauptung:

HYPOTHESE

Im Grad der Befolgung der gesetzlich vorgeschriebenen Berichterstattung und im Grad der freiwilligen Berichterstattung bestehen keine signifikanten Unterschiede.

Hier liegt wiederum eine abhängige Fragestellung vor, da jedes einzelne Unternehmen sowohl auf den Grad der Gesetzeseinhaltung als auch auf den Grad der Publizitätsfreudigkeit überprüft werden muß, wobei diese Gegenüberstellung anhand der bereits öfters benutzten Profile erfolgt.

Tab. 36: Uniformitätsstreben als Einflußfaktor des Publizitätsverhaltens

		Gesetzeseinhaltungsprofil					
		4 : 0	3 : 1	2 : 2	1 : 3	0 : 4	
Publizitäts- freudigkeits- profil	4 : 0	3	-	-	-	-	3
	3 : 1	2	-	-	-	-	2
	2 : 2	1	-	-	-	1	2
	1 : 3	-	3	4	1	3	11
	0 : 4	3	2	5	-	-	10
		9	5	9	1	4	28

Als Signifikanztest findet die auf Mehrfeldertafeln verallgemeinerte Form des McNemar-Tests, nämlich der Symmetrie-Test von Bowker, Anwendung. Dieser zeigt bei 10 Freiheitsgraden auf dem 5 %-Niveau ein kritisches χ^2 von 18,3. Das aufgrund der realen Datenkonstellation errechnete χ^2 beträgt 13,85. Die bestehenden Unterschiede reichen also nicht aus, die formulierte Hypothese zu widerlegen, sie kann vielmehr als vorläufig bewährt angenommen werden: Unternehmen, die tendenziell ein hohes (niedriges) Berichterstattungsniveau im gesetzlichen Bereich aufweisen, verfügen gleichermaßen über ein hohes (niedriges) Berichterstattungsniveau im freiwilligen Bereich. Die Annahme eines bestimmten Uniformitätsstrebens hat sich also bestätigt.

III. Zusammenfassung und Würdigung der Einflußfaktorenbestimmung

Der Versuch der Identifikation von Einflußfaktoren des Publizitätsverhaltens hat gezeigt, daß die Wirksamkeit dieser Faktoren in der Literatur zweifellos überschätzt wird. So erwies sich lediglich der Wirtschaftszweig sowohl im gesetzlichen als auch im freiwilligen Bereich der Berichterstattung als signifikante Variable, eine laufend ausgeübte Publizität als Einflußfaktor der Publizitätsfreudigkeit. Unternehmensgröße, Rechtsform, Abschlußprüfer, Versandungsbereitschaft sowie der jeweilige Berichterstattungsbereich konnten dagegen nicht als Einflußfaktoren des Publizitätsverhaltens identifiziert werden.

Ein bemerkenswertes Ergebnis, das in der Literatur in dieser Form noch nicht erörtert wurde, liegt in der empirischen Absicherung eines behaupteten Uniformitätsstrebens im Publizitätsverhalten: Nach Festlegung auf einen bestimmten Publizitätsstandard wird dessen Niveau sowohl im gesetzlich vorgeschriebenen als auch im freiwilligen Bereich der Berichterstattung gleichermaßen aufrechterhalten.

Im übrigen ist weiter festzustellen, daß grundsätzlich noch ein ganzes Bündel anderer Einflußfaktoren denkbar ist. So wäre etwa möglich, daß ein Unternehmen, das als Konzernunternehmen von einer Aktiengesellschaft beherrscht wird, sich deren Publizitätsstandard zu eigen macht (freiwillig oder "verordnet"). Ebenso könnte die Berichterstattungsqualität positiv davon beeinflußt sein, daß eine bestimmte Gesellschaft von einem amerikanischen Unternehmen beherrscht wird,

denen man im allgemeinen einen höheren Publizitätsstandard nach-sagt¹⁾). Es wäre sicher lohnend gewesen, auch diesen beispielhaft aufgezählten, möglichen Einflußfaktoren nachzugehen. Dies verbot sich jedoch, da das vorliegende Untersuchungsmaterial für deren empirische Überprüfung zu wenige Fälle abgab, um guten Gewissens statistische Tests einsetzen zu können. Ihre Überprüfung muß deshalb anderen Untersuchungen vorbehalten bleiben.

Bei der Wertung der Ergebnisse muß weiterhin einschränkend berücksichtigt werden, daß lediglich zweifaktorielle Zusammenhänge vermutet wurden.

Es könnte jedoch sein, daß die tatsächlichen Beziehungen komplexerer Natur sind, daß etwa mehrere unabhängige Variable gemeinsam ein bestimmtes Publizitätsverhalten induzieren (Multikausalität).

Eine solche Überprüfung, die auch komplexere Zusammenhänge unterstellt, könnte man durch Einführung einer Testvariablen vornehmen. Sie würde testen, "ob der gefundene, zweifaktorielle Zusammenhang echt, scheinbar oder ungenügend ist (ungenügend, weil in Wirklichkeit eine weitere Variable entweder zusätzlich als unabhängige oder als intervenierende Variable wirkt)"²⁾.

Auch hier können nur weitere Forschungsansätze aufgezeigt werden; eine Anwendung auf die vorliegende Untersuchung verbot sich wiederum wegen des zu geringen Sample-Umfanges: durch Einführung einer Testvariablen würden ceteris paribus zu kleine Felderbesetzungen entstehen, die den Einsatz von statistischen Tests fragwürdig erscheinen lassen³⁾.

Abschließend sei nochmals auf die generellen Grenzen einer solchen Einflußfaktorenbestimmung hingewiesen, wobei die Äußerungen von Singhvi/Desai auch auf die vorliegende Untersuchung zutreffen:

"It should be pointed out that the statistical significance of the results does not establish a cause and effect relationship. However, an attempt has been made to provide a rationale for relationships among different variables included in this study"⁴⁾.

1) vgl. dazu z.B. Kappler (Informationsverhalten 1972), 159.

2) Mayntz/Holm/Hübner (Einführung 1972), 199; vgl. im übrigen zu dieser Vorgehensweise sowie zu weiteren Problemen der Multikausalität: Hartmann (Sozialforschung 1972), 164 ff.; Lienert (Methoden 1973), 522 f.; Kriz (Statistik 1973), 242 ff.; Friedrichs (Methoden 1973), 389 ff.

3) So erfordern beispielsweise die in dieser Untersuchung benutzten Tests von Raatz und Kruskal und Wallis ca. 8-10 Elemente je Ausprägung der unabhängigen Variablen; vgl. dazu Lienert (Methoden 1973), 216, 219.

4) Singhvi/Desai (Analysis 1971), 135.

V i e r t e s K a p i t e l : ZUSAMMENFASSUNG DER WICHTIGSTEN
ERGEBNISSE

- (1) Der Gesetzgeber sah sich bei Einzelkaufleuten und Personenhandelsgesellschaften von vornherein gezwungen, seine mit dem PublG angestrebten Ziele des Gläubigerschutzes, der Information der Öffentlichkeit sowie der mittelbaren Kontrolle durch die bewußte Herausnahme des Privatvermögens aus der Bilanzierung zu relativieren.

Der Gesetzgeber gefährdete die Erreichung dieser Ziele darüber hinaus - mehr oder weniger freiwillig - durch bewußte Einräumung diverser Publizitätserleichterungen für diese Gesellschaftsformen. Besonders fällt hier der Verzicht auf die Veröffentlichung einer GuV und eines Geschäftsberichtes ins Gewicht, da gerade ein Lagebericht ein wichtiger, ergänzender Teil der Rechnungslegung ist, durch den dem Leser überhaupt erst die Kenntnisnahme des wirtschaftlichen Gesamtbildes der Gesellschaft ermöglicht wird¹⁾.

Unter Berücksichtigung des nach Inanspruchnahme aller Publizitätserleichterungen (Veröffentlichung des Jahresabschlusses nach Gewinnverwendung, Zusammenfassung sämtlicher Kapitalkonten zum Posten "Eigenkapital", Veröffentlichung eines Anhanges zur Jahresbilanz anstelle einer GuV) noch zu publizierenden "Torsos", muß zwangsläufig der Eindruck entstehen, als ob es dem Gesetzgeber primär darauf ankam, daß Großunternehmen überhaupt etwas publizieren, das eigentliche Publizitätsergebnis dagegen nur von sekundärer Bedeutung war.

- (2) Die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung stellen einen unbestimmten Rechtsbegriff dar, ein Stück offengelassener Gesetzgebung, das auf induktivem und deduktivem Wege konkretisiert werden kann. Es gibt kein Primat für die eine oder andere Ermittlungsmethode.

Angesichts der seinerzeit lebhaft geführten Diskussion gegen die Übernahme der aktienrechtlichen Bewertungsvorschriften ins PublG ist es überraschend, daß die Mehrheit der untersuchten Industrie-

1) vgl. Adler/Düring/Schmaltz (Rechnungslegung 1968), § 160, Tz. 23.

und Handelsunternehmen eben diese Bestimmungen (neben steuerlichen Grundsätzen) anscheinend als "authentische Interpretation"¹⁾ der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ansehen.

- (3) Die aufgrund von "Berichterstattungsprofilen" gebildeten Gesamturteile hinsichtlich der Befolgung der gesetzlich vorgeschriebenen Berichterstattung über die Abschreibungs- und Bewertungsmethoden sowie über das Ausmaß der freiwilligen Berichterstattung fielen negativ aus.

Einige Unternehmen heben sich dabei von der Masse der untersuchten Gesellschaften deutlich ab, indem sie z.B. vom Gesetzgeber eingeräumte Publizitätserleichterungen bewußt nicht in Anspruch nehmen. Hier fielen besonders positiv Handelsunternehmen auf, die teilweise sogar einen Geschäftsbericht nach aktienrechtlichen Maßstäben erstellten und diesen auch der Abschlußprüfung unterwarfen, ohne hierzu nach PubLG verpflichtet zu sein. Privatbanken sind nicht verpflichtet, über Abschreibungs- und Bewertungsmethoden zu berichten. Auch auf demnach freiwilliger Basis wird nahezu einhellig auf eine solche Berichterstattung verzichtet. Auffallend ist im übrigen auch das sonstige, nahezu uniforme Publizitätsverhalten der Privatbanken.

- (4) Die Versuche der Identifikation von Einflußfaktoren des Publizitätsverhaltens zeigen, daß die in der Literatur geäußerten Vermutungen über mögliche Einflußfaktoren in den meisten Fällen nicht zutreffen.

Als signifikante Einflußfaktoren erwiesen sich nur die Branchenzugehörigkeit (im gesetzlichen und freiwilligen Bereich der Berichterstattung) sowie die Tatsache einer bereits vor Inkrafttreten des PubLG laufend ausgeübten Publizität (nur im freiwilligen Berichterstattungsbereich). Bemerkenswert ist jedoch, daß sich Unternehmen - wahrscheinlich geprägt durch ihre Grundeinstellung zu Publizitätsfragen - auf einen gewissen Publizitätsstandard festlegen und diesen dann im gesetzlich vorgeschriebenen und im freiwilligen Bereich der Berichterstattung gleichförmig anwenden.

1) Schneider (Aktiengesetz 1965), 362.

Eine Kontrollstudie zur Frage der Reichweite dieser Einflußfaktorenbestimmung hat ergeben, daß diese nicht ohne weiteres auf andere publizitätspflichtige Rechtsformen verallgemeinert werden kann. Im Publizitätsverhalten von Einzelkaufleuten, offenen Handelsgesellschaften, Kommanditgesellschaften / Gesellschaften mit beschränkter Haftung / Aktiengesellschaften bestehen signifikante Unterschiede bei gleichem, gesetzlich vorgeschriebenem Berichterstattungsumfang. Dabei zeigte es sich, daß Einzelkaufleute, offene Handelsgesellschaften, Kommanditgesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung überraschenderweise ein höheres Berichterstattungsniveau aufweisen als Aktiengesellschaften.

- (5) Die Ergebnisse insgesamt zeigen, daß eine empirisch motivierte "Theorie der öffentlichen Rechnungslegung" ihre Berechtigung hat.

Solange zwischen Gesetzesanspruch und Gesetzeserfüllung solche Lücken klaffen, ist es sicher vordringlicher, diese Lücken aufzuzeigen und Erklärungen dafür zu finden, also nach dem "tatsächlichen" Informationsgehalt veröffentlichter Jahresabschlüsse zu fragen, als neue Bilanztheorien zu entwickeln, die in der Praxis ohnehin keine Verwirklichung finden.

Wenn diese Arbeit einige Bausteine für eine empirische Theorie der öffentlichen Rechnungslegung beigesteuert und damit einige "weiße Flecken auf der Karte bilanztheoretischer Forschung"¹⁾ gelöscht bzw. zumindest Anregungen für weitere Forschungsansätze geliefert hat, ist eine der wesentlichsten Zielsetzungen dieser Arbeit erfüllt.

1) Heinen (Handelsbilanzen 1974), 37 f.

A n h a n g

	Seite
A. Berichterstattung über Bewertungs- und Abschreibungsmethoden (Tab. 1-12)	178
B. Das statistische Instrumentarium, dargestellt an Beispielen	191
C. Verzeichnis der nach Publizitätsgesetz erstmalig publizitätspflichtigen Einzelkaufleute/Personenhandelsgesellschaften	197

**Tab. 1: Berichterstattung über die Abschreibungen auf planmäßig
abschreibbare Zugänge**

Bemerkungen: Es handelt sich hier (auch bei Nichtbanken) um eine freiwillige Berichterstattung, da nach PubLG eine Berichterstattung über Abschreibungen auf Zugänge nicht gefordert wird.

	Nichtbanken		Banken		Gesamt	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%
A. Vollständige Berichterstattung bei allen ersichtlichen, planmäßig abschreibbaren Zugängen	3	10,7	-	-	3	6,7
B. Bericht fehlt, es sind keine planmäßig abschreibbaren Zugänge vorhanden	-	-	-	-	-	-
C. Bericht fehlt; ob planmäßig abschreibbare Zugänge vorhanden sind, kann wegen fehlenden Anlagespiegels nicht überprüft werden	-	-	14	82,3	14	31,1
D. Berichterstattung erfolgt nicht bei allen ersichtlichen, planmäßig abschreibbaren Zugängen	-	-	-	-	-	-
E. Bericht fehlt, obwohl aus der Bilanz bzw. freiwilligem Erläuterungsbericht planmäßig abschreibbare Zugänge ersichtlich sind	22	78,6	2	11,8	24	53,3
F. Keine Berichterstattung: Veröffentlichung einer GuV	3	10,7	1	5,9	4	8,9
	28	100,0	17	100,0	45	100,0

**Tab. 2: Berichterstattung über die Behandlung geringwertiger
Gegenstände des Anlagevermögens**

Bemerkungen: Nach h. M. (vgl. z. B. Adler/Düring/Schmaltz, Rechnungslegung 1968, § 160, Tz. 34) hat die Sofortabschreibung geringwertiger Gegenstände des AV nicht den Charakter einer außerplanmäßigen Abschreibung. Folglich müssen Nichtbanken die angewandte Abschreibungsmethode angeben. Nicht erforderlich ist jedoch - im Gegensatz zu Aktiengesellschaften - bei Einzelkaufleuten und Personengesellschaften die Angabe des Abschreibungsbetrages auf Zugänge des Berichtsjahres.

	Nichtbanken		Banken		Gesamt	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%
A. Volle Abschreibung im Jahr der Anschaffung mit Angabe des Abschreibungsbetrages einschließlich der Angabe, daß geringwertige Vermögensgegenstände nicht angeschafft worden sind	2	7,1	-	-	2	4,4 1)
B. Volle Abschreibung im Jahr der Anschaffung ohne Angabe des Abschreibungsbetrages	17	60,8	-	-	17	37,8 1)
C. Nur Angabe des Abschreibungsbetrages	-	-	-	-	-	-
D. Keine Berichterstattung	7	25,0	16	94,1	23	51,1
E. Keine Berichterstattung: Veröffentlichung einer GuV	2	7,1	1	5,9	3	6,7 1)
	28	100,0	17	100,0	45	100,0

1) Hinreichende Berichterstattung. Vgl. zu dieser Klassifizierung, die auch in den folgenden Tabellen angewandt wird: v. Wysocki et al. (Berichterstattung 1971), 308 ff., deren Zuordnungen - soweit übertragbar - übernommen werden.

Bemerkungen: Über die Vornahme außerplanmäßiger Abschreibungen ist nur insoweit zu berichten, als die Vergleichbarkeit des Abschlusses beeinträchtigt wird. "In der Regel sind der Anlaß und die betroffenen Vermögensteile anzugeben, ohne daß Einzelheiten anzuführen sind."¹⁾

	Nichtbanken		Banken		Gesamt	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%
A. Umfang der Berichterstattung:						
1. Es wird über außerplanmäßige Abschreibungen berichtet	20	71,4	-	-	20	44,4
2. Es wird über außerplanmäßige Abschreibungen nicht berichtet	6	21,4	16	94,1	22	48,9
a) obwohl erkennbar außerplanmäßig abgeschrieben wurde (Finanzanlagevermögen, Grundstücke ohne Bauten)	(4)	(14,3)	-	-	(4)	(8,9)
b) nicht erkennbar, ob außerplanmäßig abgeschrieben wurde	(2)	(7,1)	(16)	(94,1)	(18)	(40,0)
3. Es findet sich der Hinweis, daß außerplanmäßige Abschreibungen nicht vorgenommen wurden	-	-	-	-	-	-
4. Keine Berichterstattung: Veröffentlichung einer GuV	2	7,2	1	5,9	3	6,7
	28	100,0	17	100,0	45	100,0
B. Berichterstattung über die Ursachen von außerplanmäßigen Abschreibungen:						
1. Die Rechtsgrundlagen werden angegeben	6	30,0	-	-	6	30,0
2. Lediglich Hinweis auf die steuerliche Zulässigkeit	4	20,0	-	-	4	20,0
3. Die Art wird angegeben, nicht die Rechtsgrundlage	2	10,0	-	-	2	10,0
4. Rechtsgrundlage und Art werden angegeben	7	35,0	-	-	7	35,0
5. Hinweis auf steuerliche Zulässigkeit und Art	1	5,0	-	-	1	5,0
6. Kein Bericht über Ursachen im Rahmen der Gesamtberichterstattung	-	-	-	-	-	-
	20	100,0	-	-	20	100,0
+ A. 2. + A. 4.	8		17		25	
	28		17		45	
C. Berichterstattung über die Beträge von außerplanmäßigen Abschreibungen:						
1. Vollständige oder unvollständige Angabe des Betrages in einer Summe	1	5,0	-	-	1	5,0
2. Betragsangabe nur für einzelne Arten	1	5,0	-	-	1	5,0
3. Vollständige Angabe der Beträge für die einzelnen Arten	-	-	-	-	-	-
4. Kein Bericht über Beträge im Rahmen der Gesamtberichterstattung	18	90,0	-	-	18	90,0
	20	100,0	-	-	20	100,0
+ A. 2. + A. 4.	8		17		25	
	28		17		45	

noch Tab. 3: Berichterstattung über die außerplanmäßigen Abschreibungen
(Wertberichtigungen)

	Nichtbanken		Banken		Gesamt	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%
<u>D. Berichterstattung über Ursachen und Beträge der außerplanmäßigen Abschreibungen:</u>						
1. Sowohl Angabe von Ursachen als auch von Beträgen	2	10,0	-	-	2	10,0
2. Angabe von Ursachen, nicht von Beträgen	18	90,0	-	-	18	90,0
3. Angabe von Beträgen, nicht von Ursachen	-	-	-	-	-	-
4. Weder Angabe von Ursachen noch von Beträgen im Rahmen der Gesamtberichterstattung	-	-	-	-	-	-
	20	100,0	-	-	20	100,0
+ A. 2. + A. 4.	8		17		25	
	28		17		45	

1) IdW (Sonderausschuß/Geschäftsbericht 1967), 129.

2) vgl. Adler/Düring/Schmaltz (Rechnungslegung 1968), § 160, Tz. 46.

Tab. 4: Berichterstattung über Zuschreibungen im Anlagevermögen

Bemerkungen: "Zuschreibungen zu Gegenständen des Anlagevermögens stellen grundsätzlich eine Unterbrechung der Bewertungskontinuität dar und rechnen daher zu den angabepflichtigen Methodenänderungen¹⁾ ; da bei der erstmaligen Rechnungslegung nach Publ6 über Änderungen nicht berichtet werden muß, handelt es sich um eine freiwillige Berichterstattung.

	Nichtbanken		Banken		Gesamt	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%
A. Es wird über Ursachen der Zuschreibungen berichtet:						
1. Zur Anpassung an die Steuerbilanz	-	-	-	-	-	-
2. Aus sonstigen Gründen	1	3,6	-	-	1	2,2
B. Die Vornahme von Zuschreibungen wird lediglich erwähnt	-	-	-	-	-	-
C. Es werden im Anlagespiegel zwar Zuschreibungen ausgewiesen, es wird aber nicht darüber berichtet	5	17,8	-	-	5	11,1
D. Es werden keine Zuschreibungen ausgewiesen	21	75,0	-	-	21	46,7
E. Die Vornahme von Zuschreibungen ist wegen fehlenden Anlagespiegels nicht erkennbar	1	3,6	17	100,0	18	40,0
	28	100,0	17	100,0	45	100,0

1) Adler/Düring/Schmaltz (Rechnungslegung 1968), § 160, Tz. 70.

2) Aufzinsung unverzinslicher Darlehen wegen Zeitablauf (Nr. 29).

Tab. 5: Berichterstattung über den Herstellungskostenbegriff im
Anlagevermögen (ohne Kreditinstitute)

Bemerkungen: Bei der Erläuterung der HK sind Angaben darüber erforderlich, "ob und inwieweit nicht aktivierungspflichtige Kosten (Abschreibungen, Betriebs- und Verwaltungskosten) aktiviert sind... Zahlenmäßige Angaben sind nicht erforderlich."¹⁾

	Nichtbanken	
	abs.	%
A. Es wird berichtet:		
1. HK entsprechen dem Mindestwert nach Abschn. 33 EStR	-	-
2. HK unter Beachtung des Abschn. 33 EStR	2	7,1
3. HK = Einzelkosten (Fertigungsmaterial und Fertigungslöhne)	-	-
4. HK = Einzelkosten und Material- und Fertigungsgemeinkosten	-	-
5. HK = Einzelkosten und Material- und Fertigungsgemeinkosten und Abschreibungen	2	7,1
6. HK = Einzelkosten und aktivierungsfähige Gemeinkosten	1	3,6
7. Sonstige spezifische Angaben	1	3,6
8. Nur Hinweis auf GoB bzw. AktG	2	7,1
B. Es wird nicht berichtet	17	60,8
C. Keine Berichterstattung: Veröffentlichung einer GuV	3	10,7
	28	100,0

1) IdW (Sonderausschuß/ Geschäftsbericht 1967), 129.

2) HK unter Einbeziehung leistungsbezogener Gemeinkosten (Nr. 21).

3) Hinreichende Berichterstattung.

Tab. 6: Berichterstattung über die Bewertung von Beteiligungen

Bemerkungen: Da kaum ein Spielraum in der anzuwendenden Bewertungsmethode besteht, erübrigt sich praktisch eine Berichterstattung bzw. sie muß zwangsläufig "Selbstverständlichkeiten" wiedergeben. Wo tatsächlich ein Spielraum vorhanden ist (z. B. Vornahme außerplanmäßiger Abschreibungen), braucht bei der erstmaligen Rechnungslegung nicht berichtet zu werden.

	Nichtbanken		Banken		Gesamt	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%
A. Es wird berichtet, daß:						
1. die Bewertung unter Beachtung des Niederstwertprinzips erfolgte	-	-	1	5,9	1	2,2
2. die Bewertung zu AK erfolgte	7	25,0	-	-	7	15,5
3. die Bewertung zu AK oder niedrigerem zulässigen Wert erfolgte	3	10,7	-	-	3	6,7
4. außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen wurden	4	14,3	-	-	4	8,9
5. sonstiges	-	-	-	-	-	-
B. Es wird über die Bewertung nicht berichtet	11	39,3	15	88,2	26	57,8
C. Es sind keine Beteiligungen vorhanden	-	-	-	-	-	-
D. Keine Berichterstattung: Veröffentlichung einer GuV	3	10,7	1	5,9	4	8,9
	28	100,0	17	100,0	45	100,0

Tab. 7: Berichterstattung über die Bewertung von Wertpapieren bei Kreditinstituten

Bemerkungen: Da auch nach PubLG bilanzierende Privatbanken § 26 a (2) KWG in Anspruch nehmen können (vgl. Ausführungen S. 98), handelt es sich hier um eine freiwillige Berichterstattung.

	Banken	
	abs.	%
<u>A. Aufteilung der Wertpapiere in AV und UV</u>		
1. Es wird über die Aufteilung berichtet	-	-
2. Es wird über die Aufteilung nicht berichtet	16	94,1
3. Keine Berichterstattung: Veröffentlichung einer GuV	1	5,9
	17	100,0
<u>B. Angabe der Bewertungsmethode</u>		
1. Es findet sich der Hinweis auf das Niederstwertprinzip	5	29,4
2. Es findet sich der Hinweis auf das strenge Niederstwertprinzip	-	-
3. Es findet sich der Hinweis auf das Niederstwertprinzip im AV, auf das strenge Niederstwertprinzip im UV	1	5,9
4. Sonstige Bewertungsangaben	-	-
5. Keine Angaben	11	64,7
	17	100,0
<u>C. Hinweise auf stille Reserven</u>		
1. Es wird betragsmäßig über stille Reserven berichtet	-	-
2. Es wird auf stille Reserven nur hingewiesen	2	11,8
3. Es wird nicht berichtet	14	82,3
4. Keine Hinweise: Veröffentlichung einer GuV	1	5,9
	17	100,0

Tab. 8: Berichterstattung über die Bewertung von Forderungen
(ohne Kreditinstitute)

Bemerkungen: vgl. sinngemäß Ausführungen zu Tab. 6.

	abs.	%	
A. Es wird berichtet, daß:			
1. Forderungen zum Nennwert/Barwert angesetzt wurden	3	10,7	
2. allen erkennbaren Risiken Rechnung getragen wurde	2	7,1	
3. Forderungen einzelwertberichtigt wurden:			
a) lediglich Hinweis	12	42,9	
b) Betragsangabe	-	-	
B. Sonstige Berichterstattung	1	3,6	1)
C. Keine Berichterstattung	8	28,6	
D. Keine Berichterstattung: Veröffentlichung einer GuV	2	7,1	
	28	100,0	

1) Bewertung der Forderungen erfolgte in Anlehnung an die steuerlichen Vorschriften (Nr. 30).

Tab. 9: Berichterstattung über den Ansatz einer Pauschalwertberichtigung (ohne Kreditinstitute)

Bemerkungen: vgl. sinngemäß Ausführungen zu Tab. 6.

	abs.	%
A. Es ist eine Pauschalwertberichtigung vorhanden:		
1. es wird über Kriterien der Bildung und/oder Einstellung bzw. Auflösung berichtet	-	-
2. es findet sich lediglich ein Hinweis auf die Vornahme von Pauschalwertberichtigungen	13	46,4
3. keine Berichterstattung	9	32,2
B. Es ist keine passivische Pauschalwertberichtigung vorhanden	6	21,4
	28	100,0

Tab. 10: Berichterstattung über die Bewertung von Forderungen bei Kreditinstituten

Bemerkungen: vgl. sinngemäß Ausführungen zu Tab. 7.

	abs.	%
A. Es wird berichtet, daß:		
1. Forderungen zum Nennwert angesetzt werden	-	-
2. Forderungen einzelwertberichtigt werden:		
a) lediglich Hinweis	4	23,5
b) Betragsangabe	-	-
3. bei Forderungen über die vorgeschriebenen Sammelwertberichtigungen hinaus Globalwertberichtigungen vorgenommen werden (*Sondersammelwertberichtigung*)	-	-
B. Es wird nicht berichtet	12	70,6
C. Keine Berichterstattung: Veröffentlichung einer GuV	1	5,9
	17	100,0

Tab. 11: Berichterstattung über andere Rückstellungen

Bemerkungen: Es besteht zwar im Rahmen der vernünftigen kaufmännischen Beurteilung ein erheblicher Ermessensspielraum im Ansatz von Rückstellungen; im Regelfall erscheint jedoch eine hinreichend klare und eindeutige Berichterstattung nicht möglich, da man im strengen Sinne nicht von einer Bewertungsmethode sprechen kann (vgl. ebenso Seemann, (Befolgung 1970), 135).

	Nichtbanken		Banken		Gesamt	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%
A. Es wird berichtet, daß die Rückstellungen:						
1. vernünftiger kaufmännischer Beurteilung entsprechen	4	14,3	-	-	4	8,9
2. den erkennbaren Risiken und/oder den der Höhe nach ungewissen Verpflichtungen Rechnung tragen	13	46,4	1	5,9	14	31,1
3. mit dem Wert angesetzt werden, der für Zwecke der Steuern vom Einkommen und Ertrag für zulässig gehalten wird	1	3,6	-	-	1	2,2
B. Es wird nicht berichtet	9	32,1	15	88,2	24	53,4
C. Keine Berichterstattung: Veröffentlichung einer GuV	1	3,6	1	5,9	2	4,4
	28	100,0	17	100,0	45	100,0

Tab. 12: Berichterstattung über Änderungen in der Bewertungsmethode

Bemerkungen: Da bei der erstmaligen Rechnungslegung nach Publg noch keine Verpflichtung zur Berichterstattung über Änderungen in der Bewertungsmethode besteht, handelt es sich im folgenden auch bei Nichtbanken um eine freiwillige Berichterstattung.

	Nichtbanken		Banken		Gesamt	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%
A. Es wird über die Vornahme von Bewertungsänderungen berichtet	-	-	-	-	-	-
B. Es wird berichtet, daß keine Bewertungsänderungen vorgenommen wurden	5	17,9	-	-	5	11,1
C. Keine Berichterstattung über Bewertungsänderungen	19	67,8	16	94,1	35	77,8
D. Keine Berichterstattung: Veröffentlichung einer GuV	4	14,3	1	5,9	5	11,1
	28	100,0	17	100,0	45	100,0

Das statistische Instrumentarium, dargestellt an Beispielen

1. Zusammenhangsüberprüfung unabhängiger Gesamtheiten

a) Raatz' Rangsummentest für gruppierte Meßreihen¹⁾

Grundgleichung: (1)
$$u = \frac{T - \mu_T}{\sigma_{T-corr}}$$

Definitionsgleichungen: (2)
$$T = \frac{1}{2} \cdot \sum f_{1j} \cdot F_j^*$$

(3)
$$F_j^* = F_j + F_{j-1} + 1$$

(4)
$$\mu_T = \frac{N_1 (N + 1)}{2}$$

(5)
$$\sigma_{T-corr} = \sqrt{\frac{N_1 \cdot N_2}{12 N (N - 1)} \cdot \left(N^3 - \sum_{j=1}^n f_j^3 \right)}$$

Dabei bedeuten:

$j = 1, \dots, n$ die Zahl der Gruppen

f_{1j} = Zahl der Individuen der (kleineren) Gesamtheit 1 in der Klasse j

F_j = kumulierte Gesamtzahl beider Gesamtheiten einschließlich Klasse j , entsprechend F_{j-1} .

Beispiel: vgl. Tab. 31 (1), S. 158.

	Handel	Industrie	Gesamt
	abs.	abs.	abs.
4 : 0	6	3	9
3 : 1	1	4	5
2 : 2	2	7	9
1 : 3	-	1	1
0 : 4	-	4	4
	9	19	28

Zur Berechnung der Prüfgrößen bedient man sich zweckmäßigerweise folgendes Tableaus:

1) vgl. zu den folgenden Ausführungen: Lienert (Methoden 1973), 233 ff.

	f_{1j} (Handel)	f_j (Handel+Industr.)	F_j	F_j^*	$f_{1j} \cdot F_j^*$	f_j^3
4 : 0	6	9	9	10	60	729
3 : 1	1	5	14	24	24	125
2 : 2	2	9	23	38	76	729
1 : 3	-	1	24	48	-	1
0 : 4	-	4	28	53	-	64
$n = 5$	$N_1 = 9$	$N = 28$			$T = \frac{160}{2} = 80$	1648

Eingesetzt in (5) bzw. (1) ergeben sich folgende Werte:

$$\sigma_{T_corr} = \sqrt{\frac{9 \cdot 19}{12 \cdot 28 \cdot 27} \cdot [28^3 - 1648]} = 19,56$$

$$u = \frac{80 - \frac{9 \cdot 29}{2}}{19,56} = -2,58$$

$$\text{krit. } u_{0,05} = 1,96^{1)}$$

b) Der H-Test von Kruskal und Wallis ²⁾

Dieser Test ist eine Verallgemeinerung des Raatzschen Verfahrens von 2 auf k Teilgesamtheiten.

Grundgleichung: (1) $H = \frac{12}{N(N+1)} \cdot \sum_{i=1}^k \frac{I_i^2}{N_i} - 3(N+1)$

Definitionsgleichungen: (2) $T = \frac{1}{2} \cdot \sum f_{ij} \cdot F_j^*$

(3) $F_j^* = F_j + F_{j-1} + 1$

Um die Ranggleichheit der Meßwerte in den Klassen zu berücksichtigen, muß das erhaltene H durch den Korrekturfaktor C dividiert werden:

(4) $H_{corr} = \frac{H}{C}$

(5) $C = 1 - \frac{\sum f_{ij}^3}{N^3 - N}$

1) vgl. Tafelwerte bei Clauss/Ebner (Grundlagen 1972), 211.

2) vgl. zu den folgenden Ausführungen: Lienert (Methoden 1973), 263 ff.

Dabei bedeuten:

f_{ij} = Anzahl der Meßwerte aus Intervall j bei Teilgesamtheit i

$f_j = \sum_{i=1}^k f_{ij}$ = Anzahl der Meßwerte aus Intervall j summiert über alle Teilgesamtheiten i

$F_j = \sum_{i=1}^j f_j$ = Anzahl der Meßwerte aus den Intervallen $1, 2, \dots, j$.

Beispiel: vgl. Tab. 31 (2), S. 158.

	Handel	Industrie	Banken	Gesamt
	abs.	abs.	abs.	abs.
4 : 0	3	-	-	3
3 : 1	1	1	1	3
2 : 2	1	1	-	2
1 : 3	-	11	5	16
0 : 4	4	6	11	21
	9	19	17	45

Zur Berechnung der Prüfgrößen verwendet man folgendes Tableau:

	f_{1j}	f_{2j}	f_{3j}	f_j	F_j	F_j^*	$f_{1j} \cdot F_j^*$	$f_{2j} \cdot F_j^*$	$f_{3j} \cdot F_j^*$	f_j^3
	(Handel)	(Industrie)	(Banken)							
4 : 0	3	-	-	3	3	4	12	-	-	27
3 : 1	1	1	1	3	6	10	10	10	10	27
2 : 2	1	1	-	2	8	15	15	15	-	8
1 : 3	-	11	5	16	24	33	-	363	165	4096
0 : 4	4	6	11	21	45	70	280	420	770	9261
	9	19	17	45			317	808	945	13419
							$T_1 \frac{317}{2} = 158,5$	$T_2 \frac{808}{2} = 404$	$T_3 \frac{945}{2} = 472,5$	

Eingesetzt in (1), (5) und (4) ergeben sich folgende Werte:

$$H = \frac{12}{45(45+1)} \cdot \sum \left(\frac{158,5^2}{9} + \frac{404^2}{19} + \frac{472,5^2}{17} \right) - 3(45+1) = 4,11$$

$$C = 1 - \frac{13419 - 45}{45^3 - 45} = 0,8532$$

$$H_{\text{corr}} = \frac{H}{C} = \underline{\underline{4,82}} \quad \text{krit. } \frac{H}{C} = \underline{\underline{5,99}}^{1)}$$

0,05; 2 FG

c) Pearsons Kontingenzkoeffizient mit Pawlks Korrelationsäquivalent ²⁾

Dieser Koeffizient dient zur Bestimmung der Stärke eines signifikanten Zusammenhanges.

Grundgleichung: (1) $C = \sqrt{\frac{\chi^2}{N + \chi^2}}$

Dieser Wert kann sich zwischen 0 und +1 bewegen. Das Maximum von C hängt jedoch von der Größe der zugrunde liegenden Tafel ab. Um diesen Einfluß der jeweiligen Tafelgröße zu eliminieren, wird das tatsächlich errechnete C jeweils auf das maximal mögliche C bezogen (Pawlks Korrelationsäquivalent):

$$(2) C_{\text{corr}} = \frac{C}{C_{\text{max}}}$$

Beispiel: vgl. Tab 31 (1), S. 158.

(Der Wirtschaftszweig hat sich hier mit Hilfe des Raatzschen Rangsummentests als signifikant erwiesen.

Es wird deshalb ein Kontingenzkoeffizient berechnet).

	Handel	Industrie	Gesamt
	abs.	abs.	abs.
4 : 0	6	3	9
3 : 1	1	4	5
2 : 2	2	7	9
1 : 3	-	1	1
0 : 4	-	4	4
	9	19	28

Dem Kontingenzkoeffizienten liegt das herkömmliche Chi-Quadrat zugrunde. Seine Berechnungsweise wird als bekannt vorausgesetzt³⁾; es beträgt für obiges Beispiel:

1) vgl. Tafelwerte bei Claus/Ebner (Grundlagen 1972), 344.

2) vgl. zu den folgenden Ausführungen: Lienert (Methoden 1973), 562 ff.; Claus/Ebner (Grundlagen 1972), 260.

3) Zu berücksichtigen ist bei obigem Beispiel, daß das zu berechnende Chi-Quadrat der "Yateschen Kontinuitätskorrektur" unterworfen werden muß, da Felder mit Erwartungswerten < 5 auftreten; vgl. zu diesen Voraussetzungen und der anzuwendenden Korrektur u. a.: Bartel (Statistik 1972), 70 f.; Claus/Ebner (Grundlagen 1972), 197, 237 f.; Lienert (Methoden 1973), 237; Kriz (Statistik 1973), 157.

$$\chi^2_{\text{corr Yates}} = 4,45$$

eingesetzt in (1) ergibt sich der Wert:

$$C = \sqrt{\frac{4,45}{28 + 4,45}} = 0,37$$

C_{max} für eine 2-mal-5-Tafel = 0,80¹⁾; eingesetzt in (2) ergibt sich der Wert:

$$C_{\text{corr}} = \frac{C}{C_{\text{max}}} = \frac{0,37}{0,80} = \underline{0,46}$$

2. Zusammenhangsüberprüfung abhängiger Gesamtheiten

a) Chi-Quadrat-Test von McNemar²⁾

Dieser Test findet auf Vierfeldertafeln Anwendung.

Grundgleichung: (1) $\chi^2 = \frac{(b - c)^2}{b + c}$

Falls $(b + c) < 30$, sollte zweckmäßigerweise die Yates-korrigierte Chi-Quadrat-Formel angewandt werden:

$$(2) \chi^2 = \frac{(|b - c| - 0,5)^2}{b + c}$$

Beispiel: vgl. Tab. 35 (a), S. 169.

		Berichterstattung über planmäßige Abschreibungen		Gesamt
		ausreichend	nicht ausreichend	
Berichterstattung über Bewertung der fertigen und unfertigen Erzeugnisse	ausreichend	10	10	20
	nicht ausreichend	3	5	8
		13	15	28

$$\chi^2 = \frac{(|10 - 3| - 0,5)^2}{13} = \underline{3,25}$$

$$\text{krit. } \chi^2_{0,05; 1 \text{ FG}} = 3,84^3)$$

b) Der Symmetrie-Test von Bowker⁴⁾

Dieser Test bedeutet eine Generalisierung des McNemar-Tests auf den allgemeineren Fall einer $k \times m$ -Feldertafel. Mit Berücksichtigung der Yates-Korrektur lautet die Formel:

Grundgleichung: (1) $\chi^2 = \sum_{ij} \frac{(|b_{ij} - b_{ji}| - 0,5)^2}{b_{ij} + b_{ji}}$

1) vgl. Tafelwerte bei Clauss/Ebner (Grundlagen 1972), 263.

2) vgl. zu den folgenden Ausführungen: Lienert (Methoden 1973), 191 ff.

3) vgl. Tafelwerte bei Clauss/Ebner (Grundlagen 1972), 344.

4) vgl. zu den folgenden Ausführungen: Lienert (Methoden 1973), 200 ff.

Beispiel: vgl. Tab. 36, S. 171.

		j: Gesetzeseseinhaltungsprofil				
		4:0	3:1	2:2	1:3	0:4
i:						
Publi -	4:0	3	-	-	-	-
zit äts -	3:1	2	-	-	-	-
freu -	2:2	1	-	-	-	1
digk. -	1:3	-	3	4	1	3
pro -	0:4	3	2	5	-	-
fil						

$$\chi^2 = \frac{(10 - 2 - 0,5)^2}{2} + \frac{(10 - 1 - 0,5)^2}{1} + \frac{(10 - 3 - 0,5)^2}{3} + \frac{(10 - 3 - 0,5)^2}{3} +$$

$$\frac{(10 - 4 - 0,5)^2}{4} + \frac{(10 - 2 - 0,5)^2}{2} + \frac{(1 - 5 - 0,5)^2}{6} + \frac{(13 - 0 - 0,5)^2}{3} = \underline{13,85}$$

$$\text{krit } \chi^2_{0,05; \text{FG} = k(n-1) = \frac{5(5-1)}{2} = 10 = \underline{18,3^1)}$$

1) vgl. Tafelwerte bei Clauss/Ebner (Grundlagen 1972), 344.

Verzeichnis der nach Publizitätsgesetz erstmalig publizitäts-
pflichtigen Einzelkaufleute/Personenhandelsgesellschaften¹⁾

A. Industrie- und Handelsunternehmen

1. H. Bahlsens Keksfabrik KG, Hannover
2. W. & Bergmann KG, Düsseldorf
3. C. H. Böhringer Sohn, Ingelheim
4. C. & A. Brenninkmeyer, Düsseldorf
5. Diehl GmbH & Co. KG, Nürnberg
6. Carl Freudenberg, Weinheim a. d. B.
7. Gruner und Jahr GmbH u. Co., Itzehoe
8. Joh. Jacobs & Co., Bremen
9. Klöckner u. Co., Duisburg
10. Kugelfischer Georg Schäfer & Co., Schweinfurt
11. Melitta-Werke Bentz & Sohn, Minden
12. OHG E. Merck, Darmstadt
13. Miele & Cie., Gütersloh
14. Nino GmbH u. Co., Nordhorn
15. Rudolf August Oetker, Bielefeld
16. Otto Versand, Hamburg
17. Pfeifer & Langen, Köln
18. Dr. Ing. h. c. F. Porsche KG, Stuttgart
19. H. F. & Ph. F. Reemtsma, Hamburg
20. Großversandhaus Quelle Gustav Schickedanz KG, Fürth/Bayern
21. Schmolz u. Bickenbach, Düsseldorf
22. Telefonbau und Normalzeit Lehner & Co., Frankfurt a. M.
23. Tengelmann Warenhandelsgesellschaft OHG, Mülheim/Ruhr
24. Alfred C. Toepfer, Hamburg
25. Vereinigte Papierwerke Schickedanz & Co., Nürnberg
26. Villeroy & Boch, Keramische Werke KG, Mettlach (Saar)
27. Westfälische Metall Industrie KG, Hueck & Co., Lippstadt
28. Otto Wolf Handelsgesellschaft mbH & Co. OHG, Köln

1) Es ist noch einmal ausdrücklich festzustellen, daß die folgenden Ordnungsziffern der Unternehmen nicht mit den im Text benutzten Ziffern übereinstimmen, vgl. dazu auch S. 16, Fußn. 1..

B. Privatbanken

1. Bankhaus H. Aufhäuser, München
2. Joh. Berenberg, Gossler & Co., Berenberg Bank, Hamburg/
Frankfurt a.M.
3. Bankhaus Gebrüder Bethmann, Frankfurt a.M.
4. Bankhaus Burkhardt & Co., Essen¹⁾
5. Delbrück & Co., Berlin/Köln/Hamburg/Aachen/Frankfurt a.M.
6. Georg Hauck u. Sohn, Frankfurt a.M.
7. Bankhaus Hermann Lampe KG, Bielefeld
8. Merck, Finck & Co., München
9. Bankhaus Nicolai & Co., Hannover
10. Sal. Oppenheim jr. & Cie., Köln/Frankfurt a.M.
11. Reuschel & Co., München
12. Gebr. Röchling Bank, Saarbrücken
13. Bankhaus Karl Schmidt, Hof
14. Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co., Hamburg/Frankfurt a.M./
Offenbach a.M.
15. C. G. Trinkaus, Düsseldorf¹⁾
16. M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co., Hamburg
17. Wilh. Werhahn, Neuss

1) zum 1.1.1972 fusioniert

Tabellenverzeichnis

A. Tabellen im Text :

Seite

I. Präsentation des empirischen Feldes

1. Rechtsformen und ihre Insolvenzenanfälligkeit	12
2. Rechtsformen und Stichtage der Abschlüsse	17
3. Branchenzugehörigkeit	18
4. Unternehmensgröße der Industrie- und Handelsunternehmen	19
5. Unternehmensgröße der Privatbanken, gemessen am Geschäftsvolumen	20
6. Integrierte Kennziffer für Unternehmensgröße	20
7. Publizitätspflicht auslösende Größenkriterien	21
8. Versendungsbereitschaft - Umfang des zur Verfügung stehenden Untersuchungsmaterials	22
9. Zeitpunkt der Veröffentlichung der Jahresabschlüsse im Bundesanzeiger	23
10. Prüfende Organe und deren Marktanteil	25

II. Umfang der Rechnungslegung

11. Hinweise auf Privatvermögen	38
12. Gliederungsschema der Bilanz	44
13. Zum Inhalt der Bilanzen	49
14. Gliederungsschema der GuV	54
15. Jahresabschluß vor/nach Gewinnverwendung	59
16. Darstellung der Kapitalkonten/Gesellschafterkonten	64
17. Überprüfung des Anhangs auf Vollständigkeit und Richtigkeit	72
18. Publizitätserleichterungen und Form des Bestätigungsvermerks	75

III. Die Berichterstattung - Indikatoren der Gesetzeseinhaltung und der Publizitätsfreudigkeit

19. Platz der Berichterstattung über Bewertungs- und Abschreibungsmethoden	99
--	----

20. Berichterstattung über die planmäßigen Abschreibungen	112
21. Berichterstattung über die bei der Bewertung der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe angewandten Methoden	116
22. Berichterstattung über die Zusammensetzung der Herstellungskosten der fertigen und der unfertigen Erzeugnisse	119
23. Berichterstattung über den Deckungsgrad der Pensionsrückstellungen	121
24. Angabe von Vorjahreszahlen	123
25. Globalangabe der angewandten Bewertungskonzeption	123
26. Gewinn- und Verlustrechnung/Anhang	125
27. Jahresabschluß vor/nach Gewinnverwendung	125

IV. Einflußfaktoren der Informationsabgabebereitschaft

28. Vergleichsstudie zum Publizitätsverhalten	149
29. Unternehmensgröße und Publizitätsverhalten	154
30. Rechtsform und Publizitätsverhalten	156
31. Wirtschaftszweig und Publizitätsverhalten	158
32. Abschlußprüfer und Publizitätsverhalten	163
33. Laufend ausgeübte Publizität und Publizitätsverhalten	165
34. Versendungsbereitschaft und Publizitätsverhalten	167
35. Gegenstand der Berichterstattung als Einflußfaktor des Publizitätsverhaltens	169
36. Uniformitätsstreben als Einflußfaktor des Publizitätsverhaltens	171

B. T a b e l l e n i m A n h a n g :

1. Berichterstattung über die Abschreibung auf planmäßig abschreibbare Zugänge	178
2. Berichterstattung über die Behandlung geringwertiger Gegenstände des Anlagevermögens	179
3. Berichterstattung über die außerplanmäßigen Abschreibungen (Wertberichtigungen)	180
4. Berichterstattung über Zuschreibungen im Anlagevermögen	182
5. Berichterstattung über den Herstellungskostenbegriff im Anlagevermögen (ohne Kreditinstitute)	183
6. Berichterstattung über die Bewertung von Beteiligungen	184

	Seite
7. Berichterstattung über die Bewertung von Wertpapieren bei Kreditinstituten	185
8. Berichterstattung über die Bewertung von Forderungen (ohne Kreditinstitute)	186
9. Berichterstattung über den Ansatz einer Pauschalwertberichtigung (ohne Kreditinstitute)	187
10. Berichterstattung über die Bewertung von Forderungen bei Kreditinstituten	188
11. Berichterstattung über andere Rückstellungen	189
12. Berichterstattung über Änderungen in der Bewertungsmethode	190

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
AG	Die Aktiengesellschaft, Zeitschrift für das gesamte Aktienwesen
AktG	Aktiengesetz 1965
Anm.	Anmerkung
BAK	Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen
BB	Der Betriebs-Berater, Zehntagedienst für Wirtschafts-Steuer-, Arbeits- und Sozialrecht
BFH	Bundesfinanzhof
BFuP	Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BR-Drucks.	Bundesratsdrucksache
BT-Drucks.	Bundestagsdrucksache
CPA	Certified Public Accountant
DB	Der Betrieb, Wochenschrift für Betriebswirtschaft, Steuerrecht, Wirtschaftsrecht, Arbeitsrecht
ders.	derselbe
Diss.	Dissertation
DV	Der Volkswirt
EStDV	Einkommensteuer-Durchführungsverordnung
EStG	Einkommensteuergesetz
EStR	Einkommensteuerrichtlinien
FAZ	Frankfurter Allgemeine - Zeitung für Deutschland
GenG	Gesetz, betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften
GmbHG	Gesetz, betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GoB	Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung
GuV	Gewinn- und Verlustrechnung
HdB	Handwörterbuch der Betriebswirtschaft
HdR	Handwörterbuch des Rechnungswesens
HGB	Handelsgesetzbuch
h.M.	herrschende Meinung
IdW	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V.
NB	Neue Betriebswirtschaft
RegE	Regierungsentwurf

RGR	Reichsgerichtsräte
Sp.	Spalte
StB	Der Steuerberater
StBp	Die steuerliche Betriebsprüfung
UEC	Union Européenne des Experts Comptables, Economiques et Financiers
VAG	Versicherungsaufsichtsgesetz
Vorb.	Vorbemerkung
WiSt	Wirtschaftswissenschaftliches Studium, Zeitschrift für Ausbildung und Hochschulkontakt
WPg	Die Wirtschaftsprüfung, Der Berater der Wirtschaft, Betriebswirtschaftliches Archiv und Fachorgan für das wirtschaftliche Prüfungs- und Treuhandwesen
WT	Der Wirtschaftstreuhänder, Fachorgan des Bundesverbandes der vereidigten Buchprüfer
ZfB	Zeitschrift für Betriebswirtschaft
ZfbF	Schmalenbachs Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung
ZfgK	Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen
ZfhF	Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung

Literaturverzeichnis

- Adler, Hans / Düring, Walther / Schmalztz, Kurt (Rechnungslegung 1968) Rechnungslegung und Prüfung der Aktiengesellschaft, 4. Aufl., 1. Bd.: Rechnungslegung, Stuttgart 1968.
- Adler, Michael (Rechnungslegung) Die Rechnungslegung der Kapitalgesellschaften und öffentlich-rechtlichen Unternehmen nach dem Publizitätsgesetz - eine empirische Untersuchung, Diss. München (unveröffentl. Manuskript).
- Adler, Michael / Sprißler, Wolfgang (Rechnungslegung 1973) Rechnungslegung nach Publizitätsgesetz, in: Management-Enzyklopädie, Ergänzungsband, München 1973, S. 799-815.
- Albach, Horst Bewertungsprobleme des Jahresabschlusses nach dem Aktiengesetz 1965, in: BB 1966, S. 377-382.
- Albach, Horst (Ansätze 1971) Ansätze zu einer empirischen Theorie der Unternehmung, in: Wissenschaftsprogramm und Ausbildungsziele der Betriebswirtschaftslehre, Bericht von der wissenschaftlichen Tagung in St. Gallen vom 2.-5. Juni 1971, hrsg. von Gert v. Kortzfleisch, Berlin 1971, S. 133-156.
- Albert, Hans (Verfall 1971) Kritischer Rationalismus und Dialektik der Revolution, Gespräch mit Claus Grossner, in: Verfall der Philosophie-Politik deutscher Philosophen, bearbeitet von Claus Grossner, Reinbek bei Hamburg 1971, S. 183-198.
- Albert, Hans (Theorien 1972) Theorien in den Sozialwissenschaften, in: Theorie und Realität - ausgewählte Aufsätze zur Wissenschaftslehre der Sozialwissenschaften, hrsg. von Hans Albert, 2. veränderte Aufl., Tübingen 1972, S. 3-25.
- Arntz, Klaus H. (Entwurf 1968) Entwurf eines Gesetzes über die Rechnungslegung von Großunternehmen und Konzernen (Publizitätsgesetz), in: GmbH-Rundschau 1968, S. 134-138.
- Ballerstedt, Kurt (Bewertung 1971) Zur Bewertung von Vermögensgegenständen aufgrund kapitalgesellschaftlicher Vorgänge, in: Festschrift für Ernst Gessler zum 65. Geburtstag, hrsg. von Kurt Ballerstedt und Wolfgang Hefermehl, München 1971, S. 69-80.
- Bareis, Hans Peter (Reform 1972) Zur Reform des Maßgeblichkeitsprinzips, in: WPg 1972, S. 498-503.
- Bartel, Hans (Statistik 1972) Statistik II für Psychologen, Pädagogen und Sozialwissenschaftler, Stuttgart 1972.

- Barth, Kuno (Grundsätze 1963) Die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung, betriebswirtschaftlich, handelsrechtlich und steuerlich - Ein geschichtlicher Aufriß, in: ZfhF 1963, S. 384-397.
- Barz, Carl Hans (Schlußwort 1962) Schlußwort, in: Das Frankfurter Publizitätsgespräch, Vorträge und Diskussionen der gleichnamigen Tagung in Königstein/Ts. am 13. und 14. April 1962, hrsg. von Hans Barz et al., Frankfurt am Main 1962, S. 294-297.
- Barz, Carl Hans et al. (Hrsg.) (Publizitätsgespräch 1962) Das Frankfurter Publizitätsgespräch, Vorträge und Diskussionen der gleichnamigen Tagung in Königstein/Ts. am 13. und 14. April 1962, Frankfurt am Main 1962.
- Bauer, Hans Verpfändete Wertpapiere aus Privatbesitz notwendiges Betriebsvermögen?, in: BB 1960, S. 975.
- Baumbach/Duden (Handelsgesetzbuch 1974) Handelsgesetzbuch, Kurzkommentar, begründet von Adolf Baumbach, fortgeführt von Konrad Duden, 21. neubearbeitete Aufl., München 1974.
- Berndsen, Rudolf (Erkenntniswert 1970) Erkenntniswert der Bilanzstatistik der Aktiengesellschaften für die Finanzierung der Unternehmen, in: Finanzierungshandbuch, hrsg. von Hans Janberg, 2. Aufl., Wiesbaden 1970, S. 139-162.
- Biener, Herbert (Gesetz 1969) Gesetz über die Rechnungslegung von bestimmten Unternehmen und Konzernen (Publizitätsgesetz), in: BB 1969, S. 1097-1102.
- Biener, Herbert (Fragen 1972) Einzelne Fragen zum Publizitätsgesetz, in: WPg 1972, S. 1-11, 85-94.
- Biener, Herbert (Hrsg.) (Sammlung 1973) Sammlung der Gesetzesmaterialien zum PubLG, Düsseldorf 1973.
- Biener, Herbert (GmbH & Co. KG 1975) Einzelne Fragen zur Rechnungslegung der GmbH & Co. KG nach dem Publizitätsgesetz, in: GmbH-Rundschau 1975, S. 5-13, 30-35.
- Birck, Heinrich (Reserven 1964) Stille Reserven im Jahresabschluß der Kreditinstitute, in: WPg 1964, S. 415-422.
- Blohm, Hans (Geschäftsbericht 1962) Der Geschäftsbericht als Mittel der Betriebspolitik - praktische Hinweise für Erstellung und Auswertung, Baden-Baden 1962.
- Bodarwë, Ernst Erfüllen die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und Bilanzierung noch ihre Aufgaben?, in: WPg 1966, S. 668-672.

- Boelke, Wilfried (Bewertungsvorschriften 1970) Die Bewertungsvorschriften des Aktiengesetzes 1965 und ihre Geltung für die Unternehmen in anderer Rechtsform. Eine Untersuchung zur Frage der Obereinstimmung der aktienrechtlichen Bewertungsvorschriften und der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung, Berlin 1970.
- Bossard, Ernst Zur Reform des Bilanz-, Publizitäts- und Prüfungsrechts, Veröffentlichung der Schweizerischen Kammer für Revisionswesen, Zürich 1966.
- Bossard, Ernst (Information 1969) Die Information der Öffentlichkeit durch die Unternehmung, in: Strukturwandlungen der Unternehmung, Festschrift zum 70. Geburtstag von Emil Gsell, hrsg. von Hans Ulrich und Vera Ganz-Keppler, Bern/Stuttgart 1969, S. 261-268.
- Brinkmann, Joachim / Reichardt, Peter (Konzernrechnungslegung 1971) Konzernrechnungslegung nach dem Gesetz über die Rechnungslegung von bestimmten Unternehmen und Konzernen, in: DB 1971, S. 2417-2423.
- Brönner, Herbert (Bilanz 1971) Die Bilanz nach Handels- und Steuerrecht, 8. Aufl., neu bearbeitet von Peter Bareis, Stuttgart 1971.
- Brüggemann, Dieter et al. (in Großkomm. HGB 1967) Handelsgesetzbuch, Großkommentar, 3. neubearbeitete Aufl., 1. Bd., Berlin 1967.
- Brüning, Gert (Auswahl 1969) Die Auswahl der Unternehmen bei der Erweiterung der Publizitätspflicht, in: BFuP 1969, S. 36-46.
- Bruns, Georg Die Publizität der Börsengesellschaften, in: ZfgK 1969, S. 774-776.
- Bühler, Ottmar / Scherpf, Peter (Bilanz 1971) Bilanz und Steuer, 7. Aufl., München 1971.
- Busse von Colbe, Walther (Rücklagen 1960) Stille Rücklagen, in: HdB, hrsg. von Hans Seischab und Karl Schwantag, Bd. III, 3. Aufl., Stuttgart 1960, Sp. 4722-4730.
- Buzby, Stephen L. (Disclosure 1974) Selected Items of Information and Their Disclosure in Annual Reports, in: The Accounting Review 1974, S. 423-435.
- Capelle, Karl-Hermann (Gesetz 1960) Gesetz und Rechtswirklichkeit in der Wirtschaft, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschaftsgesellschaftspolitik, hrsg. von Heinz-Dietrich Ortlieb, 5. Jahr, Tübingen 1960, S. 44-57.
- Carnap, Rudolf (Einführung 1969) Einführung in die Philosophie der Naturwissenschaft, hrsg. von Martin Gardner, München 1969.

- Castan, Edgar (Einführung 1968) Zur Frage der Einführung einer Publizitätspflicht für alle Großunternehmen, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, hrsg. von Heinz-Dietrich Ortlieb und Bruno Molitor, 13. Jahr, Tübingen 1968, S. 191-209.
- Castan, Edgar (Publizitätspflicht 1968) Publizitätspflicht für alle Großunternehmen?, in: DB 1968, S. 515-520.
- Castan, Edgar (Erläuterung 1969) Die Erläuterung der Bewertungs- und Abschreibungsmethoden der großen Börsengesellschaften in den Geschäftsberichten für 1967, in: DB 1969, S. 269-272, 315-318.
- Chandra, Gyan (Study 1974) A Study of the Consensus on Disclosure Among Public Accountants and Security Analysts, in: The Accounting Review 1974, S. 733-742.
- Choi, Frederick D. S. (Disclosure 1973) Financial Disclosure and Entry to the European Capital Market, in: Journal of Accounting Research 1973, S. 159-175.
- Christoffers, Rudi Die aktienrechtlichen Bilanzierungsvorschriften als Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung?, Diss. Göttingen 1969.
- Christoffers, Rudi (Grundlagen 1970) Die Grundlagen der Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung, in: BFuP 1970, S. 78-94.
- Christoffers, Rudi Problematik einer Rechtsform-Abhängigkeit der Bilanzierungsvorschriften, in: DB 1970, S. 1649-1657.
- Clauss, Günter / Ebner, Heinz (Grundlagen 1972) Grundlagen der Statistik für Psychologen, Pädagogen und Soziologen, Frankfurt am Main und Zürich 1972.
- Claussen, Carsten P. Auf richtigem Wege - zur Debatte um das Publizitätsproblem, in: Monatsblätter für freiheitliche Wirtschaftspolitik 1964, S. 282-284.
- Claussen, Carsten P. (in Kölner Kommentar zum AktG 1971) Kölner Kommentar zum Aktiengesetz, bearbeitet von Kurt H. Biedenkopf et al., hrsg. von Wolfgang Zöllner, Bd. 2, 1. Lieferung, Köln/Berlin/Bonn/München 1971.
- Coenenberg, Adolf G. (Jahresabschluß 1974) Jahresabschluß und Jahresabschlußanalyse, betriebswirtschaftliche, handels- und steuerrechtliche Grundlagen, München 1974.
- Consbruch, Johannes / Möller, Annemarie (KWG 1965) KWG-Kommentar, München und Berlin 1965.
- Copeland, Ronald M. / Fredericks, William (Extent 1968) Extent of Disclosure, in: Journal of Accounting Research 1968, S. 106-113.

- Cushing, Barry E. / Deakin, Edward B. (Firms 1974) Firms Making Accounting Changes: A Comment, in: The Accounting Review 1974, S. 104-111.
- Van Delden, Rembert (Fehlkonstruktion 1968) Ist Heinemanns Publizitätsgesetz eine Fehlkonstruktion?, in: DV 1968, Nr. 46, S. 32.
- Van Delden, Rembert (Publizitätsgesetzentwurf 1968) Zum Publizitätsgesetzentwurf, in: AG 1968, S. 383.
- Deringer, Arved Organschaft, Umwandlung und Publizität, in: AG 1968, S. 211-215.
- Dober, Willy (Publizität 1966) Die Publizität der Unternehmen - mit Beispielen aus der Praxis und Vorschlägen zur freiwilligen Publizität, Zürich 1966.
- Döllner, Georg (Grundsätze 1959) Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung, deren Entstehung und Ermittlung, in: BB 1959, S. 1217-1221.
- Döllner, Georg (Rechnungslegung 1965) Rechnungslegung nach dem neuen Aktiengesetz und ihre Auswirkungen auf das Steuerrecht, in: BB 1965, S. 1405-1417.
- Döllner, Georg (Gläubigerschutz 1966) Gläubigerschutz und Aktionärschutz im neuen Aktienrecht - ein Scheingegensatz, in: BB 1966, S. 629-633.
- Dorner, Urban (Privatvermögen 1968) Gehört das Privatvermögen in die Handelsbilanz? - Eine Untersuchung zum Vermögensbegriff der §§ 38-40 HGB, Diss. München 1968.
- Engisch, Karl (Einführung 1971) Einführung in das juristische Denken, 5. neubearbeitete Aufl., Stuttgart 1971.
- Ernst, Eberhard (Publizitätspflicht 1965) Publizitätspflicht für Einzelunternehmen und Personengesellschaften des Handelsrechts?, in: DB 1965, S. 693-696.
- Ertner, Ulrich (Geschäftsbericht 1968) Der Geschäftsbericht als Instrument erweiterter aktienrechtlicher Rechnungslegung, Berlin 1968.
- Eber, J. (Gliederungsvorschriften 1965) Gliederungsvorschriften, Bewertung, Gewinnverwendung und Pflichtangaben nach dem Aktiengesetz 1965, in: AG 1965, S. 310-319, 360-364, in: AG 1966, S. 24-27.
- Federmann, Rudolf (Gemeinsamkeiten 1971) Bilanzierung nach Handelsrecht und Steuerrecht. Gemeinsamkeiten, Unterschiede Interdependenzen in systematischer Übersicht, unter besonderer Berücksichtigung der aktienrechtlichen Rechnungslegung, München 1971.
- Fettel, Johannes (Grundsätze 1959) Die Grundsätze ordentlicher Buchführung (und Bilanzierung), in: WT 1959, S. 125-126.

- Fettel, Johannes (Bankumsatz 1962) Der Bankumsatz, in: ZfB 1962, S. 462-463.
- Fischer, Lutz (Beurteilung 1968) Betriebswirtschaftliche Beurteilung der Ausdehnung der Publizitätspflicht auf alle Großunternehmen, in: BFuP 1968, S. 558-571.
- Flume, Werner (Diskussionsbeitrag 1962) Diskussionsbeitrag, in: Das Frankfurter Publizitätsgespräch, Vorträge und Diskussionen der gleichnamigen Tagung in Königstein/Ts. am 13. und 14. April 1962, hrsg. von Hans Barz et al., Frankfurt am Main 1962, S. 183-189.
- Flume, Werner (Gewinnverteilung 1973) Die Gewinnverteilung in Personengesellschaften nach Gesellschaftsrecht und Steuerrecht, in: DB 1973, S. 786-795.
- Forster, Karl-Heinz (Pflichten 1965) Neue Pflichten des Abschlußprüfers nach dem Aktiengesetz von 1965, in: WPg 1965, S. 585-606.
- Forster, Karl-Heinz Bewertungsstetigkeit und Rechnungslegung nach dem AktG 1965, in: WPg 1966, S. 555-559.
- Forster, Karl-Heinz Möglichkeiten und Grenzen einer vorsichtigen Bewertung, in: Wirtschaftsprüfung im neuen Aktienrecht, hrsg. vom Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V., Düsseldorf 1966, S. 21-34.
- Forster, Karl-Heinz Rechnungslegung und Publizität im Referentenentwurf eines neuen GmbH-Gesetzes, in: GmbH-Reform, hrsg. von Ernst Gessler et al., Bad Homburg v.d.H./Berlin/Zürich 1970, S. 94-126.
- Forster, Karl-Heinz (Wandel 1972) Rechnungslegungsvorschriften im Wandel, in: Beiträge zum Wirtschaftsrecht, Festschrift für Heinz Kaufmann zum 65. Geburtstag, hrsg. von Horst Bartholomeyczik et al., Köln 1972, S. 153-167.
- Forster, Karl-Heinz (Fragen 1972) Ausgewählte Fragen zur Rechnungslegung nach dem Publizitätsgesetz, in: WPg 1972, S. 469-475.
- Forster, Karl-Heinz (Erläuterungen 1973) Erläuterungen des Jahresabschlusses und des Geschäftsberichtes nach dem Publizitätsgesetz, in: WP-Handbuch 1973, Düsseldorf 1973, S. 693-713.
- Forster, Karl-Heinz / Völker, Franz-Joachim (Gegenüberstellung 1973) Gegenüberstellung ausgewählter Rechnungslegungsvorschriften, Düsseldorf 1973.
- Freericks, Wolfgang (Einschränkung 1969) Die Einschränkung der Bildung stiller Reserven nach § 154 Abs. 1 AktG und ihr Geltungsbereich, in: DB 1969, S. 1613-1616.

- Friedrichs, Jürgen (Methoden 1973) Methoden empirischer Sozialforschung, Reinbek bei Hamburg 1973.
- Frings, Philipp A. (Berichterstattung 1975) Berichterstattung deutscher und amerikanischer Aktiengesellschaften im jährlichen Geschäftsbericht, Diss. Bonn 1975.
- Frishkoff, Paul (Investigation 1970) An Empirical Investigation of the Concept of Materiality in Accounting, in: Empirical Research in Accounting: Selected Studies 1970, S. 116-129.
- Gadomski, Reinhard (Investitionen 1974) Investitionen im Personalbereich - ein Gegenstand der Rechnungslegung?, in: WPg 1974, S. 215-218.
- Gail, Winfried (Diskussion 1972) Zur Diskussion über die Einführung einer eigenständigen Steuerbilanz, in: WPg 1972, S. 493-503.
- Gail, Winfried (Rechnungslegung 1973) Rechnungslegung von Großunternehmen, in: NWB: Buchhaltungsbriefe, 26. Aufl., Herne/Berlin (Stand) 1973, Fach 28, S. 415-426.
- Ganßmüller, Helmut (Gewinnanteil 1967) Der Gewinnanteil der Gesellschafter von Handelsgesellschaften und seine rechtliche Behandlung, in: DB 1967, S. 2103-2108.
- Ganßmüller, Helmut Gewinnanteil und Leistung der Einlage, in: DB 1970, S. 285-288.
- Gessler, Ernst Der Bedeutungswandel der Rechnungslegung im Aktienrecht, in: 75 Jahre Deutsche Treuhand-Gesellschaft 1890 - 1965, hrsg. von Volkmar Muthesius, Frankfurt am Main 1965, S. 129-166.
- Gessler, Ernst (Probleme 1966) Aktuelle gesellschaftsrechtliche Probleme, in: DB 1966, S. 215-221.
- Gessler, Ernst (Entwicklungstendenzen 1968) Entwicklungstendenzen im Gesellschaftsrecht, in: BB 1968, S. 717-722.
- Glade, Anton (Grundsätze 1971/72) Strapazierte Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung, in: Steuerberater-Jahrbuch 1971/72, S. 313-359.
- Goerdeler, Reinhard (Publizität 1962) Die Publizität der Rechenschaftslegung, in: Das Frankfurter Publizitätsgespräch, Vorträge und Diskussionen der gleichnamigen Tagung in Königstein/Ts. am 13. und 14. April 1962, hrsg. von Hans Barz et al., Frankfurt am Main 1962, S. 211-233.
- Goerdeler, Reinhard (Geschäftsbericht 1966) Geschäftsbericht, Konzerngeschäftsbericht und "Abhängigkeitsbericht" aus der Sicht des Wirtschaftsprüfers, in: WPg 1966, S. 113-126.

- Goerdeler, Reinhard (Probleme 1972) Probleme des Publizitätsgesetzes, in: Beiträge zum Wirtschaftsrecht, Festschrift für Heinz Kaufmann zum 65. Geburtstag, hrsg. von Horst Bartholomeyczik et al., Köln 1972, S. 169-183.
- Godin/Wilhelmi (Kommentar 1967) Aktiengesetz vom 6. Sept. 1965, Kommentar, 3. Aufl., Bd. I, Berlin 1967.
- Goldman, Arie / Barlev, Benzion (Auditor 1974) The Auditor - Firm Conflict of Interests: Its Implications for Independence, in: The Accounting Review 1974, S. 707-718.
- Gosman, Martin L. (Characteristics 1973) Characteristics of Firms Making Accounting Changes, in: The Accounting Review 1973, S. 1-11.
- Gosmann, Martin L. (Reply 1974) Firms Making Accounting Changes: A Reply, in: The Accounting Review 1974, S. 112-117.
- Greiffenhagen, Hermann (Rechnungslegungspublizität 1964) Handelsrechtliche Rechnungslegungspublizität außerhalb der Aktiengesellschaft aus der Sicht des Wirtschaftsprüfers, in: WPg 1964, S. 621-631.
- Greiffenhagen, Hermann (Bedeutung 1966) Zur Bedeutung aktienrechtlicher Rechnungslegungsvorschriften als Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung für Unternehmungen außerhalb der Aktiengesellschaft, in: WPg 1966, S. 141-148.
- Greiffenhagen, Hermann Publizitätspflicht für gesamtwirtschaftlich wichtige "Mammutunternehmen" ohne Rücksicht auf die Rechtsform, in: Der Beitrag der Wirtschaftsprüfer zur Entwicklung der europäischen Wirtschaft, Bericht über den 5. UEC-Kongreß 1964, Düsseldorf 1967, S. 335-337.
- Greiffenhagen, Hermann (Problematik 1968) Zur Problematik der Rechnungslegungspublizität von Großunternehmen und Konzernen außerhalb der aktienrechtlichen Unternehmensform mit der Sicht auf europäische Entwicklungen, in: WPg 1968, S. 113-123.
- Grobe, Hans-Joachim (Kompromiß 1969) Verheißungsvoller Kompromiß, in: DV 1969, Nr. 27, S. 12-14.
- Gummlich, Paul (Gestaltung 1967) Zur Gestaltung eines Formblattes für die Gewinn- und Verlustrechnung der Geschäftsbanken, in: WPg 1967, S. 281-288.
- Gutenberg, Erich (Finanzen 1970) Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre, 3. Bd.: Die Finanzen, 4. Aufl., Berlin/Heidelberg/New York 1970.
- Haas, Gerhard / Oechsner, Lothar (Jahresabschluß 1958) Der Jahresabschluß nach Handels- und Steuerrecht, Bd. I: Grundsätze der Rechnungslegung, Wiesbaden 1958.

- Haas, Helmut (Berichterstattung 1975) Die Berichterstattung von Versicherungsgesellschaften über ihre Unternehmensverbindungen - eine empirische Untersuchung, Diss. München 1975.
- Haas, Helmut / Osthoff, Joachim (Konzernrechnungslegung 1973) Konzernrechnungslegung in der Versicherungswirtschaft - eine empirische Untersuchung von Geschäftsberichten der Jahre 1967 bis 1970, in: WPg 1973, S. 573-582, 597-604.
- Haase, Klaus Dittmar (Bilanzpolitik 1972) Bilanzpolitik als Instrument der Haftungsbegrenzung?, in: BFuP 1972, S. 567-570.
- Hagenmüller, Karl Fr. (Bankbetrieb 1970) Der Bankbetrieb, Bd. III: Rechnungswesen-Bankpolitik, 3. völlig überarbeitete Aufl., Wiesbaden 1970.
- Hammer, Klaus / Montag, Wolfgang (Bilanzen 1968) Bilanzen der Kreditinstitute, Frankfurt/M. 1968.
- Hartmann, Heinz (Sozialforschung 1972) Empirische Sozialforschung - Probleme und Entwicklung, 2. Aufl., München 1972.
- Hasenack, Wilhelm (Stellungnahme 1969) Stellungnahme zum Referentenentwurf eines GmbH-Gesetzes mit besonderer Berücksichtigung der geplanten Vorschriften zur Rechnungslegung, in: BFuP 1969, S. 545-567, 609-625.
- Hasenack, Wilhelm (Rechnungswesen 1970) Rechnungswesen der Personenunternehmen, in: HdR, hrsg. von Erich Kosiol, Stuttgart 1970, Sp. 1317-1342.
- Hauschildt, Jürgen (Entwicklungslinien 1971) Entwicklungslinien der Bilanzanalyse, in: ZfbF 1971, S. 335-351.
- Havermann, Hans (Publizitätsfreudigkeit 1963) Zur Publizitätsfreudigkeit deutscher Aktiengesellschaften, in: WPg 1963, S. 193-202, 226-237, 263-269.
- Heinemann, Gustav (1. Beratung RegE 1968) Rede in der 1. Beratung des Regierungsentwurfs zum PubLG im Deutschen Bundestag am 23. Okt. 1968, abgedr. in: Sammlung der Gesetzesmaterialien zum PubLG, bearbeitet von Herbert Biener, Düsseldorf 1973, S. 6-8.
- Heinen, Edmund Die Bewertung des Umlaufvermögens, in: HdR, hrsg. von Erich Kosiol, Stuttgart 1970, Sp. 1657-1665.
- Heinen, Edmund (Handelsbilanzen 1974) Handelsbilanzen, 7. vollständig neubearbeitete und erweiterte Aufl., Wiesbaden 1974.
- Heinen, Edmund / Sabathil, Peter (Informationswirtschaft 1975) Informationswirtschaft, in: Industriebetriebslehre, Entscheidungen im Industriebetrieb, hrsg. von Edmund Heinen, 4. neubearbeitete u. erweiterte Aufl., Wiesbaden 1975, S. 766-926.
- Hellner, Thorwald (Publizitätsgesetz 1969) Das Publizitätsgesetz, in: Bank-Betrieb 1969, S. 338-343.
- Hellner, Thorwald Das Publizitätsgesetz, in: ZfgK 1969, S. 718-719.

- Hempel, Carl G. (Erklärung 1970) Erklärung in Naturwissenschaft und Geschichte, in: Erkenntnisprobleme der Naturwissenschaften, Texte zur Einführung in die Philosophie der Wissenschaft, hrsg. von Larenz Krüger, Köln/Berlin 1970, S. 215-238.
- Henniger, Claus (Bilanz-Debütanten 1972) Eine Bilanz der Bilanz-Debütanten, in: FAZ v. 19.12.1972, Nr. 294.
- Henniger, Claus (Firmen 1972) Viele Firmen sind über die Pflichtpublizität hinausgegangen: Bilanz der Bilanzdebütanten (I), in: Blick durch die Wirtschaft v. 19.12.1972, S. 5.
- Henniger, Claus Die freiwillige Publizität hat viele Freunde: Bilanz der Bilanzdebütanten (II), in: Blick durch die Wirtschaft v. 22.12.1972, S. 5.
- Henniger, Claus (Publizität 1972) Gute Publizität braucht ihre Zeit: Bilanz der Bilanzdebütanten (III), in: Blick durch die Wirtschaft v. 23.12.1972, S. 5.
- Henniger, Claus (Umsatz 1973) 25 Umsatz-Milliardäre wurden publizitätspflichtig: Bilanz der Bilanzdebütanten (IV), in: Blick durch die Wirtschaft v. 9.4.1973, S. 5.
- Herlt, Rudolf (Publizität 1964) Publizität in unserer Zeit - eine Analyse ihrer Funktionen in der modernen Industriegesellschaft, Hamburg/Berlin/Essen/Frankfurt a. Main 1964.
- Heymann/Kötter (Handelsgesetzbuch 1971) Handelsgesetzbuch, neu bearbeitet von Hans-Wilhelm Kötter, 4. Aufl. (21. Gesamtaufl.), Berlin/New York 1971.
- Hofbauer, Max A. (Bilanzierung 1964) Die Bilanzierung des Eigenkapitals bei Personen-Handelsgesellschaften, in: WpG 1964, S. 654-661.
- Hofstätter, Peter R. (Öffentlichkeit 1962) Die Öffentlichkeit als Adressat der Publizität, in: Das Frankfurter Publizitätsgespräch, Vorträge und Diskussionen der gleichnamigen Tagung in Königstein/Ts. am 13. und 14. April 1962, hrsg. von Hans Barz et al., Frankfurt am Main 1962, S. 74-87.
- Homans, George C. (Sozialwissenschaft 1969) Was ist Sozialwissenschaft?, Köln und Opladen 1969.
- Hoppenstedt & Co. (Hrsg.) (Handbuch 1974) Handbuch der Großunternehmen 1974, 21. Aufl., Bd. I-IV, Darmstadt 1974.
- Hornef, Heinrich (Publizitätspflicht 1958) Publizitätspflicht nur für die Aktiengesellschaft?, in: WpG 1958, S. 253-258.
- Huber, Ulrich (Vermögensanteil 1970) Vermögensanteil, Kapitalanteil und Gesellschaftsanteil an Personengesellschaften des Handelsrechts, Heidelberg 1970.
- Hueck, Alfred (Recht 1971) Das Recht der offenen Handelsgesellschaft, 4. Aufl., Berlin/New York 1971.

- Hüttemann, Ulrich (Grundsätze 1970) Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung für Verbindlichkeiten, Düsseldorf 1970.
- Hundhausen, Carl Industrielle Publizität als Public Relations, Essen 1957.
- Husemann, Karl-Heinz (Grundsätze 1970) Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung für Anlagegegenstände, Düsseldorf 1970.
- Illetschko, Leopold L. (Publizität 1958) Die Publizität der Kapitalgesellschaften im Auslande, in: ZfHf 1958, S. 414-428.
- Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. (Sonderausschuß/HK 1966) Sonderausschuß Neues Aktienrecht: Stellungnahme NA 4/1966: Untergrenze der Herstellungskosten, in: WPg 1966, S. 329.
- Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. (Sonderausschuß/Geschäftsbericht 1967) Sonderausschuß Neues Aktienrecht: Stellungnahme NA 1/1967: Zum Inhalt des Geschäftsberichts nach § 160 Abs. 2 AktG 1965, in: WPg 1967, S. 129-130.
- Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. Zur Frage der Bedeutung aktienrechtlicher Bewertungsvorschriften für das Steuerrecht, in: WPg 1967, S. 666-669.
- Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. (HFA/Sonderposten 1969) Stellungnahme HFA 4/1968: Zum Ausweis von Sonderposten mit Rücklageanteil, in: WPg 1969, S. 17-18.
- Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. (Bericht 1970) Bericht über die 12. Arbeitstagung des Instituts der Wirtschaftsprüfer vom 26. bis zum 28. Nov. 1969 in Baden-Baden, in: WPg 1970, S. 85-90.
- Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. (HFA/Prüfung 1972) HFA: Zur Prüfung der Rechnungslegung von Personenhandelsgesellschaften und Einzelkaufleuten nach dem Publizitätsgesetz, in: WPg 1972, S. 75.
- Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. (Facharbeit/GuV 1973) Aus der Facharbeit des Instituts der Wirtschaftsprüfer: Gewinn- und Verlustrechnung von Personenhandelsgesellschaften und Einzelkaufleuten nach dem Publizitätsgesetz, in: Fachnachrichten des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. 1973, Nr. 2, S. 16.
- Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. (HFA/Leasingstellungnahme 1973) Stellungnahme HFA 1/1973: Zur Berücksichtigung von Finanzierungs-Leasing-Verträgen im Jahresabschluß des Leasing-Nehmers, in: WPg 1973, S. 101-102.
- Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. (WP-Handbuch 1973) WP-Handbuch 1973, Düsseldorf 1973.
- Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. (HFA/Entwurf 1974) Aus der Facharbeit des Instituts der Wirtschaftsprüfer: HFA: Entwurf einer Verlautbarung "Zur Bilanzierung bei Personenhandelsgesellschaften", in: WPg 1974, S. 528-533.

- Jacobs, Otto H. (Beitrag 1971) Das Bilanzierungsproblem in der Ertragssteuerbilanz, ein Beitrag zur steuerlichen Lehre vom Wirtschaftsgut, Stuttgart 1971.
- Jäger, Werner (Bankenpublizität 1975) Der Stand der Bankenpublizität im Spiegel der Geschäftsberichte - eine empirische Untersuchung der Geschäftsberichte von Aktienbanken der Jahre 1968-1971, Diss. München 1975.
- Jäger, Werner / Vogelgesang, Michael (Konzernrechnungslegung 1973) Konzernrechnungslegung von Aktienbanken, in: WPg 1973, S. 389-400, 421-428.
- Jakob, Josef (Bilanzierungsfragen 1965) Bilanzierungsfragen der Kommanditgesellschaft nach dem Handels- und Steuerrecht, in: WPg 1965, S. 229-233.
- Jungblut, Michael (Schweigen 1969) Schweigen ist nicht immer Gold, in: Die Zeit v. 31.1.1969, Nr. 5.
- Kaiser, Joseph H. (Wahrnehmung 1962) Die Wahrnehmung öffentlicher Publizitätsinteressen, in: Das Frankfurter Publizitätsgespräch, Vorträge und Diskussionen der gleichnamigen Tagung in Königstein/Ts. am 13. und 14. April 1962, hrsg. von Hans Barz et al., Frankfurt am Main 1962, S. 88-105.
- Kalveram, Wilhelm (Rechtfertigung 1950) Rechtfertigung und Grenzen der stillen Reserven, in: ZfB 1950, S. 345-357.
- Kappler, Ekkehard (Informationsverhalten 1972) Das Informationsverhalten der Bilanzinteressenten, ein Beitrag zur sozialwissenschaftlichen Theorie der Unternehmenspolitik durch Bilanzinformationen, Habilitationsschrift 1972.
- Kappler, Ekkehard (Ansätze 1973) Ansätze zu einer verhaltenswissenschaftlichen Theorie der Bilanzpolitik, in: Management International Review 1973, Nr. 2-3, S. 37-45.
- Karoli, Hermann (Publizität 1969) Die aktienrechtliche Publizität als Aufgabe, in: Journal UEC 1969, S. 212-218.
- Kellerer, Hans (Theorie 1963) Theorie und Technik des Stichprobenverfahrens, 3. Aufl., München 1963.
- Kieser, Alfred (Organisationslehre 1974) Klassische Organisationslehre, empirische Organisationsforschung und Organisationspraxis, in: WiSt 1974, S. 510-514.
- Klauss, Herbert / Mittelbach, Rolf (Der Gesellschaftsvertrag in seiner zweckmäßigsten Form, 8. Aufl., Ludwigshafen (Rhein) 1971.
- Klein, Walter (Aktiengesetz 1967) Das Aktiengesetz und die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung, in: BB 1967, S. 89-91.

- Klußmann, Günther (Ausweis 1967) Ausweis der Gesellschafterkonten bei Personengesellschaften, in: DB 1967, S. 389-391.
- Knapp, Lotte (Kaufmann 1971) Was darf der Kaufmann als seine Vermögensgegenstände bilanzieren?, in: DB 1971, S. 1121-1129.
- Knoche, Martin Die Berichterstattung über Bewertungsänderungen im Geschäftsbericht nach neuem Aktienrecht, Düsseldorf 1967.
- Kobs, E. Bilanzen und Ergänzungsbilanzen bei Personengesellschaften, 3. Aufl., Herne/Berlin 1971.
- Körner, Werner (Wesen 1971) Wesen und System der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung, in: BFuP 1971, S. 21-36, 80-93.
- Körner, Werner (Betriebsvermögen 1973) Das Bilanzsteuerrecht, Teil 2: Betriebsvermögen als Gegenstand der Bilanzierung, in: NWB: Buchhaltungsbriefe, 26. Aufl., Herne/Berlin (Stand) 1973, Fach 13, S. 3163-3174.
- Körner, Werner (Funktion 1973) Wesen und Funktion der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung, in: WPg 1973, S. 309-318.
- Kok, Hubertus Das neue Publizitätsgesetz in den Niederlanden, in: WPg 1972, S. 517-522.
- Kormann, Berthold (Kapitalkonto 1974) Das negative Kapitalkonto, Kontenführung - Bilanzierung - Erfolgsauswirkung von Abtretungen, in: BB 1974, S. 893-900.
- Krämer, Rainer (Pensionsrückstellungen 1971) Pensionsrückstellungen aus rechtlicher und betriebswirtschaftlicher Sicht, unveröffentlichte Diplomarbeit München 1971.
- Krahn, H. Joachim (Publizität 1967) Publizität für Großunternehmen, auch die Unternehmen sollen Vorschläge machen, in: FAZ v. 28.10.1967, Nr. 251.
- Kraske, Joachim (Publizitätspflicht 1962) Die Publizitätspflicht der Großunternehmung, ihre Grundlagen und ihre Erweiterung, Diss. Freiburg 1962.
- Kriz, Jürgen (Statistik 1973) Statistik in den Sozialwissenschaften - Einführung in die kritische Diskussion, Reinbek bei Hamburg 1973.
- Kroneis, Karl-Friedrich Die Publizität des Jahresabschlusses von Nicht-aktiengesellschaften, in: Veröffentlichungen des Instituts für Unternehmungsführung und Unternehmensforschung der Universität Bochum, Diplomarbeit Bochum 1971.
- Kronstein, Heinrich (Publizität 1964) Die Publizität außerhalb der Aktiengesellschaft, in: BB 1964, S. 1055-1060.

- Kronstein, Heinrich / Claussen, Carsten P. (Publizität 1960) Publizität und Gewinnverteilung im neuen Aktienrecht, Frankfurt a. M. 1960.
- Kropff, Bruno (Aktiengesetz 1965) Aktiengesetz, Textausgabe des Aktiengesetzes vom 6.9.1965 mit Begründung des Regierungsentwurfs und dem Bericht des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages, Düsseldorf 1965.
- Kropff, Bruno (Bilanzwahrheit 1966) Bilanzwahrheit und Ermessensspielraum in den Rechnungslegungsvorschriften des Aktiengesetzes 1965, in: WPg 1966, S. 369-380.
- Kropff, Bruno (Gesetzentwurf 1968) Gesetzentwurf über Rechnungslegung von Großunternehmen und Konzernen, in: Bulletin des Bundesministeriums der Justiz vom 28.6.1968, Nr. 82, S. 719-722.
- Kropff, Bruno (Kommentar 1973) Aktiengesetz, Kommentar, bearbeitet von Ernst Gessler et al., Bd. 3, München 1973.
- Kruk, Max (Publizität 1967) Publizität für alle Großunternehmen, in: FAZ v. 12.5.1967, Nr. 109.
- Kruk, Max (Familienkonzerne 1968) Familienkonzerne im Dunkel, in: FAZ v. 26.7.1968, Nr. 171.
- Kruse, Heinrich W. (Grundsätze 1970) Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung, Rechtsnatur und Bestimmung, Köln 1970.
- Kunze, Otto (Publizität 1970) Publizität nach Maß? Bemerkungen zum Publizitätsgesetz, in: Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht 1970, S. 193-207.
- Kunze, Otto (Bemerkungen 1971) Bemerkungen zu Inhalt und Methode einer Unternehmensrechtsreform, in: Festschrift für Ernst Gessler, hrsg. von Kurt Ballerstedt und Wolfgang Hefermehl, München 1971, S. 47-57.
- Larenz, Karl (Methodenlehre 1969) Methodenlehre der Rechtswissenschaft, 2. neubearbeitete Aufl., Berlin/Heidelberg/New York 1969.
- Leffson, Ulrich (Grundsätze 1970) Die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung, 2. Aufl., Düsseldorf 1970.
- Leffson, Ulrich Zur Gemeinsamkeit juristischer und ökonomischer Ermittlung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung, in: WPg 1973, S. 582-585.
- Lienert, G. A. (Methoden 1973) Verteilungsfreie Methoden in der Biostatistik, 2. völlig neubearbeitete Aufl., Bd. I, Meisenheim am Glan 1973.
- Limberg, Manfred Eingangsetzungskosten des Geschäftsbetriebs nach § 153 Abs. 4 AktG 1965 in der Handels- und Steuerbilanz, in: StBp 1973, S. 198-202.

- Littmann, Eberhard (Kommentar 1974) Das Einkommensteuerrecht, Kommentar, 11. erneuerte und erweiterte Aufl., Stuttgart 1974.
- Loitlsberger, Erich (Bilanzierung 1953) Die Bilanzierung der persönlichen Schuldverhältnisse, in: Der österreichische Betriebswirt 1953, Heft 1, S. 12-30.
- Loitlsberger, Erich (Publizität 1967) Die Publizität der Unternehmungen und Konzerne, in: Der Beitrag der Wirtschaftsprüfer zur Entwicklung der europäischen Wirtschaft, Bericht über den 5. UEC-Kongreß 1964, Düsseldorf 1967, S. 269-283.
- Luckan, Eberhard (Gläubigerschutz 1970) Gläubigerschutz, Publizität und Haftung, in: DB 1970, S. 1449-1457.
- Lück, Wolfgang (Materiality 1975) Materiality in der internationalen Rechnungslegung - Das pflichtgemäße Ermessen des Abschlußprüfers und der Grundsatz der Wesentlichkeit, Wiesbaden 1975.
- Lücke, Wolfgang Bilanzstrategie und Bilanztaktik, in: DB 1969, S. 2285-2295.
- Maaßen, Kurt (Weiterentwicklung 1970) Weiterentwicklung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung (§ 1 Abs. 2, 3 StAnpG), in: DB 1970, S. 847-854.
- Maul, Karl-Heinz Aktien- und steuerrechtliche Bilanzierung von Ausgaben für 'software', in: DB 1972, Beilage Nr. 15.
- Maul, Karl-Heinz Immaterielle Anlagewerte im Jahresabschluß der Aktiengesellschaften - Ein Beitrag zur Interpretation des § 153 Abs. 3 AktG, in: Zfbf 1973, S. 16-28.
- Maul, Karl-Heinz (Buchführung 1974) Zur Ordnungsmäßigkeit der Buchführung bei fehlender Eröffnungsbilanz-Ergänzungen zum Urteil des BFH v. 11.10.1973, in: DB 1974, S. 697-698.
- Maul, Karl-Heinz (Probleme 1974) Offene Probleme der Ermittlung von Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung, in: Zfbf 1974, S. 726-745.
- Maul, Karl-Heinz (Bilanzlehre 1975) Bilanzlehre als Gesetzesinterpretation, in: Zfbf 1975, S. 150-170.
- Mayer, Leopold (Publizität 1960) Publizität, in: HdB, hrsg. von Hans Seischab und Karl Schwantag, 3. Aufl., Bd. III, Stuttgart 1960, Sp. 4510-4518.
- Mayntz, Renate / Holm, Kurt / Hübner, Peter (Einführung 1972) Einführung in die Methoden der empirischen Soziologie, 3. Aufl., Opladen 1972.
- Mellerowicz, Konrad / Brönner, Herbert (Aktiengesetz 1970) Aktiengesetz, Großkommentar, 3. Aufl., neubearbeitet von Hans Barz et al., 2. Bd., Berlin 1970.

- Mertens, Peter (Rücklagen 1970) Rücklagen, in: HdR, hrsg. von Erich Kosiol, Stuttgart 1970, Sp. 1536-1544.
- Minz, Willy (Mittler 1962) Mittler der Publizität, in: Das Frankfurter Publizitätsgespräch, Vorträge und Diskussionen der gleichnamigen Tagung in Königstein/Ts. am 13. und 14. April 1962, hrsg. von Hans Barz et al., Frankfurt am Main 1962, S. 258-276.
- Moore, Michael L. / Buzby, Stephen (Quality 1972) The Quality of Corporate Financial Disclosure: A Comment, in: The Accounting Review 1972, S. 581-584.
- Moxter, Adolf Der Einfluß von Publizitätsvorschriften auf das unternehmerische Verhalten, Köln und Opladen 1962.
- Moxter, Adolf Die Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung und der Stand der Bilanztheorie, in: ZfbF 1966, S. 28-59.
- Moxter, Adolf (Publizität 1970) Publizität und Rechnungswesen, in: HdR, hrsg. von Erich Kosiol, Stuttgart 1970, Sp. 1478-1484.
- Moxter, Adolf (Bilanzlehre 1974) Bilanzlehre, Wiesbaden 1974.
- Mühlbauer, Dieter (Kapitalkonto 1970) Das negative Kapitalkonto des Kommanditisten im Handels- und Einkommensteuerrecht, Heidelberg 1970.
- Muthesius, Volkmär (Publizität 1963) Publizität: Kein absolutes "Pleiten" - Prophylaktikum, in: Industriekurier v. 30.11.1963, Nr. 185.
- Muthesius, Volkmär Publizität- ohne Gesetzeszwang, in: Monatsblätter für freiheitliche Wirtschaftspolitik 1964, S. 285-290.
- Mutze, Otto (Behandlung 1967) Die unterschiedliche Behandlung der Herstellungskosten auf den verschiedenen Anwendungsgebieten, in: DB 1967, S. 169-174.
- Mutze, Otto (Wandlung 1969) Die Wandlung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung durch die Weiterentwicklung des Buchführungs- und Bilanzwesens, in: BB 1969, S. 56-63.
- Mutze, Otto Die Bewertung mit "steuerlich für zulässig gehaltenen Werten" in der Handelsbilanz - §§ 154 Abs. 2 Nr. 2 und 155 Abs. 3 Nr. 2 AktG -, in: AG 1972, S. 144-149.
- Neth, Manfred (Berechnung 1970) Die Berechnung der Herstellungskosten als bilanzpolitisches Mittel, Diss. Mannheim 1970.
- Neumann, Fred (Auditing 1968) The Auditing Standard of Consistency, in: Empirical Research in Accounting: Selected Studies 1968, S. 1-17.

- Oettle, Karl Kaufmännische und öffentliche Jahresbilanzen - Inhalt und Ergänzungsbedürftigkeiten, in: Aktuelle Probleme der Datenverarbeitung und Bilanzierung, hrsg. von Werner Kresse, Stuttgart 1971, S. 177-187.
- Opp, Karl-Dieter (Methodologie 1970) Methodologie der Sozialwissenschaften - Einführung in Probleme ihrer Theoriebildung, Reinbek bei Hamburg 1970.
- o.V. Für und wider die Publizität, in: FAZ v. 25.9.1964, Nr. 223.
- o.V. Thesen und Antithesen zur Publizität, in: Industriekurier v. 26.9.1964, Nr. 150.
- o.V. (Sitzungsbericht/Juristentag 1965) Die handelsrechtliche Publizität außerhalb der Aktiengesellschaft, Sitzungsbericht der Verhandlungen der wirtschaftsrechtlichen Arbeitsgemeinschaft am 24.9.1964, in: Verhandlungen des 45. Deutschen Juristentages, hrsg. von der ständigen Deputation des Deutschen Juristentages, Bd. II, München und Berlin 1965, F 6 - 106.
- o.V. Grundstücke als notwendiges Betriebsvermögen von Personengesellschaften, Stellungnahme zum BFH-Urteil v. 29.9.1966, in: DB 1967, S. 575-576.
- o.V. (Bilanzpublizität 1967) Bilanzpublizität der Privatbankiers?, in: ZfgK 1967, Nr. 4, S. 4-5.
- o.V. Zur Änderung der Publizitätspflicht, in: StB 1968, S. 118-119.
- o.V. Publizitätsgesetz, Maß genommen, in: DV 1968, Nr. 29, S. 10.
- o.V. Publizitätsgesetz, Bedenkliche Kontrolle, in: Industriekurier v. 14.5.1968, Nr. 74.
- o.V. (Kompromiß 1968) Fauler Kompromiß um Publizitätsgesetz, in: Industriekurier v. 25.5.1968, Nr. 21.
- o.V. (Rundblick 1968) Rundblick, in: BB 1968, S. 960.
- o.V. (Publizität 1972) Publizität - eine lästige Pflicht, in: Manager Magazin 1972, Nr. 4, S. 48-49.
- o.V. (Fortschritte 1972) Publizität - zweifelhafte Fortschritte, in: ZfgK 1972, S. 497.
- o.V. Bilanzen der publizitätspflichtigen Privatbankiers 1972, in: Bank-Betrieb 1973, S. 413.
- o.V. Mehr Informationen im Geschäftsbericht, in: Manager Magazin 1973, Nr. 6, S. 98-99.
- o.V. (Verlage 1973) Verlage - Kein Schlüsselloch zu klein, in: Wirtschaftswoche 1973, Nr. 39, S. 68-73.

- Peter, Karl (Gesellschaftsverträge 1971) Neuzeitliche Gesellschaftsverträge und Unternehmensformen, 3. veränderte und vermehrte Aufl., Herne/Berlin 1971.
- Petersen, Heinz (Bewertungswahlrechte 1968) Bewertungswahlrechte und Erläuterungspflichten nach dem neuen Aktienrecht, in: WPg 1968, S. 249-255.
- Piper, Günter Zum Umfang und Inhalt von Geschäftsberichten, Anregungen aus einem Vergleich mit der amerikanischen Praxis, in: DB 1970, S. 1141-1142.
- Pochmann, Heinz G. Das negative Kapitalkonto des Kommanditisten - zur steuerlichen Behandlung der Verlustverteilung bei Kommanditgesellschaften, in: WPg 1965, S. 9-17.
- Pochmann, Heinz G. Das negative Kapitalkonto des Kommanditisten in der Bilanz, in: WPg 1965, S. 414-416.
- Pochmann, Heinz G. Der Einfluß der Rechnungslegungsvorschriften des neuen Aktiengesetzes auf Unternehmen außerhalb des Aktienrechts, in: StB 1966, S. 129-134.
- Popper, Karl R. (Logik 1966) Logik der Forschung, 2. erweiterte Aufl., Tübingen 1966.
- Potthoff, Erich / Zintzen, Heinrich / Halft, Karl (Handbuch 1965) Handbuch der Gesellschaftsverträge in Personalgesellschaften, 3. Aufl., Köln und Opladen 1965.
- Pougin, Erwin (Rechnungslegungsvorschriften 1968) Die Rechnungslegungsvorschriften des neuen Aktiengesetzes als Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung, in: Wirtschaftsprüfer im Dienst der Wirtschaft, Festschrift für Ernst Knorr, hrsg. von Erwin Pougin und Klaus v. Wysocki, Düsseldorf 1968, S. 215-255.
- Prühs, Hagen (Regierungsentwurf 1969) Der Regierungsentwurf eines Publizitätsgesetzes, in: AG 1969, S. 173-179, 218-224.
- Prühs, Hagen (Rechnungslegung 1969) Die Rechnungslegung nach dem Publizitätsgesetz, in: AG 1969, S. 375-378.
- Prühs, Hagen Die Konzernrechnungslegung nach dem Publizitätsgesetz, in: DB 1969, S. 1385-1391.
- Prühs, Hagen (Probleme 1970) Probleme der Rechnungslegung von Großunternehmen, in: BB 1970, S. 516-520.
- Raisch, Peter (Unternehmensrecht I 1973) Unternehmensrecht I: Unternehmensprivatrecht: Handels- und Gesellschaftsrecht, Reinbek bei Hamburg 1973.
- Raisch, Peter Unternehmensrecht II: Aktien- und Konzernrecht, Mitbestimmung und Fusionskontrolle, Reinbek bei Hamburg 1974.

- Rau, Hans-Gerd Steuerliche Übernahme handelsrechtlicher Bilanzierungsvorschriften, in: DB 1969, S. 676-680.
- Risse, Heinz (Ordnungsmäßigkeit 1966) Ordnungsmäßigkeit der Buchführung und Bilanzwahrheit, über die Auswirkungen des Aktiengesetzes 1965, in: BB 1966, S. 789-791.
- Rittner, Fritz (Gutachten/Juristentag 1964) Die handelsrechtliche Publizität außerhalb der Aktiengesellschaft, Gutachten für den 45. Deutschen Juristentag, Bd. I, Teil 4, München und Berlin 1964.
- Rittner, Fritz Publizität für alle großen Unternehmen? Argumente gegen einen Zwang zur Veröffentlichung von Jahresabschlüssen, in: Handelsblatt v. 26./27.5.1967, Nr. 99.
- Rodenstock, Rolf (Bilanzveröffentlichung 1968) Bilanzveröffentlichung bei Personengesellschaften - betriebswirtschaftlich betrachtet -, in: Führungsprobleme personenbezogener Unternehmen, Gedenschrift zum 75. Geburtstag von Karl Friedrich Rössle, hrsg. von der Karl-Rössle-Vereinigung, Stuttgart 1968, S. 128-140.
- Röver, Maria (Vorschriften 1966) Sind die aktienrechtlichen Vorschriften Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung?, in: Wirtschaftsprüfung im neuen Aktienrecht, hrsg. vom Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V., Düsseldorf 1966, S. 93-104.
- Runge, Berndt Überführung von Betriebsschulden in die Privatsphäre, in: DB 1970, S. 1854-1855.
- Saage, Gustav Die Kontrollfunktion der Publizität, in: FAZ v. 16.11.1962, Nr. 268.
- Saage, Gustav (Reservepolitik 1966) Die Reservepolitik im neuen Aktienrecht, in: NB 1966, Nr. 3, S. 71-83.
- Saage, Gustav (Grundsätze 1967) Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung aus der Sicht des neuen Aktienrechts, in: NB 1967, Nr. 2, S. 1-20.
- Saage, Gustav Veränderte Grundlagen der Gewinnermittlung nach Handels- und Steuerrecht, in: DB 1969, S. 1661-1667, 1709-1714.
- Sachs, Lothar (Auswertungsmethoden 1968) Statistische Auswertungsmethoden, Berlin/Heidelberg/New York 1968.
- Sauer Wann gehört ein ausschließlich aus Betriebsmitteln einer KG errichtetes, von den Gesellschaftern bewohntes Gebäude zum Betriebsvermögen und wann zum notwendigen Privatvermögen?, in: StBp 1971, S. 268-269.

- Seemann, Hans-Jürgen (Befolgung 1970) Befolgung des neuen Aktiengesetzes - eine Chance für die externe Bilanzanalyse?, Die veränderte Publizität deutscher Aktiengesellschaften und ihre Auswirkungen auf Verfahren der Ergebnisprüfung, Diss. Mannheim 1970.
- Siebel, Ulf R. Publizität, Börse und Gesellschaftsrecht, in: Monatsblätter für freiheitliche Wirtschaftspolitik 1964, S. 278-280.
- Siegel, Joel / Lebensbaum, Leon (Concept 1975) The Concept of Materiality, in: The Accountant 1975, S. 233-235.
- Silbermann, Alphons (Inhaltsanalyse 1967) Systematische Inhaltsanalyse, in: Handbuch der Empirischen Sozialforschung, hrsg. von René König, 1. Bd., 2. Aufl., Stuttgart 1967, S. 571-600.
- Simon, Herman Veit Betrachtungen über Bilanzen und Geschäftsberichte der Aktiengesellschaften aus Anlaß neuerer Vorgänge, Berlin 1906.
- Singhvi, Surendra S. / Desai, Harsha B. (Analysis 1971) An Empirical Analysis of the Quality of Corporate Financial Disclosure, in: The Accounting Review 1971, S. 129-138.
- Singhvi, Surendra S. / Desai, Harsha B. (Quality 1972) The Quality of Corporate Financial Disclosure: A Reply, in: The Accounting Review 1972, S. 585-586.
- Sprißler, Wolfgang (Buchbesprechung 1973) Buchbesprechung von: Boelke, Wilfried: Die Bewertungsvorschriften des Aktiengesetzes 1965 und ihre Geltung für die Unternehmen in anderer Rechtsform. Eine Untersuchung zur Frage der Übereinstimmung der aktienrechtlichen Bewertungsvorschriften und der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung, Berlin 1970, in: ZfbF 1973, S. 407-408.
- Sudhoff, Heinrich (Gesellschaftsvertrag 1967) Der Gesellschaftsvertrag der Personengesellschaften, Der Vertrag der offenen Handelsgesellschaft, Kommanditgesellschaft, bürgerlich-rechtlichen Gesellschaft und stillen Gesellschaft, 3. Aufl., München und Berlin 1967.
- Schäfer, Wolf (Grundsätze 1971) Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung für Forderungen, Düsseldorf 1971.
- Schanz, Günther (Empirismus 1975) Zwei Arten von Empirismus, in: ZfbF 1975, S. 307-331.
- Schanz, Günther Einführung in die Methodologie der Betriebswirtschaftslehre, Köln 1975.
- Scherrer, Gerhard (Ausweitung 1968) Die Ausweitung der Rechnungslegungspublizität auf alle Großunternehmen. Probleme und Berechtigung einer an der gesamtwirtschaftlichen Bedeutung der Unternehmungen ausgerichteten Publizitätspflicht unter besonderer Berücksichtigung des Entwurfs eines Gesetzes über die Rechnungslegung von Großunternehmen und Konzernen, Diss. München 1968.

- Scherrer, Gerhard (Größenpublizität 1973) Umgehungsmöglichkeiten der Größenpublizität - Zur Verpflichtung der Rechnungslegung nach dem Publizitätsgesetz -, in: DB 1973, S. 89-94.
- Scheuch, Erwin K. (Skalierungsverfahren 1967) Skalierungsverfahren in der Sozialforschung, in: Handbuch der Empirischen Sozialforschung, hrsg. von René König, 1. Bd., 2. Aufl., Stuttgart 1967, S. 348-384.
- Scheuch, Erwin K. (Analyse 1967) Entwicklungsrichtungen bei der Analyse sozialwissenschaftlicher Daten, in: Handbuch der Empirischen Sozialforschung, hrsg. von René König, 1. Bd., 2. Aufl., Stuttgart 1967, S. 655-685.
- Scheuch, Erwin K. / Rüschemeyer, Dietrich (Soziologie 1965) Soziologie und Statistik - über den Einfluß der modernen Wissenschaftslehre auf ihr gegenseitiges Verhältnis, in: Logik der Sozialwissenschaften, hrsg. von Ernst Topitsch, Köln/Berlin 1965, S. 345-363.
- Schildbach, Thomas (Jahresabschluß 1974) Ist der traditionelle Jahresabschluß überholt?, in: WPg 1974, S. 606-611.
- Schilling, Wolfgang (Publizität 1962) Publizität, Aktienrechtsreform und Unternehmensrecht, in: DB 1962, S. 1497-1498.
- Schindler, Robert (Publizitätsvorschriften 1967) Die Publizitätsvorschriften bei der Rechnungslegung der AG, Bern 1967.
- Schmalenbach, Eugen (Grundsätze 1933) Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung, in: ZfHf 1933, S. 225-233.
- Schmidt, Otto (Jahresbericht 1970) Jahresbericht 1969/1970 der Centrale für GmbH: Rückschau und Ausblick, in: GmbH-Rundschau 1970, S. 1-5.
- Schmidt, Reinhart (Gesetz 1972) Das Gesetz wurde mehr als befolgt, in: Manager Magazin 1972, Nr. 12, S. 32-34.
- Schneider, Dieter Publizität der Manipulationen - Bilanztheorie gestern und heute, in: DV 1968, Nr. 45, S. 47-50.
- Schneider, Dieter Sieben Thesen zum Verhältnis von Handels- und Steuerbilanz, in: DB 1970, S. 1697-1705.
- Schneider, Dieter (Gewinn 1971) Aktienrechtlicher Gewinn und ausschüttungsfähiger Betrag, in: WPg 1971, S. 607-617.
- Schneider, Dieter (Renaissance 1973) Renaissance der Bilanztheorie?, in: ZfBf 1973, S. 29-58.
- Schneider, Karl (Aktiengesetz 1965) Neues Aktiengesetz und Wirtschaftsprüfer, in: WPg 1965, S. 361-362.
- Schnettler, Albert Betriebsanalyse, Stuttgart 1958.
- Schork, Ludwig (Gesetz 1965) Gesetz über das Kreditwesen- Kommentar, Köln/Berlin/Bonn/München 1965.

- Schruff, Lothar (Wirtschaftsprüfer 1973) Der Wirtschaftsprüfer und seine Pflichtprüfungsmandate - eine Marktstrukturuntersuchung, Düsseldorf 1973.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (Jahrbücher 1969/1971/1973) Statistische Jahrbücher für die Bundesrepublik Deutschland 1969/1971/1973, Wiesbaden/Stuttgart/Mainz 1969, 1971, 1973.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (Abschlüsse 1974) Abschlüsse 1972 von Unternehmen, die dem Publizitätsgesetz unterliegen, in: Wirtschaft und Statistik 1974, S. 569-571.
- Stegmüller, Wolfgang (Kausalität 1970) Das Problem der Kausalität, in: Erkenntnisprobleme der Naturwissenschaften, Texte zur Einführung in die Philosophie der Wissenschaft, hrsg. von Larenz Krüger, Köln/Berlin 1970, S. 156-173.
- Steinbach, Adalbert Die Rechnungslegungsvorschriften des Aktiengesetzes 1965 - aus der Perspektive eines neuen Systems der "Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung" (GoB)-, Wiesbaden 1973.
- Steinmann, Horst (Publizitätszweck 1966) Über den Publizitätszweck in Europäischen Aktienrechten, in: AG 1966, S. 187.
- Stringer, Kenneth W. (Discussion 1970) Discussion of An Empirical Investigation of the Concept of Materiality in Accounting, in: Empirical Research in Accounting: Selected Studies 1970, S. 133-137.
- Stützel, Wolfgang (Aktienrechtsreform 1960) Aktienrechtsreform und Konzentration, in: Die Konzentration in der Wirtschaft, hrsg. von Helmut Arndt, 2. Bd.: Ursachen der Konzentration, Berlin 1960, S. 907-987.
- Stützel, Wolfgang (Diskussionsbeitrag 1962) Diskussionsbeitrag, in: Das Frankfurter Publizitätsgespräch, Vorträge und Diskussionen der gleichnamigen Tagung in Königstein/Ts. am 13. und 14. April 1962, hrsg. von Hans Barz et al., Frankfurt am Main 1962, S. 244-252.
- Thiel, R. (Verlust 1964) Der Verlust des Kommanditisten, handelsrechtlich, buchhalterisch und steuerrechtlich gesehen, in: DB 1964, S. 1166-1169.
- Thomä, Eugen (Diskussionsbeitrag 1962) Diskussionsbeitrag, in: Das Frankfurter Publizitätsgespräch, Vorträge und Diskussionen der gleichnamigen Tagung in Königstein/Ts. am 13. und 14. April 1962, hrsg. von Hans Barz et al., Frankfurt am Main 1962, S. 135-137.
- Wagner, Hellmuth Gedanken zur gesellschaftsrechtlichen Publizitätsdebatte, in: Monatsblätter für freiheitliche Wirtschaftspolitik 1964, S. 274-276.
- Walb, Hans Hermann Der Geschäftsbericht der Aktiengesellschaft, Halle/Saale 1933.

- von Wallis, Hugo (Grundsätze 1967) Die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und das Steuerrecht aus der Sicht des AktG 1965, in: NB 1967, Nr. 2, S. 21-31.
- v. Wangenheim, Hans Ulrich Wirtschaftspresse und Publizität der Gesellschaften, in: ZfHf 1958, S. 470-472.
- Wanik, Otto Darstellung der Bewertungs- und Abschreibungsmethoden im Geschäftsbericht, in: Wirtschaftsprüfung im neuen Aktienrecht, hrsg. vom Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V., Düsseldorf 1966, S. 45-52.
- Wegmann, Wolfgang / Hölscher, Klaus (Geheimniskrämerei 1968) Publizitätsgesetz, "Geheimniskrämerei" leicht variiert, eine Antwort auf Rembert van Delden, in: DV 1968, Nr. 49, S. 33-34.
- Weipert, Otto (in RGR Komm. z. HGB 1950) Kommentar zum Handelsgesetzbuch, früher hrsg. von Mitgliedern des Reichsgerichts, 2. Bd., 2. Aufl., Berlin 1950.
- Westerfelhaus, Herwarth (Gedanken 1974) Gedanken zur Ordnungsmäßigkeit der Handelsbilanz eines Einzelkaufmanns - ein Beitrag zu § 39 Abs. 1 HGB, in: DB 1974, S. 1694.
- Westermann, Harry / Scherpf, Peter / Paulick, Heinz / Bulla, Gustav Adolf / Hackbeil, Werner Handbuch der Personengesellschaften, Systematische Darstellung in gesellschaftsrechtlicher, betriebswirtschaftlicher und arbeitsrechtlicher Sicht, Köln-Marienburg 1967.
- Wiethölter, Rudolf (Publizitätsinteressen 1962) Die Publizitätsinteressen der Anteilseigner, in: Das Frankfurter Publizitätsgespräch, Vorträge und Diskussionen der gleichnamigen Tagung in Königstein/Ts. am 13. und 14. April 1962, hrsg. von Hans Barz et al., Frankfurt am Main 1962, S. 33-54.
- Wilhelmi, Hans (Diskussionsbeitrag 1962) Diskussionsbeitrag, in: Das Frankfurter Publizitätsgespräch, Vorträge und Diskussionen der gleichnamigen Tagung in Königstein/Ts. am 13. und 14. April 1962, hrsg. von Hans Barz et al., Frankfurt am Main 1962, S. 112-118.
- Wirtschaftsprüferkammer (Richtlinien 1972) Richtlinien für die Berufsausübung der Wirtschaftsprüfer und vereidigten Buchprüfer, festgestellt von der Wirtschaftsprüferkammer am 9. Juli 1964 (ergänzt 1966, 1967, 1969, 1971, 1972), Düsseldorf 1972.
- Wirtz, Heinz-Peter (Anhang 1973) Der Anhang zur Jahresbilanz nach dem Publizitätsgesetz, Auswertung der Erläuterungen nach § 5 Abs. 2 Ziff. 4 d, in: ZfB 1973, S. 507-526.
- Witte, Eberhard Das Informationsverhalten in Entscheidungsprozessen, Tübingen 1972.
- Witte, Eberhard (Forschung 1974) Empirische Forschung in der Betriebswirtschaftslehre, in: HdB, 4. völlig neu gestaltete Aufl., hrsg. von Erwin Grochla und Waldemar Wittmann, Stuttgart 1974, Sp. 1264-1281.

- Witte, Eberhard (Theorie 1974) Zu einer empirischen Theorie der Führung, in: Unternehmensführung, Festschrift für Erich Kosiol zu seinem 75. Geburtstag, hrsg. von Jürgen Wild, Berlin 1974, S. 181-219.
- Wöhe, Günter (Bilanzierung 1973) Bilanzierung und Bilanzpolitik. Betriebswirtschaftlich-handelsrechtlich-steuerrechtlich, 3. Aufl., München 1973.
- v. Wysocki, Klaus Begrenzte Einsicht für Externe, in: DV 1969, Nr. 21, S. 31-33.
- v. Wysocki, Klaus (Konzernrechnungslegung 1969) Konzernrechnungslegung in Deutschland - eine Auswertung von 126 Konzernabschlüssen und Konzerngeschäftsberichten deutscher Obergesellschaften zum 31.12.1967, Düsseldorf 1969.
- v. Wysocki, Klaus (Jahre 1970) Zwei Jahre Konzernrechnungslegung nach dem AktG 1965, in: WPg 1970, S. 97-103, 124-133.
- v. Wysocki, Klaus (Prüfungswesen 1972) Betriebswirtschaftliches Prüfungswesen, Prüfungsordnungen und Prüfungsorgane, München 1972.
- v. Wysocki, Klaus/Keifer, Rüdiger/Gross, Gerhard/Jäger, Werner/Haas, Helmut (Berichterstattung 1971) Die Berichterstattung Deutscher Aktiengesellschaften über die Bewertungs- und Abschreibungsmethoden gem. § 160 Abs. 2 AktG, in: ZfbF 1971, S. 308-334.
- Zimmermann, Karl (Bestimmung 1960) Zur Bestimmung der Unternehmensgröße in Industrie und Handel, in: Mitteilungen des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften (WWI) 1960, S. 157-161, 218-220.

Sonstige Quellen:

(Konzentrations-Enquete/BT-Drucks. IV/2320) Bericht über das Ergebnis einer Untersuchung der Konzentration in der Wirtschaft v. 29.2.1964, BT-Drucks. IV/2320.

(Hearing V/115) Sachverständigen-Hearing des Ausschusses für Wirtschaft und Mittelstandsfragen vom 4.6. 1969, Kurzprotokoll V/Nr. 115.

(Begr. z. RegE/BT-Drucks. V/3197) Begründung zum Regierungsentwurf eines Gesetzes über die Rechnungslegung von Großunternehmen und Konzernen, BT-Drucks. V/3197, abgedr. in: Sammlung der Gesetzesmaterialien zum PubLG, bearbeitet von Herbert Biener, Düsseldorf 1973, S. 1-86.

(Rechtsausschuß/BT-Drucks. zu V/4416) Schriftlicher Bericht des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages über den von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes über die Rechnungslegung von Großunternehmen und Konzernen - BT-Drucks. V/3197 - über den von den Abgeordneten van Delden, Burgemeister, Dr. Giuliani, Rawe und Genossen eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Bilanzpublizität - BT-Drucks. V/3771 - Bericht des Abgeordneten Deringer, BT-Drucks. zu V/4416, abgedr. in: Sammlung der Gesetzesmaterialien zum PubLG, bearbeitet von Herbert Biener, Düsseldorf 1973, S. 27-84.

(GmbH/BR-Drucks. 595/71) Entwürfe eines Gesetzes über Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbHG) und eines Einführungsgesetzes zum Gesetz über Gesellschaften mit beschränkter Haftung mit Begründung, BR-Drucks. 595/71.

(Entw. 4. EWG-Richtlinie/abgedr. in: Forster/Völker 1973) Vorschlag einer Vierten Richtlinie des Rates aufgrund von Artikel 54 Absatz 3 Buchstabe g zur Koordinierung der Schutzbestimmungen, die in den Mitgliedstaaten den Gesellschaften im Interesse der Gesellschafter sowie Dritter hinsichtlich der Gliederung und des Inhalts des Jahresabschlusses und des Lageberichts sowie hinsichtlich der Bewertungsmethoden und der Offenlegung dieser Dokumente vorgeschrieben sind, BT-Drucks. VI/2875, abgedr. in: Forster, Karl-Heinz/Völker, Franz-Joachim: Gegenüberstellung ausgewählter Rechnungslegungsvorschriften, Düsseldorf 1973, S. 69-75.

(Entw. Europa-AG/abgedr. in: Forster/Völker 1973) Entwurf einer EWG-Verordnung über die Satzung einer Europäischen Aktiengesellschaft, abgedr. in: Forster, Karl-Heinz/Völker, Franz-Joachim: Gegenüberstellung ausgewählter Rechnungslegungsvorschriften, Düsseldorf 1973, S. 77-89.

(Richtlinien des BAK/abgedr. in: Hammer/Montag: Bilanzen 1968) Bekanntmachung 1/68 des BAK: Richtlinien für die Aufstellung des Jahresabschlusses der Kreditinstitute und das Muster für die Anlage zur Jahresbilanz der Kreditinstitute in der Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft, ausgenommen Zentralkassen, vom 22.7.1968, Beilage zum BAnz. Nr. 161, abgedr. in: Hammer, Klaus/Montag, Wolfgang: Bilanzen der Kreditinstitute, Frankfurt 1968, S. 29-30.

(VO über Formblätter/abgedr. in: Hammer/Montag: Bilanzen 1968) Verordnung über Formblätter für die Gliederung des Jahresabschlusses von Kreditinstituten vom 20.12.1967 (BGBl. I S. 1300) mit Berichtigung vom 6.2.1968 (BGBl. I S. 190) idF der Verordnung vom 27.5.1969 (BGBl. I S. 444), abgedr. in: Hammer, Klaus/Montag, Wolfgang: Bilanzen der Kreditinstitute, Frankfurt 1968, S. 25-28.

Lebenslauf

<u>Name:</u>		Wolfgang Sprißler
<u>Geburt:</u>	3.12.1945	in Tübingen/Württ.
<u>Eltern:</u>		Max Sprißler Emma Sprißler geb. Meier
<u>Schulbesuch:</u>	1952 - 1956	Volksschule in Jöhlingen/Karlsruhe
	1956 - 1960	Markgrafengymnasium in Karlsruhe-Durlach
	1960 - 1962	Höhere Handelsschule in Karlsruhe-Durlach
	1962 - 1965	Wirtschaftsoberschule in Karlsruhe
	15.2.1965	Abitur an der Wirtschaftsoberschule in Karlsruhe
<u>Praktische</u>	22.3.1965 -	Bankpraktikum bei der Volksbank Durlach
<u>Tätigkeit:</u>	31.3.1966	e.G.m.b.H., Karlsruhe-Durlach
<u>Studium:</u>	SS 1966 -	Studium der Betriebswirtschaftslehre
	WS 1970/71	an der Universität Mannheim
	29.4.1971	Prüfung zum Diplom-Kaufmann mit der Gesamtnote gut bestanden
<u>Praktische</u>		Während der Semesterferien kaufm.
<u>Tätigkeit:</u>		Praktika bei der Volksbank Durlach e.G.m.b.H., Karlsruhe-Durlach
<u>Wissensch.</u>	Seit SS 1971	Verwalter der Dienstgeschäfte eines wissenschaftlichen Assistenten bei
<u>Tätigkeit:</u>		Prof. Dr. K. v. Wysocki am Lehrstuhl für Wirtschaftsberatung und Revisionswesen der Universität München

